G 1800 EX

Blätter für deutsche und internationale Politik

Bernd Greiner
Amerikanische Krisenpolitik
Ursachen und Vorwände

Gerhard Kade
Sicher in die 80er Jahre?
Die Brüsseler NATO-Entscheidung und die Entwicklung der internationalen Beziehungen

Kurt Steinhaus
BRD – Auferstehung einer Großmacht?

Adalbert Krims
„Informationsimperialismus"

Klaus Hekking
Entbürokratisierung?

Frank Deppe/Georg Fülberth/Jürgen Harrer
Zur Diskussion über die Gewerkschaftsgeschichte

1'80

Januar 1980 Einzelheft 5,50 DM Im Abonnement 4,00 DM
Für Studenten, Wehrpflicht- und Zivildienstleistende 3,50 DM

Pahl-Rugenstein Verlag Köln

Januar 1980

CHRONIK DES MONATS DEZEMBER 1979 1

KOMMENTARE UND BERICHTE

Amerikanische Krisenpolitik. Ursachen und Vorwände ..... *Bernd Greiner* 4

Zur Initiative „Gemeinsam gegen Rechts – Stoppt Strauß jetzt!" ..... *Reinhard Kühnl* 8

Der (verbotene) RFFU-Streik ..... *Alfred Horné* 9

Zimbabwe nach der Londoner Konferenz ..... *Rainer Falk* 12

GLOSSE

Lob der Wissenschaft ..... *Wolfgang Bittner* 15

HAUPTAUFSÄTZE

Sicher in die 80er Jahre? Die Brüsseler NATO-Entscheidung und die Entwicklung der internationalen Beziehungen ..... *Gerhard Kade* 16

Die Welt braucht militärische Entspannung ..... *Leonid Samjatin* 29

Auferstehung einer Großmacht? Gefahren und Grenzen bundesdeutscher Machtpolitik ..... *Kurt Steinhaus* 34

„Freier Informationsfluß" als „Informationsimperialismus". Zur Auseinandersetzung um eine neue internationale Informationsordnung ..... *Adalbert Krims* 48

F. J. Strauß, die Vertriebenenverbände und die Paneuropa-Union des Otto v. Habsburg ..... *Georg Herde* 63

Entbürokratisierung? Zur Funktion der aktuellen konservativen Bürokratismuskritik ..... *Klaus Hekking* 77

Kritik und Antikritik. Zur aktuellen Diskussion über die Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung ..... *Frank Deppe/Georg Fülberth/Jürgen Harrer* 83

MEDIENKRITIK

Familienkino ..... *Günter Giesenfeld* 103

WIRTSCHAFTSINFORMATION

Arbeitszeit- und Beschäftigung (Wirtschafts- und sozialstatistische Daten) ..... *Jörg Goldberg* 104

DOKUMENTE ZUM ZEITGESCHEHEN

Kommuniqué der Sondersitzung der Außen- und Verteidigungsminister der NATO am 12. Dezember 1979 in Brüssel (Wortlaut) 108

Kommuniqué der Tagung des Komitees der Minister für Auswärtige Angelegenheiten der Teilnehmerstaaten der Warschauer Vertrages über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand am 5. und 6. Dezember in Berlin (DDR) (Wortlaut) 110

Aufruf des Komitees für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit vom 17. Dezember 1979 „Den NATO-Beschluß nicht verwirklichen – Das Wettrüsten beenden" (Wortlaut) 116

Brief der „Frankfurter Rundschau" an das Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit vom 31. Dezember 1979 (Wortlaut) 117

„Frauen für den Frieden – Frauen gegen das Wettrüsten". Appell sozialdemokratischer Frauen vom 3. Dezember 1979 (Wortlaut) 117

Meldung des Informationsdienstes der Firma Dr. Karl Thomae GmbH „thomae telex" vom 7. November 1979 über Drogenabhängigkeit unter US-Soldaten und Raketenspezialisten in der BRD (Wortlaut) 119

Rede von Prof. Dr. Walter Jens vor dem Parteitag der SPD vom 3. bis 7. Dezember 1979 in Berlin (West) (Wortlaut) 119

Artikel der „Prawda" vom 31. Dezember 1979 zu den Ereignissen in Afghanistan (Wortlaut) 123

Erklärung der Regierung der Demokratischen Republik Afghanistan vom 28. Dezember 1979 126

ERGEBNISSE DER LANDTAGSWAHLEN 1979 127

Blätter für deutsche und internationale Politik

Monatszeitschrift · Fünfundzwanzigster Jahrgang · Heft 1/1980

Herausgegeben von

WILFRIED FRHR. V. BREDOW
HELGA DEPPE-WOLFINGER
JÖRG HUFFSCHMID
URS JAEGGI
GERHARD KADE
REINHARD KÜHNL
JUTTA MENSCHIK
REINHARD OPITZ
MANFRED PAHL-RUGENSTEIN
HERMANN RAUSCHNING
HELMUT RIDDER
FRITZ STRASSMANN
GERHARD STUBY

Mitbegründet von

HILDE BENTELE
HERMANN ETZEL
GERHARD GOLLWITZER
HANS RHEINFELDER
ROBERT SCHOLL
KARL GRAF V. WESTPHALEN
ERNST WOLF

Redaktion

KARL D. BREDTHAUER
PAUL NEUHÖFFER
JOHANNES WEIDENHEIM

Pahl-Rugenstein Verlag Köln Gottesweg 54

Chronik des Monats Dezember 1979

1. 12. – UNO. Der Sicherheitsrat setzt in New York seine Beratungen über die gespannten amerikanisch-iranischen Beziehungen und die Lage der Geiseln in der besetzten US-Botschaft in Teheran (vgl. „Blätter", 12/1979, S. 1418) fort. Nach weiteren Sitzungen fordert der Rat am 4. 12. in einer einstimmig gefaßten Resolution „die Regierung des Iran dringend auf, das Personal der Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika, das in Teheran festgehalten wird, sofort freizulassen, ihm Schutz zu gewähren und ihm zu gestatten, das Land zu verlassen". Beide Regierungen werden außerdem aufgefordert, „die verbleibenden Fragen zwischen ihnen mit friedlichen Mitteln" zu lösen und „in der gegenwärtigen Situation größte Zurückhaltung zu üben". – Am 6. 12. verurteilt die Generalversammlung mit 102 gegen 17 Stimmen bei 20 Enthaltungen alle Teil- und Separatabkommen über den Nahen Osten. In einer Entschließung werden außerdem die baldige Wiedereinberufung der Genfer Nahost-Konferenz unter Vorsitz der USA und der UdSSR sowie die Teilnahme der PLO an dieser Konferenz verlangt. – Am 11. 12. verabschiedet die Generalversammlung 38 Resolutionen zu verschiedenen Abrüstungsproblemen. Generalsekretär Waldheim wird u. a. aufgefordert, der Versammlung bis 1981 eine Studie über die „israelische Atombewaffnung" vorzulegen. – Am 15. 12. verfügt der Internationale Gerichtshof der Vereinten Nationen in Den Haag auf Antrag der USA in einer Einstweiligen Anordnung die Freigabe der amerikanischen Bot-

schaft in Teheran und die Freilassung der Geiseln. Die Entscheidung ergeht einstimmig. Die iranische Regierung lehnt die Annahme des Urteils ab. – Am 31. 12. wiederholt der Sicherheitsrat seine Aufforderung vom 4. d. M. und beschließt, „am 7. Januar 1980 zusammenzutreten, um die Situation zu überprüfen und im Falle einer Nichtbefolgung dieser Resolution wirksame Maßnahmen gemäß Artikel 39 und 41 der UN-Charta zu ergreifen". Generalsekretär Waldheim wird beauftragt, bis zu diesem Termin „dem Rat über die im Rahmen seiner guten Dienste unternommenen Anstrengungen zu berichten". Die Resolution wird mit 11 Stimmen bei 4 Enthaltungen (UdSSR, CSSR, Kuwait und Bangladesch) angenommen.

2. 12. – Portugal. Bei den vorgezogenen Neuwahlen (vgl. „Blätter", 9/1979, S. 1025) gelingt es der Demokratischen Allianz, einem Wahlbündnis von Liberalen, Sozialdemokraten und Zentrum, mit 45,5 % der Stimmen die absolute Mehrheit in der Nationalversammlung zu erreichen (128 von 250 Mandaten). Die Sozialistische Partei unter Führung des ehemaligen Ministerpräsidenten Mario Soares, deren Stimmenanteil beträchtlich zurückgeht (von 35 auf 27 %), erhält 74 (vorher 107) Sitze. Der Anteil der Kommunisten steigt von knapp 15 auf 19 %, die Zahl der Sitze von 40 auf 44 (zu den Ergebnissen der Wahl vom 2. April 1976 vgl. „Blätter", 5/1976, S. 481 f. und 6/1976, S. 602). – Am 31. 12. bildet Francisco Sa Carneiro, Vorsitzender der Sozialdemokraten (PSD), ein neues Kabinett. Stellvertretender Ministerpräsident und Außenminister ist Diego Freitas do Amaral (Zentrum).

3. 12. – DDR/BRD. Der Staatsratsvorsitzende und SED-Generalsekretär Honecker empfängt in Berlin Staatssekretär Gaus, den Leiter der Ständigen Vertretung der BRD. Die DDR-Nachrichtenagentur ADN meldet, das Gespräch habe „in einer sachlichen Atmosphäre" stattgefunden und „Fragen von beiderseitigem Interesse behandelt". Bundeskanzler Schmidt teilt am 4. 12. vor dem SPD-Parteitag in Westberlin mit, er habe „in den letzten Tagen" mit Honecker „ein Arbeitstreffen" für die ersten Monate des kommenden Jahres verabredet. – Am 13. 12. bestätigt Honecker im Bericht des Politbüros vor der 11. Tagung des SED-Zentralkomitees das für 1980 geplante Treffen mit Schmidt in der DDR, dem ein zweites in der Bundesrepublik folgen werde.

– UdSSR/China. Mit einem Besuch des stellvertretenden chinesischen Außenministers Wang Yuping bei Außenminister Gromyko werden die seit September d. J. in Moskau geführteten sowjetisch-chinesischen Verhandlungen über die Normalisierung der gegenseitigen Beziehungen vorläufig beendet (vgl. „Blätter", 11/1979, S. 1287). In Moskau heißt es, die sowjetische Delegation habe während der Verhandlungen, die zu einem späteren Zeitpunkt in Peking fortgesetzt werden sollen, den Entwurf einer Deklaration über die Prinzipien der Beziehungen zwischen der UdSSR und der VR China unterbreitet.

3. – 7. 12. – SPD. Die Sozialdemokratische Partei hält in Westberlin ihren Parteitag ab. Nach kontroverser Debatte billigt eine Mehrheit in offener Abstimmung ohne Stimmenauszählung eine Vorstandsvorlage zur Sicherheitspolitik, die der Bundesregierung die Zustimmung zur Einführung neuer Mittelstreckenraketen in Europa erlaubt. Ein „Leitantrag zur Kernenergie" wird mit 243 gegen 170 Stimmen angenommen. Die Delegierten bestätigen den Parteivorsitzenden Willy Brandt (mit 360 Stimmen) und seinen Stellvertreter Helmut Schmidt (365 Stimmen) in ihren Ämtern. Zweiter Stellvertreter wird Hans-Jürgen Wischnewski (349 Stimmen), der den Bremer Bürgermeister Hans Koschnick ablöst, der nicht mehr kandidiert.

5. 12. – DDR/UdSSR. Mit der Verlegung sowjetischer Truppenformationen in Stärke von 1 500 Mann (einschließlich Waffen und Kampfgerät) auf das Territorium der UdSSR beginnt der von Generalsekretär Breschnew am 6. Oktober d. J. angekündigte Abzug von insgesamt 20 000 sowjetischen Soldaten und 1 000 Panzern aus der DDR (vgl. „Blätter", 11/1979, S. 1286 und S. 1399 ff.). In einer Mitteilung der Nachrichtenagentur TASS vom 6. 12. heißt es, die „Reduzierung des Personalbestandes der sowjetischen Truppen in Mitteleuropa soll im September 1980 zum Abschluß gebracht werden".

5. – 6. 12. – Warschauer Vertrag. In Berlin halten die Außenminister der Teilnehmerstaaten eine Beratung ab. Das Ergebnis wird in einem umfangreichen Kommuniqué niedergelegt (Text in „Dokumente zum Zeitgeschehen").

6. 12. – Niederlande. Mit 76 gegen 69 Stimmen wendet sich das Parlament gegen den bevorstehenden Beschluß der NATO zur Produktion und Stationierung weiterer amerikanischer Atomraketen in Westeuropa. Für eine entsprechende Resolution stimmen nicht nur die oppositionelle sozialdemokratische Partei der Arbeit, die Liberalen und die Kommuni-

sten, sondern auch zehn Abgeordnete der regierenden Christdemokraten.

– Irland. Zum Nachfolger des am 5. 12. zurückgetretenen Premierministers Jack Lynch bestimmt die Regierungspartei Fianna Fail den bisherigen Gesundheitsminister Charles Haughey.

7. 12. – USA. Die Ministerpräsidenten Norwegens und der Niederlande, Nordli und van Agt, verhandeln in Washington mit Präsident Carter über einen Aufschub der NATO-Entscheidung über die Stationierung neuer amerikanischer Mittelstreckenraketen in Europa. Das gleiche Thema bespricht der dänische Außenminister Olesen mit Außenminister Vance und Sicherheitsberater Brzezinski. Anschließend heißt es, Präsident Carter habe die vorgebrachten Einwände zurückgewiesen und bestehe auf der einstimmigen Annahme eines entsprechenden NATO-Beschlusses. – Am 12. 12. kündigt Präsident Carter in einer Rede vor dem Amerikanischen Wirtschaftsrat in Washington eine verstärkte Rüstung an. Zu diesem Zweck solle das Militärbudget während der nächsten fünf jahre um durchschnittlich viereinhalb Prozent über die Inflationsrate hinaus ansteigen. Weiter planten die USA, ihre „Seestreitkräfte zu modernisieren, sodaß sie auch weiterhin die besten auf der Welt bleiben", sowie die strategische „Eingreifkapazität zu stärken, um unseren Verpflichtungen außerhalb der NATO nachzukommen".

12. 12. – NATO. Auf einer Sondersitzung der Außen- und Verteidigungsminister, an der Frankreich nicht teilnimmt, wird trotz der Bedenken einiger Mitgliedstaaten beschlossen, neue amerikanische Raketensysteme für die Stationierung in Europa zu entwickeln. Der Ministerrat tagt vom 13. – 14. 12. und bestätigt diesen Beschluß sowie Richtlinien für weitere Verhandlungen mit den Staaten des Warschauer Vertrages (vgl. „Dokumente zum Zeitgeschehen").

15. 12. – Iran/USA. Der gestürzte Schah und seine Familie verlassen die USA (vgl. „Blätter", 12/1979, S. 1418) und begeben sich nach Panama, das eine unbefristete Aufenthaltsgenehmigung erteilt hatte. Der iranische Revolutionsrat reagiert mit einer Forderung an Panama, den Schah „so schnell wie möglich" auszuliefern. Außenminister Ghotbzadeh bekräftigt in einem Interview mit dem amerikanischen Fernsehen den Anspruch des Iran auf Herausgabe des im Ausland befindlichen Vermögens des Monarchen. – Am 21. 12. kündigt Präsident Carter an, er werde sich bei den Vereinten Nationen um Wirtschaftssanktionen gegen den Iran bemühen, um die Freilassung der amerikanischen Geiseln in Teheran zu erwirken.

20. 12. – Abrüstung. In Wien wird die 19. Runde der Verhandlungen über eine Verminderung der Truppen und Rüstungen in Mitteleuropa beendet. Auf der abschließenden Plenarsitzung legen die NATO-Staaten ein modifiziertes Positionspapier vor. Der DDR-Vertreter erklärt anschließend vor der Presse, die östliche Seite werde die westlichen Vorschläge einer sorgfältigen Prüfung unterziehen". Eine erste Analyse lasse jedoch „keine Elemente" erkennen, die „geeignet wären, die Positionen beider Seiten anzunähern".

21. 12. – Zimbabwe-Rhodesien. Mit der Unterzeichnung eines Vertragswerkes durch alle Konferenzteilnehmer wird die von Großbritannien einberufene Konferenz über Zimbabwe-Rhodesien (vgl. „Blätter", 10/1979, S. 1154) abgeschlossen. Der Vertrag sieht einen Waffenstillstand und die Abhaltung von Neuwahlen nach einer Zweimonatsfrist vor. Für die Übergangszeit übernimmt Lord Soames als Gouverneur und Vertreter der britischen Krone die Regierungsgewalt in Salisbury. Soames wird von etwa 80 britischen Beamten und einer gemischten Polizeitruppe aus verschiedenen Commonwealth-Ländern unterstützt. In New York hebt der UN-Sicherheitsrat mit 13 Stimmen bei 2 Enthaltungen (UdSSR und CSSR) die gegen Rhodesien verhängten Wirtschaftssanktionen auf.

– UdSSR. Außenminister Gromyko erklärt anläßlich eines Essens für den angolischen Staatspräsidenten Dos Santos in Moskau, der Raketenbeschluß der NATO habe „ehrlichen Verhandlungen" den Boden entzogen und deren Grundlagen zerstört. Die Sowjetunion könne nicht zulassen, daß die NATO sich „Positionen einer militärischen Überlegenheit" verschaffe.

27. 12. – Afghanistan. Präsident Hafizullah Amin (vgl. „Blätter", 10/1979, S. 1155) wird gestürzt. An die Spitze eines neugewählten Revolutionsrates tritt Babrak Karmal, früher stellvertretender Ministerpräsident unter Präsident Taraki. Radio Kabul meldet, Amin sei vor ein Revolutionstribunal gestellt und anschließend hingerichtet worden. Die Regierung Afghanistans habe sich mit der Bitte um Hilfe an die Sowjetunion gewandt. Diesem Ersuchen sei sofort entsprochen worden (vgl. „Dokumente zum Zeitgeschehen"). Zu den ersten Maßnahmen des Revolutionsrates gehört der Erlaß einer Amnestie für politische Gefangene.

Amerikanische Krisenpolitik

Ursachen und Vorwände

In den USA ist es üblich, am Ende eines Jahrzehnts die Politik der vergangenen Jahre zu bilanzieren und einen Prioritätenkatalog für die kommenden zehn Jahre zu erstellen – die sogenannte „Agenda for the Nation". Man durfte gespannt sein, wie Präsident Carter und sein Stab nach nunmehr dreijähriger Regierungspraxis die aus amerikanischer Sicht dominanten Entwicklungslinien der „turbulenten 70er" und die Perspektiven für die 80er Jahre beurteilten:

– einerseits die Tatsache, daß die USA während dieser Zeit in ihrer Funktion als innerer Stabilisator der kapitalistischen Staatenwelt und außenpolitische Garantiemacht zur Wahrung und Expansion imperialistischer Hegemonialsphären erheblich geschwächt wurden.

– Andererseits waren im November letzten Jahres zehn Jahre vergangen seit der Aufnahme der Gespräche über die Begrenzung strategischer Nuklearwaffen – von Kissinger damals als „Zwang zur Koexistenz" bezeichnet, in Richard Nixons Worten der Übergang von der „Konfrontation zur Kooperation" mit der UdSSR – zweifellos ein historischer Durchbruch zur Überwindung des Kalten Krieges. SALT II, im Sommer 1979 unterzeichnet, war ein weiterer Schritt auf diesem langen Weg – und dennoch kein Höhepunkt der bisherigen Entspannungspolitik: vielmehr zeigten im Urteil vieler Beteiligter und Interessierter des In- und Auslandes die Auseinandersetzungen über diesen Vertrag und das ständige Hinausschieben der Ratifizierung durch den amerikanischen Senat, daß die US-Regierung sich im neuen Jahrzehnt erneut grundsätzlich und erfolgreich mit der UdSSR über die Prinzipien der Entspannungspolitik verständigen müsse – oder aber, als Preis eines Scheiterns, jenen politischen Kräften in den USA und den verbündeten Ländern das Feld überlassen, die sich vom „Ende der Entspannung" eine Antwort auf die kapitalistische Systemkrise und den Verlust von Außenbastionen erhofften.

Vor diesem Hintergrund konnte es daher nicht überraschen, daß auch Jimmy Carter sich zur Jahreswende öffentlich über die Zukunft der Entspannung Sorgen machte – ein durchaus legitimes Anliegen also, wenn zugleich das ernsthafte Bemühen um den Erfolg dieser Politik unterstellt werden kann. Doch schon ein flüchtiger Blick mußte skeptisch stimmen: der Präsident kehrte ausschließlich vor anderer Staaten Tür und sah eine kommunistische Weltverschwörung gegen die Entspannung am Werk. Das Schicksal der Entspannungspolitik in den 80er Jahren hinge ausschließlich vom Verhalten der UdSSR ab – am Willen und der Bereitschaft der USA könne nicht gezweifelt werden. Schaut man indes näher hin und erinnert man sich der Carterschen Regierungspolitik, drängt sich die Vermutung auf, daß der kaufmännisch geschulte Erdnußfarmer in seiner Bilanz Soll und Haben frisierte. Anders ausgedrückt: daß er außenpolitische Rollen vertauschte und dabei auf die Vergeßlichkeit des Publikums bzw. dessen antikommunistische Vorurteile spekulierte.

Erinnern wir uns des letzten Drittels des vergangenen Jahrzehnts. Da war zunächst der Wahlkämpfer Carter: er sprach von der versklavten Bevölkerung in den

„russisch besetzten" Gebieten Osteuropas und meinte, mit der UdSSR müsse in Zukunft „härter verhandelt" werden – sein Sicherheitsberater in spe, Brzezinski, kam zu dem bemerkenswerten Ergebnis, die UdSSR zur Zusammenarbeit „herausfordern" zu müssen. „Herausforderung" – das klang mehr nach „shoot out" als nach friedlichem Nebeneinander und Miteinander. Jimmy Carter war von dieser Vokabel so angetan, daß er sie, kaum Präsident geworden, wieder aufgriff: weltweit wolle er die UdSSR „aggressiv, natürlich auf friedliche Weise" herausfordern, und zwar in Vietnam, im Irak, Somalia, Algerien, Kuba, sogar in der VR China – was mit letzterem wohl gemeint war, sollte sich u. a. im Februar 1979 zeigen, als Teng Hsiao-ping von amerikanischem Boden aus und in Anwesenheit des Präsidenten unwidersprochen die Invasion in Vietnam ankündigte und die USA darüber hinaus die Absicht erkennen ließen, mit einer militärischen Aufrüstung Chinas der UdSSR eine „neue Ostfront" aufzuzwingen: der „Krisenbogen" im mittleren und südöstlichen Asien müsse mit allen Mitteln „befriedet" werden. Allmählich gewann auch die Formel, härter verhandeln zu wollen, Konturen: es wurde von einer möglichen Einschränkung der Getreidelieferungen gesprochen, der Computerverkauf an eine bestimmte Zahl von Ausreisevisa für sowjetische Juden geknüpft, schier täglich entdeckten amerikanische „Aufklärer" brandneue sowjetische Waffensysteme, die eine westliche Antwort bei der nächsten Rüstungskontrollrunde herausforderten. Auch verwendeten Präsident und Vizepräsident viel Zeit auf den besorgten Meinungsaustausch und Briefwechsel mit sogenannten Dissidenten – mit Leuten, die von jeher aus ihrem Konsens mit Prinzipien bürgerlicher Gesellschaftsorganisation und ihrem Dissens mit einer friedlichen Koexistenz von Sozialismus und Kapitalismus keinen Hehl machten. Sehr erfinderisch war man auch bei der ständigen Neudefinition der Entspannung: „realistische Entspannung" sei „Entspannung ohne friedliche Koexistenz" bzw. eine „Konfrontation mit kooperativen Obertönen".

Anfänglich mochte sich der Eindruck verdichten, hier habe ein Newcomer seinen Wahlkampf überzogen und anschließend im Präsidentenamt mit Anpassungsschwierigkeiten zu kämpfen. Jedoch sollte sich bald erweisen, daß man mit der Vorstellung des tollpatschigen Südstaatlers im Weißen Haus, der noch viel Lehrgeld zu zahlen habe, Carters eigenem Reklamebild vom einfachen, gutbürgerlichen Ehrenmann, der auch als Präsident noch dazulernen wolle, auf den Leim gegangen war. Was zunächst als orientierungslose Provokation eines politisch Unerfahrenen erschien, der seine eigene Kraft überschätzt und in Halbstarkenmanier herausfinden will, wie weit er gehen kann, entpuppte sich als Auftakt zu einer systematischen Belastung der Prinzipien der Entspannung. Dabei bedienten sich die USA verschiedener, zeitlich und inhaltlich aufeinander abgestimmter Eskalationsstufen:

Zunächst wurden in den außenpolitischen Prioritätssetzungen – vorgelegt in diversen Grundsatzreden – Rüstungskontrolle und Abrüstung entweder nicht mehr erwähnt oder aber auf die hinteren Plätze verbannt (eine Arbeitsteilung zwischen Brzezinski und Vance), zugleich das antisowjetische Feindbild in einer in den 70er Jahren bis dahin ungekannten Schärfe pointiert – bis hin zur Wiederbelebung der ideologischen Schwarz-Weiß-Schablonen und der politischen Verhaltensmuster des Kalten Krieges. Je länger die Menschenrechtskampagne geführt wurde, desto deutlicher offenbarte sie sich als Mittel psychologischer Kriegsführung zum Zweck der äußeren Diskreditierung und inneren Beeinflussung der sozialistischen Länder – schließlich besteht Brzezinski schon seit Jahren darauf, daß „ideologische Aushöhlung" in den kommenden Jahrzehnten der entscheidende Hebel innenpolitischen Wandels in den sozialistischen Staaten sei. Auch war die Handschrift des Sicherheitsbera-

ters unverkennbar, als die politischen Beziehungen mit den sozialistischen Ländern zunehmend unter dem Aspekt der Förderung von „evolutionären Auflösungstendenzen" des sozialistischen Lagers beurteilt wurden. In dieses Bild paßten auch die propagandistischen Akzentsetzungen, die – im Stil längst vergangen gewähnter Jahre – die westliche „natürliche Überlegenheit" begründeten mit der „inneren Morschheit" des sozialistischen Systems und der Senilität seiner Führungsspitzen, also einen Erfolg westlicher Politik dann suggerierten, wenn der Mischung aus östlicher Aggressivität und Schwäche eine entschlossene westliche Einheitsfront entgegengesetz würde. Dabei rückte das Mittel der Auslaugung der Wirtschaftkraft der sozialistischen Länder, z. B. durch den Zwang zu höheren Rüstungsausgaben, immer stärker ins Blickfeld.

Aus der Zeit des Kalten Krieges ist als strukturelles Merkmal der offiziellen Begründungen einer „Politik der Stärke" ihre Willkür in Erinnerung geblieben – nachdem diese Anfang der 70er Jahre noch manch groteske Blüte getrieben hatte (z. B. belaste die UdSSR den Entspannungsprozeß durch ihre „aggressive Politik in Vietnam" – so der damalige US-Verteidigungsminister Melvin Laird während amerikanischer Offensiven im Vietnamkrieg), mußte sie in den folgenden Jahren einem rationaleren politischen Diskurs weichen, um dann von Jimmy Carter mit neuem Schwung gepredigt und neuen Sanktionsdrohungen garniert zu werden – bis hin zur Drohung des Boykotts der Olympischen Spiele in Moskau 1980, wenn die UdSSR nicht ihre Ausbildungsbrigade aus Kuba abzöge oder ihre „entspannungsfeindliche Distanz" zur amerikanischen Iran-Politik aufgebe bzw. die islamischen Unruhen in ihrem Sinne „schüre" oder ... und ... statt ...

Als entscheidend sollte sich jedoch erweisen, daß all diese Momente letztendlich in eine Strategie integriert waren und wurden, die sich der politischen Obstruktion bediente, um langfristig erneut militärische Überlegenheit als Mittel diplomatischen Drucks und politischer Epressung zu instrumentalisieren – unter bewußter Kalkulation der jeder Rüstungspolitik immanenten Kriegsgefahr. D. h.: die Carter-Regierung ging daran, die unverzichtbare Voraussetzung jeglicher Entspannungspolitik aufzukündigen – nämlich das Prinzip der politischen und wirtschaftlichen Gleichberechtigung/Gleichbehandlung und des militärischen Gleichgewichts der Verhandlungspartner. Erstmals deutete sich dieser Kurs bei den Verhandlungen über SALT II im März 1977 an, als die USA kurzerhand das in Wladiwostok eineinhalb Jahre zuvor erzielte Zwischenabkommen für null und nichtig erklärten und zu neuen Konditionen neu verhandeln wollten, dabei u. a. neue strategische amerikanische Waffensysteme wie die Cruise Missiles zum „Tausch" gegen taktische Waffen der UdSSR anboten. Selbst Giscard d'Estaing konnte damals nicht umhin, den USA eine „Verletzung des Verhaltenskodex der Entspannung" und (im Zusammenhang mit der parallel eskalierten Menschenrechtskampagne) „Einmischung in die inneren Angelegenheiten souveräner Staaten" vorzuwerfen. Bemerkenswert war das aus dem Kalten Krieg hinlänglich bekannte Zusammenspiel öffentlich bekundeter Friedens- und Abrüstungsbereitschaft mit einer Verhandlungsführung, die von vornherein das Scheitern der Verhandlungen einkalkulierte und anschließend einer bereits im Vorfeld der Aggressivität bezichtigten UdSSR den Schwarzen Peter zuschob. Gleichwohl erwies sich SALT als zunächst noch untaugliches Objekt: die Parität der strategischen Waffen war ein auf absehbare Zeit nicht revidierbares Faktum und zugleich hatte der bisherige Entspannungsprozeß das öffentliche Bewußtsein über die Gefahren einer nuklearen Katastrophe geschärft.

Daher entsannen sich die amerikanischen Strategen der am Ende der 50er

Jahre entwickelten Leitlinien, wie im Nuklearzeitalter Kriege wieder „führbar" gemacht und unterhalb der Schwelle strategischer Kriegsführung gewonnen werden können: durch konventionelle und nuklear-taktische Überlegenheit. Das Londoner NATO-Treffen im Mai 1977 leitete unter dem Schlagwort „Wiederbelebung der NATO" (revitalization) und im Zeichen der Jahrhundertlüge („Bedrohung aus dem Osten") einen langfristigen Kurs zur Verfolgung dieses Ziels ein. Das 1978 verabschiedete Langzeitprogramm, ein 80-Mrd.-Dollar-Projekt mit 15jähriger Laufzeit, stieß anfänglich wie die Neutronenbombe auf den Widerstand einiger NATO-Partner – gleichwohl wurden die Prämissen dieser Aufrüstungspolitik weiterverfolgt: mit neuen, von SALT nicht erfaßten Waffensystemen den Kern der bisherigen Entspannungspolitik zu unterlaufen und die materiellen Voraussetzungen zu einer erfolgreichen militärischen Systemauseinandersetzung in Europa zu optimieren. Erst jetzt erwies sich die ganze Tragweite der jahrelangen Aufwertung des alten Kontinents als Kampffeld gegen die Systemalternative Sozialismus. Der Beschluß über den Bau und die Stationierung kontinentalstrategischer Waffen (Brzezinski zufolge genauso bedeutend wie die Einführung der Strategischen Bomberkommandos Ende der 40er und der Interkontinentalraketen Anfang der 60er Jahre) vom Dezember 1979 markierte den vorläufigen Höhepunkt dieser Entwicklung.

Schließlich darf auch nicht vergessen werden, daß (trotz einer zeitlich limitierten Beschränkung in SALT II) die Administration Carter mit der sogenannten MX-Interkontinentalrakete den neuerlichen Versuch unternimmt, die Kodifizierung nuklearstrategischer Parität zu unterlaufen. Die mit Mehrfachsprengköpfen bestückten, in ständiger Rotation zwischen 4600 Bunkern gehaltenen 200 MX sind darauf ausgelegt, das eigene Raketenpotential unverwundbar zu machen und gleichzeitig die festverbunkerten sowjetischen Interkontinentalraketen weitgehend auszuschalten – eine auch nach Meinung zahlreicher westlicher Experten klassische Konstellation, um den „ersten Schlag" zu führen und dann einen Diktatfrieden durchzusetzen – seit 30 Jahren der Traum aller Pentagon-Strategen. Auch auf der Ebene strategischer Waffen ist man offenbar nicht mehr bereit, eine militärische Entspannung zu akzeptieren. Es drängt sich der Verdacht auf, daß Carter an SALT lediglich noch ein wahlkampftaktisches Interesse hat, um sich im Herbst 1980 die Stimmen der Liberalen zu sichern.

Am Ende eines Jahrzehnts, das außenpolitisch von der Entspannungspolitik und dem widersprüchlichen Prozeß ihrer Durchsetzung wesentlich mitbestimmt wurde, kritallisiert sich daher auf amerikanischer Seite mehr als der bloße Versuch heraus, noch vorhandene Machtspielräume aggressiv auszuloten – es geht vielmehr um die Entwicklung eines „Krisenprogramms", das den „Niedergang der großen Garantie- und Stabilitätsmacht" („Frankfurter Allgemeine Zeitung" v. 31. 12. 1979) auch und gerade mit repressiven Mitteln zunächst bremsen und schließlich in einen erneuten Aufstieg verwandeln soll – der westlichen „Freiheit" ist man auch den (Welt-)Frieden zu opfern bereit, sei es mit der flexiblen Eingreiftruppe (ein seit Jahren verfolgter und jetzt konkretisierter Plan) auf einem um das südliche Afrika sowie den Nahen und Mittleren Osten erweiterten Operationsfeld der NATO, sei es mit den eurostrategischen Waffen oder eben der MX. Man kolportiert auch bereits den propagandistischen Kleister für dieses Abenteurertum: „Überwindung des Vietnam-Traumas" und Gestaltung der „Ära nach Vietnam". Soll Vietnam, die erste militärische Niederlage der USA also, zum Aufhänger einer amerikanischen Revanchepolitik werden wie ehedem Versailles für die Politik der deutschen Rechten?

Es wäre falsch (oder zumindest verfrüht), diesen Versuch einer neuen amerikani-

schen Globaloffensive dem Kalten Krieg der 50er Jahre gleichzusetzen – obgleich zahlreiche Berührungspunkte nicht zu übersehen sind. Noch sind die neuen Atomwaffen in Westeuropa nicht stationiert, noch wirkt der erfolgreiche Widerstand gegen die Neutronenbombe nach, noch lassen sich die Ergebnisse eines zehnjährigen Entspannungsprozesses nicht in einem Parforce-Ritt vom Tisch wischen, noch gibt es Widerstände auch im westlichen Bündnislager gegen den amerikanischen Kurs und nicht zuletzt eine weltweite Friedensbewegung, die den Kampf für Abrüstung und Entspannung als wichtigste Aufgabe der 80er Jahre koordiniert und weitertreibt.

Zur Initiative „Gemeinsam gegen Rechts – Stoppt Strauß jetzt!*)

Die bisherigen Erfahrungen der Initiative sind ermutigend. Die Nominierung von F. J. Strauß zum Kanzlerkandidaten der CDU/CSU hat vielen deutlich vor Augen geführt, wie akut die Demokratie in unserem Land bedroht ist. An vielen Orten haben sich Komitees „Stoppt Strauß" gebildet, die meist breite politische Bündnisse repräsentieren. Es hat sich gezeigt, daß unser Aufruf hilfreich war – und hoffentlich auch in Zukunft sein wird –, um eine programmatische Grundlage für solche Komitees zu formulieren. Auch die Anfragen dieser Komitees nach Referenten zeigen, daß eine überregionale und überparteiliche Initiative, die auch gewisse Koordinierungsfunktionen wahrnehmen kann, dringend notwendig war.

In Aachen hatte ein breites antifaschistisches Bündnis bereits Anfang Dezember eine Veranstaltung vorbereitet: Über 700 Teilnehmer kamen ins Auditorium Maximum – Studenten, Gewerkschafter (darunter die Vorsitzende des DGB), Mitglieder verschiedener Parteien (darunter SPD-Stadträte) – und diskutierten in Plenum und Arbeitsgruppen über fünf Stunden lang die Offensive der Rechten und die Möglichkeiten demokratischer Gegenwehr. Und das an einem Samstagnachmittag, wo die „Ausspannung" im Privaten und der Genuß der Bundesliga-Fernsehübertragung nun wirklich eine starke Anziehung ausüben. Einige Tage vorher waren zu einer Podiumsdiskussion, die ich mit dem Kollegen Hans Mommsen über das Faschismusproblem an der Universität Bonn hatte, über 800 Teilnehmer gekommen. Eine Reihe von Volkshochschulen hat in diesem Winter Veranstaltungen zum Faschismusproblem angeboten. Gerade aus solchen Städten gehen Unterschriftenlisten ein, in denen manchmal ganze Schulklassen unseren Aufruf unterstützen.

Auch in den Gewerkschaften artikulieren sich Kräfte, die die Leisetreterei der sozialliberalen Parteiführungen nicht mehr mitmachen. So hat die IG Metall ein Taschenbuch herausgegeben mit dem Titel „Strauß und die Einheitsgewerkschaft. Spalte und herrsche". Im Vorwort spricht Eugen Loderer von einer „unverblümten Kampfansage" der Kräfte um Strauß und stellt in aller Klarheit fest: „Der Angriff auf die Gewerkschaften hat Tradition bei Strauß und in der CSU". In den nächsten Wochen werden Erstunterzeichner unseres Aufrufs in verschiedenen Städten bei Gewerkschaftsveranstaltungen über die Gefahr von Rechts sprechen.

Auf zwei Veranstaltungen des kommenden Sommers sei jetzt schon hingewiesen: Am 10./11. Mai wird in Mannheim ein großer Kongreß über Faschismus und Neofaschisnus stattfinden. Und am 27./28. Juni wird der Bund demokratischer Wissenschaftler in Bonn eine wissenschaftliche Konferenz über Programm und Funktion der von Strauß repräsentierten Kräfte abhalten, bei der für den

*) Vgl. den Wortlaut des Aufrufs in: „Blätter", 12/1979, S. 1522–1524, und den Kommentar der Initiatoren Kühnl und Paech ebd., S. 1420–1422. D. Red.

Abend des 27. Juni eine Podiumskiskussion vor einem großen Publikum vorgesehen ist.

Wer über geplante Aktivitäten näheres erfahren will, wer Unterschriftenlisten benötigt, wer ein örtliches Komitee bilden will, wer Referenten für Veranstaltungen braucht, wende sich an die folgende Anschrift:

Initiative „Gemeinsam gegen Rechts – Stoppt Strauß jetzt!"

c/o Prof. Dr. Reinhard Kühnl
Sonnhalde 6
3550 Marburg

Manche haben ihrer Unterschrift gleich einen Scheck beigelegt, wissend, daß all das Geld kostet. Herzlichen Dank! Inzwischen haben wir ein *Sonderkonto „Stoppt Strauß" eingerichtet: Volksbank Marburg 19966, R. Rühnl.*

Wegen Verzögerungen bei der Bewältigung der umfangreichen Korrespondenz bitten wir um Entschuldigung. Das wird jetzt besser! Reinhard Kühnl

Der (verbotene) RFFU-Streik

„Die Krimis in eurem Programm sind jedenfalls nicht so spannend", kommentierte einer der zahllosen Journalisten, die am 19. Dezember 1979 – dem Tag, an dem abends bei Hörfunk und Fernsehen gestreikt werden sollte – in der Zentrale der Rundfunk-Fernseh-Film-Union (RFFU) anriefen und sich nach dem Stand der Dinge erkundigten. Wenige Tage vorher hatte das Münchener Arbeitsgericht den Antrag der Rundfunk- und Fernsehanstalten abgelehnt, die Urabstimmung zu verbieten. Auch das Landesarbeitsgericht, bei dem dann die Justitiare der Anstalten postwendend klingelten, vermied ein Verbot der Urabstimmung, ließ aber in einer ausführlichen und überaus einseitigen Begründung erkennen, daß es den Streik, weil „politisch", für rechtswidrig hielt.

Da war es kein Wunder, daß niemand mehr damit rechnete, auch die RFFU-Funktionäre nicht, das Arbeitsgericht (das vorher nur über die Urabstimmung entschieden hatte) würde wenige Tage später den Streik dennoch zulassen, weil er weder offenkundig rechtswidrig sei, noch unangemessen großer Schaden befürchtet werden müsse. Die Verblüffung über diese Entscheidung einer couragierten Arbeitsrichterin, die sich von der übergeordneten Instanz nicht den Schneid abkaufen ließ (und dafür geradezu bösartig getadelt wurde), war bundesweit, – abzulesen an den Schlagzeilen auf den Titelseiten sämtlicher Zeitungen. Sogar im eigenen Medium, bei Hörfunk und Fernsehen, erkletterte die RFFU mit ihrer Aktion und dem spektakulären Poker der Juristen vorübergehend den Rang einer Spitzenmeldung. Vorher wußten viele nicht einmal, was RFFU auf deutsch heißt.

Zwei Tage später verhandelte dann wieder das Landesarbeitsgericht. Den ganzen Nachmittag vor dem Streikabend verbellten sich die Juristen gegenseitig, das Gericht machte einen Vergleichsvorschlag, der von den Anstalten und der RFFU abgelehnt wurde, und entschied dann erwartungsgemäß: Der Streik wurde verboten. Das gilt vorläufig, – schließlich handelte es sich nur um die Vorrunde einer einstweiligen (!) Verfügung. Jetzt bleibt nur der mühsame und zeitraubende Ausscheidungskampf im Hauptsachverfahren, also der ordentliche Rechtsweg. Er beginnt wieder beim Arbeitsgericht in München, endet aber – anders als bei der einstweiligen Verfügung – nicht beim Landesarbeitsgericht, sondern läßt alle Instanzen zu, Kassel und Karlsruhe eingeschlossen. Die RFFU wird in Kürze den ersten Schritt tun.

Sie kann gar nicht anders, denn die Bedeutung des juristischen Gezänks und der Aussagen mancher Politiker („im

Rundfunk darf überhaupt nicht gestreikt werden") geht nicht nur bei der RFFU an die Substanz ihres gewerkschaftlichen Selbstverständnisses; betroffen von dieser Auseinandersetzung sind die Gewerkschaftsbewegung insgesamt und jeder engagierte Bürger. Im Gegensatz zu voreiligen Behauptungen ist nämlich ungeklärt und keineswegs höchstrichterlich entschieden, ob und in welchen Grenzen ein Demonstrationsstreik erlaubt ist. (Sind etwa die Bergleute und Bauern seinerzeit in verfassungswidriger Weise nach Bonn marschiert?)

Für die ärgerlichste und geradezu entmutigende Erfahrung im Verlauf dieser Streikaktion sorgten ausgerechnet die Intendanten und andere Funkhaus-Hierarchen. Die RFFU hat zwar nicht damit gerechnet, daß leibhaftige Intendanten und Direktoren sich freiwillig als Wahlhelfer für die Urabstimmung oder als Streikposten melden würden.

Aber die Beflissenheit, mit der die Intendanten sich in die Front der Gegner unseres Rundfunksystems einreihten, den geplanten Steik als „politisch und damit unzulässig", als „zweifellos rechtswidrig" erklärten – obwohl von Anfang bis zum Ende deutlich wurde, daß dies keineswegs „zweifellos" war und ist –, hat einen tiefen Riß in die medienpolitische Übereinstimmung und Kooperation zwischen Intendanten und Gewerkschaften verursacht. Die bereits zu einem früheren Zeitpunkt allen Intendanten vorgetragene Bitte des RFFU-Vorsitzenden, nicht durch weitere öffentlich Erklärungen über die Rechtswidrigkeit der geplanten Aktionen den Konflikt weiter zu verschärfen, sondern diese Entscheidung den Gerichten zu überlassen, blieb unbeachtet.

Manche Intendanten haben in Rundschreiben an alle Mitarbeiter ihre Sicht der Dinge dargelegt und dringend geraten, bei der Urbastimmung dem geplanten Streik die Zustimmung zu verweigern. Einigen Intendanten war das nicht genug. Am ärgsten hat der Bayerische Rundfunk einmal mehr seine traurige Spitzenstellung ausgebaut: Die Urabstimmung im Haus wurde verboten (die „Wahllokale" mußten in sieben angemieteten Kleinbussen auf der Straße installiert werden), bei einer Beteiligung am Streik wurde Arbeitsplatzverlust angedroht, am Streikabend selbst der gesamten Belegschaft (außer Inhabern von Sonderausweisen) Hausverbot erteilt, also eine buchstäbliche „Aussperrung" angeordnet.

Die Feindseligkeit ging aber noch viel weiter. Während die RFFU von Anfang an erklärte, sie würde sich selbstverständlich einer gerichtlichen Entscheidung fügen, also bei einem für sie negativen Beschluß den Streik absagen, wählten die Intendanten neben ihrem Antrag auf Erlaß einer einstweiligen Verfügung auch noch den von der CDU/CSU zur Rennstrecke ausgebauten Weg nach Karlsruhe, um eine Anordnung gegen den Streik zu erreichen. Die RFFU sollte als Verfassungsfeind abgestempelt werden. Und bei einer für sie negativen Gerichtsentscheidung wollten die Anstaltsleitungen keineswegs den Kampf gegen die RFFU aufgeben: Eine Krisensitzung und Schaltkonferenz jagte die andere, Geheimpläne wurden zusammengebastelt, Schichtpläne geändert, Filmrollen zu anderen Abspielplätzen gebracht, Personaltausch angeordnet – und das alles, um mit Hilfe von Streikbrechern und nicht gewerkschaftlich organisierten Privatfunkanhängern (auch bei erlaubtem Streik!) das Normal- oder notfalls ein Ersatzprogramm am Streikabend zu gewährleisten. Und einige prahlten nachträglich damit, dies wäre ihnen auch gelungen. Die Intendanten gebärdeten sich wie reaktionäre Arbeitgeber, – eine Rolle, die sie sonst als gänzlich unpassend entrüstet zurückweisen.

Für die RFFU, sie hat es oft gesagt, war der Streik nicht gegen die Anstalten und ihre Intendanten gerichtet, – aber die Wortführer unter den Intendanten unterließen nichts, um sich als Gegner der RFFU in dieser Auseinandersetzung auf die überaus rechte Seite zu schlagen und Botmä-

ßigkeit und Wohlverhalten zu demonstrieren.

Das für die RFFU wichtigste Datum der ganzen Auseinandersetzung war aber nicht der Streiktermin, sondern die Urabstimmung, die zwei Wochen vorher beim NDR und eine Woche vorher bei den übrigen Anstalten durchgeführt wurde. Mit diesem Beschluß, den Streik nur mit Zustimmung der Mitglieder nach den Regeln der Urabstimmung durchzuführen, (mindestens 50 % Beteiligung und 75 % Zustimmung) hatte sich die RFFU einen dicken Brocken aufgeladen, und niemand wagte vorher zu prophezeien, ob dafür die Kräfte, das Selbstvertrauen und das Bewußtsein der Mitglieder ausreichten. Kaum auszudenken, welcher Schaden entstanden wäre, welche internen Aufräumungsarbeiten die RFFU lange Zeit beschäftigt hätten, wenn die Gewerkschaft nach mißlungenem Kraftakt im kurzen Hemd, mit dem ihre Blöße nicht zu bedecken war, vor der Öffentlichkeit gestanden hätte. Aber es kam anders.

Trotz begründeter Zweifel vieler „Bedenkenträger" in den eigenen Reihen, trotz beschwörender und drohender Intendanten-Appelle, trotz wütender Reaktionen der CDU/CSU, trotz eines Beifalls von „bombensicheren" Verbündeten, bei dem man zweimal hinhören mußte, um ihn wahrzunehmen, trotz der Miesmacherei und Besserwisserei vieler Zeitungskollegen, und obwohl in einigen Anstalten (ZDF, Südwestfunk, Deutschlandfunk, Rias) der Sprung über die hohe Prozenthürde nicht geschafft wurde, – unterm Strich blieb als Ergebnis dieser von vornherein bundesweit angelegten Mitgliederbefragung: die RFFU hat die Urabstimmung gewonnen. Und mit ihr auch ein neues Selbstbewußtsein.

Niemand in der RFFU hat sich in das Illusionsgestrüpp verlaufen, der angekündigte Demonstrationsstreik würde bei einem zur Änderung der Rundfunklandschaft „wild entschlossenen" Ministerpräsidenten Albrecht und seiner Gefolgschaft einen Sinneswandel bewirken. Wer als Kanzlerkandidat gescheitert ist, aber im Geschäft bleiben will, strebt eben andere Wege einer besonderen Profilierung an. Und von den publizistischen Hilfstruppen – eine im übrigen bemerkenswerte Koalition, die von der Springer-Presse bis zur „Zeit" reicht, die doch so gern für liberal gehalten werden will – hat die RFFU ohnehin keine Sympathie erwartet. *Einen* Dienst mußten aber selbst die feindseligsten Gazetten der Gewerkschaft leisten: auch ihnen blieb nichts anderes übrig, als durch Berichterstattung, Interviews, Kommentare . . . bestenfalls Holz nachzulegen, wodurch die heiße Phase der öffentlichen Auseinandersetzung verlängert wurde. Das Alarmsignal hat also – auch ohne Streik – gewirkt. Auf keine andere Art und Weise wären in so kurzer Zeit (und so preiswert) derart vielfältige und gründliche Informationen und Diskussionen in der Öffentlichkeit erreicht worden, wie durch diese Mobilmachung der RFFU.

Neben den Wirkungen nach außen, die für die Öffentlichkeit im Vordergrund stehen, haben auch die Wirkungen nach innen (einschließlich eines beachtlichen Mitgliederzuwachses) erhebliches Gewicht. Etwa der Lernprozeß, den die Gewerkschaft (und nicht nur sie) während dieser Aktion absolvierte. Oder die Erfahrungen mit verschiedenen Sorten der Solidarität, die mit ganzem oder halbem oder gar keinem Herzen dem RFFU-Kampf bekundet wurde, – wobei keineswegs immer jene, die vorher die großmäuligsten Reden gehalten haben, sich nachher auch als die tatkräftigsten Verbündeten erwiesen. Der DJV (Deutscher Journalisten-Verband) unterstützte die RFFU und schloß sich ihren Streikmaßnahmen an (und riskierte einen zünftigen Hauskrach, weil einige Landesverbände aus der Reihe tanzten). Der DGB-Bundesvorstand erklärte sich in einer späteren Phase solidarisch, und einzelne Landesbezirke beteiligten sich auch durch mustergültige aktive Unterstützung. Stapelweise kamen Solidaritätsadressen von

anderen DGB-Gewerkschaften oder ihren regionalen Gliederungen, aber auch von vielen anderen Gruppen der Gesellschaft. Die DAG verhielt sich, wie man es von einem ordentlichen Standesclub mit „gelben" Einsprengseln erwartet: so richtig streiken – damit macht man sich in diesen Kreisen möglichst die Hände nicht schmutzig.

Die Auseinandersetzungen der letzen Wochen haben die RFFU verändert. Für sie kommt es jetzt darauf an, die Erfahrungen zu nutzen, die neuen Einsichten und das gewonnene Selbstvertrauen nicht in kleinkariertem Alltagsgeplänkel und eitlen Eifersüchteleien zu vergeuden oder in Vergessenheit geraten zu lassen.

Ihre Kräfte hat die RFFU bitter nötig, denn der Streit ist ja noch lange nicht zu Ende. Oberstes Ziel muß sein: Die Medienpolitik der Zukunft mitzugestalten.

Alfred Horné

Zimbabwe nach der Londoner Konferenz

Nach vierzehnwöchigen Verhandlungen einigten sich die Vertreter der Patriotischen Front Zimbabwes (PF) und der Regierung Großbritanniens am 17. Dezember 1979 auf ein Waffenstillstandsabkommen. Voraufgegangen waren dreiseitige Vereinbarungen über eine neue Verfassung nach der Unabhängigkeit und die Modalitäten für die Übergangsperiode.

Mit dem Ende der Lancaster House-Konferenz in London ist der politische Prozeß in Zimbabwe ohne Zweifel in eine neue Phase eingetreten. Ob am Ende die von der Befreiungsbewegung erwartete „genuine independence" steht, läßt sich jedoch heute noch nicht eindeutig sagen. Die Tragfähigkeit des in Lancaster House erzielten politischen Kompromisses wird sich in der Praxis erst erweisen müssen. Die Risiken der damit eingeleiteten Entwicklung sind in jedem Falle unübersehbar.

Gleichwohl läßt sich nicht bestreiten, daß die Übereinkünfte zwischen der britischen Regierung, dem Smith/Muzorewa-Regime und der Patriotischen Front zuallererst als ein Erfolg des jahrzehntelangen Kampfes um Unabhängigkeit und Befreiung, der in den 70er Jahren die Form des bewaffneten Kampfes angenommen hatte, bewertet werden müssen. Noch Mitte 1979 schienen alle Zeichen darauf hinzudeuten, daß die westlichen Hauptmächte, an ihrer Spitze Großbritannien, nach dem konservativen Wahlsieg die einseitige Anerkennung jenes Regimes vorbereiteten, das im April aus einem Wahlschwindel hervorgegangen war und sich nun in Kooperation mit der weißen Minderheit auf die Verwirklichung der kurz zuvor zwischen Smith und Muzorewa ausgehandelten internen Lösung eingestellt hatte.

Wenngleich die interne Lösung auf die einhellige Ablehnung der OAU und des UN-Sicherheitsrats stieß und eine unumwundene und offene Anerkennung der Regierung Muzorewa für den Westen eben deshalb nicht in Frage kam, so war es doch das unerklärte Verhandlungsziel Großbritanniens, durch ein diplomatisches Ausmanövrieren der Patriotischen Front im Lancaster House dem schwarzen Marionettenregime und den Essentials der von ihm verfochtenen internen Lösung internationale Reputation zu verschaffen. Nur um dies zu verhindern, ist die PF während der Verhandlungen bis an die Grenzen dessen herangegangen, was in ihrem eigenen Überlebensinteresse an Zugeständnissen an die britischen Seite möglich war. Sie hat dabei immer wieder ihre Fähigkeit zum politischen Kompromiß unter Beweis gestellt und damit zugleich ihre Anerkennung als ernstzunehmender Verhandlungspartner bewirkt.

Die Befreiungsbewegung hatte dabei freilich auch objektive Bedingungen in Rechnung zu stellen. Einerseits hatte sie

auf dem Gebiet des bewaffneten Kampfes beträchtliche Erfolge erzielt, und ihre militärischen Operationen erstreckten sich zuletzt fast über das gesamte Territorium Zimbabwes. Andererseits waren aber eben diese Erfolge nicht möglich ohne die Unterstützung durch die Frontstaaten Angola, Moçambique, Sambia, Tansania und Botswana. Der Befreiungskrieg war in seiner Schlußphase – vor allem angesichts der ständigen militärischen Überfälle des Regimes in Salisbury auf seine Nachbarstaaten – zu einer derart großen Belastung für die Frontstaaten geworden, daß vor allem Tansania, Moçambique und Sambia auf eine Verhandlungslösung drängten. Besonders Tansania, dessen Wirtschaft noch durch den Krieg gegen Ugandas Idi Amin und die Hilfeleistung für die dortige Befreiungsfront zusätzlich belastet war, hat immer wieder – angefangen bei der Commonwealth-Konferenz im Sommer – auf Zugeständnisse gedrängt.

Hinzu kam die Art der britischen Verhandlungsführung, die die Patriotische Front immer wieder durch Ultimaten und vollendete Tatsachen unter Zugzwang setzte. Dies hat die Glaubwürdigkeit der PF in zweifacher Hinsicht belastet. Mit der erklärten Absicht, ernsthaft zu verhandeln, angetreten, mußte sie ständig zwischen ihrem programmatischen Anspruch als Befreiungsbewegung einerseits und der Verhinderung der britischen Strategie des Ausmanövrierens anderseits balancieren. Ausschließlich im Vertrauen auf ihren starken Masseneinfluß in Zimbabwe selbst, der gleich bei der Ankunft des ersten Kontingents von PF-Offizieren in Salisbury deutlich wurde, konnte sie sich auf eine politische Lösung des Konflikts einlassen, die zweifellos nicht die unverzügliche und bedingungslose Übergabe der Macht an die Befreiungskräfte vorsieht, aber gleichwohl die Möglichkeit zur schließlichen Verwirklichung ihrer Ziele offenläßt, vielleicht sogar der entscheidende Schritt zum Sieg sein wird.

Bei aller Ambivalenz des Verhandlungsergebnisses hat die PF entscheidende Erfolge erzielt. Dabei muß zunächst auf den jetzt vorliegenden Verfassungstext verwiesen werden. Er unterscheidet sich vor allem dadurch substantiell von der Marionettenlösung à la Smith/Muzorewa, daß die parlamentarische Sperrminorität der Weißen gebrochen ist. Zweitens wird der Armee- und Polizeiapparat, der nach dem internen Modell einer von den weißen dominierten Kommission unterstand, direkt der Regierung des unabhängigen Zimbabwe unterstellt. Drittens ermöglicht die neue Verfassung Landenteignungen auf gesetzlicher Grundlage – eine Frage, die im gesellschaftspolitischen Konzept der PF eine zentrale Rolle spielt und deren Lösung zur Veränderung der rassistischen Besitzverhältnisse im Lande unabdingbar ist. Ein von Großbritannien, den USA, der BRD und der Europäischen Gemeinschaft gespeister internationaler Fonds soll die Entschädigung der enteigneten weißen Großgrundbesitzer sicherstellen, womit ein unvertretbarer Kapitalabfluß aus dem Land verhindert wird.

Eine neokoloniale Lösung ist aber dennoch vor allem wegen der Unwägbarkeiten in der Übergangsperiode, für die mit der Ernennung von Lord Soames als Gouverneur der Zustand der britischen Kolonialherrschaft formell wieder hergestellt und damit die Unilateral Declaration of Independence (UDI) der weißen Siedler beendet wurde, für die Zukunft nicht grundsätzlich auszuschließen. Entscheidend für den Verhandlungsdurchbruch wurde die gleichberechtigte Anerkennung der Streitkräfte der Patriotischen Front, die sich wie die Truppen des alten Regimes dem formellen Oberkommando des britischen Gouverneurs unterstellen müssen. Während sich die Kämpfer der Patriotischen Front ebenso wie die Truppen des Smith/Muzorewa-Regimes in eigens errichteten Sammelpunkten konzentrieren müssen, sind insbesondere zwei Spezialeinheiten, nämlich die be-

rüchtigten Selou Scouts und die von Muzorewa rekrutierten Söldnertruppen (die „auxiliary forces"), diesen Bestimmungen bis heute noch nicht nachgekommen.

Eine Bewältigung derartiger Risiken wird vor allem davon abhängen, ob sich die britische Seite sowie Smith/Muzorewa voll an die getroffenen Waffenstillstandsvereinbarungen halten werden. Dazu gehört die Einlösung der von Großbritannien eingegangenen Verpflichtung, eine südafrikanische Einmischung in Zimbabwe zu verhindern. Die Anwesenheit südafrikanischer Armeeinheiten auf rhodesischem Territorium (deren Zahl auf 10 000 Mann geschätzt wird) ist von Botha Anfang Dezember offen zugegeben worden, und die dafür gegebene Begründung, ihre Aufgabe sei es, südafrikanische „Interessen" zu schützen, kann kaum als Indiz dafür gelten, daß Südafrika gewillt ist, einem Wahlsieg der Patriotischen Front untätig zuzusehen.

Eine prekäre Lage kann schließlich durch die Reaktivierung alter zentrifugaler Tendenzen in der Patriotischen Front entstehen, wie sie sich in der einseitigen Ankündigung der Afrikanischen Nationalunion von Zimbabwe (ZANU) andeutet, ohne die ZAPU (Afrikanische Volksunion von Zimbabwe) in die Wahlen am 7. Februar 1980 zu gehen. Dies bedeutet nicht mehr und nicht weniger, als entscheidende Lehren aus der Geschichte des Befreiungskampfes außer acht zu lassen, und wiegt um so schwerer, als die Ziele, auf die sich beide Organisationen der Patriotischen Front im Januar 1977 einigten (Sturz des rassistischen Minderheitsregimes und Beseitigung von Kolonialismus, Imperialismus und Kapitalismus in Zimbabwe; Schaffung eines unabhängigen nationaldemokratischen Staates; Errichtung einer sozialökonomischen Ordnung, „die alle Formen der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen ausschließt"; Gewährleistung von nationalem Frieden, Sicherheit und Gleichheit in Zimbabwe), ja noch keineswegs erreicht sind.

Rainer Falk

Neuerscheinung!

Die Ernennung von F. J. Strauß zum Kanzlerkandidaten der CDU/CSU stellt eine Herausforderung an die demokratische Bewegung der Bundesrepublik Deutschland dar. Das AIB — die meistgelesene deutschsprachige Monatszeitschrift zur Dritten Welt, stellt sich dieser Herausforderung und analysiert in dem soeben erschienenen Sonderheft 1/1980

F. J. Strauß und die CDU/CSU-Weltpolitik

die Konsequenzen auf den Gebieten Außen-, Dritte-Welt- und Entwicklungspolitik.

Hauptbeiträge:
Reinhard Kühnl, Konzeption und Funktion des F. J. Strauß ● Rainer Falk, Weltpolitik und Entwicklungspolitik der CDU/CSU ● Jürgen Ostrowsky, Kontinuität imperialer Afrikapolitik ● José Soto, CDU/CSU-Stütze der chilenischen Militärjunta ● Jürgen Reusch, F. J. Strauß und die „chinesische Karte" ● Jutta von Freyberg, „Orkan der Barmherzigkeit" gegen Vietnam ●

Einzelpreis (40 Seiten) 2,— DM, zuzüglich Porto; bei Abnahme von 10 und mehr Exemplaren 33% Ermäßigung. Jahresabo. 20,— DM inkl. Porto.

☐ Ich bestelle AIB-SH 1/80
☐ Ich abonniere das AIB für mindestens ein Jahr ab Nr.

Name: _____

Adresse: _____

Datum und Unterschrift: _____

Bitte ausfüllen und einsenden an:
AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg 1,
Tel. 06421/24672

AIB
Antiimperialistisches Informationsbulletin

GLOSSE

Lob der Wissenschaft

Von Wolfgang Bittner

Mehrere aufsehenerregende wissenschaftliche Untersuchungen, die von dem hohen Rang unserer Forschung innerhalb der Weltspitzenklasse zeugen, haben in letzter Zeit die Gemüter der Wissenschaftler nicht nur in unserem Lande bewegt. An dieser Stelle sollen drei der wesentlichsten Forschungsergebnisse vorgestellt werden.

Einem Hamburger Arzt ist nach langwierigen Fremd- und schließlich sogar Selbstversuchen der Nachweis gelungen, daß Bienenhonig eine große Zahl hochwertiger Wirkstoffe enthält und sich, regelmäßig über einen Zeitraum von wenigstens einem Monat eingenommen, förderlich sowohl auf die Verdauung als auch auf den gesamten menschlichen Organismus auswirkt. Der Forscher, vor Jahren bereits bekannt geworden durch seine wegweisenden Arbeiten auf dem Gebiete des Freizeitverhaltens deutscher Imker, erhielt unmittelbar nach Bekanntwerden seiner Entdeckung den großen Wissenschaftspreis eines unserer führenden Stärkungsmittelunternehmen.

Ein nicht minder eindrucksvolles Beispiel engagierter wissenschaftlicher Betätigung lieferte eine Gruppe von Soziologen an der Göttinger Georg-August-Universität, die ja seit jeher als Hort der Wissenschaft bekannt ist und als solcher weltweites Ansehen genießt. Hier wurde in enger Zusammenarbeit mit Fachleuten aus rechtsprechender Justiz und Strafvollzug sowie durch eingehende und systematische Untersuchungen zahlreicher Strafgefangener festgestellt, daß dieser Personenkreis unter offenen und versteckten Aggressionen gegenüber dem Personal der Justizvollzugsanstalten leidet. Als weiteres Ergebnis dieser Forschungsarbeit, die von der Stiftung „Wissenschaft und Gesellschaft" des Bundeswohnungsbauministers ermöglicht wurde, trat zutage, daß auch das Personal der Justizvollzugsanstalten offene und versteckte Aggressionen hegt, und zwar gegenüber dem von ihm zu betreuenden Personenkreis. Diese Ergebnisse können insofern als bahnbrechend bezeichnet werden, als damit die Voraussetzungen geschaffen sind, Häftlingen wie auch Aufsichtsbeamten bewußt zu machen, daß sie Träger von Aggressionen sind. Weiter eröffnet sich erstmals die Möglichkeit, daß die Beamten im Justizvollzugsdienst auf Grund dieser empirisch untermauerten soziopsychologischen Erkenntnisse angehalten werden können, die in den Strafanstalten Einsitzenden humaner als bisher zu behandeln, damit es zu einem Abbau der Aggressionen wenigstens auf dieser Seite kommt. Um herauszufinden, wie ein Aggressionsabbau auf seiten der Beamtenschaft erfolgen kann, werden jedoch noch weitere umfangreiche Untersuchungen nötig sein. Das jedenfalls verlautete von der Pressestelle der Göttinger Universität.

Das seit langem wohl spektakulärste Forschungsergebnis erzielte allerdings ein Münchner Kinderpsychologe, dem unter anderem der Nachweis gelang, daß Kleinkinder schon in frühesten Alter zielgerichtete Bewegungen auszuführen, zwischen männlichen und weiblichen Stimmen zu differenzieren sowie die Mutterbrust von einer Gumminachbildung zu unterscheiden vermögen. Diese erstaunlichen Erkenntnisse zum frühkindlichen Verhalten, die durch jahrzehntelange Arbeit eines Forschungsteams der Münchner Ludwig-Maximilians-Universität vorbereitet und anschließend in jahrelangen Einzelversuchen mit wissenschaftlicher Akribie nachgewiesen wurden, machen die Münchner Universität mit einem Schlage zu einer der führenden Forschungsstätten auf dem Gebiete der Kinderpsychologie.

Es steht zu erwarten, daß weitere wichtige Erkenntnisse in nächster Zeit folgen.

Sicher in die achtziger Jahre?

Die NATO-Beschlüsse und die Entwicklung der internationalen Beziehungen

Von Gerhard Kade

Selten noch in der dreißigjährigen Geschichte des atlantischen Bündnisses mußte ein Beschluß über die Einführung neuer Waffensysteme auf so spektakuläre Weise durchgesetzt werden wie derjenige, der im entscheidenden Abschnitt des NATO-Kommuniques vom 12. Dezember 1979 den folgenden Wortlaut hat:

„Die Minister haben daher beschlossen, das LRTNF-Potential der NATO durch die Dislozierung von amerikanischen bodengestützten Systemen in Europa zu modernisieren. Diese Systeme umfassen 108 Abschußvorrichtungen für „Pershing II", welche die derzeitigen „Pershing I A" ersetzen werden, und 464 bodengestützte Marschflugkörper (GLCN). Sämtliche Systeme sind jeweils mit nur einem Gefechtskopf ausgestattet. Alle Staaten, die zur Zeit an der integrierten Verteidigungsstruktur beteiligt sind, werden an diesem Programm teilnehmen. Die Raketen werden in ausgewählten Ländern stationiert und bestimmte Nebenkosten werden im Rahmen von bestehenden Finanzierungsvereinbarungen der NATO gemeinsam getragen werden." (Vgl. den vollständigen Wortlaut im Dokumententeil dieses Heftes.)

Daß dieser eigentliche Kern des Aufrüstungsbeschlusses der NATO in einer beschönigenden Verpackung dargeboten wird, die aus der Bedrohungslegende und einem sogenannten Verhandlungsangebot zusammengesetzt ist, braucht denjenigen nicht zu verwundern, der die maßlose Irreführungskampagne beobachtet hat, der die Öffentlichkeit im Vorfeld der NATO-Entscheidung vor allem in der Bundesrepublik ausgesetzt war. Erst jetzt, da man den ganzen Verlauf dieser Kampagne überblicken kann, wird so recht deutlich, zu welchen Methoden Politiker Zuflucht nehmen, wenn es darum geht, eine neue Welle der Hochrüstung gegen die Interessen der Völker einzuleiten.

Die NATO-Entscheidung ist nicht ein Hochrüstungsbeschluß unter anderen. Es handelt sich auch nicht nur um einen erneuten Versuch, ein militärisches Gleichgewicht zugunsten des atlantischen Bündnisses zu verschieben. In den 70er Jahren ist die Welt des Kapitals wie nie zuvor in ihrer jüngsten Geschichte von Krisen geschüttelt worden; Dauerarbeitslosigkeit in einem nie gekannten Umfang, inflationäre Prozesse und Zerrüttung des kapitalistischen Währungssystems, vor allem aber die Energie- und Rohstoffkrisen haben denjenigen eine Lektion erteilt, die lange Zeit glaubten, mit dem Märchen von der schönsten aller möglichen Welten, mit einer allgemeinen Wachstums- und Wohlstandseuphorie, auf Dauer Massenloyalität erzeugen zu können.

Die reaktionärsten und aggressivsten Kreise im Westen haben sehr bald zu erkennen gegeben, auf welche Weise sie gewillt sind, auf eine Verschärfung der Krise zu reagieren: Aushöhlung des Rechtsstaates und Disziplinierung nach innen, wachsende militärische Konfrontation nach außen (Forcierung des Wettrüstens, Aufstellung einer Eingreiftruppe und andere Methoden einer „modernisierten" Kanonenboot-Politik) zum Zwecke der Aufrechterhaltung der vom Imperialismus definierten Spielregeln der internationalen Politik um jeden Preis. In diesem Sinne beschließt die NATO an der Schwelle der 80er Jahre ein Langzeitprogramm der quantitativen und qualitativen Hochrüstung, in diesem Sinne wird in den letzten Jahren immer häufiger von der Ausdehnung des NATO-Aktionsbereichs über den Wendekreis des Krebses gesprochen und eben in diesen Zusammenhang sind auch alle flankierenden Aktivitäten zu begreifen, die seit der Unterzeichnung der Schlußakte von Helsinki mit dem Ziel eingeleitet wurden, die Erfolge der politischen Entspannung zu unterminieren (Menschenrechtskampagne, Bedrohungslüge und andere Varianten der psychologischen Kriegsführung). Der Beschluß über Produktion und Stationierung neuer Mittelstreckenraketen wird seinem Inhalt und seiner Absicht nach als Teil dieser Gesamtstrategie zu interpretieren sein.

Wenn jedoch zunächst die Art und Weise seines Zustandekommens untersucht werden soll, so deshalb, weil deutlich werden muß, wie groß inzwischen schon die Bereitschaft ist, im Interesse der Selbsterhaltungsstrategie des Imperialismus die Spielregeln einer demokratischen Gesellschaft preiszugeben, wie verbreitet der Zynismus ist, mit dem die großen Fragen von Krieg und Frieden aus dem Prozeß der demokratischen Willensbildung ausgeblendet werden.

So wie der Raketenbeschluß der NATO von Anfang an als ein wichtiger Schritt im Prozeß der Realisierung des NATO-Langzeitprogramms konzipiert war, so beginnt auch die systematisch angelegte Kampagne einer rücksichtslosen und bewußten Irreführung der Öffentlichkeit Ende Mai 1978. Im Kommuniqué der Ministertagung des Nordatlantikrates in Washington ist damals – fast beiläufig – von der „notwendigen Modernisierung der in Europa stationierten nuklearen Streitkräfte" die Rede, so daß zunächst der Eindruck entstehen mußte, es sei eine technologische Erneuerung *bestehender* nuklearer Gefechtsfeldwaffen geplant. Schon auf der 1978er Dezember-Tagung der NATO wurde dann deutlich, was sich hinter dem „Modernisierungs"-Programm verbarg. In der „Neuen Zürcher Zeitung" vom 5. Dezember 1978 liest man zum Stand der Diskussion in der NATO: „Es geht dabei unter anderem darum, ob und wie weit der wachsenden Bedrohung Europas durch sowjetische Mittelstreckenraketen (SS-20) und -bomber (Backfire) weitreichende Nuklearwaffenträger entgegengestellt werden sollen, in welchen Ländern solche allenfalls zu stationieren wären, ob es sich um Raketen oder Cruise Missiles oder andere Waffensysteme handeln soll . . . In den gleichen Gesamtkomplex gehört aber auch die Modernisierung der taktischen Gefechtsfeldwaffen (Stichwort Neutronenbombe)."

Damit waren die Grundlinien für einen systematisch angelegten Propagandafeldzug vorgezeichnet. In der Bundesrepublik konnten nun Außenminister Genscher und Verteidigungsminister Apel, unterstützt von den militärpolitischen Kommentatoren der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" (FAZ) und in Springers „Welt", daran gehen, einen Rechtfertigungsjargon zu entwickeln, dessen Überzeugungskraft sich umgekehrt proportional zu seinem Wahrheitsgehalt verhält.

Zunächst konnte es gar nicht überraschen, daß die alte Legende von der „sowjetischen Bedrohung" in allen möglichen Varianten vorgeführt wurde. Die sowjetische Rüstung sei ihrem Charakter nach offensiv, die Militärdoktrin sowieso; hinzu käme eine expansive Ideologie („Export der Weltrevolution") und eine wachsende militärische Überlegenheit. Die Sowjetunion rüste über das zu ihrer Verteidigung notwendige Maß hinaus, versicherten uns Politiker eines Landes, von dem zweimal ein Krieg gegen die Sowjetunion seinen Ausgang nahm.

Mit immer neuen Zahlentricks wurde dann vor allem eine Überlegenheit im Mittelstreckenbereich „bewiesen", unbekümmert um die Darlegungen unabhängiger nationaler und internationaler Friedensforschungsinstitute. Dies ließ sich besonders wirkungsvoll betreiben, nachdem man die Begriffe „Grauzone" und „eurostrategische Waffensysteme" in die Debatte eingeführt hatte. Dadurch sollte der Öffentlichkeit gegenüber der Eindruck erweckt werden, die globale militärische Parität sei nichts anderes als die Summe partieller Gleichgewichte – eines konventionellen, eines nuklear-taktischen und eines nuklear-strategischen –, so daß um so leichter die militärische Überlegenheit im Mittelstreckenbereich behauptet werden konnte. Und das vollzog sich dann auch in den abenteuerlichsten Formen. Während eine Reihe westlicher Militärexperten wiederholt darauf hinwiesen, daß es sich bei den SS 20-Raketen um nichts anderes als den Ersatz der zum Teil zwanzig Jahre alten Raketen SS 4 und SS 5 handele – ein Modernisierungsvorgang im strengen Wortsinn, der bereits 1974 (Produktion) bzw. 1977 (Stationierung) einsetzte und damals mit Recht nicht als „bedrohlich" empfunden wurde –; daß es in Europa – rechnet man die französischen und die speziellen (außerhalb der NATO-Verfügung existierenden) britischen Nuklearkontingente mit ein – ein annäherndes Gleichgewicht auch im Bereich der taktischen Nuklearwaffen aller Reichweiten gibt, wurden immer neue Zahlen über die sowjetischen Mittelstreckenraketen in die Welt gesetzt. Hier nur eine Blütenlese: Sprechen alle offiziellen Angaben aus Regierungskreisen zunächst von der Produktion von zweieinhalb SS 20-Raketen pro Monat, so werden daraus bald 15 für den gleichen Zeitraum („Der Spiegel" v. 18. 10. 1979). Nach Angaben des amerikanischen Verteidigungsministers Brown hat die Sowjetunion Anfang 1978 mit der Stationierung der SS 20 begonnen. Während offizielle NATO-Angaben Mitte 1979 noch von ca. 45 Raketen sprechen, entdecken bundesdeutsche und schweizerische Zeitungen schon Anfang 1979 120, 135 oder 200 SS 20 („Deutsche Zeitung" v. 9. 2. 1979, „Die Zeit" v. 9. 2. 1979, „Neue Zürcher Zeitung" v. 25. 2. 1979), während ein dreiviertel Jahr später der „stern" von 75 Raketen spricht (31. 10. 1979). Gegen alle Regeln der

Arithmetik prophezeit die „Neue Zürcher Zeitung" (25./26. 2. 1979) für 1985 400 bis 600 solcher Waffen, nachdem sie selbst einen jetzigen Bestand von 135 SS 20 angibt und von der NATO-amtlichen Produktionsziffer von zweieinhalb SS 20 pro Monat ausgeht. Hans Apel schließlich weiß auf dem SPD-Parteitag zu berichten, daß jede Woche eine neue SS 20 die Fabrikhallen verläßt und aufgestellt wird, um die Bedrohlichkeit dieser Waffe gleich anschließend mit dem Argument zu untermauern, daß „keiner weiß, wo sie sich befindet". Solche Zahlenspielereien hörten auch nicht auf, nachdem der sowjetische Staatspräsident Breschnew in seiner Berliner Rede am 6. Oktober der Weltöffentlichkeit versicherte: „In den letzten zehn Jahren ist auf dem Gebiet des europäischen Teils der Sowjetunion die Anzahl der Träger von Kernwaffen mittlerer Reichweite um keine einzige Rakete, um kein Flugzeug vergrößert worden. Im Gegenteil – die Zahl der Abschußrampen für Mittelstreckenraketen sowie die Stärke der Kernladungen dieser Raketen sind sogar etwas zurückgegangen. Reduziert wurde auch die Anzahl von Mittelstreckenbombern."

Inzwischen weiß man nun, wie solche Zahlen zustandekommen. Der Stellvertretende NATO-Oberbefehlshaber, General Schmückle, auf eine Frage des „Spiegel" nach den unterschiedlichen Zahlenangaben und der Gefahr einer Manipulation: „Einmal im Jahr kommen die Experten aus den 15 Mitgliedstaaten zusammen und bestimmen, was die richtigen Zahlen sein können." („Der Spiegel" v. 8. 10. 1979). Anschaulich wird im „stern" (31. 10. 1979) die Atmosphäre ausgemalt, die eine solche Expertenrunde umgibt: „Wenn die Experten der NATO-Geheimdienste zusammensitzen, um Erkenntnisse über die Rüstung des Ostens auszutauschen, zieht ein Hauch von Orient durch die nüchternen Beratungsräume des Brüsseler Hauptquartiers der Allianz." Der „stern" folgert: „Fachleute vermuten, daß Washington vor der Jahrzehntentscheidung der NATO über das ‚Nachrüsten' im Dezember das östliche Potential bewußt übertreiben wird, um die Partner wunschgemäß festzulegen." So, als wollte er diese Vermutung bestätigen, äußert sich der Abrüstungsexperte der SPD-Fraktion, Alfons Pawelczyk, in dem „stern"-Artikel: „Die Zahlen, die wir bekommen, sind zuverlässig, aber gefiltert. Denn damit wird auch Politik gemacht."

Neben der „Bedrohung" durch die angebliche Überlegenheit im Mittelstreckenbereich werden alle möglichen Bedrohungen aufgezeigt – eine wirkungsvolle, weil eindringlich vorgetragene, Begleitmusik: Da taucht dann immer wieder die bedrohliche „Rote Flotte" auf, da wird eine neue Kuba-Krise inszeniert, die sich sehr bald als Bluff der westlichen Geheimdienste – ähnlich wie die mehrfach apostrophierten „Raketenlücken" – herausstellt, da wird die dreifache Panzerüberlegenheit wiederholt beschworen, nachdem Apel selbst bereits Ende 1978 dies als Dichtung eingestuft hatte, da bei solchen Berechnungen alle Tanks zusammengezählt wurden, „die dort seit dem Zweiten Weltkrieg jemals in Dienst gestellt worden waren" („stern", 3. 11. 1978); schließlich schreckte man auch nicht davor zurück, die „sowjetische Bedrohung" geschickt mit allgemein bedrohlichen, weil krisenhaften Entwicklung der westlichen Welt zu verknüpfen.

Daß die Bedrohungslegende in dieser beschämenden Rechtfertigungs-Dramaturgie buchstäblich bis zur letzten Minute ihre Rolle zu spielen hatte, braucht denjenigen nicht zu verwundern, der die Wirkungsgeschichte der Jahrhundertlüge kennt. Hatte das Weißbuch 1979 „Zur Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland und zur Entwicklung der Bundeswehr" schon den Versuch unternommen, den Eindruck einer annähernden Parität, den das Jahrbuch 1979 des SIPRI (Stockholm International Peace Research Institute) vermittelt hatte, durch ein düsteres Bedrohungsgemälde zu zerstreuen, so mußte angesichts der sich abzeichnenden „Risse im Bündnis" noch während der NATO-Tagung ein letzter Geheimdienst-Bericht aus der Tasche gezogen werden, der darauf hinwies, daß „die Sowjetunion den Westen auch in der Qualität ihrer Waffen einholt" („Die Welt" v. 11. 12. 1979).

Das erbärmlichste Schauspiel bot sich dem Beobachter allerdings unmittelbar vor der NATO-Ratstagung, als es auf dem Parteitag der SPD vom 3.–7. Dezember in Berlin (West) darum ging, einen bereits gefaßten Kabinettsbeschluß einsegnen zu lassen, um eine Wirkung auf die sozialistischen Parteien jener Nachbarstaaten auszuüben, die inzwischen Bedenken gegen die anstehenden NATO-Beschlüsse angemeldet hatten. Eine nicht unbedeutende Opposition innerhalb der Parteitags-Delegierten, die sich bestärkt fühlten durch Partei- oder Regierungsbeschlüsse in Holland Dänemark und Belgien, war auf einen Leitantrag des Parteivorstandes einzuschwören, in dem die Zustimmung zu dem geplanten „Nachrüstungs"-Beschluß mit einem „Rüstungskontroll"-Angebot verknüpft war. In den Debatten wurden die inzwischen weit verbreiteten Falschmeldungen über eine militärische Überlegenheit der Sowjetunion ebenso zur Disziplinierung der „Abweichler" eingesetzt wie Hinweise auf den bevorstehenden Wahlkampf und Appelle an die Geschlossenheit der Partei. Wo das immer noch nicht dazu beitrug, eine tragfähige Mehrheit für den Antrag des Parteivorstandes zu schaffen, wurde die Zustimmung zu den NATO-Plänen kurzerhand zur Wunderwaffe für die Ratifizierung von SALT II im amerikanischen Senat deklariert oder auch ungeschminkt die Politik der Stärke gefeiert: Die amerikanische Entscheidung in Sachen Neutronenwaffe und B 1-Bomber wird wahrheitswidrig als Vorleistung ausgegeben (Schmidt); die geplante NATO-Entscheidung habe etwas in Bewegung gebracht – der sowjetische Abrüstungsvorschlag und gleichzeitig eine längst bekannte westliche Bereitschaft zur Verschrottung von 1000 Nuklearsprengköpfen werden erwähnt –, und das wird dann als die Entwicklung von „Bedingungen einer Rüstungskontrollpolitik" bezeichnet (Apel).

Eine letzte Hürde vor der entscheidenden Plenardebatte über den Leitantrag mußte noch genommen werden. Immer wieder wurde von den Delegierten die Notwendigkeit einer Zustimmung zu den NATO-Plänen mit dem Hinweis auf die Verhandlungsangebote der Sowjetunion, die es erst auszuloten gelte, in Frage gestellt. Breschnews Warnungen, die durch Außenminister Gromykos Äußerungen während seines Besuches in Bonn bekräftigt wurden, es werde keine Verhandlungen über den Komplex „Mittelstreckenraketen" geben, wenn die NATO ihre Beschlüsse fasse, waren inzwischen mit Hilfe der Massenmedien zu „Drohungen" umgedeutet worden, die sich auf die Unmöglich-

keit jedweder Verhandlungen bezögen. Unter Mißachtung aller im diplomatischen Verkehr üblichen Gepflogenheiten konnte der Bundeskanzler mit einer gezielten Indiskretion, die sich als plumper Roßtäuscher-Trick erwies (wie man seit der Rede Erich Honeckers auf dem 11. Plenum des Zentralkomitees der SED weiß), jene Befürchtungen zerstreuen, die man zuvor, wenn nicht selbst in die Welt gesetzt, so doch stillschweigend geduldet hatte. Das angekündigte Arbeitstreffen mit dem Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, verbunden mit der längst bekannten Einladung nach Moskau, hatte genau die beabsichtigte Wirkung.

Aber nicht nur im eigenen Lande erwies sich die Bundesregierung erneut als „Musterschüler" der NATO.

Im Vorfeld der NATO-Beschlüsse entwickelten Außen- und Verteidigungsminister eine rege Reisediplomatie, um vor allem die kleineren NATO-Staaten Holland, Belgien, Dänemark und Norwegen von ablehnender Haltung, Moratoriums-Ideen etc. abzubringen und auf den gemeinsamen Kurs einzuschwören – jedenfalls rühmten sich die Herren Genscher und Apel solcher Aktivitäten im ARD-Fernsehen. Bevor noch Außenminister Vance wenige Tage vor der NATO-Ratstagung zu Blitzbesuchen in einigen europäischen Hauptstädten eintraf – unter dem Vorwand, über die Iran-Krise zu informieren, in Wirklichkeit, um zu erreichen, daß alle Partner des Bündnisses „im Gleichschritt marschieren" –, hatte die Bundesregierung bereits ihre Rolle als „Musterschüler" gespielt. Die Niederlande waren dezent darauf hingewiesen worden, daß es Schwierigkeiten in der EG geben könne; gegenüber Belgien drohte man gar mit einem Entzug der Stützung des belgischen Franc. Gerade solche Maßnahmen, vom „ökonomischen Riesen" BRD angedroht, konnten ihre Wirkungen nicht verfehlen; immerhin konnte man sich auf gewisse Erfahrungen verlassen, die man sammelte, als vor einigen Jahren mit dem Entzug von Krediten an Italien gedroht wurde und damals der anvisierte innenpolitische Effekt nicht ausblieb. Daß es solcher Maßnahmen bedurfte, um die oft beschworene „Solidarität des Bündnisses" wiederherzustellen, um wenigstens „Risse im Bündnis" oberflächlich zu kitten, macht auf dem Hintergrund einer wachsenden Protestbewegung gegen die NATO-Beschlüsse mehr als alles andere deutlich, daß hier eine „Sicherheits"politik gegen die Interessen der Völker betrieben wird. Daß es nicht nur einer massiven Propagandakampagne in den bundesdeutschen Massenmedien bedurfte – von der „holländischen Krankheit" war da die Rede, ja sogar von einer „Gefahr aus Holland" („Die Welt" v. 3. 11. 1979), die offenbar zeitweilig an die Stelle der „sowjetischen Bedrohung" treten mußte –, sondern auch der Einmischung in die inneren Angelegenheiten befreundeter Länder, macht so recht deutlich, was es mit der „Risikogemeinschaft" NATO auf sich hat, von der Georg Leber auf dem SPD-Parteitag so gern sprach.

Wenn bei solchen Vorgängen mehrmals davon die Rede war, daß die jeweiligen Parlamentsmehrheiten in den Niederlanden, in Belgien oder in Dänemark die Regierung behinderten, so wird das sehr eigenwillige Demokratie-Verständnis offenkundig, das allem Anschein nach in dieser „Risikogemeinschaft" herrscht: „Eine Schlüsselrolle kommt daher den Niederlanden zu",

heißt es im Berliner „Tagesspiegel" vom 3. November 1979. „Deren Regierung ist zwar zur Aufnahme der neuen Waffen bereit, aber sie ist durch ihre Parlamentsmehrheit *behindert,* die zunächst zwei Verhandlungsjahre vorschalten will." (Hervorhebung v. Verf.)

So wie hier die Volksvertretungen anderer Länder eingeschätzt werden, so erging es auch den Delegierten des SPD-Parteitages. Eine Woche vor der entscheidenden NATO-Ratstagung bekamen sie noch zu hören, daß eine „auflösende Bedingung" in den Beschluß eingefügt würde: Wenn in der Zeit bis zur Stationierung der neuen Waffen (3–4 Jahre) „akzeptable" Ergebnisse in „Rüstungskontroll"-Verhandlungen zu erzielen seien, so könne man auf die Stationierung verzichten. Bereits Mitte November hatte der amerikanische Verteidigungsminister Brown ganz klar zu verstehen gegeben: „Der amerikanische Kongreß wird niemals zustimmen, Mittel für solche Systeme zu bewilligen, ohne zu wissen, daß sie auch stationiert werden." Und noch bevor der Parteitag zu Ende war, konnten die Delegierten aus dem Munde des NATO-Oberbefehlshabers vernehmen: „Das wäre natürlich keine glaubwürdige Lösung der schwierigen Situation, der sich die NATO gegenübergestellt sieht, wenn wir Hunderte von Millionen Dollar zur Verfügung halten, damit die Waffensysteme gefertigt werden, doch deren Stationierung nicht gesichert ist." (FAZ v. 6. 12. 1979)

Als schließlich von einigen Delegierten die Frage der Kosten angeschnitten wurde – verständlich, wenn man den wachsenden Druck auf die wirtschaftliche und soziale Entwicklung berücksichtigt, der schon heute von der Rüstung ausgeht –, griff der Kanzler selbst ein und versicherte: „Wir rüsten nicht auf. Es handelt sich um eine amerikanische Antwort auf einen sowjetischen Vorgang. Es muß auch ein amerikanischer Vorgang bleiben. Dafür haben wir jedenfalls alle Weichen richtig gestellt. Jemand hat gesagt, wir geben Milliarden aus. Aber wir bezahlen es nicht . . ." Wieder eine bewußte Irreführung, denn die bestehenden Finanzierungsvereinbarungen des Bündnisses bestimmen, daß bestimmte Nebenkosten von den europäischen Partnern getragen werden. Diese belaufen sich nach ersten Schätzungen auf 150 Mio. Dollar für Stationierungseinrichtungen (gegen etwa 4 Mrd. Dollar Produktionskosten für die in Westeuropa zu stationierenden Waffensysteme).

So wie sich die BRD als „Musterschüler" der NATO bei der Durchsetzung der Raketenbeschlüsse erwiesen hat, so deutet alles darauf hin, daß sie diese Rolle auch bei der Realisierung zu spielen bereit ist – entgegen allen anderslautenden Beteuerungen. Schon am Tag nach der NATO-Entscheidung kann man in der „International Herald Tribune" lesen, an welche Verteilung der Waffensysteme auf die europäischen NATO-Länder gedacht ist. War früher ein Verteilungsschlüssel für „Pershing II" und „Cruise Missiles" angegeben worden, der für dieBRD insgesamt 204 (England 160, Italien 112) von 572 Einheiten vorsah, so ist jetzt von 268 Trägerwaffen die Rede – offenbar eine Reaktion auf die während der Tagung erkennbaren Widerstände in Holland.

Überblickt man im nachhinein den Prozeß des Zustandekommens der Raketenbeschlüsse, so wird deutlich, mit welchen Mitteln den Völkern Europas

und der Vereinigten Staaten eine neue Runde des Wettrüstens aufgezwungen wurde. Mit Lug und Trug, mit Roßtäuscher-Tricks und Falschmünzerei, mit Beleidigungen des gesunden Menschenverstandes, mit Druck und Epressung wurde ein Beschluß durchgepeitscht, durch den die Grundlagen für Abrüstungsverhandlungen fundamental verändert werden, der Entspannungsprozeß torpediert wird und eine prinzipiell neue militärische Situation in Europa entsteht, durch die ein nuklearer Konflikt wieder denkbar wird.

Mit den Beschlüssen über Produktion und Stationierung von Mittelstreckenraketen größerer Reichweite („Pershing II" bis zu 2500 km, „Cruise Missiles" bis zu 3700 km) und enormer Treffsicherheit wird keine x-beliebige Fortsetzung des Wettrüstens eingeleitet. Es handelt sich auch nicht nur darum, daß die NATO erneut ihrem alten Traum nachgejagt, eine militärische Überlegenheit über den Warschauer Pakt zu erreichen, womit dann zumeist die Illusion einer „Position der Stärke" für Abrüstungsverhandlungen verbunden ist.

Hier handelt es sich ganz eindeutig darum, daß Europa im Sinne der von Sicherheitsberater Brzezinski und dem ehemaligen Außenminister Kissinger vertretenen „Abkoppelungsthese" zur Startrampe für amerikanische Atomwaffenträger gemacht werden soll, die weite Teile der europäischen Sowjetunion erreichen können. Was sich im Schatten des nuklearstrategischen Gleichgewichts durch die Politik der „forward based systems" der USA in Westeuropa bereits andeutete – die Möglichkeit eines nuklearen Erstschlags gegen die Sowjetunion *ohne* Einsatz von Interkontinentalraketen – wird auf diese Weise perfektioniert. Die Illusion eines begrenzten atomaren Konflikts, die in der Geschichte der NATO, schon häufig eine Rolle spielte, wird zu neuem Leben erweckt. Im „Spiegel" hieß es kürzlich: „Die Aufstellung atomarer Mittelstreckenraketen bringt Washington den Vorteil, nicht länger mit seinem strategischen Potential für die Verteidigung Europas bürgen zu müssen und im Ernstfall die Zerstörung des eigenen Landes zu riskieren. Künftig können die USA nicht nur einen konventionellen, sondern auch einen nuklearen Konflikt auf Europa begrenzen."

Daß es sich hierbei um eine „Denklücke" in der NATO-Strategie handelt – das Gegenstück zu der erlogenen „Raketenlücke" –, ist mit Recht gleich nach dem NATO-Beschluß moniert worden: „Die Strategie der ‚flexible response' geht davon aus, daß die Sowjets mit ihren überlegenen konventionellen Streitkräften angreifen und daß sie in Ungewißheit darüber gehalten werden müssen, ob und wie die NATO darauf reagiert. Die Unberechenbarkeit der Eskalation soll abschrecken." („Süddeutsche Zeitung" v. 15./16. 12. 1979). – Hier werden zwei völlig unrealistische Annahmen gemacht, einmal die Annahme der offensiven Absichten der Sowjetunion gegenüber Westeuropa, zum anderen das Vertrauen in die friedensstabilisierende Wirkung einer Strategie der Abschreckung.

Abschreckung – das hat die Geschichte des Wettrüstens längst bewiesen – ist keineswegs die beste, sondern eine überaus risikoreiche Variante einer Politik der internationalen Sicherheit, weil „ein auf Hortung von Kernwaffen aufgebauter Frieden einer Rast am Krater eines aktiven Vulkans" gleichkomme, der jederzeit todbringende Lava speien kann (P. N. Fedossejew).

Das Grundmuster des Rüstungswettlaufs, das durch die NATO-Strategie der gegenseitigen Abschreckung festgelegt wird, hat Theo Sommer in der „Zeit" vom 14. September 1979 mit Blick auf die Nukleardebatte der NATO treffsicher beschrieben: „Vor zwanzig Jahren hat das Gejammer über eine ‚Raketenlücke', von der sich später herausstellte, das es sie nie gab, zu einem hektisch forcierten Ausbau der amerikanischen Raketenwaffen geführt. Den Sowjets blieb nichts anderes übrig, als mit der westlichen Supermacht gleichzuziehen. Bei den Mehrfachsprengköpfen und den Cruise Missiles ging es ähnlich: die Amerikaner marschieren voran, die Russen folgen. Jeder Vorteil war nur von flüchtiger Dauer. Carters Entscheidung, 200 bewegliche MX-Raketen mit zusammen 2000 Sprengköpfen zu bauen, wird die Sowjets unweigerlich auf den gleichen Pfad locken. Es ist zweifelhaft, ob am Ende für irgend jemanden ein Mehr an Sicherheit herauskommt."

Immer deutlicher zeigt sich also, daß die Brüsseler Raketenentscheidung, die Europa zum „Atomwaffen-Mutterschiff der USA" und damit zum potentiellen Schlachtfeld eines nuklearen Konflikts macht, auf einer Reihe von falschen Voraussetzungen beruht, die zum Teil von denen selbst widerlegt worden sind, die dazu beitrugen, daß die NATO-Entscheidung durchgesetzt werden konnte.

Eine Politik, die auf bewußter Irreführung (Bedrohungslegende, militärische Überlegenheit des Ostens etc.) und illusionären Voraussetzungen (Strategie der Abschreckung, begrenzter atomarer Konflikt) beruht, erweist sich bei näherem Hinsehen sehr rasch als das, was sie in Wahrheit ist, als eine Selbstmörder-Strategie im Interesse der einseitigen Selbsterhaltungsbedürfnisse der Vereinigten Staaten. Denn eine von zwei Möglichkeiten gibt es nur: Entweder sind die europäischen NATO-Staaten bloße Erfüllungsgehilfen der aggressiven Politik des amerikanischen Imperialismus, dann würden Politiker ihrem Antrag, Schaden von ihren Völkern abzuhalten, zuwiderhandeln; oder aber alle pathetischen Äußerungen bundesdeutscher Politiker, man wolle keine Nuklearmacht werden, sind leeres Gerede. Für die erste Variante sprechen eine Reihe von sehr offenen Meinungsäußerungen der Amerikaner über ihre Nuklearstrategie. Der ehemalige amerikanische Verteidigungsminister Rumsfield betonte bei der Vorlage des amerikanischen Verteidigungshaushaltes für das Jahr 1978: „Das Ziel der gegenwärtigen Planung des Verteidigungsministeriums ist klar. Wir glauben, daß eine große Anzahl militärischer Objekte und entscheidender Industrien der Sowjetunion Ziele eines nuklearen Konflikts sein müssen und daß eine wichtige Aufgabe der nuklearen Vergeltung darin bestehen muß, die Fähigkeit der UdSSR erheblich zu beeinträchtigen, sich von der atomaren Auseinandersetzung schneller als die Vereinigten Staaten zu erholen und das Niveau des militärischen Potentials sowie das wirtschaftliche Niveau des zwanzigsten Jahrhunderts zurückzuerlangen." Bei der Vorlage des Verteidigungshaushaltes für 1979 führte der gegenwärtige US-Verteidigungsminister Brown aus: „Unser Bedürfnis nach Atomsprengköpfen hängt nicht nur von der Zahl der Waffen ab, die sich im Alarmzustand befinden können, von der Fähigkeit, einen gegnerischen Angriff zu überleben, von der Möglichkeit, in das Territorium des Gegners ein-

zudringen, von der Zahl und der Art der anzugreifenden Ziele, sondern ebenfalls von der Forderung, auch nach dem Krieg über gewisse Potenzen zu verfügen."

Interpretiert man die Brüsseler Raketenbeschlüsse auf diesem Hintergrund, so erscheinen sie ganz klar als Teil der amerikanischen Politik der „atomaren Erpressung". Sie zielen darauf ab, die Vorherrschaft im Bereich der strategischen Atomwaffen zu erreichen, gegen die Sowjetunion Krieg zu führen und die Zahl der atomaren Waffen entsprechend hoch zu halten, um auch „nach dem Kriege" eine Kanonenbootpolitik des Atomzeitalters betreiben zu können, d. h. Spielregeln des Imperialismus der übrigen Welt aufzuzwingen. Wer sich zum Erfüllungsgehilfen dieser Politik macht, gliedert sich in eine „Risikogemeinschaft" (Leber) NATO ein, die sich ganz offensichtlich mehr zu einer Gemeinschaft von Selbstmördern entwickelt.

Und wie steht es denn wirklich um die – auch während des Parteitages der SPD – ständig wiederholten Beteuerungen, die Bundesrepublik sei keine Atommacht und wolle auch in Zukunft keine Atommacht sein? Zunächst muß man doch ganz klar sehen, daß sich die alleinige Verfügungsgewalt der USA über die in Europa stationierten Atomwaffen immer mehr auf eine Formalität reduziert, je stärker das Gewicht der Bundesrepublik in der NATO wird. Daß es seit der Wiederbewaffnung immer wieder Versuche gegeben hat, die Bundesrepublik zur Atommacht werden zu lassen, wird heute kaum jemand bestreiten – außer denen, natürlich, die mit feierlichen Beteuerungen ihre „Realpolitik" zu kaschieren versuchen (vgl. hierzu das Buch des Verfassers „Die deutsche Herausforderung – ‚Modell Deutschland' für Europa", Köln 1979, S. 177 ff., betreffend Gewicht der BRD in der NATO, und S. 203 ff., betreffend Griff zur Atommacht).

Die Stationierung von weitreichenden Mittelstreckenraketen in Europa muß allerdings noch unter einem weiteren Gesichtspunkt beurteilt werden. Für viele Beobachter kam es seinerzeit überraschend, daß der verteidigungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag gerade die Debatte über die Neutronenwaffe am 8. September 1977 dazu benutzte, um die Frage der Ausdehnung des Aktionsbereichs der NATO – bislang schon des öfteren von Haig und Brzezinski in der Öffentlichkeit erörtert – so grundsätzlich zu behandeln. Wörner führte damals aus: „Militärische Sicherheit kann heute weniger denn je isoliert – für sich – gesehen und erreicht werden. Noch nie hat es eine Zeit gegeben, in der der Zusammenhang militärischer und politischer, sozialer, wirtschaftlicher, handelspolitischer Sicherheit so eng und mit Händen zu greifen gewesen ist wie heute. Manche der augenscheinlichsten und gefährlichsten Bedrohungen unserer Sicherheit sind nicht militärisch oder nur indirekt, etwa die Bedrohung unserer Energie- und Rohstoffversorgung durch Rohstoffverteuerung, durch Monopole und durch die sowjetische maritime Expansion . . .

Daraus ergeben sich . . . zwei Forderungen . . .:

1. Die Atlantische Allianz muß über ihren Charakter einer reinen Verteidigungsallianz hinauswachsen und sich als Schicksalsgemeinschaft der freien

Welt verstehen. Sie muß den Versuch unternehmen, in den vitalen Fragen des Überlebens der freien Welt zu einer solidarisch koordinierten Politik zu finden.

2. Die geographische Begrenzung der NATO ist überholt . . . Die NATO (darf) als Ganzes nicht zulassen . . ., daß ihre Versorgungswege und strategisch bedeutsamen Gebiete durch Gewaltanwendung unter die Kontrolle des Warschauer Pakts oder der UdSSR gebracht werden."

Aus solchen Überlegungen, die auch führenden Politikern der Regierungskoalition nicht gar so fremd sind, muß man die Anhäufung von Kernwaffen in Europa durchaus auch im Zusammenhang mit einem erweiterten westlichen Sicherheitskonzept sehen, wo unter Sicherheit „eine Garantie der Existenz der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, einschließlich der ‚Verteidigung' dieses Systems und sogar seiner Wiedererrichtung dort, wo es nicht mehr besteht", verstanden wird („IPW-Berichte", 7/1979, S. 8).

Man darf sich über die bis jetzt existierenden Angaben über die Reichweite von „Pershing II" und „Cruise Missiles" nicht vorschnell beruhigen. Mit dem System der vorgeschobenen Stützpunkte läßt sich nicht nur in bezug auf die Sowjetunion mehr Bedrohungs- und Zerstörungspotential installieren, als bei einer bloßen Abschätzung direkter Entfernungen Westeuropa–Sowjetunion deutlich wird, so daß der amerikanische Militärexperte R. J. Barnet mit Recht hervorhob: „Die Einführung der Flügelrakete . . . eröffnet einen Weg, von den vorgeschobenen Objekten, die das Territorium der Sowjetunion umkreisen, dieses praktisch unbegrenzt mit Kernsprengköpfen zu bestreichen"; hinzu kommt ganz sicher, die Absicht, die Strategie der „atomaren Erpressung" auch dort einzusetzen, wo die vom Imperialismus etablierten Spielregeln der Rohstoff- und Energieversorgung „bedroht" erscheinen.

Daß man den Angaben über die Reichweiten überhaupt skeptisch gegenüberstehen sollte, wird durch einen inzwischen bekannten Etikettenschwindel in Sachen „Pershing II" nur unterstrichen: Der Nationale Sicherheitsrat der USA präzisierte in einem im April 1977 dem Auswärtigen Ausschuß des Senats und des Repräsentantenhauses zugeleiteten Bericht, daß die wegen der SS 20-Raketen geplante Modernisierung der „Pershing I" durch die „Pershing II" „keinen Einfluß auf die SALT II-Verhandlungen haben wird, da ihre Reichweite 400 Seemeilen nicht überschreitet und das Waffensystem weiterhin als ‚nicht-strategisch' eingestuft wird."

Aus allem muß man schließen, daß hinter den Brüsseler Raketenbeschlüssen die Absicht steht, „eine wesentliche Veränderung in der Strategie des Westens" herbeizuführen, wie die „New York Times" kürzlich schrieb. Diese Veränderung wird allerdings nicht nur von dem Wunsch aggressiver Kreise des Westens bestimmt, Atomwaffenschläge gegen Ziele in der UdSSR vom europäischen Kontinent aus zu führen, sondern sie wird ausgelöst von einer zunehmenden Verschärfung der krisenhaften Entwicklung im Westen, die im Sinne einer Selbsterhaltungsstrategie des Imperialismus solche Reaktionen produziert.

Wer heute die Passauer Aschermittwoch-Rede des F. J. Strauß („Bayernkurier" v. 10. 3. 1979) noch einmal liest, wird nicht nur über die Chancen und Herausforderungen in einer krisenhaften Entwicklung informiert, sondern findet auch den ganzen Interpretationsrahmen für die notwendige „Veränderung in der Strategie des Westens" vorgezeichnet. Wenn Strauß jetzt in seiner Ansprache zum Jahreswechsel dieses Thema wieder aufgreift und betont, „daß unser gesamtes politisch-wirtschaftlich-soziales System ungeheuer empfindlich, verwundbar, erpreßbar" sei, daß die Versorgung der hochentwickelten westlichen Industriegesellschaft mit Energie und Rohstoffen Daseinsfragen aufwerfe, wie sie seit Ende des Zweiten Weltkrieges nicht mehr bestanden hätten, so wird hier der gleiche Ton angeschlagen, wie ihn auch die Politiker der Koalition trafen, wenn sie in diesen Tagen ihre Einschätzung der internationalen Lage vortrugen.

Und wenn Strauß aus seiner Beurteilung der Lage folgert: „Von daher ist unsere Sicherheit, bei der man heute zwischen militärischer und wirtschaftlicher Sicherheit nicht mehr unterscheiden kann, genauso bedroht wie von der sowjetischen Raketenrüstung gegen Europa", so wird die weitreichende Funktion der Brüsseler Aufrüstungs-Beschlüsse hier zwar deutlicher ausgesprochen als anderswo; die Bereitschaft, notfalls auch mit dem Einsatz militärischer Machtmittel die Lieferung von Öl aus dem Nahen und Mittleren Osten sicherzustellen, wie der amerikanische Verteidigungsminister das vor nicht allzu langer Zeit einmal ausdrückte, ist für die NATO inzwischen zum Glaubenssatz geworden. Daß es da innerhalb der NATO Arbeitsteilung geben kann (Eingreiftruppe einerseits und in Europa eben Kernwaffen unter amerikanischem Befehl), ist unbestritten, so daß der Kanzler auch behaupten kann, die Bundesrepublik Deutschland werde mit Sicherheit keinen Krieg um Öl führen („Wirtschaftswoche", 52/1979).

Wenn man die weitreichenden Konsequenzen der Brüsseler Raketen-Beschlüsse überdenkt, so kann es nicht überraschen, daß es auf Seiten der Sowjetunion scharfe Reaktionen gegeben hat, in denen nicht nur auf die massive Gefährdung des Entspannungsprozesses hingewiesen, sondern auch betont wurde, daß den angebotenen Verhandlungen über den Abbau von Mittelstreckenraketen „der Boden entzogen" sei. Die sowjetische Beurteilung der gegenwärtigen Situation kommt wohl am besten in der Äußerung Sagladins zum Ausdruck: „Niemand in unserem Lande wird tatenlos zusehen, wie Aktionen eingeleitet werden, die gegen die Sowjetunion gerichtet sind. Natürlich gehen wir dabei nicht davon aus, daß irgendwelche unvermeidbaren militärischen Aktionen vorbereitet werden müssen, sondern davon, daß sie vermieden werden und daß für unsere Menschen ein ruhiges Leben erhalten bleibt. Solche Maßnahmen müssen ergriffen werden, und deshalb sind es absolut leere Hoffnungen, damit zu rechnen, daß man mit uns unter Drohungen sprechen kann." (ADN, 24. 12. 1979).

Daß auch das Zustandekommen der NATO-Beschlüsse, vor allem die Rolle Genschers und die Position des Kanzlers, kritisiert werden, kann nicht überraschen. Die Irreführung der Öffentlichkeit hat sich ja fortgesetzt, nachdem die Entscheidungen gefallen waren. Bonner Politiker versuchen weiterhin den

Eindruck zu erwecken, es werde Verhandlungen geben, so als wäre nichts geschehen. Sie verbreiten immer wieder die Illusion, aus der „Position der Stärke" lasse sich besser mit der Sowjetunion verhandeln. Der Öffentlichkeit wird vorgegaukelt, es lägen wirkliche Verhandlungsangebote auf dem Tisch, obgleich jeder weiß, daß das, was als Verhandlungspaket beschrieben wird, nichts als alte Hüte enthält:

– Die Verschrottung von 1000 veralteten Kernsprengköpfen ist in der Vergangenheit mehrfach angekündigt worden und hat bereits bei den Wiener Verhandlungen eine Rolle gespielt;

– der angebotene Abzug von 13 000 US-Soldaten gegen 30 000 Soldaten der UdSSR ist auch bereits in Wien diskutiert worden und ist kein substantielles Angebot, wenn man bedenkt, daß die USA seit Beginn der Wiener Verhandlungen mindestens zwei neue Brigaden in Europa stationiert haben;

– allgemeine Absichtserklärungen über SALT III gab es bereits genauso wie solche über eine gesamteuropäische Abrüstungskonferenz oder weitreichendere Vertrauensbildende Maßnahmen mit Blick auf die Folgekonferenz in Madrid.

Es ist wirklich ein Hohn, wenn der SPD-Vorsitzende Brandt laut dpa vom 20. Dezember 1979 erklärt, er sei unzufrieden mit der bisherigen Reaktion des Ostens auf das Angebot der NATO. Er habe nicht den Eindruck, als ob der Osten dies alles schon verarbeitet habe.

Nun, man kann wohl davon ausgehen, er hat es; denn sonst hätte Valentin Falin nicht ganz klar gesagt: „Durch die NATO-Beschlüsse wird erstens die strategische Situation in Europa verändert und zweitens wurde im gegenwärtigen Stadium die Chance für eine entscheidende Wende zur Entspannung in Europa vertan. Und es wird schwerfallen, diese Chance zurückzugewinnen, wenn man daran geht, die von der NATO beschlossenen Pläne in die Tat umzusetzen." (ADN, 24. 12. 1979).

Sollte man hierzulande noch immer nicht begriffen haben, daß die „Geschäftsgrundlage" für die Verhandlungen über die Mittelstreckenraketen durch den NATO-Beschluß entfallen ist und auch nicht dadurch wiederhergestellt werden kann, daß sogenannte Verhandlungsangebote präsentiert werden, die mit dieser Sache nichts, aber auch gar nichts zu tun haben, so braucht man sich nur die wirklichen Positionen der USA zum NATO-Beschluß anzusehen. Die bestehen eindeutig in Folgendem:

– Keine Produktion ohne Stationierung (Brown und Rogers)

– Verzicht auf beides nicht bei Produktionsstopp von SS 20, wie Genscher oft betont hat, sondern nur bei Verschrottung aller SS 20, aber auch der SS 4 und SS 5 (Rogers).

Und das ist eine so unrealistische, in höchstem Maße unseriöse Position, daß der Vorsitzende des Verteidigungsausschusses im Parlament der Niederlande, K. G. de Vries, mit Recht den Schluß zieht: „Tatsächlich wird von der NATO die sogenannte Null-Option, das heißt überhaupt keine neuen Atom-

raketen einzuführen, seriös auch gar nicht angestrebt." („Der Spiegel", 50/1979)

Wer in der Bundesrepublik oder anderswo immer noch versucht, den Eindruck zu erwecken, es sei alles gar nicht so schlimm, man könne in absehbarer Zeit zur ganz normalen Fortsetzung des Entspannungsprozesses übergehen, täuscht nicht nur sich selbst, sondern auch die Öffentlichkeit. Denen, die das tun, die sich jeder realistischen Einschätzung der wirklichen Verhältnisse beharrlich widersetzen, muß eines vielleicht mit aller Deutlichkeit vorgehalten werden: In der Sowjetunion hat man – anders als hierzulande – Lehren aus der Geschichte gezogen; und die besagen unter anderem, daß es schon einmal den Versuch gab, einen „Nachholbedarf an Rüstung" als Voraussetzung für Abrüstungsverhandlungen anzumelden, und daß es schon einmal Leute gab, die meinten, „die fortgesetzte Betonung des deutschen Friedenswillens" sei der beste Weg zur Aufrüstung und zur Kriegsvorbereitung.

Wer die Folgen einer solchen Propaganda zu spüren bekam, den vom deutschen Boden ausgehenden Zweiten Weltkrieg, wird berechtigte Zweifel an dem NATO-Konzept „erst aufrüsten, dann verhandeln" anmelden.

Der Bundesrepublik stünde es ganz allgemein gut zu Gesicht, „nicht vorlauter zu sein, als die geschichtliche Erfahrung unserer Partner mit den Deutschen nahelegt", so der Bundeskanzler in seinem Interview zur Jahreswende („Wirtschaftswoche", 52/1979). Nur schade, daß diese richtige Einschätzung nicht die Haltung der Bundesregierung zu den NATO-Beschlüssen bestimmt.

Die Welt braucht militärische Entspannung

Von Leonid Samjatin

Es ist wenige Wochen her, seit die Brüsseler Tagung des NATO-Ministerrats den Beschluß über die Stationierung einer qualitativ neuen Raketen- und Kernwaffe in einer Reihe westeuropäischer Länder gefaßt hat. Dieser Zeitraum ermöglicht es, die unternommene Aktion gleichsam schon rückblickend einzuschätzen und mit der allgemeinen Entwicklung in der Welt von heute, vor allem aber in Europa, in Verbindung zu bringen.

Zunächst sei daran erinnert, daß abgesehen von den USA, sich praktisch nur drei Staaten, die BRD, Großbritannien und Italien, für die Unterbringung der Raketen ausgesprochen haben. Eine Reihe anderer Staaten unterstützte den Beschluß über die Stationierung amerikanischer Waffen in Westeuropa nicht. Nach allem zu urteilen, haben sich diejenigen, die nicht für diese Maßnahme stimmten, von einer realistischen Einschätzung ihrer verhängnisvollen Folgen für die Geschicke Europas und für den Frieden im ganzen leiten lassen. In der Haltung dieser Länder fand die Tatsache ihren Niederschlag, daß sich

nicht nur der Realismus Bahn bricht, sondern daß die Ideen der Entspannung in Hirn und Herz der Menschen festen Fuß gefaßt haben und sich nicht tilgen lassen: daß es kein Leichtes ist, an die Stelle der Entspannung einen anderen Prozeß zu unterschieben, den Prozeß des Wettrüstens. Für diese Beschlußfassung der NATO bestand und besteht keine Notwendigkeit. Diese Entscheidung ist durch nichts zu begründen und zu rechtfertigen, obwohl auch solche Versuche unternommen worden sind und allem Anschein nach auch in Zukunft unternommen werden.

Wollen wir auf einige Argumente eingehen, die die Anhänger der Stationierung von Mittelstreckenraketen in Westeuropa ins Feld führen. Sie behaupten zum Beispiel, daß die Sowjetunion eine Überlegenheit in den Raketen-Kernwaffen erlangt und dadurch das Kräftegleichgewicht in Europa gestört hätte. Darum bedürfe es, wie einige maßgebliche westliche Führer erklären, einer „Nachrüstung", Verhandlungen sollten erst später aufgenommen werden. Es bedürfe einer Modernisierung der vorhandenen Waffen sowie der Wiederherstellung des Gleichgewichts in Europa, das die Sowjetunion gestört hätte. Leonid Breschnew antwortete auf diese Behauptung mit der Erklärung in seiner Rede in Berlin am 6. Oktober 1979, daß die Zahl der Kernwaffenträger mittlerer Reichweite auf dem Territorium des europäischen Teils der Sowjetunion in den letzten zehn Jahren um keine einzige Rakete, um kein einziges Flugzeug vergrößert worden ist. Im Gegenteil sind die Zahl der Startrampen für Mittelstreckenraketen wie auch die Zerstörungskraft dieser Raketen etwas zurückgegangen.

Als die Sowjetunion Verhandlungen vorschlug, war sie bereit, die Zahl der Kernwaffen mittlerer Reichweite gegenüber dem heutigen Stand auch weiterhin zu reduzieren, selbstverständlich nur in dem Fall, wenn in Westeuropa keine solchen Waffen zusätzlich untergebracht werden sollten. Die westlichen Mächte, die die Entscheidung in Brüssel getroffen haben, wollen glauben machen, daß sie rund 600 neue „Pershing II"-Raketen und Flügelraketen brauchen, um das angeblich gestörte „Kräftegleichgewicht" in Europa wiederherzustellen. Bis vor kurzem erklärten die Führer dieser Länder, darunter auch Präsident Carter bei den Treffen und Gesprächen mit Leonid Breschnew in Wien, daß ein verhältnismäßiges Kräftegleichgewicht in Europa besteht. Um ihre neuen militärischen Pläne zu rechtfertigen, sagen sie heute, es bestehe kein solches Gleichgewicht. Was ist geschehen! Die erste Erklärung wurde im Juni 1979 abgegeben, die zweite erfolgte einige Monate später. Wann haben sie die Wahrheit gesagt? Damals oder heute?

Die NATO verfügt über Mittelstreckenraketen in Europa seit Anfang der 60er Jahre. Die Zahl dieser Mittelstreckenwaffen ist heute durchaus nicht geringer als die, über die die Sowjetunion verfügt. Die USA haben vorgeschobene Kampfmittel oder, wie sie von ihnen genannt werden, Waffen des Befehlsbereichs der vereinten NATO-Streitkräfte in einer Zahl von 800 Einheiten. Dazu gehören taktische Trägersysteme der US-Luftwaffe in den amerikanischen Stützpunkten auf dem europäischen Kontinent – 384 Einheiten, auf Flugzeugträgern stationierte Systeme – 292 Einheiten usw. Es ist noch hinzuzufügen,

daß dem Oberkommando der NATO erst vor kurzem fünf mit Raketen bestückte U-Boote zur Verfügung gestellt worden sind. Sie tragen 500 Kernsprengköpfe auf Poseidon-Raketen, die das Territorium der Sowjetunion erreichen können. Mittelstreckenwaffen besitzen dazu noch Großbritannien und Frankreich – insgesamt an die 300 Einheiten.

Woher also die „Disproportion", mit der man die Notwendigkeit zu begründen sucht, nach Europa zusätzlich rund 600 qualitativ neue Mittelstreckenraketen zu verlegen? Das „Mißverhältnis" entsteht, weil im Westen die Zahl der in den westlichen Gebieten unseres Landes untergebrachten sowjetischen Mittelstrecken-Raketen nur mit der Zahl ähnlicher Mittel verglichen wird, über die Großbritannien und Frankreich verfügen. Somit werden viele Hunderte amerikanische Kernwaffenträger, die zum vorgeschobenen System gehören, vorsätzlich außer acht gelassen. Und noch eine Tatsache. Als die SALT II-Gespräche geführt wurden, schlug die Sowjetunion den USA vor, die Frage über die vorgeschobenen Waffensysteme zu erörtern. Die USA weigerten sich damals, diese Frage zu besprechen. Heute stellen sie sie jedoch ganz anders, indem sie behaupten, daß bei den Mittelstreckenwaffen ein „Mißverhältnis" bestünde. Die Tatsache, daß der SALT II-Vertrag die vorgeschobenen Waffensysteme nicht berücksichtigt, ist auf das Zugeständnis der Sowjetunion an die USA im Verlauf der diesbezüglichen Verhandlungen zurückzuführen.

Es wird auch ein anderes Argument angeführt. Man sagt, es handele sich lediglich um die „Modernisierung" der bereits vorhandenen Waffen. Modernisieren kann man aber das, was bereits existiert, das heißt modernisiert wird jene Waffenart, die bereits stationiert ist. Im vorliegenden Fall geht es aber um eine qualitativ neue Waffe, die es bisher in der Bewaffnung der USA und in Europa nicht gab. Flügelraketen großer Reichweite – über 2700 Kilometer – stellen eine prinzipiell neue Waffe dar. Auf europäischem Territorium untergebracht und dadurch nah an die Grenzen der Sowjetunion und der anderen Länder der sozialistischen Gemeinschaft gerückt, kann sie die Ziele tief im Innern der UdSSR vernichten. Die „Pershing II"-Raketen sind ebenfalls vollkommen neue Raketen mit einer Reichweite bis zu 2500 Kilometer, die mit Kernsprengköpfen mit einem hochpräzisen Steuerungssystem nach der Funkmeßkarte des Geländes versehen sind. Dabei kann eine „Pershing II"-Rakete mit nicht nur einem Sprengkopf ausgerüstet werden. Folglich besteht die Gefährlichkeit des amerikanischen Plans zur Unterbringung neuer Raketen-Kernwaffen in Europa auch darin, daß sie ihren Parametern nach nicht nur qualitativ neu, sondern auch für die Lösung ganz anderer Aufgaben bestimmt sind, als die auf dem Territorium Westeuropas früher untergebrachten Systeme.

Kehren wir zu den SALT II-Verhandlungen zurück. Im Protokoll zum Vertrag wurden Begrenzungen für boden- und seegestützte Flügelraketen festgelegt. Dabei wurde vereinbart, daß die Reichweite dieser Flügelraketen höchstens 600 Kilometer betragen soll. Und warum? Man ging davon aus, daß es Waffen von einem besonderen Typ sind, die sich mit nationalen Ortungsmitteln schwer kontrollieren lassen. Gerade deshalb wurde die Reichweite dieser

Waffen so eingeschränkt, daß sie nicht die Parität bei den strategischen Waffen stören. Jetzt aber spricht man von taktischen Raketen mit großer Reichweite und hat die Absicht, Flügelraketen mit einer Reichweite bis zu 2700 Kilometer in Europa zu stationieren. Wollen wir diese Tatsachen vergleichen. Wovon zeugen sie?

Hat die UdSSR das Kräftegleichgewicht in der letzten Zeit gestört? Wir möchten noch eine Äußerung anführen, und zwar von dem bekannten amerikanischen Rüstungsexperten Herbert Scoville, dem ehemaligen Stellvertreter des CIA-Direktors für Wissenschaft und Technik. Er sagte: „Vom militärischen Standpunkt aus ist es für die NATO nicht notwendig, einen Beschluß über die Stationierung von Flügelraketen und ‚Pershing II'-Raketen in Europa zu fassen, weil die NATO als Antwort auf die ‚SS 20', wie die sowjetischen Raketen bezeichnet werden, bereits 500 nukleare Ladungen der ‚Poseidon'-Raketen besitzt, die auf fünf U-Booten stationiert sind, welche der NATO zur Verfügung stehen und das Territorium der UdSSR erreichen können." Aus dieser Äußerung ist ersichtlich, daß die aggressiven Kreise des Westens durch die Stationierung neuer Raketen ein militärisches Übergewicht erlangen wollen, um mit der Sowjetunion von der Position der Stärke aus zu verhandeln.

Führer der westlichen Länder machen die öffentliche Meinung in der Frage der Verhandlungen absichtlich irre. Man begann über Verhandlungen zu sprechen, nachdem die NATO den Beschluß gefaßt hatte, nachdem im Grunde genommen der ganze Mechanismus der Produktion und Stationierung einer qualitativ neuen Raketenwaffe in Gang gesetzt worden war.

Mit anderen Worten, man will uns jetzt Verhandlungen aus einer „Position der Stärke" vorschlagen. Die westliche Seite wird aber damit nichts erreichen. Das ist ein Schritt zurück von den früher vereinbarten Prinzipien der Verhandlungen auf der Grundlage der Gleichheit und gleichen Sicherheit. Gerade auf dieser Grundlage wurden ja die Vereinbarungen bei SALT II erzielt.

Indem die Sowjetunion Verhandlungen über Mittelstreckenraketen vorschlug, war sie bestrebt, kein weiteres Wettrüsten in Europa zuzulassen und eine neue Runde bei der Anhäufung dieser gefährlichen Kernwaffenart aufzuhalten. Die Westmächte haben der sowjetischen Initiative keine Rechnung getragen. Sie ließen den Vorschlag von Leonid Breschnew, unverzügliche Verhandlungen einzuleiten, bevor die NATO ihren Beschluß faßt, unbeantwortet. Sie haben beschlossen, neue Mittelstreckenraketen herzustellen und zu stationieren, und zerstören dadurch die Grundlage für Verhandlungen über dieses Problem. Jetzt wird im Westen viel darüber gesprochen, man könnte Verhandlungen parallel abhalten, als ob man sich auf zwei Spuren bewege: einerseits verhandeln und andererseits „nachrüsten".

Wendet man sich der Logik zu, dann ist es dasselbe, als ob man eine Lokomotive so auf das Gleis stellen würde, daß sich die Räder an der linken Seite in der einen und die an der rechten Seite in der anderen Richtung drehen. Das Ergebnis einer solchen Bewegung ist im voraus bekannt. Wir sind nicht bereit, Verhandlungen auf einer derartigen Grundlage zu führen.

Durch die Stationierung der Mittelstreckenraketen wird eine unmittelbare Gefahr für Frieden und Sicherheit der europäischen Völker entstehen. Zu 9000 nuklearen Gefechtsköpfen, über die die USA bereits auf dem europäischen Kontinent verfügen, will man noch etwa 600 Raketen mit ihren Gefechtsköpfen hinzufügen. Brauchen das die Völker Europas? Wird dadurch ihre Sicherheit gefestigt? Nein, es gibt mehr als genug Kernwaffen, die Welt ist mit diesen Waffen längst überfüllt. Es ist ein rückläufiger Prozeß, eine Begrenzung und dann auch die Liquidierung dieser Waffen erforderlich. Gerade dazu fordert die UdSSR auf, indem sie entsprechende Vorschläge unterbreitet, darunter auch in der UNO. Im Grunde genommen werden aber diese Vorschläge vom Westen abgelehnt.

Gehen wir auf noch ein „Argument" ein, zu dem man jetzt in Europa oft greift. Das ist die These, die Stationierung von „Pershing II"-Raketen und Flügelraketen in Westeuropa sei angeblich darauf zurückzuführen, daß durch den Abschluß des SALT II-Vertrages der amerikanische „nukleare Schirm", der Westeuropa schütze, angeblich ernstlich geschwächt sei. Einige westliche Führer erblickten darin eine Gefahr für die Sicherheit Westeuropas. Sie behaupten, Europa müsse eigene Raketen-Kernwaffen besitzen, die es gegen die Bedrohung aus dem Osten schützen könnten. Und nun erhält Westeuropa etwa 600 Raketen. Das sind jedoch nicht europäische, sondern amerikanische Waffen, und das Recht, diese Raketen starten zu lassen, haben die USA. In der Tat ergibt es sich folglich, als würden die USA die Begrenzung im Ergebnis des Abschlusses des SALT II-Vertrages durch die Stationierung taktischer Langstreckenraketen kompensieren, wie sie jetzt in Amerika genannt werden. Die westeuropäischen Völker werden im Grunde genommen zu amerikanischen Geiseln.

Zur gleichen Zeit, da der NATO-Beschluß gefaßt wurde, gab Jimmy Carter ein Militärprogramm bekannt, das eine jähe Vergrößerung der Pläne zur Rüstungsproduktion in den USA für die nächsten fünf Jahre vorsieht. Die Ausmaße dieses Programms werden allein durch die Tatsache charakterisiert, daß im Vergleich zu den heutigen Investitionen für militärische Zwecke für das Jahr 1981 20 Mrd. Dollar mehr angefordert werden. Washington drängt die Welt auf den Weg eines forcierten Wettrüstens, in die Zeit des Kalten Krieges zurück.

All das zeugt davon, daß die Welt jetzt wie nie zuvor eine militärische Entspannung braucht. Eine zuverlässige Gesundung des politischen Klimas in Europa ist ohne militärische Entspannung kaum zu erreichen. In Europa hat sich schon seit langem ein annäherndes Kräftegleichgewicht herausgebildet. Dieses Gleichgewicht wird aufrechterhalten. Wir stören dieses Gleichgewicht nicht und haben auch nicht die Absicht, es zu stören. Die Sowjetunion trachtet nicht nach einer Überlegenheit, auch nicht auf dem Gebiet der Raketen-Kernwaffen. Den USA und einigen ihrer Verbündeten ist ein Gleichgewicht allem Anschein nach nicht genehm. Sie beschlossen, sich ein militärisches Übergewicht zu sichern. Sie sollen sich aber darüber im klaren sein, daß ihre Handlungen nicht zu einer militärischen Entspannung, sondern zum Gegenteil führen, ganz gleich wie sie das auch tarnen mögen.

Auferstehung einer Großmacht?

Gefahren und Grenzen bundesdeutscher Machtpolitik

Von Kurt Steinhaus

Die massive Einflußnahme der Bundesrepublik auf die Haltung anderer europäischer Staaten zur NATO-Entscheidung über die Einführung neuer „kontinental-strategischer" Atomraketen in Westeuropa, an deren Zustandekommen Bonn maßgeblichen Anteil hat, sowie die zunehmende Einschaltung bundesdeutscher Regierungs- und Parteienvertreter in Konflikte auch außerhalb Europas und des NATO-Vertragsgebiets haben in jüngster Zeit der Frage nach den realen Grundlagen – ökonomisch, politisch, militärisch – solcher machtpolitischer Ambitionen der Bundesrepublik, nach ihren Möglichkeiten, Risiken und Grenzen aktuelle Dringlichkeit verliehen. Der nachstehende Beitrag, der eine Fülle von Daten und Material zu diesem Thema erschließt, ist im wesentlichen identisch mit einem Abschnitt des Buches „Auferstehung einer Großmacht? Zum Problem der Kontinuität von ‚altem' und ‚neuem' deutschen Imperialismus", das der Verfasser im März/April d. J. 1980 im Pahl-Rugenstein Verlag veröffentlichen wird. D. Red.

I

Zweimal in diesem Jahrhundert hat der deutsche Imperialismus den Versuch unternommen, den Lauf der Geschichte mit Waffengewalt zu korrigieren. Das Ergebnis dieser revisionistischen und expansionistischen Politik waren zwei Weltkriege, die zusammen einige Dutzend Millionen Menschen das Leben kosteten und beide mit deutschen Niederlagen endeten. Die Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges schienen zunächst die Möglichkeit eines erneuten deutschen Imperialismus ein für allemal auszuschließen. Die Entwicklung seit 1945 hat dann freilich Fakten geschaffen, die heute in Europa wiederum die Furcht vor einer „deutschen Gefahr" oder doch zumindest vor einer „deutschen Herausforderung" aufkommen lassen[1]). Nun muß zunächst einmal eine Banalität ausgesprochen werden: Deutschland gibt es nicht mehr. Nach zwei verlorenen Weltkriegen ist das direkte Herrschaftsgebiet des deutschen Großkapitals von 540 000 auf 248 000 Quadratkilometer zusammengeschrumpft. Seit nunmehr drei Jahrzehnten existieren zwei deutsche Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung. Der sozialistische deutsche Staat – die DDR – hat, indem er die alten herrschenden Klassen entmachtete sowie die politischen und territorialen Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges vorbehaltlos anerkannte, radikal mit der Vergangenheit gebrochen. Von ihm geht für niemand eine Bedrohung aus. Und in der Tat beziehen sich alle Befürchtungen – übrigens auch in den westeuropäischen Ländern – über eine neue „deutsche Gefahr" auf die kapitalistische Bundesrepublik. Mit gutem Grund. Denn hier sind die alten Besitz- und Machtverhältnisse restauriert worden – eine Tatsache, die es durchaus rechtfertigt, von einer „Wiedergeburt" des deutschen Imperialismus zu sprechen. Das gilt um so mehr, als die Politik der Bundesrepublik seit ihrer Gründung durch das Streben bestimmt war, die Er-

1) Eine fundierte Analyse hat hierzu Gerhard Kade, „Die deutsche Herausforderung", Köln 1979, vorgelegt. Diese wissenschaftlich wie politisch gleichermaßen verdienstvolle Arbeit enthält eine Fülle von Material, die die Thesen des Verfassers eindrucksvoll belegt. Was indes das Problem der „Großmacht"- bzw. „Weltmacht"-Rolle der Bundesrepublik angeht, wird im folgenden eine etwas anders nuancierte Einschätzung entwickelt.

gebnisse des Zweiten Weltkrieges zu revidieren und den alten „Besitzstand" zurückzugewinnen.

Alles, was heute unter „deutscher Gefahr" verstanden wird, hat seine Ursache und seinen Realitätsgehalt letzendlich eben in dieser Nichtanerkennung des politischen und territorialen Status quo. Die Nichtanerkennung des Status quo – insbesondere der bestehenden Grenzen – in Europa war bis zu Beginn der 70er Jahre offizielle bundesdeutsche Politik. Und heute? CDU/CSU haben erst 1979 wieder, indem sie in der Auseinandersetzung um das neue Umsatzsteuergesetz weder das Territorium der DDR noch das gesamte polnische Staatsgebiet als Ausland anzuerkennen bereit waren, unmißverständlich klargemacht, daß sie an ihren revisionistischen Positionen festhalten. Und was SPD und FDP angeht, so halten ihre Führungen zumindest den Anspruch auf das Staatsgebiet der DDR nach wie vor aufrecht. Denn nichts anderes bedeutet die Formel vom „Offenhalten der deutschen Frage". Diese Haltung ist zwar weder mit den allgemeinen Normen des Völkerrechts noch mit den völkerrechtlich verbindlichen Texten der Ostverträge vereinbar, aber sie ist eine Tatsache.

Völlig zu Recht sieht Fritz Fischer in der Tatsache, daß im „politischen Kalkül" der herrschenden Kreise des wilhelminischen und des faschistischen Deutschland „der Einsatz militärischer Macht" ein „selbstverständlicher Faktor" war, das Grundübel der deutschen Geschichte. Aber es fällt schwer, dem renommierten Historiker weiter zu folgen, wenn er feststellt, daß in der heutigen Bundesrepublik „das politische Leben . . . im wesentlichen . . . zurückgefunden (hat) . . . zu einem entspannten, normalisierten Verhältnis zur übrigen Welt im Sinne einer realitätsbewußten friedlichen Zusammenarbeit mit allen Nachbarn"[2]). Die bundesdeutsche „Ostpolitik" zeigt leider sehr deutlich, daß das „Kontinuitätsproblem der deutschen Geschichte" (Fischer) immer noch nicht völlig gelöst ist.

Man mag es drehen und wenden, wie man will: Es gibt eine Kontinuität zwischen dem „alten" und dem „neuen" deutschen Imperialismus. Und zwar nicht nur insofern, als deren soziale Grundlagen – die ökonomische und politische Macht des Großkapitals – prinzipiell die gleichen sind, sondern auch insofern, als in der Außenpolitik der Bundesrepublik eine starke revionistische und expansionistische Komponente fortexistiert.

Sicherlich hat das Fiasko der Adenauerschen Konzeption, die „Wiedervereinigung" mit Hilfe einer „Politik der Stärke" durchzusetzen, zu einer beträchtlichen Ernüchterung und dazu geführt, daß sich realistischere Positionen durchsetzen konnten. Aber man kann wohl davon ausgehen, daß die herrschenden Kreise des kapitalistischen deutschen Staates nach wie vor der Vorstellung nachhängen, die Geschichte in ihrem Sinne „korrigieren" zu können, daß sie insbesondere nicht gewillt sind, sich mit der Existenz eines sozialistischen deutschen Staates abzufinden.

Die Frage nach dem konkreten Ausmaß der Gefahr, die von dieser Konstellation für die europäische Sicherheit ausgeht, hat freilich noch einen anderen

2) Fritz Fischer, Bündnis der Eliten. Zur Kontinuität der Machtstrukturen in Deutschland 1871–1945, Düsseldorf 1979, S. 93 ff.

Aspekt. Denn Politik heißt nicht nur „Wollen", sondern auch „Können". Was den Willen zur politischen und ökonomischen Expansion angeht – daran hat es noch nie gefehlt und wird es vermutlich auch in Zukunft nicht fehlen. Wie aber steht es um die konkrete Fähigkeit hierzu? Oder anders gefragt: Wie groß ist das Machtpotential, das dem deutschen Imperialismus heute real zur Verfügung steht?

II

Diese Fragen können nur beantwortet werden vor dem Hintergrund jener fundamentalen historischen Veränderungen, die die inneren wie die äußeren Existenz- und Entwicklungsbedingungen gerade auch des deutschen Imperialismus seit 1917 bzw. 1918 und seit 1945 erfahren haben. Es geht dabei vor allem darum, daß heute ein sozialistisches Weltsystem existiert, daß der Sozialismus auch auf deutschem Boden festen Fuß gefaßt hat, daß die imperialistischen Kolonialreiche der Vergangenheit angehören. Diese historischen Entwicklungen spiegeln sich nicht zuletzt in den Veränderungen der globalen Verteilung der Weltindustrieproduktion wider – eine relativ simple, aber für das internationale Kräfteverhältnis sehr aussagekräftige Kennziffer.

Tabelle 1
Weltindustrieproduktion 1913–1978

	Anteil an der Weltindustrieproduktion in %			
	1913	1937	1950	1978
Deutsches Reich bzw. BRD	15,8	11,0	5,0	5,3
Frankreich	6,4	4,9	4,7	3,7
Großbritannien	14,1	10,0	6,9	2,6
EG-Staaten	(39,0)[a]	(28,7)[a]	21,0	15,4
USA	35,8	37,1	39,0	22,4
Kapitalistische Hauptländer, insgesamt [b]	80,0	69,6	58,7	41,7
UdSSR bzw. RGW-Staaten	–	10	17,5	33,0

a) Deutsches Reich, Großbritannien, Frankreich, Italien.
b) Deutsches Reich bzw. BRD, Großbritannien, Frankreich, Italien, Japan, USA, zaristisches Rußland (1913).

Gegenwärtig entfällt auf die im Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) zusammengeschlossenen sozialistischen Staaten ungefähr ein Drittel der Weltindustrieproduktion, auf die Gesamtheit der sozialistischen Staaten etwa 40%. Der Anteil der Entwicklungsländer liegt bei annähernd 9%, die entwickelten kapitalistischen Länder repräsentieren noch etwas mehr als die Hälfte der Weltindustrieproduktion[3]). Diese Verschiebungen bilden den Hintergrund dafür, daß sich die relative weltwirtschaftliche Stellung auch des deutschen Imperialismus wesentlich verschlechtert hat.

3) Quellen: SSSR w zifrach w 1978 godu, Moskau 1979, S. 46; Ekonomitscheskoje poloshenie kapitalistitscheskich i raswiwajustschichsja stran. Obsor sa 1978 g. i natschalo 1979 g. (Beilage zu: „Mirowaja ekonomika i meshdunarodnyje otnoschenija", 8/1979), Moskau 1979, S. 21; Die Wirtschaft kapitalistischer Länder in Zahlen, in: „IPW-Forschungshefte", 4/1977, S. 28; „horizont", 19/1975, S. 14.

Aus Tabelle 1 ist ersichtlich, daß der Anteil des deutschen Imperialismus an der Weltindustrieproduktion in der Zeit zwischen 1913 und 1937 um ein Drittel zurückgegangen ist und im Ergebnis des Zweiten Weltkriegs erneut halbiert wurde. Bereits diese Zahlen legen den Schluß nahe, daß das Deutsche Reich noch eine Großmacht war, die Bundesrepublik eine solche Position jedoch nicht mehr hat. Und einige sehr wesentliche Unterschiede zwischen bundes- und reichsdeutscher Außenpolitik bestätigen diese Einschätzung.

Der extreme Expansionismus des wilhelminischen Deutschland führte unvermeidlich zu einer Konfrontation mit praktisch allen anderen Großmächten. Natürlich war die Kalkulation, im wesentlichen mit den eigenen Kräften Frankreich, Großbritannien, Rußland, die USA usw. zu bezwingen, völlig illusionär. Aber so abenteuerlich kalkulierten die herrschenden Kreise des damaligen Deutschen Reiches.

Auch nach der Errichtung des faschistischen Herrschaftssystems 1933 gaben sich die herrschenden Klassen Deutschlands noch der Illusion hin, die Niederlage des Ersten Weltkrieges aus eigener Kraft zu korrigieren. So war die Politik des Hitlerfaschismus durch den Gegensatz sowohl zur sozialistischen Sowjetunion als auch zu den imperialistischen Westmächten bestimmt. Seine Pläne waren Weltherrschaftspläne, sie ließen einen gewissen Spielraum in bezug auf die Reihenfolge der Aggression gegen den Osten und den Westen, aber die grundsätzliche Konstellation eines Zweifrontenkrieges war mit ihnen vorgegeben. Diese Politik war gesetzmäßig von Anfang an zum Scheitern verurteilt. Aber die deutschen Imperialisten waren nun einmal politische Abenteurer.

Im Ergebnis des Zweiten Weltkrieges änderte sich jedoch das internationale Kräfteverhältnis so einschneidend, daß eine grundlegend neue Situation entstand. Mit der Herausbildung eines sozialistischen Weltsystems waren die zwischenimperialistischen Widersprüche zweitrangig geworden; die imperialistischen Staaten schlossen sich erstmals zu einem Block zusammen. Angesichts der neuen internationalen Kräfteverhältnisse konnte der deutsche Imperialismus niemals mehr hoffen, seine expansionistischen Zielsetzungen – auch wenn sie diesmal zunächst „nur" in östlicher Richtung gingen – im Alleingang zu verwirklichen.

Den veränderten weltpolitischen Gegebenheiten versuchten die herrschenden Kreise Westdeutschlands wenigstens insofern Rechnung zu tragen, als sie mit äußerster Konsequenz darangingen, ihr Herrschaftsgebiet in ein gesamtimperialistisches Bündnissystem zu integrieren. Die Spaltung Deutschlands wurde zunächst bewußt in Kauf genommen, da man darauf vertraute, den Sozialismus mit Hilfe der USA und der NATO „zurückrollen" zu können. Die Bundesrepublik wurde enger mit der Politik des USA- und des Weltimperialismus verbunden als irgendein anderes kapitalistisches Land. Und alle Gruppierungen der herrschenden Klasse der Bundesrepublik sind sich seither dahingehend einig, daß mit dieser Politik der „Westorientierung" eine unwiderrufliche strategische Option vorgenommen wurde, zu der es keine Alternative mehr gibt.

Bei dieser außenpolitischen Orientierung handelt es sich um ein Axiom der Politik des heutigen deutschen Imperialismus, das sich folgerichtig aus den globalen machtpolitischen Realitäten der Zeit nach 1945 ergab und ergibt. Diesem politischen Axiom liegt sowohl das enge Bündnis mit den Vereinigten Staaten und die militärische Integration in das „atlantische" Paktsystem der NATO zugrunde wie auch die wirtschaftliche und politische Integration im Rahmen der „Europäischen Gemeinschaft".

Die ausschließliche „Westorientierung" hatte und hat unvermeidlich eine sehr starke Abhängigkeit der Bundesrepublik von ihren westlichen Bündnispartnern und Konkurrenten zur Folge. In bezug auf das Verhältnis zu den USA ist diese Abhängigkeit derart ausgeprägt, daß daraus unvermeidlich eine weitgehende Unterordnung der Bonner Politik unter die Vorstellungen Washingtons erwächst. Diese Konstellation ergibt sich folgerichtig aus der Tatsache, daß die Vereinigten Staaten aufgrund ihrer ökonomischen und militärischen Stärke in der westlichen Welt eine unanfechtbare Führungsposition einnehmen.

Innerhalb Westeuropas sehen die Machtverhältnisse jedoch wesentlich anders aus. Natürlich ist die Bundesrepublik auch hier in vielerlei Abhängigkeiten verstrickt. Aber der BRD-Imperialismus verfügt inzwischen über ein Wirtschafts- und Militärpotential, das ihm im westeuropäischen Raum durchaus eine gewisse Vormachtstellung gibt.

III

Die Zahlen von Tabelle 1 lassen eben nicht nur die Schwächung der relativen internationalen Position des deutschen Imperialismus in den vergangenen sechs Jahrzehnten erkennen. Sie offenbaren zugleich die erstaunliche Tatsache, daß dieser trotz zweier verlorener Weltkriege und trotz der Halbierung seines Herrschaftsgebiets gegenüber seinen „historischen Rivalen" Großbritannien und Frankreich heute eine stärkere wirtschaftliche Stellung hat als am Vorabend des Zweiten oder des Ersten Weltkrieges. Sein Industriepotential macht heute 84% des Industriepotentials von Großbritannien und Frankreich zusammen aus, gegenüber 77% 1913, 74% 1937 und 43% 1950.

Diese ökonomische Positionsverbesserung gelang der Bundesrepublik – wie Tabelle 2 zeigt – vor allem in den 50er Jahren. Die Ursachen hierfür liegen nicht zuletzt darin, daß die westdeutsche Volkswirtschaft in dieser Zeit noch verhältnismäßig wenig durch unproduktive Militärausgaben belastet war, während Frankreich und Großbritannien sowohl durch hohe Rüstungslasten als auch durch kostspielige Kolonialkriege noch stark beansprucht waren. Seit Mitte der 60er Jahre hat Frankreich dann etwas höhere Zuwachsraten als die Bundesrepublik erreicht, ohne allerdings den vorher entstandenen Rückstand aufholen zu können; Großbritannien ist noch weiter zurückgefallen.

Tabelle 2
Wachstum der Industrieproduktion europäischer kapitalistischer Länder 1948–1976[4])

	Jahresdurchschnittliche Zunahme in %		
	BRD	*Frankreich*	*Großbritannien*
1948–55	*18,5*	*6,3*	*4,2*
1955–60	*6,8*	*5,9*	*2,5*
1960–65	*6,5*	*6,3*	*3,2*
1965–70	*5,1*	*5,6*	*2,4*
1970–76	*2,1*	*3,5*	*0,8*

Noch deutlicher sind die bundesdeutschen Positionsgewinne im Außenhandel. Die Zahlen von Tabelle 3 zeigen, daß die Bundesrepublik heute mehr Waren exportiert als Frankreich und Großbritannien zusammen.

Tabelle 3
Exporte europäischer kapitalistischer Länder 1913–1976[5])

	Anteile am kapitalistischen Weltexport in %			
	1913	*1937*	*1950*	*1976*
Deutsches Reich bzw. BRD	*13,1*	*9,4*	*3,8*	*11,8*
Frankreich	*7,3*	*3,8*	*5,5*	*6,3*
Großbritannien	*14,0*	*10,2*	*11,1*	*5,3*

Infolge der expansiven Exportstrategie der bundesdeutschen Konzerne haben sich innerhalb Westeuropas enorme außenwirtschaftliche Ungleichgewichte entwickelt. So machte der akkumulierte Exportüberschuß der Bundesrepublik in den Jahren 1970–1976 mehr als 80,2 Mrd Dollar aus, während im gleichen Zeitraum Frankreich und Großbritannien Außenhandelsdefizite von 20,6 bzw. 50,4 Mrd Dollar zu verzeichnen hatten[6]).

Die hohen Exportüberschüsse sind der Hauptgrund dafür, daß die Gold- und Währungsreserven der Bundesrepublik heute – wie Tabelle 4 zeigt – größer sind als die Frankreichs und Großbritanniens zusammengenommen. Vergleicht man diese Zahlen etwa mit den chronisch knappen Devisen-Reserven Deutschlands in den 20er und 30er Jahren, so wird noch deutlicher, wie sich die Situation in dieser Hinsicht geändert hat.

4) Quelle: Die Wirtschaft kapitalistischer Länder . . ., a.a.O., S. 27.
5) Quelle: Ebd., S. 28.
6) Vgl. ebd., S. 136.

Tabelle 4
Gold- und Währungsreserven europäischer kapitalistischer Länder 1933–1976[7])

	In Mrd. Mark	In Mrd. Dollar	
	1933	1950	1976*)
Deutsches Reich bzw. BRD	0,7	0,2	77,8
Frankreich	13,1	0,8	46,7
Großbritannien	4,4	3,4	11,9

*) Gold bewertet mit 420 Dollar je Feinunze (offiziell: 42 Dollar).

Auch die Entwicklung der Wechselkurse der Deutschen Mark läßt erkennen, in welchem Ausmaß und mit welcher Geschwindigkeit sich das ökonomische Gewicht der Bundesrepublik in jüngster Zeit erhöht hat. Tabelle 5 zeigt, daß der Außenwert der DM gegenüber den Währungen der USA, Frankreichs, Großbritanniens und Italiens auf das Zwei- bis Dreifache gestiegen ist.

Tabelle 5
Relativer Außenwert der DM 1960–1979[8])

	Wechselkurs der DM je			
	1 US-Dollar	1 Brit. Pfund	100 fr. Francs	1000 ital. Lire
1960 (Dezember)	4,20	11,76	85,07	6,73
1979 (August)	1,83	4,10	42,96	2,24
1979 in % 1960	44	35	50	33

Die ständigen DM-Aufwertungen haben die starke westdeutsche Außenhandelsposition kaum geschwächst. Dafür hat diese Entwicklung wesentlich dazu beigetragen, daß die Bundesrepublik ihre Kapitalexporte gewaltig steigern konnte.

Tabelle 6
Private Direktinvestitionen europäischer kapitalistischer Staaten im Ausland 1960–1975[9])

	Bestand in Mrd. Dollar		
	1960	1967	1975
BRD	0,8	3,0	16,8
Frankreich	–	6,0	12,0
Großbritannien	12,0	17,5	33,8

Die Zahlen von Tabelle 6 sind noch beeindruckender, wenn man in Rechnung stellt, daß die deutschen Konzerne zweimal – nach den Niederlagen im Ersten

7) Quellen: Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1934, S 196* f.; Die Wirtschaft kapitalistischer Länder . . ., a.a.O., S. 163.
8) Quellen: Die Wirtschaft kapitalistischer Länder . . ., a.a.O., S. 161; Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 9/1979, S. 77*.
9) Quelle: Die Wirtschaft kapitalistischer Länder . . ., a.a.O., S. 150.

und Zweiten Weltkrieg – den Großteil ihrer Auslandsanlagen verloren haben. Inzwischen hat die Bundesrepublik bei den privaten Direktinvestitionen im Ausland Frankreich bereits eindeutig überholt und ist dabei, Großbritannien die führende Position als stärkstem europäischen Kapitalexporteur streitig zu machen. Dabei hat sich – wie Tabelle 7 zeigt – die Aktivität der bundesdeutschen Konzerne gerade in den letzten Jahren enorm gesteigert.

Tabelle 7
Private Kapitalanlagen der BRD im Ausland 1971–1978[10])

	Netto-Zugang in Mrd. DM	
	Insgesamt	*Im Jahresdurchschnitt*
1971–73	*4,4*	*1,5*
1974–78	*92,1*	*18,5*

Die gleiche Tendenz läßt auch die Statistik der staatlichen und privaten Finanztransfers an Entwicklungsländer und multinationale Institutionen (Tabelle 8) erkennen. Die Summe der Gesamt-Transfers war in den letzten sieben Jahren um 9 Mrd. DM höher als in den 22 Jahren davor!

Tabelle 8
Kapitaltransfer der BRD an Entwicklungsländer und multinationale Institutionen 1950–1978[11])

	Summe in Mrd. DM	
	1950–71	*1972–78*
Staatliche Transfers	*31,1*	*26,2*
Private Transfers	*32,1*	*46,0*
Gesamte Transfers	*63,2*	*72,2*
Gesamte Transfers im Jahresdurchschnitt	*2,9*	*10,3*

Eine japanische Prognose besagt, daß 1985 die bundesdeutschen Direktinvestitionen im Ausland etwa 85% der Kapitalanlagen von Großbritannien und Frankreich zusammen ausmachen werden. Die privaten Auslandsinvestitionen der Bundesrepublik werden danach die Summe der entsprechenden britischen und französischen Anlagen sogar übertreffen[12]). Zum Vergleich: Um 1910 hatten die deutschen Auslandsanlagen einen Wert von 35 Mrd. Mark, die britischen und französischen zusammen waren dagegen mit 105 Mrd. Mark dreimal so hoch[13]).

10) Quelle: Statistisches Jahrbuch für die BRD 1976, S. 535; 1979, S. 535.
11) Quelle: Statistisches Jahrbuch für die BRD 1979, S. 536.
12) Vgl. V. Dybov, Japanese Multinationals in the Structure of World Capitalism, in: „International Affairs", 4/1978, S. 103.
13) Vgl. Deutsche Geschichte in drei Bänden, Bd. 2, Berlin (DDR) 1967, S. 773.

Wenn Großbritannien und Frankreich mit dem Tempo des Kapitalexports der Bundesrepublik heute längst nicht mehr mithalten können, so ist das natürlich in der Unterlegenheit ihres Produktionspotentials gegenüber dem der Bundesrepublik begründet. In bezug auf die Wirtschaftskraft ist die Bundesrepublik heute innerhalb Westeuropas bereits eindeutig die stärkste Macht.

IV

Gerade unter den Bedingungen der wissenschaftlich-technischen Revolution gilt, was Friedrich Engels vor mehr als einem Jahrhundert niederschrieb, daß nämlich „die Gewalt kein bloßer Willensakt ist, sondern sehr reale Vorbedingungen zu ihrer Betätigung erfordert": „Der Sieg der Gewalt beruht auf der Produktion von Waffen, und diese wieder auf der Produktion überhaupt, also – auf der ‚ökonomischen Macht', auf der ‚Wirtschaftslage', auf den der Gewalt zur Verfügung stehenden materiellen Mitteln. . . . Nichts ist abhängiger von ökonomischen Vorbedingungen als gerade Armee und Flotte."[14])

So ist es kein Wunder, daß der Verbesserung der ökonomischen Position der Bundesrepublik in Europa analoge oder zumindest ähnliche Positionsverbesserungen im militärischen Bereich entsprechen. Ein Vergleich der Militärpotentiale der drei stärksten westeuropäischen Staaten läßt das auch sehr deutlich erkennen.

Tabelle 9
Truppenstärken und Militärausgaben europäischer kapitalistischer Länder 1957–1979[15])

	Truppenstärken in 1000			*Militärausgaben*	
	1957	*1968*	*1979*	*Reale Zunahme 1960–78 in %*	*1979 in Mrd. Dollar*
BRD	*122*	*440*	*495*	*79*	*24,4*
Frankreich	*836*	*505*	*509*	*50*	*18,8*
Großbritannien	*700*	*405*	*323*	*13*	*17,6*

Die Zahlen von Tabelle 9 lassen erkennen, daß die Bundeswehr in bezug auf die Truppenstärke bereits in der zweiten Hälfte der 60er Jahre mit den Streitkräften Frankreichs und Großbritanniens weitgehend gleichgezogen hat. In der zweiten Hälfte der 70er Jahre zeigt insbesondere die Entwicklung der Rüstungsausgaben schon einen klaren militärischen Vorsprung der Bundesrepublik.

Die bundesdeutschen Landstreitkräfte stehen nicht nur in bezug auf die Personalstärke, sondern vor allem auch in bezug auf Quantität und Qualität der Bewaffnung eindeutig an erster Stelle in Westeuropa. An mittleren Kampfpanzern hat die Bundeswehr beispielsweise einen Bestand von rund 3800, da-

14) Friedrich Engels, Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 20, Berlin (DDR) 1975, S. 154 f.

15) Quellen: The International Institute for Strategic Studies, The Military Balance 1978–1979, London 1978, S. 86; The Military Balance 1979–1980, London 1979, S. 92 ff.

von fast zwei Drittel moderne „Leopard I"; 1800 weitere Panzer des neuentwickelten Typs „Leopard II" sind bestellt. Frankreich und Großbritannien verfügen demgegenüber zusammen über weniger als 2000 mittlere Kampfpanzer, die längst nicht so leistungsfähig sind wie die Leopard-Typen; die Zahl der festen Bestellungen beträgt lediglich 130. Schwere Geschütze auf Selbstfahrlafette vom Kaliber 155 mm an aufwärts besitzen die Streitkräfte der Bundesrepublik über 800, die Armeen Frankreichs und Großbritanniens zusammen weniger als 300. Auch bei anderen konventionellen Waffensystemen der Landstreitkräfte ist die Bundeswehr sowohl quantitativ als auch qualitativ wesentlich stärker als die französische oder die britische Armee. Und dieser Abstand wird sich aufgrund umfassender Modernisierungsprogramme mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit weiter vergrößern[16]).

Bei den Luftstreitkräften ist das zahlenmäßige Verhältnis ausgeglichener, die Zahl der Kampfflugzeuge der drei Staaten ist in etwa gleich. Aber auch hier bahnt sich eine Veränderung des Kräfteverhältnisses an: die Bundeswehr hat fast 500 hochmoderne Kampfflugzeuge (darunter über 300 Schwenkflügelbomber vom Typ „Tornado") neu bestellt – bei einem jetzigen Bestand von etwas über 600. Mit einem solchen Hochrüstungstempo sind Frankreich und Großbritannien ökonomisch überfordert.

Lediglich bei den Seestreitkräften ist die Bundesrepublik schwächer als Frankreich und Großbritannien. Allerdings ist der Abstand längst nicht so groß, wie es die Personalstärken (37 000 gegenüber 70 000 bzw. 73 000 Mann) vermuten lassen könnten, da der Schiffsbestand der Bundesmarine moderner ist und auch in Zukunft schneller erneuert wird als der der französischen oder der britischen Flotte.

Anders als Frankreich und Großbritannien hat die Bundesrepublik freilich keine eigenständige Verfügungsgewalt über Atomwaffen und Trägersysteme großer Reichweite. Diese Konstellation ist politisch bedingt; sie beruht auf dem weitgehenden Einverständnis der Hauptmächte der früheren Anti-Hitler-Koalition, diese Massenvernichtungswaffen nicht in deutsche Hände gelangen zu lassen. Die diesbezügliche Position der Sowjetunion ist absolut eindeutig. Aber auch die USA, Großbritannien und insbesondere Frankreich lehnen eine eigenständige bundesdeutsche Atommacht ab. Diese ablehnende Position der Westmächte ist jedoch nicht prinzipieller Natur, gilt nicht uneingeschränkt und ist – wie sich mehrfach gezeigt hat – Schwankungen unterworfen.

Das eröffnet dem BRD-Imperialismus eine Reihe von Möglichkeiten, seinem Ziel, doch Kontrolle über Kernwaffen zu erlangen, näherzukommen. Und wenn diese Zielsetzung gegenwärtig auch längst nicht mehr so deutlich ausgesprochen wird wie in den 50er und 60er Jahren, so sprechen die Tatsachen doch eine beredte Sprache. Alle bisherigen Bundesregierungen haben – wenn auch mit unterschiedlicher Offenheit und unterschiedlichen Methoden – auf die Verfügungsgewalt über Kernwaffen hingearbeitet.

16) Hierzu und zum folgenden vgl. The Military Balance 1979–1980, a.a.O., S. 20 ff.

Zunächst einmal sind die in der Bundesrepublik stationierten US-Kernwaffen teilweise für Kampfflugzeuge, Geschütze und Raketen der Bundeswehr bestimmt. Diese „nukleare Rolle" der Bundeswehr schließt eine entsprechende Ausbildung der hierfür bestimmten Truppen sowie eine aktive Beteiligung an der Zielplanung ein. Tabelle 10 zeigt, daß die Bundeswehr bereits über eine sehr beachtliche Anzahl von atomaren Trägersystemen verfügt.

Tabelle 10
Atomare Trägersysteme der Bundeswehr 1977[17])

	Anzahl	*Reichweite in km*
Haubitzen 155 bzw. 203 mm	*160a)*	*15–18*
Raketen „Honest John"b)	*70*	*50*
Raketen „Sergeant"b)	*20*	*150*
Raketen „Lance"b)	*26d)*	*140*
Raketen „Pershing I"b)	*72*	*900*
Raketen „Nike Hercules"b)	*216*	*150*
Jagdbomber F-104 „Starfighter"	*240*	*2500e)*
Jagdbomber F-4 „Phantom"	*120*	*3500e)*

a) Insgesamt beträgt die Zahl der für atomare Munition verwendbaren schweren Feldhaubitzen über 650.
b) Boden-Boden-Raketen.
c) Boden-Luft-Raketen.
d) Die Gesamtzahl der Bestellungen liegt bei 175.
e) Der Aktionsradius beträgt demnach 1250 bzw. 1750 km. Die Gesamtzahl der F-104 und F-4 beträgt über 450.

Mit dem Schwenkflügelbomber MRCA „Tornado" wird die Bundeswehr in der überschaubar nächsten Zeit über ein vollkommen neuartiges atomares Trägersystem verfügen. Dieser Bomber soll mehr als die doppelte Schallgeschwindigkeit erreichen und imstande sein, unterhalb des Ortungs-Horizonts von herkömmlichen Radargeräten zu fliegen. Sein effektiver Aktionsradius dürfte 2000 km übertreffen.

Angesichts der enormen Kosten dieses Flugzeugs („Systempreis" pro Stück wahrscheinlich über 50 Mio. DM!) ist es völlig klar, daß es sich faktisch um einen reinen Atombomber handelt. Das wird beispielsweise auch seitens des Inspekteurs der bundesdeutschen Luftwaffe zugegeben, der zum Jahresende 1979 in einem Interview kaltschnäuzig erklärte: „Mit der zunehmenden Verteuerung der Trägermittel wird die Relation zwischen Waffenwirkung und Träger neu zu überdenken sein. Einen Tornado mit irgendwelchen eisernen Bomben zu bestücken, ist nicht unsere Absicht."[18])

Militaristische Kreise der Bundesrepublik streben ferner ständig nach einer Beteiligung an multilateralen nuklearen Streitkräften. In den 60er Jahren stand hierfür das sogenannte MLF-Projekt – eine Flotte von als Frachter ge-

17) Quelle: Stockholm International Peace Research Institute, World Armaments and Disarmament. SIPRI Yearbook 1978, London 1978, S. 423 ff.; vgl. auch: The Military Balance 1979–1980, a.a.O., S. 25 f.
18) So Generalleutnant Friedrich Obleser in: „Wehrtechnik", 12/1979, S. 25.

tarnten Raketenschiffen, an der die Bundesrepublik maßgeblich beteiligt sein sollte. Dieses Projekt scheiterte ebenso wie in den 50er und 60er Jahren mehrere Versuche der Bundesrepublik mißlangen, eine Beteiligung an der französischen Atomstreitmacht zu erlangen[19]). 1979 tauchte der Vorschlag einer bundesdeutschen Beteiligung an der „Force de Frappe" erneut auf – dieses Mal in Gestalt eines aufsehenerregenden Interviews französischer Militärexperten. Die offiziellen französischen Dementis haben die entsprechenden Spekulationen zunächst zum Schweigen gebracht. Aber die Tatsache, daß dieser „Versuchsballon" von hochstehenden Militärkreisen lanciert und ausdrücklich damit begründet wurde, nur bei einer Inanspruchnahme des bundesdeutschen Wirtschafts- und Finanzpotentials sei die Atommacht Frankreichs auf dem erforderlichen technischen Niveau zu halten, gibt diesem Vorgang doch ein beträchtliches Gewicht[20]).

Nicht zu übersehen ist schließlich der Versuch der Schaffung der wissenschaftlich-technischen und ökonomischen Voraussetzungen für den Bau eigener Kernwaffen. In dieser Richtung hat die Bundesrepublik mittlerweile fast ein Vierteljahrhundert zielstrebig gearbeitet und dafür allein an staatlichen Mitteln über 25 Mrd DM aufgebracht. Forschungen, Entwicklungen und praktische Erprobungen, die auf eigenem Territorium nicht durchführbar waren, sind offenkundig durch eine enge konspirative Zusammenarbeit mit Staaten wie Südafrika und Israel im Ausland erfolgt. Es ist kaum ein Zweifel daran möglich, daß die Ende 1979 erfolgte erste südafrikanische Atombombenexplosion nicht zuletzt auf die entsprechende massive bundesdeutsche Hifestellung zurückzuführen ist. Und es ist wohl realistisch, davon auszugehen, daß bei dieser atomaren Komplizenschaft nach dem Prinzip „eine Hand wäscht die andere" verfahren wird, daß also militärisch nutzbare Atom-Informationen ihren Weg in die Bundesrepublik finden.

Wenn eine bundesdeutsche Zeitung wie die „Frankfurter Allgemeine" jetzt offen damit prahlen kann, man sei „praktisch von der Bombe gegebenenfalls nur zwei bis drei Monate ‚entfernt' "[21]), so dürfte diese Einschätzung wohl in etwa zutreffend sein. Und die Verwirklichung des Bonner Atomprogramms – mehrere Dutzend Leichtwasserreaktoren, dazu „Schnelle Brüter" sowie Anreicherungs- und Wiederaufarbeitungsanlagen – würde in den 80er und 90er Jahren auch die Bedingungen für die Massenproduktion von Kernsprengstoff schaffen[22]).

Ein weiteres Moment kommt hinzu: Inzwischen ist auch das „Know how" für den Bau von Flugzeugen und Raketen mit großer Reichweite in der Bundesrepublik weitgehend vorhanden. In diesem Zusammenhang ist nicht nur der

19) Vgl. hierzu: Helmut Wolfgang Kahn, Strauß und der Griff nach der Atommacht, in: „Blätter", 10/1979, S. 1195 ff.

20) Die entsprechenden Hoffnungen und Absichten hat besonders deutlich der Militärexperte der „Frankfurter Allgemeinen" (FAZ), Adelbert Weinstein, ausgesprochen, dessen gute Verbindungen zur Bundeswehr-Generalität über alle Zweifel erhaben sind. Vgl. hierzu FAZ v. 25. 8. 1979; 30. 8. 1979; 1. 9. 1979; 7. 9. 1979.

21) FAZ V. 16. 8. 1979.

22) Zu den militärischen Aspekten des Bonner Atomprogramms vgl. Kurt Steinhaus/Jörg Heimbrecht, Energiekrise und Bonner Atomprogramm, Frankfurt/M. 1979, besonders S. 42 ff., S. 110 ff.

Bomber „Tornado" zu nennen, sondern auch offenkundig bereits sehr weit fortgeschrittene Eigenentwicklungen von ballistischen Raketen und von Flügelraketen[23]).

Man tut gut daran, den Status der Bundesrepublik als „Fast-Atommacht" in jede Analyse des europäischen Kräfteverhältnisses einzubeziehen. Die Tatsache, daß die Bundesrepublik nach dem Zweiten Weltkrieg ständig darauf hingearbeitet hat, Verfügung über Kernwaffen zu erlangen, zeigt sehr deutlich, wieviel die entsprechenden „Verzichtserklärungen" wert sind.

V

Eine Bestandsaufnahme zeigt, daß die Bundesrepublik die führende Wirtschaftsmacht und zugleich die stärkste konventionelle Militärmacht Westeuropas ist. Und de facto verfügt sie sogar über eine größere Macht, als es die Analyse ihres eigenen Wirtschafts- und Militärpotentials erkennen läßt. Vor allem ihre dominierende ökonomische Position gibt der Bundesrepublik viele Möglichkeiten, sich das beachtliche Machtpotential Westeuropas nutzbar zu machen und in ihrem Sinne international zur Geltung zu bringen. Der gegenwärtige deutsche Imperialismus schöpft zusätzlich Kraft aus seinen westeuropäischen, aber auch aus seinen „atlantischen" Bündnisbeziehungen.

Der daraus resultierende wachsende politische Einfluß ist nicht nur in Europa, sondern auch in anderen Kontinenten zunehmend spürbar. Ein „politischer Zwerg" ist also die Bundesrepublik sicherlich nicht mehr. Ist sie damit aber ein „politischer Riese"?

Eine Reihe gewichtiger Argumente spricht dafür, das Expansions- und Vormachtstreben der herrschenden Kreise der Bundesrepublik sehr ernst zu nehmen. Man sollte ihr Machtpotential und ihren Manövrierraum aber auch nicht überschätzen. Denn es gibt nicht wenige Faktoren, die den realen Expansionsmöglichkeiten des BRD-Imperialismus doch bestimmte Grenzen setzen.

Zunächst einmal ist die Bundesrepublik – stellt man ihre exponierte geographische Lage, die geringe Größe ihres Territoriums und die Tatsache in Rechnung, daß sie trotz ihrer hochentwickelten Wirtschaft eben doch nur etwas mehr als 5% der Weltindustrieproduktion repräsentiert – keine Großmacht und schon gar keine Weltmacht. Ihre ökonomische Position wird zusätzlich relativiert durch ihre Anfälligkeit gegen die weltweite kapitalistische Wirtschaftskrise, durch eine starke Abhängigkeit sowohl von Fertigwaren-Exporten als auch von Rohstoff-Importen[24]). Der politische Manövrierraum des

23) Besonderes Aufsehen in dieser Hinsicht erregten in der jüngsten Zeit die Aktivitäten des bundesdeutschen Unternehmens OTRAG, das sich in Zaire ein Entwicklungs- und Erprobungsgelände für strategische Raketen sicherte (vgl. etwa: „horizont", 46/1977, S. 20 f.). Die Schutzbehauptungen des Bundesaußenministeriums, es handele sich dabei um rein privatwirtschaftliche Tätigkeiten, beweisen dabei lediglich, mit welcher Unverfrorenheit bereits die illegale Entwicklung verbotener Waffensysteme betrieben wird. Als die Lieferung einer Uran-Anreicherungsanlage durch den halbstaatlichen Konzern STEAG an Südafrika und die illegale Giftgas-Entwicklung bei der Firma Stoltzenberg aufgedeckt wurde, reagierte man in Bonn übrigens ganz ähnlich.

24) Aufgrund ihrer starken Exportabhängigkeit ist die Bundesrepublik gegen alle Störungen des Welthandels besonders empfindlich. Insofern ist die starke Außenhandelsposition ein „zweischneidiges Schwert". Bei der Versorgung mit solchen Rohstoffen wie Erzen und Öl ist die Auslandsabhängigkeit praktisch total.

deutschen Imperialismus ist zusätzlich wesentlich eingeengt durch die Existenz eines sozialistischen deutschen Staates[25]) sowie dadurch, daß zwei Weltkriege auf seinem historischen Schuldkonto stehen – eine Tatsache, die die Völker Europas niemals vergessen oder vergeben werden[26]).

Sicherlich werden all diese fundamentalen Schwächen teilweise durch die Zugehörigkeit zu einer mächtigen imperialistischen Staatenkoalition ausgeglichen. Aber eben doch nur teilweise. Die gesamte „Europäische Gemeinschaft" hatte 1978 einen geringeren Anteil an der Weltindustrieproduktion als das Deutsche Reich 1913. Die ganze Nachkriegsgeschichte hat bewiesen, daß auch eine imperialistische Weltkoalition nicht mehr über die Macht verfügt, den Sozialismus „zurückzurollen" und eine Revision der Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges durchzusetzen. Und sowohl die weltwirtschaftlichen als auch die weltpolitischen Entwicklungen der jüngsten Vergangenheit sprechen dafür, daß sich das internationale Kräfteverhältnis in Zukunft weiter zuungunsten jener Staatenkoalition verschieben wird, der die Bundesrepublik angehört und auf deren Macht die Kräfte des Revanchismus all ihre Hoffnungen gesetzt haben und wohl auch noch setzen.

Alle Kalkulationen expansiver und aggressiver Kräfte in der Bundesrepublik, diesmal mit Hilfe ihrer amerikanischen und westeuropäischen Verbündeten die Geschichte in ihrem Sinne zu korrigieren, sind auf Sand gebaut. Aber niemand sollte die realen Gefahren übersehen, die sich daraus ergeben, daß einflußreiche Kreise der Bundesrepublik trotzdem derartigen Tagträumen nachhängen. Nicht nur die Entfesselung des Ersten und Zweiten Weltkrieges, sondern auch ein Vierteljahrhundert „Politik der Stärke" beweisen sehr nachdrücklich die offensichtlich unausrottbare Neigung gerade des deutschen Imperialismus zu völligen Fehleinschätzungen realer Kräfteverhältnisse und zu politischem Abenteurertum. Und die Zustimmung aller Bundestagsparteien zur Stationierung US-amerikanischer Mittelstreckenraketen in der Bundesrepublik läßt die Schlußfolgerung zu, daß selbst realistischer denkende Kräfte sich auch dann immer wieder zu fundamentalen politischen Fehleinschätzungen hinreißen lassen, wenn es um Grundfragen der nationalen Existenz geht.

Und hier liegt das eigentliche Problem: Die Veränderungen, die sich seit 1917 und seit 1945 in der Welt – gerade auch auf deutschem Boden – vollzogen haben, sind unumkehrbar. Niemand – nicht die USA und schon gar nicht die BRD – ist imstande, das Rad der Geschichte zurückzudrehen. Aber jeder derartige Versuch, auch wenn er zum Scheitern bestimmt ist, setzt die physische

25) Die Existenz eines souveränen sozialistischen Staates auf dem Territorium des ehemals einheitlichen kapitalistischen Nationalstaates macht die eigentliche Spezifik der Existenz- und Entwicklungsbedingungen des BRD-Imperialismus aus. Die herrschenden Kreise der Bundesrepublik haben die bloße Existenz der DDR stets als historische Infragestellung ihres Gesellschaftssystems angesehen.

26) Gerade aus den Erfahrungen der Geschichte heraus gibt es auch in den westeuropäischen Ländern – bis in die dortigen herrschenden Kreise hinein – ein starkes Mißtrauen gegenüber allen antidemokratischen und expansionistischen Tendenzen in der Bundesrepublik. Jede bundesdeutsche Regierung muß das in ihrer Innen- und Außenpolitik in Rechnung stellen.

Existenz unseres Volkes aufs Spiel. Für die Bundesrepublik gibt es zur Politik der friedlichen Koexistenz keine akzeptierbare Alternative. So ist die Notwendigkeit, dem wiedererwachten Expansions- und Hegemoniestreben des deutschen Imperialismus Einhalt zu gebieten und gleichzeitig dafür zu sorgen, daß die Bundesrepublik aus der lebensgefährlichen Bindung an die atomare Globalstrategie Washingtons befreit wird, die wichtigste nationale Aufgabe aller demokratischen Kräfte.

„Freier Informationsfluß" als „Informationsimperialismus"

Zur Auseinandersetzung um eine neue internationale Informationsordnung

Von Adalbert Krims

Das Konzept der „Informationsfreiheit"

Das Konzept des „freien Informationsflusses" gehörte seit 1945 zu den nicht kritisierbaren ideologischen Grundlagen der internationalen Ordnung und bestimmte sowohl die Organisation der Vereinten Nationen wie auch die Aufgabenstellung der später gegründeten Spezialorganisation für die internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Erziehung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO). Zwar hatten die Sowjetunion und die in den Jahren nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges neu entstandenen sozialistischen Staaten von Anfang an Einwände gegen dieses Konzept, das sie als ideologisches Instrument des „Kalten Krieges" betrachteten, doch standen sie mit ihrer Kritik in der internationalen Arena allein da. Ja, gerade diese Kritik wurde in der ideologischen Auseinandersetzung als eine Hauptwaffe der Propaganda gegen den Sozialismus verwendet: die „Angst" der sozialistischen Staaten vor der „Informationsfreiheit" zeige einmal mehr die innere Schwäche dieses Systems sowie das Faktum, daß Sozialismus und Freiheit generell unvereinbar seien. Der „Zensur" und „unfreien Presse des Ostens" wurde propagandistisch das Idealbild der „demokratischen und freien Presse des Westens" entgegengestellt. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß diese Propaganda mehr als zwei Jahrzehnte lang beträchtliche Erfolge erzielen konnte: und zwar nicht nur in bezug auf die ideologische Bindung der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung in den kapitalistischen Staaten an „ihr" System, sondern ebenso in bezug auf die ideologische Orientierung der nationalbefreiten Länder der sogenannten Dritten Welt und sogar von Teilen der Bevölkerung in den sozialistischen Staaten.

Das Konzept der „Informationsfreiheit" besteht in der Übertragung der „freien Marktwirtschaft" auf den Sektor der Information und Massenkommunikation. D. h. Information ist eine Ware (wie jede andere), die produziert, vermarktet und verkauft werden muß. In der Ideologie wird dabei von einem Konkurrenzmodell ausgegangen (das allerdings heute auf dem Informationssektor ebenso wenig existiert wie in anderen Bereichen der kapitalistischen Wirtschaft), wo eine Vielzahl von „Verkäufern" ihre Ware auf dem „Informationsmarkt" feilbieten. Die „Käufer" können zwischen den verschiedenen Angeboten „frei wählen", wodurch die Qualität der Information gewissermaßen in einem „demokratischen Ausleseprozeß" (die „tägliche Volksabstimmung am Kiosk") getestet wird. Im Unterschied zur (staatlich) „gelenkten Information" ist damit der Informationsproduzent im Konzept der „freien Information" demokratisch legitimiert. Da die Medienkonzentration, die gerade in den hochentwickelten kapitalistischen Ländern seit etwa zwei Jahrzehnten stark zunimmt, das „Konkurrenzmodell" immer mehr obsolet erscheinen läßt, kann man mit dieser Ideologie selbst den Konzentrationsprozeß noch als Ausdruck des Volkswillens demokratisch rechtfertigen.

Das Konzept des „freien Informationsflusses" besteht also wesentlich darin, den Informationsbereich den Gesetzen der Kapitalverwertung unterzuordnen. Dennoch gibt es einen Unterschied zu den übrigen Bereichen der „freien Marktwirtschaft", der mit der spezifischen Beschaffenheit der „Ware Information" zusammenhängt: sie ist viel direkter als jedes andere Konsumgut Mittel der Massenbeeinflussung, trägt also in sich ideologischen Charakter. Zwischen diesem ideologischen Charakter der Information und ihrem Warencharakter muß zwar kein Widerspruch bestehen (im Normalfall bilden sie sogar eine untrennbare Einheit), im Zweifelsfall wird jedoch der ideologischen Funktion der Vorrang eingeräumt werden (Beispiel: Rundfunksender, die lediglich ins Ausland ausstrahlen – entweder in Entwicklungsländer oder wie im Falle von „Radio Liberty" und „Radio Free Europe" in die sozialistischen Länder – verkaufen im ökonomischen Sinn keine Information, sondern werden alleine aus ideologischen Gründen betrieben).

Die USA setzten nach dem Zweiten Weltkrieg alles daran, ihr Konzept der „Informationsfreiheit" sowohl zur innerstaatlichen Grundlage des Informationssektors in den von ihnen beeinflußbaren Ländern zu machen (so wurde z. B. die Presse in vielen westeuropäischen Ländern Ende der 40er und Anfang der 50er Jahre mit amerikanischer „Hilfe" aufgebaut – und die Empfänger bedanken sich seither täglich dafür), als auch es als Prinzip der internationalen Informationsordnung durchzusetzen. Wie schon erwähnt, galt der „freie Informationsfluß" bis Anfang der 70er Jahre als unumstößliches Prinzip sowohl in der UNO als auch in der UNESCO.

Kritik aus der Dritten Welt

Erst auf der 16. UNESCO-Generalkonferenz im Oktober 1970 kritisierte der damalige indische Informationsminister, I. K. Gujral, erstmals offiziell dieses Konzept: „Wir leben in einer Zeit, in der im Namen des freien Informations-

flusses die Entwicklungsländer mit ausländischen Ideen überschwemmt werden. Tragischerweise handelt es sich nicht einfach um Ideen, sondern um Propaganda. Die Massenmedien machen Propaganda im Interesse der Länder, in denen sie ihren Sitz haben . . . Es gibt keinen freien Informationsfluß ohne Beseitigung des Monopols und der Kontrolle der entwickelten Länder über die Techniken und Technologien. Die freie Weitergabe von Nachrichten ist also ein Mythos. Die einseitige Weitergabe von Nachrichten muß ein Ende haben, denn sie dient nur dem Westen, den entwickelten Ländern."[1])

In seiner Rede anläßlich der Eröffnung des Kongresses über internationalen Fernsehaustausch in Tampere (1973) prägte der finnische Staatspräsident Urho Kekkonen erstmals den Begriff „Informationsimperialismus" und kritisierte die westliche Freiheitsideologie mit folgenden Worten: „Als nach dem Zweiten Weltkrieg die Menschenrechtsdeklaration herausgebracht worden ist, wurden die Handels- und Unternehmensfreiheit – das ‚laissez faire' – zum obersten Wert in der Welt des Geschäfts und der Ideologie gemacht, ungeachtet dessen, auf wessen Kosten Erfolg in dieser Welt erreicht wurde. So führte die Freiheit des Starken zum Erfolg und der Schwache ging unter – trotz seiner sogenannten Freiheit."[2])

Es dauerte bis zur 18. UNESCO-Generalkonferenz im Jahre 1974, bis erstmals in einem offiziellen Beschluß einer UN-Organisation am Konzept des „freien Informationsflusses" gerüttelt wurde. Unter dem Titel „Förderung eines freien und ausgewogenen Flusses von Informationen und internationalem Austausch" (Punkt 5.2. des mittelfristigen Aktionsplans) hieß es: „Die Analyse des Informationsflusses zeigt sehr klar, daß eine Handvoll Staaten allein aufgrund ihres Entwicklungsstandes den internationalen Austausch als Exporteure von Ideen und Materialien dominieren, während die Mehrheit geringe Möglichkeit findet, die Aufmerksamkeit der Welt auf ihre Probleme, ihre Wünsche und ihren Beitrag zur Kultur der Menschheit zu lenken. Das Konzept des freien Informationsflusses muß daher ergänzt werden durch jenes eines ausgewogeneren und objektiveren Informationsflusses."[3]) Dieser Beschluß ist auch aufgrund seiner Formulierung interessant: in der Analyse werden klare Aussagen getroffen, während in bezug auf die künftige Strategie viel vorsichtiger und vager formuliert wird. (Dies ist auch für spätere UNESCO-Beschlüsse zu diesem Themenbereich typisch und zeigt, daß die kapitalistischen Staaten zwar in der Beschreibung des Status quo „nachgeben", jedoch in bezug auf dessen Veränderung wenig kompromißbereit sind.)

Wenngleich die 18. Generalkonferenz nur von einer „Ergänzung" des bisherigen Konzeptes spricht und diese sehr vage mit „ausgewogener und objektiver" umschreibt, so hatte doch der Damm, den die hochentwickelten kapitalistischen Länder innerhalb der UNESCO mit der Formel „freier Informationsfluß" errichtet hatten, seine ersten Risse bekommen.

1) Zit. nach: Hifzi Topuz, Das Ungleichgewicht im Nachrichtenwesen, in: „Neue Entwicklungspolitik", 1/1979.
2) Zit. nach: From freedom of information to the free flow of information – From the free flow of information to the free and balanced flow of information, International Commission for the Study of Communication Problems, UNESCO, Document 8, S 19, Paris o.J.
3) Ebd., S 21.

Für eine „neue Informationsordnung"

Der erste Bruch mit der bis dahin üblichen internationalen Sprachregelung erfolgte auf einer Konferenz über „Die Emanzipation der Massenmedien in den blockfreien Ländern" (Tunis, Mai 1976), wo erstmals der Begriff einer „neuen Informationsordnung" auftauchte, deren Errichtung durch die „Entkolonialisierung auf dem Informationssektor" erreicht werden soll. Damit wurde auch sprachlich eine Verbindung zu der von der 6. Sondergeneralversammlung der Vereinten Nationen zwei Jahre zuvor geforderten „Neuen Internationalen Wirtschaftsordnung" hergestellt. Der inhaltliche Zusammenhang zwischen den beiden Begriffen ist ein doppelter: zum einen soll die Informationsordnung sicherstellen, daß die Zielsetzungen der angestrebten Neuordnung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen propagiert und unterstützt werden können (im Gegensatz zur bisherigen ständigen Obstruktion seitens der großen Medien- und Agenturmonopole), zum anderen wird eine neue Informationsordnung als konsequenter nächster Schritt im Prozeß der vollständigen Dekolonisierung gesehen, die mit der politischen Unabhängigkeit begann, sich im Kampf für die ökonomische Befreiung fortsetzte und schließlich alle Gesellschaftsbereiche – einschließlich der Information und Kultur – erfassen muß. In diesem Sinne stellte die 5. Gipfelkonferenz der blockfreien Staaten, die vom 16. bis 19. August 1976 in Colombo stattfand, fest: „Eine neue internationale Ordnung auf dem Gebiet der Information und Massenkommunikation ist ebenso wichtig wie eine Neue Internationale Wirtschaftsordnung."[4]) In der Politischen Erklärung der Colombo-Konferenz heißt es zu diesem Thema weiter: „Die blockfreien Staaten stellen mit Besorgnis die große und immer noch wachsende Kluft zwischen den Kommunikationskapazitäten in den blockfreien und in den entwickelten Ländern fest, die ein Erbe der kolonialen Vergangenheit ist. Das hat eine Situation der Abhängigkeit und Beherrschung geschaffen, in der die Mehrheit der Länder darauf reduziert werden, passive Empfänger von einseitiger, ungenügender und verzerrter Information zu sein. Die stärkere Bejahung und Identifikation mit ihrer nationalen und kulturellen Identität verlangt daher von ihnen, dieses ernste Ungleichgewicht zu korrigieren . . . Die Emanzipation und Entwicklung der nationalen Informationsmedien ist ein integraler Bestandteil des allgemeinen Kampfes für politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit einer großen Mehrheit der Menschen dieser Welt . . . Die Eigenständigkeit in bezug auf die Informationsquellen ist ebenso wichtig wie die technologische Eigenständigkeit, während umgekehrt die Abhängigkeit auf dem Gebiet der Information auch die Erreichung politischen und wirtschaftlichen Wachtums hemmt."[5])

Als konkrete Maßnahme auf dem Weg zu einer neuen Informationsordnung billigte die Gipfelkonferenz der Blockfreien die Gründung und das Statut des „Pools von Nachrichtenagenturen blockfreier Staaten". (Das Statut war bereits einen Monat zuvor von der Konferenz der Informationsminister der Blockfreien in Neu Delhi beschlossen worden.) Der „Pool" hat folgende Ziel-

4) Politische Erklärung der V. Konferenz der Staats- und Regierungschefs der blockfreien Staaten vom 16. bis 19. August 1976 in Colombo, in: „Neue Entwicklungspolitik" 2/1976, S 8 f.
5) Ebd., S 9.

setzungen: 1) Verbesserung und Erweiterung des gegenseitigen Informationsaustauschs und weitere Verstärkung der Zusammenarbeit zwischen blockfreien Staaten; 2) Verbreitung objektiver Informationen über progressive ökonomische, sozialpolitische und kulturelle Entwicklungen; 3) Verbreitung von korrekten Informationen über blockfreie Länder, ihre gegenseitige Zusammenarbeit und andere Themen von gemeinsamem Interesse; 4) Überwindung der Kluft, die auf dem Gebiet der Information über die blockfreien Länder und ihre Politik besteht; 5) bereits bestehende Abkommen über Nachrichtenaustausch werden nicht berührt und der „Pool" will keine supranationale Agentur sein.

Die Forderung nach einer „neuen Informationsordnung" und insbesondere die Gründung des „Pools" der blockfreien Agenturen löste in der westlichen Presse heftige Reaktionen aus: In fast allen Tageszeitungen kapitalistischer Länder wurde in einem erstaunlichen Gleichklang der Formulierungen das Gespenst einer „weltweiten Zensur" und des „Endes der Pressefreiheit" beschworen. Eine ähnlich konzertierte Aktion der westlichen Medienkonzerne wurde zwei Monate später durchgeführt, als im Oktober und November 1976 die 19. Generalversammlung der UNESCO über den Entwurf einer Mediendeklaration verhandelte.

Die „Mediendeklaration" der UNESCO

Während es den blockfreien Staaten in Neu Delhi bzw. Colombo vor allem um das Ungleichgewicht in der Infrastruktur des internationalen Informationswesens und demgemäß um eine Stärkung der eigenen Position (durch den koordinierten Aufbau einer „Gegenmacht") ging, stand bei der 19. UNESCO-Generalkonferenz in Nairobi erstmals eine zusammenhängende und umfassende Beschreibung und Regelung der inhaltlichen Zielsetzungen und Prinzipien des internationalen Informationsflusses zur Debatte. Es gibt kaum einen Bereich der internationalen Beziehungen, der so wenig geregelt ist wie der Informationssektor. Die Anhänger einer uneingeschränkten „Informationsfreiheit" tun sogar so, als ob es überhaupt nur eine einzige „Regelung" gäbe, nämlich den Artikel 19 der „Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte" vom 10. Dezember 1948, in dem jedem Menschen das Recht zugesprochen wird, „Informationen und Ideen mit allen Verständigungsmitteln ohne Rücksicht auf Grenzen zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten." (Daß das Recht, Informationen zu verbreiten, aufgrund der dazu notwendigen finanziellen und technologischen Kapazitäten auf eine relativ geringe Anzahl von Menschen eingeschränkt ist, stört die Apologeten dieses Konzepts offensichtlich nicht, wenn sie sich auf den Artikel 19 berufen.)

Obwohl heute bereits fast die Hälfte aller Mitgliedsländer der Vereinten Nationen (darunter auch mehrere westliche Länder) die beiden UNO-Menschenrechtskonventionen ratifiziert haben, die im Unterschied zur Menschenrechtserklärung für die Teilnehmerstaaten völkerrechtlich verbindlich sind, wird in der Diskussion um die „Informationsfreiheit" kaum der Artikel 20 der Internationalen Konvention über die bürgerlichen und politischen Grund-

rechte zitiert. Dort wird nämlich deutlich gesagt, daß „jegliche Kriegspropaganda" sowie „jede Erregung von nationaler, rassischer und religiöser Hetze zu Diskriminierung, Feindschaft und Gewalt . . . durch Gesetz verboten werden (soll)". Hier wird zwar keine positive Regelung in bezug auf die Rolle der Massenmedien getroffen, jedoch in völkerrechtlich verbindlicher Weise negativ abgegrenzt, welche Rolle die Massenmedien *nicht* spielen dürfen. Die zitierte UN-Konvention wurde immerhin 1966 in den Vereinten Nationen einstimmig beschlossen und trat 1976 in Kraft.

Die erste negative Abgrenzung der sogenannten Informationsfreiheit durch eine völkerrechtlich verbindliche Regelung (die gleichzeitig in einer innerstaatlichen Rechtsordnung in Form eines Verfassungsgesetzes Auswirkungen hatte) gab es jedoch schon wesentlich früher, und zwar durch den Staatsvertrag vom 15. Mai 1955 zwischen Frankreich, Großbritannien, den USA und der UdSSR einerseits sowie der Republik Österreich andererseits. In diesem Vertrag wurde u. a. jegliche nazistische, neonazistische, großdeutsche und antisemitische Propaganda auf dem Territorium Österreichs verboten. Wenn Österreich heute gemeinsam mit den anderen hochentwickelten kapitalistischen Ländern in der UNESCO jegliche „Verantwortung des Staates über die Massenmedien" ablehnt und als „im Widerspruch mit der freiheitlichen Verfassung stehend" bezeichnet, so muß man deutlich darauf hinweisen, daß vor 24 Jahren auch die drei damals wichtigsten kapitalistischen Länder mittels des Völkerrechts „staatliche Eingriffe in die Medien" verlangt haben und Österreich selbst diese Forderung in den Rang eines Verfassungsgesetzes erhoben hat. Der Grundsatz, daß der Staat (zumindest in bestimmten Fällen) Verantwortung für die auf seinem Territorium verbreiteten Informationen trägt, ist also völkerrechtlich gar nicht neu – im Gegensatz zu den immer wiederholten Behauptungen westlicher Regierungen im Rahmen der UNESCO. Darüber hinaus muß darauf hingewiesen werden, daß auf innerstaatlicher Ebene praktisch in allen Ländern Einschränkungen der „Informationsfreiheit" bestehen, die von Pressegesetzen bis hin zum Strafgesetz reichen.

Das westliche Trommelfeuer gegen den Entwurf einer „Deklaration über die grundlegenden Prinzipien, die den Gebrauch der Massenmedien für die Stärkung des Friedens und der internationalen Verständigung sowie für die Bekämpfung von Kriegspropaganda, Rassismus und Apartheid anleiten" wurde zwar scheinbar mit juristischen Argumenten geführt, die aber nur verschleiern sollten, daß einem die ganze politische Zielrichtung nicht ins Konzept paßte. Im Artikel I des Entwurfes wurde betont, daß die Staaten eine freiere und weitere Verbreitung von Informationen im Sinne der im Titel der Deklaration angegebenen Zielsetzungen fördern und daß sich alle Medien an die Prinzipien der Charta der Vereinten Nationen sowie der vorliegenden Deklaration halten sollten. Im Artikel VI wurden gesetzliche Maßnahmen gegen die Ermunterung zur Rassenkdiskriminierung vorgeschlagen. Artikel VII wollte die Massenmedien verpflichten, die Ziele der Gerechtigkeit, souveränen Gleichheit, Unabhängigkeit, des gemeinsamen Interesses und der Zusammenarbeit zwischen allen Staaten in Übereinstimmung mit den Resolutionen der Generalversammlung der Vereinten Nationen unter den Völkern der Welt

bekanntzumachen. Artikel X schlug ein internationales Entgegnungsrecht vor: Staaten, Institutionen oder Gruppen, deren Bemühungen zur Verwirklichung der im Titel der Deklaration genannten Ziele falsch dargestellt wurden, sollten eine Möglichkeit der Richtigstellung in den betreffenden Massenmedien erhalten.

Der Artikel XI verpflichtete die Berufsorganisationen im Bereich der Massenkommunikation, auf nationaler und internationaler Ebene Normen beruflicher Ethik festzulegen. Der Artikel XII lautete wörtlich: „Staaten sind für die Tätigkeiten auf internationaler Ebene aller Massenmedien verantwortlich, die unter ihrer Rechtsprechung stehen."[6])

Obwohl die im Deklarationsentwurf genannten Prinzipien und Ziele auf internationaler Ebene – und vor allem im Rahmen der Vereinten Nationen – längst unbestritten waren, verließen die Vertreter der EG-Mitgliedsstaaten, Australiens, Israels, Kanadas, Norwegens und der USA im Dezember 1975 eine UNESCO-Vorkonferenz in Paris, bei der dieser Entwurf mehrheitlich gebilligt wurde. Das „Research Institute of America" bezeichnete den Deklarationsentwurf als „weltweiten Anschlag auf die Pressefreiheit" und das Internationale Presse-Institut behauptete, der Entwurf führe „zu einer Situation, wo der freie Fluß der Informationen nicht mehr garantiert und die Vorstellung von der freien Rede und Information gefährdet ist"[7]). Damit wurde erneut die Doppelzüngigkeit westlicher Politik in internationalen Organisationen deutlich: verbal stimmt man Erklärungen für Frieden und Völkerverständigung sowie gegen Rassismus und Apartheid zu, in dem Moment jedoch, wenn diese Prinzipien in verschiedenen Gesellschaftsbereichen tatsächlich (und das heißt auch: rechtlich) durchgesetzt werden sollen, lehnen sie dies unter dem Vorwand einer angeblichen „Gefährdung der Freiheit" ab. Offensichtlich gehört die „Freiheit zur Kriegspropaganda", die „Freiheit auf Rassendiskriminierung und Apartheid" etc. wesentlich zum westlichen Freiheitsverständnis.

Da sich die westlichen Staaten vor und während der UNESCO-Generalkonferenz mit ihren „Argumenten" gegen die Mediendeklaration nicht durchsetzen konnten, griffen sie zur alten Taktik von Zuckerbrot und Peitsche. Einerseits bot man den Entwicklungsländern finanzielle Mittel zum Ausbau ihres Kommunikationswesens an, falls sie den Entwurf fallen ließen. (Die „Neue Zürcher Zeitung" berichtete beispielsweise über die Rede des Schweizer Delegierten Charles Hummel: „Man sei zwar zu finanziellen Zusagen für den Aufbau des Kommunikationswesens der Dritten Welt grundsätzlich bereit, fände dafür aber kein Verständnis bei der steuerzahlenden Schweizer Öffentlichkeit, ‚wenn die Unesco sich mit einer Deklaration gegen die Prinzipien unseres Landes wendet' "[8]). Andererseits drohte man offen mit dem Austritt aus der UNESCO, was aufgrund der Tatsache, daß die entwickelten kapitali-

6) UNESCO-Dokument 19 C/91, Deklarationsentwurf für den Tagesordnungspunkt 69 der provisorischen Tagesordnung der 19. Generalkonferenz der UNESCO, Nairobi 1976 („Draft Declaration on fundamental principles governing the use of the mass media in strengthening peace and international understanding and in combating war propaganda, racism and Apartheid").
7) Vgl. „Presse aktuell" „ZV+ ZV", 39/1976), S 1414.
8) „Neue Zürcher Zeitung" v. 7./8. 11. 1976.

stischen Länder den weitaus größten Teil des Budgets dieser Organisation bestreiten, wahrscheinlich ihr Ende bedeutet hätte. In dieser Situation beschloß die Generalkonferenz, daß ein neuer Entwurf ausgearbeitet und bei der nächsten Tagung in zwei Jahren vorgelegt werden sollte. Gleichzeitig wurde die Einsetzung einer unabhängigen internationalen „Kommission zum Studium von Kommunikationsproblemen" unter dem Vorsitz des irischen Lenin- und Friedensnobelpreisträgers Sean MacBride beschlossen.

Der 20. UNESCO-Generalkonferenz, die vom 24. Oktober bis 28. November 1978 in Paris stattfand, lag ein neuer vom UNESCO-Sekretariat ausgearbeiteter Entwurf einer „Deklaration über die grundlegenden Prinzipien bezüglich des Beitrags der Massenmedien zur Stärkung des Friedens und der internationalen Verständigung sowie zur Bekämpfung von Kriegspropaganda, Rassismus und Apartheid" vor. Die leichte Korrektur im Titel („Beitrag der Massenmedien" statt „Gebrauch der . . .") sollte den westlichen Einwand, daß die Massenmedien zu „staatlich kontrollierten Instrumenten" degradiert werden könnten, entkräften. Der neue Entwurf nahm im Artikel I zwei neue Elemente auf: die Notwendigkeit eines „freien, gegenseitigen und ausgewogenen Flusses von genauer, kompletter und objektiver Information" sowie einen „entsprechend geschützten Status" der Journalisten und anderen Mitarbeitern von Medien.[9]) Im Artikel II wurde ausdrücklich auf die „Ausübung der Freiheit der Meinung, des Ausdrucks und der Information . . . als eines integralen Teils der Menschenrechte und Grundfreiheiten" hingewiesen sowie auf die Garantierung der „Vielfalt der Informationsmedien" für die Information der Öffentlichkeit. Im Artikel III wurde die wichtige Rolle der Massenmedien in bezug auf die Stärkung von Frieden und internationaler Verständigung sowie bei der Bekämpfung von Kriegspropaganda, Rassismus und Apartheid unterstrichen und ihnen zur Pflicht gemacht, die Rechte und die Würde aller Nationen, Völker und Individuen ohne Unterschied von Rasse, Geschlecht, Sprache, Nationalität oder philosophischer Überzeugung zu respektieren sowie jegliche Rechtfertigung oder Propaganda in bezug auf Krieg, Gewalt, Apartheid oder nationale, rassische oder religiöse Diskriminierung zu meiden. Im Artikel V war ein internationales Entgegnungsrecht für Staaten, Institutionen und Einzelpersonen vorgesehen; wenn über sie verbreitete Informationen ihren Bemühungen zur Verwirklichung der Ziele der Deklaration schweren Schaden zugefügt haben, sollten sie das Recht haben, ihre Version der Tatsachen bekannt zu machen. Artikel IX machte es den Journalisten und anderen Medienmitarbeitern sowie den Berufsorganisationen zur Pflicht, in Übereinstimmung mit den Prinzipien der Deklaration zu handeln. Der Artikel XI modifizierte die umstrittene „Verantwortung des Staates" etwas: Es sei Pflicht der Staaten „die Anwendung der vorliegenden Deklaration zu fördern und sicherzustellen, daß die Massenmedien, die direkt unter ihrer Verantwortung stehen, in Übereinstimmung damit handeln."

9) UNESCO-Dokument 20 C/20, Deklarationsentwurf für den Tagesordnungspunkt 22 der provisorischen Tagesordnung der 20. Generalkonferenz der UNESCO, Paris 1978 („Draft Declaration on fundamental principles governing the contribution of the mass media to strengthening peace and international understanding and to combating war propaganda, racialism and Apartheid"). Im folgenden wird auf dieses Dokument bezug genommen.

Dieser in Paris vom UNESCO-Sekretariat vorgelegte Entwurf bezog wesentlich mehr Forderungen und Formulierungen der westlichen Staaten ein, als dies der Entwurf von Nairobi 1976 getan hatte. Dennoch war die Reaktion der westlichen Medien wie der Regierungen ähnlich aggressiv-ablehnend wie zwei Jahre zuvor. Die „New York Times" bezeichnete in einem Kommentar unter dem Titel „Ein einfaches Nein zur Unesco" die Bemühungen um internationale Verfahrensregeln im Informationsbereich wörtlich als „närrisch". Die im Entwurf gebrauchte Wortwahl von „Pflichten oder Verpflichtungen der Medien" sei mit der „Freiheit" unvereinbar. Den Entwicklungsländern wurde in dem Kommentar vorgeworfen, daß sie sich „aufgehetzt von der Sowjetunion und anderen Totalitären mindestens ebenso danach sehnen, die ausländischen Medien zu kontrollieren wie ihre eigenen."[10])

Die Taktik des Westens war in Paris ähnlich wie in Nairobi: scharfe Zurückweisung des Deklarationsentwurfs unter Hinweis auf die „Informationsfreiheit", indirekte Drohung mit dem Austritt aus der UNESCO im Falle einer Beschlußfassung durch die Mehrheit und gleichzeitig Angebot von finanzieller und technologischer Hilfe für die Dritte Welt zum Ausbau ihrer Medien. Dennoch war die Szene verändert: im Unterschied zu Nairobi wäre eine Ablehnung des Entwurfs bzw. eine Vertagung nicht mehr möglich gewesen. Etwa ab Mitte der 20. Generalkonferenz standen daher die Segel auf „Kompromiß". In der „International Herald Tribune" las sich das Ganze so: „Die industrialisierten Länder haben ein Gegenangebot unterbreitet – ein Hilfsprogramm, das nach Aussagen von Delegierten mehrere hundert Millionen Dollar betragen könnte –, um die Dritte Welt mit einer technologischen Infrastruktur und ausgebildetem Personal für die Medien zu versorgen. In der Tat ist ein Tauschhandel im Gange: Die Dritte Welt würde Hilfe und ein erneutes Bekenntnis zum Antirassismus erhalten, während die industrialisierten Länder nicht angezweifelte Presserechte bekommen würden."[11])

Schließlich nahm die Generalkonferenz einen modifizierten Text unter dem Titel „Deklaration über die grundlegenden Prinzipien bezüglich des Beitrags der Massenmedien zur Stärkung des Friedens und der internationalen Verständigung, der Förderung der Menschenrechte und zum Kampf gegen Rassismus, Apartheid und Aufhetzung zum Krieg" an[12]). (Die einzige Veränderung im Titel bestand darin, daß die „Förderung der Menschenrechte" eingefügt wurde.) Interessant ist, daß jene Medien, die nach der einstimmigen Verabschiedung der Deklaration von einem „Sieg der westlichen Pressefreiheit" gesprochen hatten, fast alle den Titel der Deklaration verschwiegen haben. Im Vergleich zum Entwurf nimmt der endgültige Text keine prinzipiell veränderten Standpunkte ein. Daß im Titel die Menschenrechte aufgenommen worden sind und im Text mehr als ein Dutzend mal wörtlich genannt sind, wurde zwar propagandistisch als „Erfolg des Westens" dargestellt, in Wirklichkeit nahm jedoch auch der Entwurf mehrmals direkt auf die Menschen-

10) „International Herald Tribune" v. 13. 10. 1978.
11) „International Herald Tribune" v. 18. 11. 1978.
12) Deutscher Text der „Mediendeklaration", in: „epd-Entwicklungspolitik", 1/1979. Titel und Zitate nach dieser Fassung.

rechte bezug. Hier ist also keine inhaltliche Veränderung erfolgt. Die Tatsache, daß der Westen eine bestimmte Vokabel so häufig ausdrücklich erwähnt wissen wollte, zeigt jedoch, daß es ihm in der letzten Phase der Verhandlungen in erster Linie auf propagandistische Effekte ankam. Obwohl also der Text keine wesentlichen inhaltlichen Veränderungen erfuhr, so sind dennoch die Abschwächungen in bezug auf rechtlich verbindliche Verfahrensregeln sehr klar erkennbar. So wird zwar weiterhin festgestellt, daß die Massenmedien zu den Zielen der Deklaration beitragen, dieser Beitrag wird jedoch nicht mehr als eine Verpflichtung ausgedrückt. Ebenso wird in bezug auf ein internationales Entgegnungsrecht nicht mehr von einem „Recht" der geschädigten Staaten, Institutionen oder Einzelpersonen gesprochen, „ihre Version der Tatsachen bekanntzumachen", sondern es heißt nur noch, daß es „wichtig (ist), daß die Standpunkte publiziert werden, die von jenen geltend gemacht werden, die der Ansicht sind, daß die über sie veröffentlichte oder verbreitete Information von ernstem Nachteil für ihr Bemühen um die Stärkung des Friedens und der internationalen Verständigung, die Förderung der Menschenrechte oder den Kampf gegen Rassismus, Apartheid und die Aufhetzung zum Krieg war." Die Pflicht der Journalisten und Medienmitarbeiter, sich an die Prinzipien der Deklaration zu halten, fiel überhaupt weg und in bezug auf die Berufsorganisationen wird nur noch gesagt, daß sie den Prinzipien „eine besondere Bedeutung beimessen (sollten)". Auch die Frage der „Verantwortung des Staates" fehlt im endgültigen Text der Deklaration.

Die Beschlußfassung über die Mediendeklaration wurde von allen Seiten als Sieg gewertet. Von den sozialistischen und den blockfreien Ländern wurde vor allem auf den Titel der Deklaration hingewiesen sowie auf die Tatsache, daß zum erstenmal ein internationales Dokument existiert, das in zusammenhängender und umfassender Form die Rolle der Medien für bestimmte, definierte positive Zielsetzungen beschreibt. Im Westen wurde sowohl von den Regierungen wie von den Medien hervorgehoben, daß der „weltweite Anschlag gegen die Pressefreiheit" abgewendet werden konnte, daß Menschenrechte und Informationsfreiheit im Text mehrmals erwähnt werden und daß weder Pflichten für die Medien noch eine Verantwortlichkeit des Staates für die Medien festgelegt wurden. Beide Argumentationen haben von ihrem Standpunkt eine gewisse Berechtigung. Dennoch darf man nicht übersehen, daß der Westen ursprünglich gegen jegliche Regelung im Informationsbereich auftrat und daß damit die Annahme der Deklaration für ihn auf jeden Fall einen Rückzug bedeutete. Im Rahmen des Rückzugsgefechts konnte er allerdings einige Teilerfolge verbuchen. Wenngleich auch die Mediendeklaration (wie viele andere UNO-Resolutionen) keine Durchführungsbestimmungen oder andere rechtlich faßbare Verpflichtungen für die Medien oder die Regierungen enthält, so ist dennoch die Festschreibung von Prinzipien im Informationsbereich, die zumindest allgemein als „wünschbar" (wenn auch nicht als verpflichtend) anerkannt wurden, von großer Bedeutung.

Der Zwischenbericht der MacBride-Kommission

Der 20. UNESCO-Generalkonferenz lag auch der erste Zwischenbericht der „Internationalen Kommission für das Studium von Kommunikationsproblemen" vor[13]). Dieser Bericht, der von der internationalen Öffentlichkeit bisher kaum zur Kenntnis genommen wurde, bringt zwar keine bahnbrechend neuen Erkenntnisse in diesem Bereich, ist aber dennoch aus mehreren Gründen ein außerordentlich wichtiges Dokument: 1) Er gibt nicht die subjektive Meinung irgendeines Autors wieder, sondern wurde von einer Gruppe international anerkannter Fachleute aus verschiedensten Ländern und Gesellschaftssystemen gemeinsam erarbeitet; 2) er beschränkt sich nicht auf Teilprobleme, sondern gibt ein umfassendes Bild der gegenwärtigen Situation im Bereich der Kommunikation; 3) neben einer gründlichen Analyse zeigt er auch Perspektiven auf, die sich zwar weitgehend mit Standpunkten der Mehrheit der UN-Mitglieder decken, dennoch aber nicht von vornherein als „interessengebunden" abqualifiziert werden können. Die unter dem Vorsitz des Iren Sean MacBride stehende Kommission wird ihren endgültigen Bericht der 21. Generalkonferenz der UNESCOim Herbst 1980 vorlegen. Im folgenden soll ein kurzer Überblick über die wichtigsten Aussagen dieses Zwischenberichts gegeben werden[14]).

Nachrichtenagenturen: Das System der internationalen Nachrichtenverbindungen ist immer noch von den Beziehungen der Kolonialzeit und den daraus resultierenden ökonomischen Bindungen geprägt. Der Nachrichtenfluß verläuft in einer Einbahnstraße vom Norden nach dem Süden, ein Austausch zwischen den Entwicklungsländern findet praktisch nicht statt (35). Ungefähr 35 Entwicklungsländer besitzen überhaupt keine nationale Nachrichtenagentur, 18 davon haben eine Bevölkerungszahl von mehr als einer Million. Außerdem ist die Tätigkeit der meisten Dritte-Welt-Agenturen auf das Inland beschränkt (33). Eine wirkliche weltweite Sammlung und Verbreitung von Nachrichten erfolgt fast nur durch die fünf Weltagenturen: Agence France Presse, Associated Press, Reuters, Tass und United Press International. Jede dieser Agenturen hat Büros in mehr als hundert Ländern und beschäftigt tausende Journalisten bzw. Korrespondenten (30).

13) Dieser Kommission gehören an: Sean MacBride (Präsident des Internationalen Friedensbüros, ehemaliger irischer Außenminister, ehemaliger UN-Kommissar für Namibia, Lenin- und Friedensnobelpreisträger; Präsident der Kommission); Elie Abel (Journalist und Rundfunkexperte, Columbia Universität; USA); Hubert Meuve-Méry (Gründer von „Le Monde", Präsident des Aus- und Weiterbildungszentrums für Journalisten; Frankreich); Eleve Ma Ekonzo (Generaldirektor der Presseagentur von Zaire); Gabriel Garcia Marquez (Journalist und Schriftsteller; Kolumbien); Mochtar Lubis (Präsident der Press Foundation of Asia; Indonesien); Mustapha Masmoudi (Informationsminister, Präsident des zwischenstaatlichen Koordinierungsrates für Information der blockfreien Staaten; Tunesien); Michio Nagai (Herausgeber der Zeitung „Asahi Shimbun"; Japan); Fred Isaac Akporuaro Omu (Minister für Information. soziale Entwicklung und Sport des Staates Bendel; Nigeria); Bogdan Osolnik (Journalist und Politiker; Jugoslawien); Gamal El-Oteifi (ehemaliger Minister für Information und Kultur, stellvertretender Parlamentsvorsitzender; Ägypten); Johannes Pieter Pronk (ehemaliger Entwicklungsminister; Niederlande); Juan Somavia (Exekutivdirektor des Lateinamerikanischen Instituts für Transnationale Studien; Mexiko); Boobli George Verghese (Journalist; Indien); Leonid M. Samjatin (Mitglied des Obersten Sowjets, Journalist; UdSSR); Betty Zimmerman (Direktor für internationale Beziehungen der Canadian Broadcasting Corporation; Kanada).

14) International Commission for the Study of Communication Problems: Interim report on communication problems in modern society, UNESCO-Dokument CC-CIC-78/WS/39, Paris, September 1978. Der Zwischenbericht umfaßt 79 Seiten und ist in 243 Punkte gegliedert. Im folgenden wird dieser Bericht summarisch referiert. Die Zahlen in Klammer geben den jeweiligen Punkt im Bericht wieder, auf den Bezug genommen wird.

Presse: Die Entwicklungsländer mit zwei Dritteln der Weltbevölkerung geben weniger als die Hälfte der Tageszeitungen der Welt heraus, die zusammen nur ein Sechstel der Auflage der Zeitungen in der industrialisierten Welt besitzen. Acht afrikanische Staaten und Territorien sowie drei arabische Länder haben überhaupt keine Tageszeitung (37). Vor allem in den westlichen Ländern gibt es einen starken Trend zur Pressekonzentration, wobei es häufig zu Verschmelzungen von Medienunternehmen mit anderen Industrieunternehmen kommt. In den USA waren z. B. zu Beginn des Jahrhunderts 95% der Zeitungen unabhängig, heute gehören mehr als die Hälfte zu Ketten. In der BRD hat die Zahl der verkauften Zeitungsexemplare zwar zugenommen, doch ist die Zahl der Zeitungstitel von 225 im Jahre 1960 auf 134 im Jahre 1973 zurückgegangen (40).

Radio: In den USA gibt es eine Mrd. Radioapparate, das sind mehr als in allen Entwicklungsländern zusammen. Während in der industrialisierten Welt insgesamt auf jeden Einwohner mehr als ein Radioapparat entfällt, gibt es in Afrika für jeden 18. und in Asien für jeden 13. Einwohner einen Empfänger, wobei es eine starke Konzentration in den städtischen Gebieten gibt (55).

Fernsehen: 133 Länder strahlen heute Fernsehprogramme aus. Fernsehempfänger gibt es in den USA einen pro zwei Einwohner, in Europa und der UdSSR einen für vier, in Lateinamerika einen für 12, in Asien einen für 40 und in Afrika einen für 500 Einwohner (58). Viele Länder müssen 30 bis 70% sämtlicher Fernsehprogramme importieren (59).

Werbung: Obwohl die Kommunikation insgesamt mehr und mehr kommerzialisiert wurde (in bestimmten Ländern), steigt die Bedeutung der Werbung besonders an. Mitte der 70er Jahre betragen die weltweiten Werbeausgaben jährlich rund 33 Mrd. Dollar. Durch ihren großen Einfluß auf die sogenannte Massenkultur stellt die Werbung eine Bedrohung der kulturellen Identität und Selbstverwirklichung der Entwicklungsländer dar. Außerdem beeinflußt die Werbung in einem gewissen Ausmaß die Aktivitäten und die Orientierung im gesamten Kommunikationsbereich (72). Mitte der 70er Jahre waren sieben der zehn größten Werbeunternehmen der Welt im Alleinbesitz der USA, die restlichen hatten überwiegend US-Anteil. In den Jahren seither haben auch japanische Firmen aufgeholt (73).

Unterhaltung: Unterhaltung ist heute der kommerziell wahrscheinlich wichtigste Sektor im Kommunikationsbereich (74). Die Unterhaltungsindustrie (Fotoausrüstung, Musikinstrumente, Schallplatten, Spiele, Comics usw.) ist auf die entwickelten Länder beschränkt. Die USA exportieren jährlich allein Filme und Fernsehserien im Werte von 200 Mio. Dollar. Der Einfluß der entwickelten Länder auf die Dritte Welt ist im Unterhaltungsbereich besonders hoch (76).

(Der Bericht behandelt auch Gebiete wie Telekommunikation, Informatik, Satelliten usw., auf die aber in unserem Zusammenhang nicht eingegangen werden soll. Ebenso können hier aus Platzgründen die Akteure der Kommunikation sowie die sozialen und kulturellen Aspekte und Implikationen nicht behandelt werden.)

Ökonomische Aspekte und Implikationen: Die industrialisierte Verbreitung von Information nimmt ständig zu. Das bedeutet auch eine Zunahme der Kapitalinvestitionen in diesem Bereich. Die Kontrolle über Finanzierung und Ausrüstung gerät immer stärker in die Hände von Großunternehmen, die das benötigte Kapital aufbringen können (156). Die daraus resultierende Konzentration spielt sich auf drei Ebenen ab: i) horizontale und vertikale Integration von Unternehmen im Informations- und Unterhaltungsbereich; ii) Diversifizierung von Unternehmen, die in die Medienexpansion involviert sind, und jenen von Fluggesellschaften, Automobilfabriken und Bergwerksgesellschaften, die an Presse, Filmproduktion und sogar an Theatern beteiligt sind; iii) Verschmelzung von Unternehmen zu großen Multi-Media-Konglomeraten (157).

Der Kommunikationsbereich gewinnt in den nationalen Wirtschaften immer mehr an Bedeutung: In den USA stammt bereits die Hälfte des Bruttonationalprodukts aus der Produktion, Verarbeitung und Verteilung von Informationsgütern und -dienstleistungen. Noch vor Ende des Jahrhunderts sollen in den OECD-Ländern 65% der Arbeitskräfte in diesem neuen Sektor beschäftigt sein (160). (Der Abschnitt über „Kommunikationsprobleme von heute" kann aus Platzgründen nicht referiert werden.)

Die abschließenden konkreten Empfehlungen der MacBride-Kommission sollen im Wortlaut zitiert werden:

Prinzipien (241) a) Kommunikation ist ein Schlüsselfaktor der kulturellen Unabhängigkeit, die wiederum untrennbar von der politischen Unabhängigkeit ist;

b) Die wachsende Kluft, die die Länder, die ihre Botschaften frei verbreiten können, von jenen trennt, die nicht diese Möglichkeit haben, wirft Probleme auf, die die ganze Welt betreffen und die verderbliche Konsequenzen sowohl für die Entwicklungsländer wie auch für die entwickelten Länder haben.

c) Die Interdependenz zwischen entwickelten und Entwicklungsländern wächst auf diesem Gebiet wie auch auf anderen. Dieser Faktor rechtfertigt und erleichtert Hilfe an Länder, die ihre Kommunikationskapazität stärken wollen.

d) Alle Bevölkerungskreise innerhalb jedes Landes und aller Länder, ungeachtet ihres Entwicklungsstandes, sollten die Möglichkeiten haben, ihre Probleme, ihre Situation und ihre Wünsche bekanntzumachen.

e) Die Ein-Weg-Kommunikation sollte dem allseitigen Austausch von Botschaften Platz machen und vertikale Kommunikation sollte durch horizontale ergänzt werden.

f) Der Austausch von Ideen, Nachrichten, Botschaften und kulturellen Arbeiten sollte helfen, die existierenden Ungleichgewichte zu reduzieren, ohne die Souveränität und Würde aller Völker oder ihre kulturelle Identität zu verletzen.

(g) Eine ständige Ausweitung des Informationsflusses sollte durch engere und gleichberechtigtere Zusammenarbeit bei kulturellen Aktivitäten und beim Austausch von Ideen und Informationen gesucht werden.

Konkrete Maßnahmen (242):

Auf dem gesetzgeberischen Gebiet: a) Schutz von Journalisten in bezug auf drei Arten von Situationen: i) Schutz bei der täglichen regulären Ausübung ihrer beruflichen Pflichten unabhängig von ihrer Art in allen Ländern; ii) spezielle Maßnahmen zum Schutz von Auslandskorrespondenten; iii) Schutz von Journalisten bei gefährlichen Aufgaben.

b) Einrichtung eines Entgegnungsrechtes: i) auf nationaler Ebene für Einzelpersonen und juristische Personen; ii) auf internationaler Ebene für Regierungen, Vereinigungen und Gemeinschaften unterschiedlicher Richtung.

Auf dem technologischen Gebiet: c) Ausarbeitung von Prinzipien zum Gebrauch von Satelliten;

d) Gerechte Verteilung des Spektrums elektronischer Frequenzen;

e) Planung des Technologietransfers in Übereinstimmung mit den Bedürfnissen der Entwicklungsländer;

Auf dem ökonomischen Gebiet: f) Revision der Tarife für die internationale Nachrichtenübermittlung und für den Transport von Publikationen;

g) Angleichung der Einheitskosten für Zeitungen und andere Medien in den verschiedenen Ländern durch Indexierung oder andere kompensatorische Mechanismen.

Information und antiimperialistische Bewegung

Aufgrund der Zusammensetzung der MacBride-Kommission kann man von ihr natürlich keine ideologische Interpretation empirischer Analysen erwarten. Wenn hier der Zwischenbericht relativ ausführlich referiert wurde, so sollte damit lediglich versucht werden, einen kurzen Aufriß der auf internationaler Ebene diskutierten Probleme zu geben. Keineswegs darf jedoch der Eindruck entstehen, als ob es im Informationsbereich lediglich um Fragen quantitativer Unausgewogenheit ginge, die durch Technologietransfer, gesetzliche oder andere Reformen in „fachspezifischen" Teilbereichen überwunden werden könnten. Der Informationsbereich ist vielmehr einerseits Ausdruck des zugrundeliegenden ökonomischen Systems und ist nach dessen Gesetzmäßigkeiten strukturiert, andererseits ist er Instrument der ideologischen Massenbeeinflussung zugunsten der Rechtfertigung und Aufrechterhaltung dieses Systems. Insofern kann über Informations- bzw. Kommunikationsprobleme nicht abgelöst von der Frage der Systemauseinandersetzung, d. h. des internationalen Klassenkampfs diskutiert werden. Die kapitalistischen Länder versuchen immer wieder (wie gerade die Debatten innerhalb der UNESCO zeigen), diesen Zusammenhang zu leugnen und vor allem den Entwicklungsländern einzureden, daß die Fragen des Inhalts von Information

getrennt werden könnten von den Fragen der technologischen und finanziellen Kapazität im Informationsbereich; d. h. also Hilfe für den Ausbau der Medieninfrastruktur *statt* Mediendeklaration. All diese Versuche zielen nur darauf ab, die Abhängigkeit der Dritten Welt von den imperialistischen Medienmonopolen zu verewigen. Da es jedoch im Informationsbereich mehr noch als in anderen Gesellschaftsbereichen letztlich um ideologische Fragen geht und andererseits die Divergenzen der Dritten Welt gerade im ideologischen Bereich am größten sind, trägt die westliche Diversionsstrategie auf dem Gebiet der internationalen Informationspolitik immer noch Früchte. Hier existiert auch eine objektive Schwäche der Blockfreienbewegung, der es zwar auf dem Gebiet der internationalen Politik oder Wirtschaft relativ gut gelungen ist, eine „Gegenmacht" aufzubauen, die aber auf dem Gebiet der Ideologie – und damit auch der Information – noch zu keiner Geschlossenheit gefunden hat. Auf der anderen Seite hat gerade in der gegenwärtigen Phase der internationalen Klassenauseinandersetzungen, die aufgrund der Erfolge der Politik der friedlichen Koexistenz immer mehr auf die Ebene des ideologischen Kampfes verlagert werden, die Bedeutung der Information enorm zugenommen. Manche Autoren bezeichnen sie sogar als „das wichtigste Instrument der heutigen Gesellschaft"[15]). Indem sie ihre wirklichen Interessen hinter dem wohlklingenden Begriff der „Informationsfreiheit" verstecken, versuchen die kapitalistischen Länder dieses „wichtigste Instrument" in der Hand zu behalten. Der Direktor des Lateinamerikanischen Instituts für Transnationale Studien (ILET) in Mexiko, Juan Somavia, drückte das so aus: „Der ‚freie Fluß' auf dem Gebiet der Kultur und Information ist das Schlüsselinstrument der transnationalen Herrschaftsstruktur im Kommunikationsbereich."[16])

Damit ist aber auch ein neues Feld im antiiperialistischen Kampf vordringlich geworden: es geht nicht mehr nur um die Solidarität mit dem politischen Befreiungskampf oder um die Unterstützung der Forderungen nach einer gerechteren Weltwirtschaftsordnung, sondern immer mehr auch um den Kampf für eine Neue Internationale Informationsordnung. Diese Forderung, die im Rahmen internationale Organisationen in erster Linie vor dem Hintergrund der Informationsabhängigkeit der Dritten Welt diskutiert wird, stellt sich jedoch mit der gleichen Dringlichkeit auch in den entwickelten kapitalistischen Ländern selbst. Denn in diesen befindet sich sowohl der Sitz der großen transnationalen Nachrichtenagenturen wie auch der entscheidenden Kommunikationsmonopole (von der Film- und Fernsehindustrie über die Werbung bis hin zur Presse), die wiederum eng mit anderen Monopolen (Erdöl, Industrie, Banken . . .) verflochten sind. Nicht nur die Bevölkerung der Entwicklungsländer ist in ihrer Information von diesen Monopolen abhängig, sondern ebenso die Bevölkerung in den entwickelten kapitalistischen Ländern. Dadurch daß Information im Kapitalismus eine Ware ist, erfahren auch hier die Menschen nicht das, was wirklich mit ihren Bedürfnissen zu tun hat und was für die Weiterentwicklung der Gesellschaft im Sinne von mehr Humanität und Gerech-

15) Juan Somavia, The Transnational Power Structure and International Information, in: „Development Dialogue", Zeitschrift der Dag Hammarskjöld Foundation, Uppsala, 1976/2, S. 17.
16) Ebd., S. 26.

tigkeit notwendig wäre. Der quantitative „Informationsüberfluß" in den kapitalistischen Ländern führt zwar häufig zu einem subjektiven „Informationsüberdruß", dennoch bleibt der objektive Mangel an wirklicher – „lebensnotwendiger" – Information über die eigene Lage wie auch über die weltweite Situation (Dritte Welt, sozialistische Länder) bestehen.

Eine nicht nur dem Schein nach „freie Information" würde zuerst eine Befreiung der Information selbst voraussetzen; eine Befreiung aus den Fesseln der kapitalistischen „Logik", indem Information nicht mehr eine Ware wäre, sondern ein soziales Gut, das der Befriedigung eines wirklich menschlichen Bedürfnisses dient und nicht einem auf dem „Markt" festgestellten „Bedarf".

F. J. Strauß, die Vertriebenenverbände und die Paneuropa-Union des Otto v. Habsburg

Von Georg Herde

1980 sind die Bürger unseres Landes vor eine wichtige Entscheidung gestellt. Zehn Jahre zuvor – im Jahre 1970 – hatte die damalige SPD/FDP-Bundesregierung Brandt/Scheel dem Friedens- und Entspannungswillen der Mehrheit der Bevölkerung der BRD entsprochen und mit der Unterzeichnung der Verträge von Moskau und Warschau die bestehenden Grenzen in Europa anerkannt. Gegen den erbitterten Widerstand der reaktionären Kräfte von CDU/CSU, Vertriebenenverbände und Neonazis, die damals wie heute die Niederlage des faschistischen Deutschland und die Ergebnisse des Zweiten Weltkriegs revidieren wollen, wurden 1972 die Verträge ratifiziert. Mit den Verträgen von Moskau und Warschau, mit dem Vertrag über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland, mit dem Prager Vertrag und mit der Unterzeichnung der Schlußakte der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa wurden Marksteine gesetzt, die unter Beweis stellten, daß die Politik des friedlichen Nebeneinanders und der Entspannung auch in unserem Lande zum bestimmenden Faktor geworden ist.

Für die Bundestagswahl 1980 wurde mit dem CSU-Vorsitzenden, F. J. Strauß, der Exponent und Führer der reaktionärsten Kräfte in Großindustrie, Politik und Militär zum Kanzlerkandidaten der CDU/CSU erkoren. Strauß mit seiner Politik ist seit vielen Jahren auch das Idol jener immer noch starken Organisationen und Einrichtungen, deren erklärtes Ziel unverändert die Revision der bestehenden Grenzen, die Wiedererrichtung des „großdeutschen Reiches" ist. Nicht zuletzt darum wird die Entscheidung 1980 für oder wider Strauß eine

Entscheidung für oder wider die Fortsetzung des Entspannungsprozesses, für oder wider die Fortsetzung der Politik des friedlichen Nebeneinanders in Europa sein.

Dieser Beitrag soll vor allem kraft seiner dokumentarischen Aussage unter Beweis stellen, daß Strauß und die von ihm geführte CSU Exponenten jener Politik sind, die von den Landsmannschaften und deren Repräsentanten wie Czaja, Becher und Hupka artikuliert wird. Es soll bewiesen werden, daß Strauß und seine Partei, vor allem aber die bayerische CSU-Regierung unter Strauß, durch ihre politische, moralische und materielle Förderung maßgeblich dafür sorgen, daß die Politik der revanchistischen Organisationen und Einrichtungen immer noch ein bedeutender Faktor des politischen Lebens in der BRD ist, der Anlaß gibt, die Vertragstreue unseres Landes in Zweifel zu ziehen.

Der 30. Mai 1970 in Bonn

Offensichtlich durch Indiskretion hatte die Führung des Bundes der Vertriebenen/Vereinigte Landsmannschaften (BdV) im April 1970 erfahren, daß die SPD/FDP-Bundesregierung bei den strikt geheim gehaltenen Gesprächen mit der Regierung der VR Polen (die zum Abschluß des Warschauer Vertrages führten) Warschau eine Formel vorgeschlagen habe, wonach die Oder-Neiße-Linie die Westgrenze Polens sei, die Bundesrepublik Deutschland die Grenze achten und die territoriale Integrität nicht in Frage stellen werde.

Mit der Losung „Widerstand wird jetzt erste Bürgerpflicht" bereitete daraufhin das Präsidium des BdV für den 30. Mai 1970 eine Großkundgebung auf dem Bonner Marktplatz vor. Sie sollte jene Kampagne der Entspannungsfeinde und Gegner der Grenzanerkennung einleiten, die bis zur Ratifizierung des Moskauer und des Warschauer Vertrages am 17. Mai 1972 das politische Klima in der BRD bis hin zur faschistischen Losung „Scheel und Brandt an die Wand" aufheizte.

Etwa 50 000 Mitglieder und Anhänger der Vertriebenenverbände versammelten sich am 30. Mai 1970 auf dem Bonner Marktplatz. Neben dem Präsidenten des Bundes der Vertriebenen, Herbert Czaja (MdB/CDU), und dem BdV-Vizepräsidenten, Rudolf Wollner, war es Franz Josef Strauß, der durch seine Rede den Startschuß für die Kampagne gegen Verträge und Grenzanerkennung gab. Strauß rief zur Bildung einer „gemeinsamen Front . . . für die Einheit Deutschlands" auf. Er unterstrich die Absicht, sich „mit allen Frauen und Männern aller politischen Richtungen solidarisch zu erklären", die nicht bereit sind, „auf die Verfolgung unserer legitimen Rechte und Freiheitsansprüche . . . zu verzichten".

Die konzertierte Aktion von CDU/CSU, Vertriebenenverbänden und Neonazis scheiterte am Willen der Bevölkerungsmehrheit. Durch machtvolle Kundgebungen wurden Strauß und seine Komplizen gestoppt. Die Verträge wurden abgeschlossen und durch die Bundestagsmehrheit ratifiziert.

Freibrief für die Vertriebenenverbände von der CSU

Die am 30. Mai 1970 von Strauß Arm in Arm mit den Führern der Vertriebenenverbände gestartete Kampagne gegen den Abschluß der Verträge von Moskau und Warschau endete zwar mit einer Niederlage der Entspannungsgegner, aber diese gaben nicht auf.

Die CSU-Regierung Bayerns ging nach Abschluß des Vertrags über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der BRD und der DDR vom 21. Dezember 1972 nach Karlsruhe, wo das Bundesverfassungsgericht über die Verfassungsmäßigkeit des Vertrages entscheiden sollte. Das Bundesverfassungsgericht stellte in seinem Urteil vom 31. Juli 1973 die Übereinstimmung des Vertrages mit dem Grundgesetz fest, behauptete aber in der Urteilsbegründung, daß „das Deutsche Reich in den Grenzen von 1937" fortexistiere, daß die BRD für „Gesamtdeutschland" sprechen und handeln könne und daß alle Verfassungsorgane verpflichtet seien, auf die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands hinzuwirken. Die als verlängerter Arm der reaktionärsten Kräfte in CDU und CSU agierenden Vertriebenenorganisationen betrachten seitdem dieses Urteil als Freibrief für ihre entspannungsfeindliche, gegen die bestehenden Grenzen Europas gerichtete Tätigkeit. Immer wieder bekunden Landsmannschaftsfunktionäre und -presse Strauß und der CSU-Regierung ihre Dankbarkeit dafür, daß sie die Initiative ergriffen, die zu dem Urteil führte. Strauß selbst erklärte in einem Fernseh-Interview zu dem Urteil: „Das Bundesverfassungsgericht habe ‚nunmehr diese und jede kommende Regierung' gebunden und festgestellt, daß das Deutsche Reich noch existiere. Damit sei die sowjetische Westpolitik aus den Angeln gehoben." („Frankfurter Allgemeine Zeitung" v. 3. August 1973)

„Keinen Quadratzentimeter Boden aufgeben"

Im Jahre 1975 führte der Bund der Vertriebenen/Vereinigte Landsmannschaften in der Absicht, den 30. Jahrestag der Befreiung vom Naziregime umzufälschen, eine Kampagne „30 Jahre Vertreibung". Zum Abschluß dieser Kampagne trat F. J. Strauß am 15. November 1975 als Hauptredner auf einer Kundgebung des BdV in der Bonner Beethovenhalle auf. Strauß stellte sich voll hinter die revanchistische und entspannungsfeindliche Politik der Landsmannschaften, übte scharfe Kritik an den Ostverträgen und dem Grundlagenvertrag mit der DDR und diffamierte die 36 Staaten, die im Juli 1975 in Helsinki die Schlußakte der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa unterzeichnet hatten, indem er wörtlich behauptete: „Mit Helsinki begann die paneuropäische Zusammenarbeit unter Kontrolle Moskaus." Seine antisowjetische und zugleich revanchistische Polemik gipfelte in der Erklärung: „Solange die russische Gesellschaft von kommunistischer Diktatur bestimmt wird, dürfen wir keinen Quadratzentimeter Boden, kein Terrain aufgeben." („Neue Kommentare", 23/24/1975.)

Welch hohen Stellenwert das Wort von Franz Josef Strauß bei den Landsmannschaften hat, bewies der Bundesvorstand der Landsmannschaft Schle-

sien (Vorsitzender Dr. Herbert Hupka, MdB/CDU), der die Rede von Strauß auf der BdV-Kundgebung am 15. November 1975 in Bonn als Kassette produzieren ließ, damit dessen Stimme auch bei den Versammlungen der Kreis- und Ortsvereine vom Bayerischen Wald bis Schleswig-Holstein zu hören war.

Intervention beim Bundeskanzler

Die Traditionsgemeinschaft ehemals führender Nazis aus dem NS-Gau „Sudetenland" und dem „Reichsprotektorat Böhmen und Mähren", der „Witikobund", dessen Mitglieder maßgebend die nationalistische und revanchistische Politik der Sudetendeutschen Landsmannschaft (SL) und des Bundes der Vertriebenen bestimmen, hatte sich für das Jahr 1975 – 30 Jahre nach der Befreiung vom Faschismus – ein besonderes Ablenkungsmanöver ausgedacht.

Entsprechend dem Plan der Witikonen startete die SL auf einer Kundgebung am 1. März 1975 in München eine Unterschriftenaktion unter eine Petition der Sudetendeutschen Landsmannschaft an die Vereinten Nationen. In dieser Petition wurden territoriale Ansprüche gegenüber dem Nachbarstaat ČSSR erhoben, die Verbrechen des deutschen Faschismus gegen Völker und Staat der Tschechoslowakei wurden unterschlagen, die ČSSR aber „schwerer Vergehen gegen die Menschenrechte" bezichtigt. Die Autoren der Petition – unter ihnen ehemals führende NS-Funktionäre und Mitschuldige an den Verbrechen des deutschen Faschismus – verlangten von den Vereinten Nationen für die „Sudetendeutschen", die aufgrund der Beschlüsse der Alliierten im Potsdamer Abkommen aus der Tschechoslowakei ausgesiedelt worden waren, die gleichen Rechte „auf Selbstbestimmung, auf nationale Unabhängigkeit, das Recht auf Rückkehr in die angestammte Heimat und auf die Rückgabe des Eigentums", wie sie die UNO-Vollversammlung in ihrer Entschließung vom 22. November 1974 dem Opfer der israelischen Aggression, dem palästinensischen Volk, zugesichert hatte.

Die Führung der Sudetendeutschen Landsmannschaft setzte die ČSSR-feindliche Unterschriftenaktion das ganze Jahr 1975 bis zum SL-Bundestreffen Pfingsten 1976 fort. Dann wandte sich der Sprecher der SL, Dr. Walter Becher (MdB/CSU, ehemals Schriftleiter beim NSDAP-Gauorgan „Die Zeit") an die Bundesregierung mit der Bitte, sie möge die Petition als Antrag zur Behandlung für die nächste UNO-Vollversammlung einbringen. Die Vorsitzenden der im Bundestag vertretenen Parteien wurden aufgefordert, das Ansinnen der SL an die Bundesregierung zu unterstützen.

In einem persönlichen Schreiben an Dr. Becher antwortete der CSU-Vorsitzende, F. J. Strauß: „Als langjähriger Parteifreund und Mandatsträger der CSU wissen Sie, daß die berechtigten Interessen der Vertriebenen und Flüchtlinge aus Böhmen, Mähren und Schlesien gerade von der CSU von Anfang an energisch unterstützt wurden. Zu den politischen Leitsätzen der CSU gehört das Eintreten für das Recht auf die angestammte Heimat als ein unabdingbares Menschenrecht und die Verurteilung jeder Form von Vertreibung . . . Wir fordern, daß in den Beziehungen zu den Staaten Osteuropas die Rechte der

Heimatvertriebenen zu achten sind. Ihnen und ihren Verbänden gebührt Schutz gegen Diffamierung und Behinderung ihrer Tätigkeit . . . Ich habe in diesem Sinne Herrn Bundeskanzler Schmidt gebeten, Ihre Petition an die UNO zu unterstützen." („Sudetendeutsche Zeitung" v. 18. Juni 1976)

Straußens „Vorkämpfer für die Freiheit"

Auf der Jahrestagung des „Witikobundes" 1977 (7.–9. Oktober in Kaufbeuren) trat der CSU-Vorsitzende Strauß als Festredner auf und bezeichnete die Mitglieder des „Witikobundes" als „Vorkämpfer für die Freiheit". Er versprach den Witikonen auch künftig Solidarität der CSU mit den Zielen der SL, die in der „Schirmherrschaft Bayerns für die sudetendeutsche Volksgruppe" deutlichen Ausdruck fände.

Was sind das für „Freiheitskämpfer", mit denen sich Strauß solidarisiert? Der „Witikobund" ist eine logenähnliche Vereinigung ehemals führender Funktionäre der faschistischen Henlein-Partei, der NSDAP, der SS, des SD, der Hitler-Jugend u. a., von denen eine Handvoll schon am 9. November 1947 beschloß, „die Menschen wieder zu sammeln und zusammenzufassen, die im Sudetenland zusammengearbeitet hatten". An ihrer Spitze stehen derzeit Männer wie der ehemalige HJ-Gebietsführer Dr. Heinz Lange, der Führer der Hitler-Jugend im „Reichsprotektorat Böhmen und Mähren", Siegfried Zoglmann, und der ehemalige Verantwortliche Schriftleiter beim NSDAP-Gauorgan „Die Zeit", Dr. Walter Becher. Die meisten dieser Männer haben ihre politische Heimat – nach Umwegen über den „Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten/BHE", neofaschistischen Splitterparteien oder den nationalistischen Flügel der FDP – in der CDU, insbesondere in der CSU gefunden, andere in der neonazistischen NPD, wie z. B. der NPD-Landesvorsitzende in Bayern, Walter Bachmann.

Die Männer im „völkischen Witikobund" beherrschen Politik und Organisation der Sudetendeutschen Landsmannschaft. Sie stellen über die Hälfte der Mitglieder in deren zentralen Leitungsorganen. Im „Witikobund" werden die meisten der revanchistischen Aktionen, die sich insbesondere gegen das Nachbarland ČSSR richten, ausgeheckt.

Mit Recht verwies vor einigen Jahren eine Broschüre (erschienen im Verlag „Gestern und heute", München) auf den „Witikobund" als eine der „Keimzellen des Neofaschismus" . . .

Diese Beispiele aus den vergangenen Jahren zeigen, daß sich Strauß seit der aktiven Teilhabe der Bundesrepublik Deutschland am Entspannungsprozeß in Europa, die in den von der Bundesregierung mit sozialistischen Ländern abgeschlossenen Verträgen und in der KSZE-Schlußakte von Helsinki sichtbaren Ausdruck fand, als spiritus rector der entspannungsfeindlichen, revanchistischen und nationalistischen Organisationen und Einrichtungen in der BRD betätigte.

Die Ostpolitik des Kanzlerkandidaten Strauß

Seit der CSU-Vorsitzende, F. J. Strauß, zum Kanzlerkandidaten der Unionsparteien für die Bundestagswahl 1980 gewählt wurde, ist er krampfhaft bemüht, sein Image aufzupolieren. Er gibt sich als Entspannungspolitiker und verweist bei allen möglichen Gelegenheiten darauf, daß er schon im Januar 1973 im Bundestag im Hinblick auf die Ostverträge erklärt habe: „pacta sunt servanda – Verträge müssen gehalten werden." Freilich fügt er jeweils hinzu – so wie z. B. in einem in der „Welt" vom 7. August 1979 veröffentlichten Interview: „. . . aber einhalten, d. h. in der Auslegung, die das Bundesverfassungsgericht in seinem berühmten Urteil vom 31. Juli 1973 gegeben hat." Strauß will also Verträge, die eindeutig die Anerkennung und Unverletzlichkeit der Grenzen und die Verpflichtung beinhalten, weder heute noch künftig territoriale Ansprüche zu erheben, einhalten in der von der bayerischen CSU-Regierung initiierten Auslegung des Bundesverfassungsgerichts, daß diese Verträge keine Grenzanerkennung bedeuteten, daß Deutschland in den Grenzen von 1937 fortbestehe und daß alle Organe des Staates verpflichtet seien, die Einheit Deutschlands in diesen Grenzen anzustreben. Aber damit nicht genug.

Im Innern der Bundesrepublik Deutschland sind Strauß, die CSU- und die CDU-Führung nach Kräften bemüht,

– die revanchistischen Landsmannschaften und deren Einrichtungen materiell und ideell zu fördern;

– die politische Erziehung der Schuljugend im revanchistischen Sinne zu intensivieren (Ostkundeempfehlungen, Ostkunde-Schülerwettbewerbe, wie auch die Ablehnung der Empfehlungen der deutsch-polnischen Schulbuchkommission gehören dazu) und

– die Verwirklichung der Verträge mit den sozialistischen Ländern (wie z. B. durch Partnerschaften zwischen Städten der BRD und der VR Polen) zu hintertreiben.

So ist es kein Wunder, daß die Führungen der Vertriebenenverbände die Kanzlerkandidatur von F. J. Strauß enthusiastisch begrüßen und ihrem Idol versichern, alles ihnen Mögliche zum Sieg bei den Bundestagswahlen 1980 beizutragen.

„Vertriebenen-Solidarität" zu Strauß

Der CDU-Bundestagsabgeordnete Helmut Sauer, stellvertretender Vorsitzender der „Union der Vertriebenen und Flüchtlinge in der CDU/CSU" (UVF), vertrat für seine Organisation vor Vertretern der Landsmannschaften und der UVF in Forchheim/Ofr. die Auffassung, „daß der Kanzlerkandidat der Unionsparteien, Franz Josef Strauß, die Gewähr biete, daß unter seiner Kanzlerschaft wieder Politik in Verantwortung für Deutschland in allen seinen Teilen betrieben werde. Die Union der Vertriebenen und Flüchtlinge als Vereinigung der Ost- und Mitteldeutschen der beiden Unionsparteien werde sich

gemeinsam mit F. J. Strauß dafür einsetzen, daß die Idee der Freiheit, die Kraft des Rechtes und die Macht des Willens auf die Einheit Deutschlands gerichtet werden." („Der Schlesier" v. 3. August 1979)

Die „Union der Vertriebenen und Flüchtlinge in der CDU/CSU" ist eine Vereinigung der Unionsparteien, in der alle der CDU/CSU angehörenden Führungskräfte der Vertriebenen organisiert sind. In den Führungsgremien des „Bundes der Vertriebenen/Vereinigte Landsmannschaften", des „Bundes der Mitteldeutschen" und der in ihm vereinigten vor allem DDR-feindlichen Organisationen, der zahlreichen revanchistischen Einrichtungen wie Stiftungen, Kulturwerke, Ostkunde-Erziehergemeinschaften usw. – also in allen den landsmannschaftlichen Vereinigungen, die in Programmen und Satzungen als ihr vorrangiges Ziel die Wiedergewinnung „Pommerns", „Schlesiens", „West- und Ostpreußens", des „Sudetenlandes" und die „Wiederherstellung des Deutschen Reiches" angeben – sind bis auf Ausnahmen nur Funktionäre und Mitglieder von CDU und CSU zu finden. Vorstände und Mitglieder der UVF setzen die Politik der Führungen von CDU und CSU in den von ihnen geführten landsmannschaftlichen Vereinigungen, die immer noch eine Gesamtmitgliederzahl von etwa 1,5 Millionen haben, um und wachen darüber, daß es innerhalb der Unionsparteien zu keinen Abweichungen von den auf die Revision der bestehenden Grenzen abzielenden Grundsatzpositionen kommt. Der UVF-Bundesvorsitzende, Dr. Herbert Hupka (MdB/CDU, Vorsitzender der Landsmannschaft Schlesien, Vizepräsident des BdV), charakterisierte am 22. Juni 1979 vor der Bundesdelegiertentagung in Bonn die UVF als „heilsame Unruhe in der Partei, das gesamtdeutsche Gewissen der Partei, Streiter für Deutschland und die Menschenrechte des deutschen Volkes". Professor Dr. Kurt Biedenkopf, Mitglied des CDU-Präsidiums und Landesvorsitzender der CDU Westfalen-Lippe, bezeichnete die UVF als eine „Vereinigung, die in besonderem Maße die Anliegen der Union im vorpolitischen Raum repräsentiert" (aus seiner Grußansprache vor der UVF-Landesdelegiertentagung am 10. März 1979 in Dortmund).

Am 22./23. Februar 1980 wird die CDU/CSU-„Union der Vertriebenen und Flüchtlinge" im Mannheimer Rosengarten einen „deutschlandpolitischen Kongreß" veranstalten. Außer solchen revanchistischen Scharfmachern in der CDU/CSU wie Dr. Hupka, Professor Abelein, Claus Jäger, Dr. Czaja, Dr. Klepsch, Dr. Mertes, Dr. Marx und Spranger (alle MdB) werden Strauß, Kohl und der Ministerpräsident von Baden-Württemberg, Späth, sprechen. Zweifellos dient dieser Kongreß vor allem dazu, für die Funktionäre und Mitglieder der CDU/CSU und der Landsmannschaften die revanchistische und entspannungsfeindliche Sprachregelung für den Bundestagswahlkampf 1980 aufzubereiten.

Am 10. Juli 1979 meldete der „Deutschland-Union-Dienst – Gesamtdeutsche Nachrichten und Kommentare": „Dr. Hupka gratuliert. Der Vorsitzende der Union der Vertriebenen und Flüchtlinge, Dr. Hupka, MdB/CDU, hat nach der

Fraktionsentscheidung über den Kanzlerkandidaten dem bayerischen Ministerpräsidenten Strauß seine Glückwünsche ausgesprochen und ihm versichert, daß er fest mit der Zusammen- und Mitarbeit der Mitglieder seiner Vereinigung rechnen kann."

Lange bevor Strauß zum Kanzlerkandidaten der Union gekürt wurde, versicherte der Sprecher der Sudetendeutschen Landsmannschaft und Vorstandsmitglied der Traditionsgemeinschaft ehemals führender Nazis aus dem NS-Gau Sudetenland, „Witikobund", Dr. Walter Becher, während der Monatsversammlung des Witiko-Ortsverbandes München Strauß die Unterstützung durch den „Witikobund". Im verbandsinternen „Witikobrief" (Februar 1979) heißt es über Bechers Rede vor seinen Gesinnungsfreunden: „Schmidt findet in der CDU keinen Gegenpart. Kohl fehlt die Fähigkeit, im entscheidenden Augenblick zu handeln . . . Die geborene Potenz gegen die Volksfrontpolitik ist das Naturtalent Strauß . . . Strauß ist der Träger einer innen- und außenpolitischen Entwicklung, die Mut abverlangt und angenommen werden muß. Dazu soll auch unser Bund beitragen."

Strauß beim „Sudetendeutschen Tag 1979"

Die größte reaktionäre Massenveranstaltung des Jahres 1979 war das Bundestreffen der Sudetendeutschen Landsmannschaft (SL) während der Pfingsttage (1.–3. Juni 1979) in München, der sogenannte „Sudetendeutsche Tag". Dieses Treffen war zugleich die größte Kundgebung zu den Wahlen des EG-Parlaments für jene stockreaktionären Kräfte, deren Ziel die „Befreiung Europas bis zum Ural" ist. Schließlich war sie eine Demonstration des Machtanspruchs von Strauß.

Zwei Höhepunkte hatte die Veranstaltung, an der etwa 200 000 Mitglieder und Anhänger der SL, davon mehr als 50 000 an der Großkundgebung, teilnahmen.

– Es wurde ein „Manifest '79" verkündet, in dem frecher und eindeutiger als je zuvor revanchistische Ansprüche auf Territorien der benachbarten ČSSR gestellt wurden.

– Strauß – als Ministerpräsident des Landes Bayern und Schirmherr der Sudetendeutschen Landsmannschaft – entwickelte als Hauptredner der Kundgebung ein Programm, das deutlich macht, welche Gefahr von diesem Mann für unser Land, ja für Europa ausgehen kann.

Im „Manifest '79" der SL heißt es wörtlich: „Alle Völker und Volksgruppen haben das Recht auf Selbstbestimmung. Es erhält besondere Bedeutung dann, wenn sie ihre Heimat selbst kultiviert und durch friedliche Arbeit in Jahrhunderten geschaffen haben. Für die Sudetendeutschen trifft dies zu . . . Diese Leistungen begründen, unabhängig von Abkommen und Verträgen, den legitimen Anspruch der Sudetendeutschen auf ihre angestammte Heimat." Mit diesem unverhüllten Anspruch auf weite Gebiete der ČSSR wird der Prager Vertrag zwischen der BRD und der ČSSR aus dem Jahre 1973, in dem die Unantastbarkeit der bestehenden Grenzen dokumentiert ist, wie ein Fetzen Pa-

pier behandelt. Verschwiegen wird im „Manifest '79", daß die Aussiedlung der Deutschen aus der Tschechoslowakei infolge des von Hitler-Deutschland vom Zaune gebrochenen Zweiten Weltkriegs und der ungeheuren Verbrechen des Naziregims an den Völkern Europas, an denen die sudetendeutschen Henlein-Faschisten einen nicht unwesentlichen Anteil hatten, von den alliierten Siegermächten im Potsdamer Abkommen verfügt worden war. Gipfel der Anmaßung ist es, wenn an anderer Stelle des „Manifests" erklärt wird: „Die Lage in Europa – auch das Verhältnis zwischen Deutschland und der Tschechoslowakei – kann erst dann als normalisiert gelten, wenn auch die Rechte und Ansprüche der Sudetendeutschen beachtet werden." Zusammengefaßt: Im „Manifest '79" der SL wird das Ziel deutlich gemacht, die Ergebnisse des Zweiten Weltkriegs zu revidieren und die sozialistische Gesellschaftsordnung in den Ländern Ost- und Südosteuropas, insbesondere in der ČSSR, zu beseitigen.

Die Führung der SL besaß die Unverfrorenheit, dieses „Manifest '79" dem Staatspräsidenten der ČSSR, Dr. Gustav Husak, zuzusenden. Der Altnazi und Sprecher der SL, Dr. Walter Becher, schrieb im Beischreiben wörtlich an Husak: „Ich erlaube mir . . . auf diesem Wege anzuzeigen, daß die ‚Tschechoslowakische Sozialistische Republik' keinen wie immer gearteten Anspruch auf die rechtmäßig und jahrhundertelang von Deutschen bewohnten Gebiete Böhmens, Mährens und Sudetenschlesiens hat." Und weiter: „Sie sollen wissen, daß wir auf Heller und Pfennig Entschädigung für den entgangenen Gewinn verlangen, der uns aus dem Raub bzw. aus dem Vorenthalten eines Nationalvermögens entsteht, das nach dem heutigen Verrechnungswert den Betrag von 130 Milliarden DM erreicht."

Auf der Großkundgebung im Münchener Messegelände kündigte Becher den Hauptredner Strauß u. a. mit folgenden Worten an: „Franz Josef Strauß ist nicht nur unser Schirmherr und Ministerpräsident. Er ist eine Summe Bayerns und für viele Mitbürger eine Summe dessen, was frei ist in Deutschland und Europa. Er trägt daher eine besondere Verantwortung . . . Bayern ist das Herzland Deutschlands . . . Das gibt ihm einen europäischen Auftrag, der ausstrahlt und sich nicht nur formell in der Person seines Ministerpräsidenten Dr. F. J. Strauß widerspiegelt."

Strauß, umjubelt von den mehr als 50 000 Kundgebungsteilnehmern, begrüßte das „Manifest '79" der SL. Demagogisch bezeichnete er es als Beweis der SL für die Bereitschaft zur „Aussöhnung und Verständigung". „Die Frage heißt nicht Verhältnis Sudetendeutsche und Tschechen, sondern Freiheit oder Unterdrückung." ;„Für uns", so rief Strauß aus, „gehören Ungarn, die Tschechoslowakei, Polen und die anderen europäischen Länder bis weit nach Rußland hinein zu Europa." „Das ungebrochene Bekenntnis zur Heimat und der politische Selbstbehauptungswille der sudetendeutschen Volksgruppe" hätten nichts mit Revanchismus zu tun. Verzicht auf die Ansprüche würde „feige Resignation vor der nackten Gewalt" bedeuten. Der „Sudetendeutsche Tag", so Strauß, sei „ein Bekenntnis für das Lebens-, Selbstbestimmungs- und Heimatrecht . . . Ohne ein solches gesichertes Recht kann es keine freie Heimat in

einem freien Europa geben." „Wir", rief Strauß aus, „sind in die Pflicht genommen, für alle Europäer zu sprechen. Das Europa, das wir wollen, soll eine Gemeinschaft für alle Europäer sein, auch jene, die in Unfreiheit leben." – „Das starke wirtschaftliche Potential des Westens muß in die Waagschale Europas geworfen werden." – „Europa muß Weltaufgaben übernehmen." – „Die Stimme Europas muß in der Welt wieder fähig sein, ein klares und richtungweisendes Wort zu sprechen." Strauß schloß seine Rede: „Sinngehalt des Kampfes der Sudetendeutschen muß es sein, Voraussetzungen zu schaffen, daß im ganzen Europa dieselben Werte und dieselbe Ordnung gültig werden wie im freien Europa."

Der Verlauf des Bundestreffens der Sudetendeutschen Landsmannschaft 1979 in München unterstrich:

– Die SL ist die aktivste revanchistische Organisation der BRD, der es gelingt, Hunderttausende zu entspannungsfeindlichen Demonstrationen zu bewegen. Ihr Beharren auf dem Anspruch auf weite Territorien der ČSSR ist ein eklatanter Verstoß gegen völkerrechtsgültige Verträge. Ihre Politik ist ein permanenter Störfaktor der Beziehungen zum Nachbarland.

– Die revanchistischen Aktivitäten der Männer um die Altnazis Becher, Zoglmann usw. werden animiert und gefördert durch Strauß und die bayerische CSU-Regierung.

– Daß die Bundesregierung Bundesminister Ertl (FDP) beauftragt hatte, der revanchistischen Massenkundgebung in München beste Grüße und Wünsche zu übermitteln, gehört zu den Ungereimtheiten der Bonner Politik. Wörtlich rief Ertl den Führungskräften der SL zu: „Niemand kann verlangen und niemand verlangt, daß Sie Ihre Forderung nach dem ‚Recht auf Heimat' – das Recht auf Rückkehr mit eingeschlossen – aufgeben."

Schirmherrschaft der CSU-Regierung

Während der Veranstaltung des „Sudetendeutschen Tages" erneuerten sowohl Ministerpräsident Strauß wie auch dessen für die Betreuung der Revisionistenverbände und -einrichtungen verantwortlicher Staatsminister Pirkl die 1962 von der bayerischen Regierung übernommene „Schirmherrschaft für die sudetendeutsche Volksgruppe". Mit dieser Schirmherrschaft wurde die Verpflichtung übernommen, „die Sudetendeutsche Landsmannschaft und deren Einrichtungen bei der Wahrung ihrer politischen und kulturellen Aufgaben ideell und finanziell zu fördern". Zu diesem Zweck wurde vom bayerischen Landtag am 27. Juli 1970 das „Gesetz über die Errichtung der Sudetendeutschen Stiftung" beschlossen. „Hauptzweck der Stiftung ist", so wurde von der bayerischen CSU-Regierung des öfteren erklärt, „die Sudetendeutsche Landsmannschaft als umfassende Volksgruppenorganisation mit ihren sämtlichen Gliederungen, Einrichtungen, Organisationen und Vereinigungen zu fördern und somit deren heimatpolitischen und kulturpolitischen Zielen zu dienen".

Zu den von der „Sudetendeutschen Stiftung" geförderten Objekten gehört auch die Errichtung einer Agitations- und Organisationszentrale für die Sudetendeutsche Landsmannschaft und deren Gliederungen in München. Der Baubeginn dieses „Sudetendeutschen Zentrums" mit einer Gesamtfläche von etwa 4200 qm ist für das Jahr 1981 festgelegt. Allein zum Architektenwettbewerb für das Objekt wurden Preise in Höhe von 94 000 DM ausgegeben.

Patenschaft für die Landsmannschaft Ostpreußen

Am 16. September 1978 übernahm die bayerische CSU-Regierung auf einem Festakt die Patenschaft für die Landsmannschaft Ostpreußen (LMO). Ziel der LMO ist die „Rückgliederung Ostpreußens ins Deutsche Reich". Anläßlich der Patenschaftsübernahme erklärte F. J. Strauß in seinem Grußwort an den Sprecher der LMO: „Bayern will für die Heimatvertriebenen und Flüchtlinge Heimstatt sein, das Recht aber auf die angestammte Heimat darf nicht vergessen werden." Die LMO veranstaltete am 2./3. Juni 1979 in Köln ihr Bundestreffen mit etwa 70 000 – 80 000 Teilnehmern. Motto des Treffens war „Ostpreußen – deutsche Leistung, deutsche Verpflichtung". In Vertretung von F. J. Strauß versicherte CSU-Staatsminister Pirkl als Hauptredner, daß Bayern und seine Staatsregierung als „Anwalt Ihrer berechtigten Interessen tatkräftig zu Ihnen stehen".

„Schirmherrschaft über die sudetendeutsche Volksgruppe", „Sudetendeutsche Stiftung", „Sudetendeutsches Zentrum", die Patenschaft für die Landsmannschaft Ostpreußen und vieles andere mehr beweisen die Gemeinsamkeit von Strauß und seiner CSU mit Revisionistenverbänden und deren Politik.

Strauß und die „Paneuropäer" um Otto v. Habsburg

Strauß sorgte dafür, daß Otto v. Habsburg, der Präsident der „Internationalen Paneuropa-Union" (PEU), auf Platz 3 der CSU-Landesliste zur Wahl des EG-Parlaments am 10. Juni 1979 gesetzt wurde und in das Parlament einzog. Otto v. Habsburg ist seit 1975 Vorsitzender des „Beirats für außenpolitische Fragen" der „Hanns-Seidel-Stiftung" der CSU und damit außenpolitischer Berater von F. J. Strauß. Vieles spricht für die volle Übereinstimmung der politischen Ziele von Strauß und Habsburg. Habsburg bezeichnete als Ziel seiner „Paneuropa-Union": „Wir sind Großeuropäer. Für uns ist die Linie, die im Februar 1945 in Jalta durch Nichteuropäer quer durch unseren Erdteil gezogen wurde, keine endgültige Grenze ... Ein geeintes Westeuropa muß kraftvoll für die Dekolonialisierung ganz Europas eintreten. Europa ist ein Kontinent der Freiheit. Wir lehnen die Zusammenarbeit mit dem Kommunismus ab." („Freies Europa", Sonderausgabe zum XII. PEU-Kongreß 1976 in Aachen)

Die „Paneuropa-Union Deutschland" ist zur Spitzenorganisation von Revisionistenverbänden, auf dem Territorium der BRD operierenden militant antikommunistischen Emigrantenorganisationen und gesinnungsgleichen Gruppen und Personen geworden. Während der „Europatage" der „PEU-

Deutschland" (27./29. April 1979 in Wiesbaden) erklärte ein Sprecher der PEU: Die Organisation habe insgesamt rund drei Mio. Mitglieder, davon 10 000 Einzelmitglieder. Korporativ gehören der PEU u. a. an: der „Bund der Vertriebenen", der „Bund der Mitteldeutschen", die „Sudetendeutsche Landsmannschaft", die „Pommersche Landsmannschaft", die „Landsmannschaft Schlesien", die „Landsmannschaft Ostpreußen" und der „Witikobund". Zum Vorsitzenden der „PEU Deutschland" wurde im April 1979 in Wiesbaden der ehemalige CSU-Ministerpräsident Alfons Goppel gewählt. Ministerpräsident a. D. Filbinger (CDU) wurde in den Vorstand kooptiert.

Die „Paneuropa-Union" des Otto v. Habsburg ist erfolgreich bemüht, Gesinnungsfreunde aus westeuropäischen Ländern zur gemeinsamen Aktion für ihre Ziele zu gewinnen. Das wurde z. B. beim „Europatag" der PEU Bayern (Vorsitzender Heinrich Aigner, MdB/CSU, MdEP) am 12. Mai 1979 in München deutlich. Schirmherr war Ministerpräsident und CSU-Vorsitzender Strauß. Zu den Rednern der Kundgebung mit etwa 12 000 Besuchern in der Münchner Olympia-Halle gehörten F. J. Strauß, v. Habsburg, Filbinger, der Vorsitzende der „Südtiroler Volkspartei", Magnago, der Straßburger Oberbürgermeister, Pflimlin, und die Emigranten Ludek Pachmann und Vladimir Maximov, mit – wie es hieß – „Bekenntnissen zu einem freien Großeuropa". Die als Rednerin angekündigte Vorsitzende der Konservativen Partei Englands, Margaret Thatcher, war nicht erschienen; sie war wenige Tage zuvor zum Premierminister gewählt worden.

Strauß würdigte in seiner Rede die „Paneuropa-Union" und ihren Präsidenten Otto v. Habsburg als „Verfechter der Freiheit, der Menschlichkeit, sowie geistig kultureller und politischer Vielfalt in Europa". „In der Architektur Europas", so Strauß, müsse auch „Platz für ein wiedervereinigtes Deutschland sein."

Auch die neue Sammlung revisionstischer, entspannungsfeindlicher Organisationen und Gruppen unter Führung von Otto v. Habsburg, die „Paneuropa-Union", gehört zu der Mannschaft, die für Strauß in der Hoffnung wirbt, einen Bundeskanzler zu bekommen, der die BRD zurück in die Gräben des Kalten Krieges führt.

Langfristige Konzeption: Revanchismus in der Schule

Den von F. J. Strauß repräsentierten reaktionären Kräften ist bewußt, daß ihr auf die Revision der Ergebnisse des Zweiten Weltkriegs abzielendes Programm wegen des bestehenden Kräfteverhältnisses in Europa und des Friedenswillen der Völker des Kontinents auf absehbare Zeit nicht zu verwirklichen ist. Aus diesem Grunde sind CSU- und CDU-Führung und die landsmannschaftlichen Organisationen und Einrichtungen derzeit vor allem bemüht, den Revisionismus – d. h. den Anspruch auf fremde Territorien – zu konservieren. Als Mittel und Wege dafür müssen vor allem die Bemühungen erkannt werden, über Schule und Unterricht die junge Generation mit revisionistischem Geist zu indoktrinieren.

Der Absicht, die Schuljugend revisionistisch zu beeinflussen, dienen

– sogenannte Ostkundeerlasse;

– Verfügungen, für Schule und Unterricht lediglich solche Landkarten zuzulassen, auf denen die Gebietsansprüche sichtbar sind; und

– die Weigerung, die Schulbuchempfehlungen der UNESCO-Kommission der VR Polen und der BRD anzuwenden.

In den derzeit gültigen „Ostkunde-Richtlinien" des bayerischen CSU-Kultusministers vom 23. November 1973 heißt es u. a.: „Gemäß dem Verfassungsauftrag des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland sind umfassende Kenntnisse über das ganze Deutschland, seine Menschen und die sich in ihm vollziehenden Entwicklungen im Unterricht zu vermitteln. Im Sinne des gemeinsamen Beschlusses aller Fraktionen des Deutschen Bundestages vom 17. Mai 1972 zu den ‚Ostverträgen' ist das Bewußtsein von der deutschen Einheit und vom gesamten östlichen (Mittel-)Europa wachzuhalten bzw. zu stärken . . . Aus den vorgenannten Grundsätzen ergibt sich aber auch ein entsprechender Bildungsauftrag an alle außerschulischen Bildungsträger, d. h. an Museen, Bibliotheken, Archive und an Einrichtungen der Jugend- wie Erwachsenenbildung." Nach Beratungen am 23. April 1973 zwischen dem bayerischen Kultusminister, Prof. Dr. Hans Maier, und der Führung des Landesverbandes des Bundes der Vertriebenen/Vereinigte Landsmannschaften Bayern mit Dr. Fritz Wittmann (MdB/CSU) an der Spitze wurde noch vor Erlaß dieser Richtlinien ein „Beirat für das Ostkundereferat des Kultusministeriums" aus Funktionären des BdV und der Landsmannschaften gebildet.

Die Übernahme der deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen für Schule und Unterricht wurde im CSU-regierten Bayern strikt abgelehnt. Die Antwort von Kultusminister Prof. Maier auf eine parlamentarische Anfrage der FDP-Landtagsabgeordneten Ursel Redepenning im Februar 1978 machte deutlich, daß Hauptgrund für die Ablehnung ist: In den Empfehlungen wird „die Westgrenze Polens als endgültig dargestellt".

Betreffs der in den bayerischen Schulen zugelassenen Atlanten und anderen Karten teilte laut „Deutschland-Union-Dienst – Gesamtdeutsche Nachrichten und Kommentare" vom 11. September 1979 der bayerische Ministerpräsident F. J. Strauß der CDU/CSU-Bundestagsfraktion mit: „In den vom bayerischen Kultusministerium zugelassenen Atlanten seien die innerdeutsche Grenze und die Grenzen des Deutschen Reiches nach dem Stand vom 31. Dezember 1937 als Grenzen eigener rechtlicher Qualität dargestellt. Auf allen anderen amtlichen und nicht für den Schulgebrauch bestimmten Karten sei die innerdeutsche Grenze durch eine Landesgrenzsignatur und nicht mit der Signatur einer Staatsgrenze gekennzeichnet."

Revisionistische Ostkunderichtlinien, revisionistische Grenzdarstellung in Schulatlanten und Karten und Ablehnung der deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen sind freilich kein CSU-bayerischer Alleingang. Auch in den CDU-regierten Bundesländern und selbst in Ländern mit SPD-Regierung

wird in Schule und Unterricht immer noch gegen Geist und Inhalt völkerrechtlich gültiger Verträge verstoßen. Die bayerische CSU-Regierung ist allerdings stets Vorreiter.

Zur Neubelebung des Revisionismus im Schulunterricht hat auch der von revisionistischen und neonazistischen Sprechern und Publikationen begrüßte Beschluß der Konferenz der Kultusminister (KMK) vom 23. November 1978 „Die deutsche Frage im Unterricht" beigetragen. Dieser Beschluß besagt, daß es Aufgabe der Schule sei, „das Bewußtsein von der Einheit der deutschen Nation und ihrem Anspruch auf Selbstbestimmung in Frieden und Freiheit in der Jugend wachzuhalten". Der bekannte polnische Journalist Eugeniusz Guz schrieb zu diesem KMK-Beschluß: „Das ist einfach eine neue Version der Ostkunde, die auf eine aggressive Art und Weise besonders auf die DDR zugeschnitten wurde und die den Schülern die Idee der Revision der Grenzen Polens und der UdSSR nahelegt." („Unsere Zeit" v. 9. Januar 1979)

Mit ihrer Zustimmung zum KMK-Beschluß vom November 1978 leisteten die Kultusminister der sozialdemokratisch regierten Länder den revisionistischen Kräften in der BRD und dem zur Macht drängenden F. J. Strauß Zuarbeit.

Strauß den Weg versperren

Der Unionskandidat für die Bundestagswahl 1980, F. J. Strauß, ist Galionsfigur und zugleich Einpeitscher auch der Politik jener nationalistischen und revisionistischen Organisationen und Einrichtungen in der BRD, die durch territoriale Gebietsforderungen und militante Hetze gegen Staat und Gesellschaftsordnung der sozialistischen Länder in Ost- und Südosteuropa den Entspannungsprozeß wenn schon nicht stoppen, so doch behindern wollen.

Die politische Auseinandersetzung 1979/80 entscheidet also auch über die für die Zukunft unseres Landes und seiner Bürger so bedeutsame Frage der Fortsetzung und Intensivierung der Politik des friedlichen Nebeneinanders mit den sozialistischen Staaten. Darum ist es so wichtig, daß gemeinsame Aktionen aller demokratischen Kräfte Strauß daran hindern, die Richtlinien der Politik unseres Landes zu bestimmen. Das gemeinsame Wollen der Demokraten schließt ein,

– von der Bundesregierung und den Führungen von SPD und FDP Initiativen zu verlangen, die unter Beweis stellen, daß sie gewillt sind, die Entspannungspolitik fortzusetzen.

– In erster Linie gehört dazu, konstruktive Bereitschaft zu zeigen, am Abbau der Rüstung mitzuwirken.

– Weiter gehört dazu, anstatt von der angeblich „offenen deutschen Frage" zu sprechen, Gesetze und Verfügungen in unserem Lande in Übereinstimmung mit Geist und Inhalt des Vertragswerks mit den sozialistischen Staaten und der KSZE-Schlußakte von Helsinki zu bringen.

– Nicht zuletzt gehört dazu, gemäß dem Friedensgebot des Grundgesetzes allen revanchistischen, nationalistischen und damit friedensgefährdenden Aktivitäten in unserem Lande mit Nachdruck entgegenzutreten.

Der Haushalt der Bundesregierung für das Jahr 1980 sieht vor allem in den Ressorts Inneres und Innerdeutsche Beziehungen erneut Millionen DM an Zuwendungen für revisionistische Organisationen und Einrichtungen vor. Allein für die Tätigkeit der Bundesgeschäftsstelle des Bundes der Vertriebenen/Vereinigte Landsmannschaften in Bonn sind Zuwendungen der Bundesregierung in Höhe von 1 056 500 DM vorgesehen, und zwar 950 000 DM aus den Titeln 684 05 und 684 06 des Bundesministeriums des Innern und 106 500 DM aus dem Titel 685 02 des Bundesministeriums für innerdeutsche Beziehungen. Die Subventionierung der Bundesregierung bedeutet, daß der Etat der Schaltzentrale der Czaja, Hupka, Becher zu mehr als zwei Drittel aus dem Bundeshaushalt bestritten wird. Damit finanziert die Bundesregierung nicht nur gesetzwidrige und dem Friedensangebot des Grundgesetzes widersprechende revanchistische und entspannungsfeindliche Umtriebe sondern letztendlich auch den Wahlkampf dieser Kräfte zugunsten von Strauß. Strauß zu schlagen, erfordert aber auch, dafür zu sorgen, daß seinen pressure-groups und Wahlgehilfen jegliche Förderung aus öffentlichen Haushalten versagt wird.

Entbürokratisierung?

Zur Funktion der aktuellen konservativen Bürokratiekritik

Von Klaus Hekking

I

Seit einiger Zeit formieren sich die konservativen politischen Kräfte der Bundesrepublik mit dem Ziel, Staat und Gesellschaft zu „entbürokratisieren". Beunruhigt durch eine wachsende Staats- und vor allem Parteienverdrossenheit der Bevölkerung, diagnostizieren sie eine „Krise der Politik im freien Europa", deren primäre Ursache sie in der „Erosion der Freiheit durch Eingriffe der Regierungen" sehen.

Angesichts ihrer eigenen politischen Praxis mit all ihren bürokratischen Eingriffen in das tägliche Leben der Bürger einigermaßen überraschend, kommen sie zu der erstaunlichen Erkenntnis: „Die freie Entfaltung der Menschen stößt an zu viele Grenzen; sie wird eingeengt, gestutzt und begrenzt. Das Wesen dieses Grundrechts entzieht unsere Verfassung feierlich jeder politischen

Beschränkung, jedem direkten oder indirekten Eingriff. Es gibt für mich auch eine Grenze des Wachstums für Eingriffe, Verwaltung, Kontrolle und Bevormundung. Für mich ist sie erreicht!"[1])

CDU-Generalsekretär Heiner Geißler, Initiator einer wissenschaftlichen Fachtagung über „Bürokratisierung und ihre Folgen für Staat, Wirtschaft und Gesellschaft" im April 1978, stellt fest: „Die Menschen fühlen sich immer mehr gegängelt, bevormundet und in ihrer Freiheit eingeschränkt" und befürchtet: „Wenn das Unbehagen über die Auswüchse der Bürokratisierung erst zum Unbehagen über unsere politischen Institutionen, die Parteien und das Parlament geworden ist, wird es noch schwieriger sein, die Entwicklung zu bremsen."[2])

Sein Rezept gegen diese, von ihm erkannte Gefährdung des herrschenden Systems lautet nach der Devise: „Bürgerfreiheit ja, Bürokratisierung nein!" recht eingängig und plakativ: „Wir müssen mit der menschenverachtenden These von Lenin in Deutschland und Europa Schluß machen, der sagte: Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser. Bei uns muß es umgekehrt heißen: Kontrolle ist gut, Vertrauen ist besser. Der Staat darf den Bürger nicht ständig als potentiellen Betrüger (Verfassungsfeind? – d. Verf.) behandeln."[3])

Bahnt sich hier der entscheidende, von der demokratischen Bewegung in der Bundesrepublik immer wieder geforderte Wandel zu mehr Demokratie, zum Ausbau politischer Rechte und Freiheiten auch im Staats- und Gesellschaftsverständnis des konservativen Lagers an?

Fast möchte man es glauben angesichts folgender Aussage Geißlers, die sich wie ein Verdikt über die in der Bundesrepublik immer noch praktizierte Regelanfrage zur Verfassungstreue im öffentlichen Dienst liest: „Mißtrauen weitet die Bürokratie aus, führt zu einer zwangshaften Vermehrung bürokratischer Kontrollmechanismen, bedeutet Formularkrieg, Beweislast beim Bürger und Bevormundung. Vertrauen ermöglicht weniger und unbürokratische Kontrollmechanismen, bedeutet stichprobenhafte Kontrolle, Beweislast bei der Bürokratie und Eigenverantwortung."[4])

Gewisse Zweifel an der Glaubwürdigkeit solch bürgerfreundlicher Bekenntnisse beschleichen einen jedoch, wenn man sich zum Beispiel vor Augen führt, daß die konservativen Kräfte auf der einen Seite zwar allgemein für die Einschränkung der Staatsbürokratie eintreten, auf der anderen Seite aber konkret den forcierten Ausbau der „inneren Sicherheit" unter Einschluß bürokratischer Kontrollen der Bürger fordern, was seinen sichtbaren Niederschlag u. a. in der personellen Stärkung staatlicher Kontroll- und Überwachungsbürokratien, ihrer Ausstattung mit modernsten elektronischen Informationssystemen und dem Aufbau umfangreicher Dateien gefunden hat[5]).

1) Rainer Barzel in H. Geißler (Hrsg.), „Verwaltete Bürger – Gesellschaft in Fesseln", 1978, S. 11.
2) H. Geißler, a.a.O., S. 7.
3) H. Geißler in einem CDU-Wahlaufruf zur Europawahl 1979.
4) Ders. in „Verwaltete Bürger . . .", S. 125.
5) Vgl. zu den Einzelheiten „Der Spiegel", 16/79, S. 25, und „Die Zeit" v. 20. 4. 1979, S. 5, „Schutz vor Staatsschützern".

Auch die, von den konservativen Kräften in Bund und Ländern mitgetragene, stetige Erhöhung der Staatsquote am Bruttosozialprodukt zur Finanzierung der ständig ausgeweiteten Staatsbürokratien ist alles andere als ein geeigneter Beweis des ernsthaften Willens der politisch Verantwortlichen zur konsequenten Eindämmung der Bürokratisierung von Staat und Gesellschaft.

Den bislang in verschiedenen Bundesländern in Szene gesetzten „Entbürokratisierungsmaßnahmen", wie z. B. die Einführung von „Behördenknigges", die Aufhebung von ein paar überholten Gesetzen oder die Appelle an die öffentlich Bediensteten, mehr Bürgernähe zu praktizieren, kann vor diesem realpolitischen Hintergrund allenfalls der Wert gut gemeinter Verwaltungskosmetik zukommen.

Unter diesen Umständen erscheint der Schluß gerechtfertigt, daß die mit großem publizistischem Aufwand betriebene „Entbürokratisierungskampagne" ganz anderen Zwecken dienen soll, als ihre Verfechter öffentlich glauben machen wollen. Dies um so mehr, als es vom Standpunkt bürgerlicher Herrschaft allen Gesetzen politischer Logik und Vernunft widerspräche, wenn die Herrschenden den bürokratischen Ast absägten, auf dem sie selbst sitzen. Damit stellt sich die Frage nach der eigentlichen Funktion der „Entbürokratisierung".

II

Geht man der aktuellen konservativen Bürokratiekritik anhand der Aussagen ihrer führenden Protagonisten tiefer auf den Grund, so fällt auf, daß sie stets dort am konkretesten ist, wo es um vermeintlich untragbare Restriktionen unternehmerischer Entfaltungsfreiheit geht.

So fordert der baden-württembergische Ministerpräsident Späth, der staatliche bürokratische Apparat müsse zurückgedrängt werden, „weil das Anwachsen seines Einflusses und seines Tätigkeitsfeldes die spontanen und dynamischen Kräfte der Gesellschaft lähmt"[6]).

Wer mit diesen „spontanen und dynamischen Kräften der Gesellschaft" gemeint ist, wird deutlich, wenn Späth an anderer Stelle davon spricht, daß der Freiheitsraum des einzelnen verteidigt und ausgebaut werden müsse, „um die unternehmerische Kreativität der Wirtschaft zu stärken"[7]). In dieser Einsicht stimmt er überein mit dem CDU-Vorsitzenden Kohl, der zu der Erkenntnis kommt: „Der wachsende staatliche Einfluß auf privatwirtschaftliche Entfaltungsmöglichkeiten, etwa auf Innovation und Investition, auf Wettbewerb und internationalen Handel, haben die Fähigkeit der Wirtschaft, den strukturellen Wandel zu bestehen, geschwächt. Die einzig wirksame Alternative zu dieser verhängnisvollen Politik kann nur lauten: Weniger Staat – mehr Freiraum für den privaten Bereich!" Kohls Konsequenz aus dieser, mit der tatsächlichen Situation der bundesdeutschen Wirtschaft wohl kaum in Einklang zu bringenden Erkenntnis: „Die Wirtschaft muß aus den Fesseln befreit werden,

6) Lothar Späth, Politische Mobilmachung, 1976, S. 71.
7) Ders. in: „Esslinger Zeitung" v. 28. 9. 1978.

die ihr die regierenden Sozialdemokraten angelegt haben!"[8]) Noch pointierter formuliert dies Rainer Barzel, der unter Hinweis auf einen, angeblich durch staatsbürokratische Hemmnisse verursachten, „Investitionsstau" von rund 25 Mrd. DM lakonisch fordert: „Bremsklötze weg!"[9])

Diese Zitate zeigen deutlich den realen Hintergrund der hochtönenden Phrasen von „Mehr Bürgernähe und Bürgerfreiheit" und „weniger staatliche Kontrolle und Bevormundung". Es geht den konservativen Bürokratiekritikern weniger um den Ausbau demokratischer Rechte und Freiheiten, wie ihre wohlklingenden Reden zunächst vermuten lassen, sondern vielmehr um den Abbau öffentlicher Herrschaft und Kontrolle zugunsten der Stärkung von privater Herrschaft und der Erweiterung privatwirtschaftlicher Handlungsspielräume im Hinblick auf Produktion, Investition und Beschäftigung. Unter dem Vorwand der Erweiterung und Sicherung individueller Freiräume und der Stärkung von Selbständigkeit und Eigenverantwortlichkeit des einzelnen Bürgers sollen öffentlich und demokratisch kontrollierbare Schutz-, Ordnungs- und Verteilungsfunktionen des Staates zugunsten eines unbestimmten „freien Spiels der Kräfte" reduziert werden, was im Ergebnis auf eine Macht- und Einkommensumverteilung zu Lasten der abhängig Beschäftigten und einen Abbau des Gemeingüterschutzes, insbesondere des Umweltschutzes, im Interesse privatwirtschaftlicher Profite hinausläuft.

Die Zustimmung breiter Bevölkerungskreise zu dieser „roll-back-Strategie" im Interesse des Kapitals versuchen die konservativen Bürokratiekritiker durch eine geschickte Ausnutzung der bei vielen Bürgern vorhandenen Ressentiments gegen bürokratische Apparate und die, auf verbreitete antisozialistische Vorurteile der Bundesbürger anspielende Ineinssetzung von „Bürokratismus" und Sozialismus zu erreichen.

Eine nach solch grobem Muster gestrickte Bürokratiekritik muß zwangsläufig einseitig gegen die Staatsbürokratie und hier besonders gegen den sozialstaatlich begründeten Dienstleistungssektor gerichtet sein und es ist von daher verständlich, daß der Anteil der privaten Wirtschafts- und Verbandsbürokratien an der Verbürokratisierung (Lobbyismus!) verschwiegen oder doch zumindest heruntergespielt wird.

Unter diesen Umständen kann es nicht verwundern, daß in der aktuellen Bürokratiediskussion eine teilweise erstaunliche Kongruenz in der Argumentation der konservativen Bürokratiekritiker einerseits und der Unternehmerverbände andererseits besteht. Einige Beispiele mögen dies verdeutlichen:

– Fordert der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) aus Kostengründen die Aufhebung des 1976 zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit erlassenen und bisher trotz Vorliegens der Voraussetzungen noch nie angewandten Ausbildungsplatzförderungsgesetzes mit der Bemerkung, dieses Gesetz sei der „stärkste Eingriff in den Bereich der beruflichen Bildung"[10]), so

8) Kohl vor dem Wirtschaftsrat der CDU, in: „Stuttgarter Zeitung" v. 17. 3. 1979.
9) Barzel, a.a.O., S. 12.
10) BDI, „Informationen+Meinungen", Köln, 2/1978.

unterstützen führende CDU-Politiker dies mit der bemerkenswerten Begründung, das Gesetz sei „mit seiner bürokratischen Umlagefinanzierung ein überperfektionistisches und absolut untaugliches Instrumentarium"[11]).

Dieser Bürokratieeinwand ist um so erstaunlicher, als die CDU 1973 von der Umlagefinanzierung so überzeugt war, daß sie sie per Parteitagsbeschluß zum Programm erhob und erst auf massive Intervention der Wirtschaft davon abrückte.

– Fordern BDI[12]) und Wirtschaftsverband „Kernbrennstoff-Kreislauf" mit Blick auf die, wegen des wachsenden Widerstands der Bevölkerung gegen den Bau weiterer Kernkraftwerke, verschlechterten „Kapitalverwertungsbedingungen der Atomindustrie die Politiker auf, den Bau neuer Atomanlagen durch eine Beschleunigung des Genehmigungsverfahrens zu erleichtern[13]), so kritisieren führende Unionspolitiker eiligst die „völlig überbürokratisierten Hemmnisse im Genehmigungsverfahren für Kernkraftwerke"[14]) und setzen sich sogar für die Verkürzung des Rechtsschutzes gegen den Kernanlagenbau durch Einsparung einer Verwaltungsgerichtsinstanz ein. Dies, obwohl Störfälle wie der im Kernkraftwerk von Harrisburg die Berechtigung eines sorgfältigen und strengen Genehmigungsverfahrens mehr als deutlich gemacht haben dürften.

– Stellt der BDI fest, daß die Umweltschutzgesetzgebung, insbesondere das Immissionsschutzrecht, wegen der verschlechterten Wirtschaftsbedingungen überprüft werden müsse, um die Kostenbelastungen der Unternehmen zu reduzieren[15]), wird die CDU über den Bundesrat gegen das von ihr zur Verbesserung des Gewässerschutzes mitbeschlossene Abwasserabgabengesetz initiativ, weil es angeblich „unzweckmäßig und bürokratisch" sei und „der mit ihm verbundene Verwaltungsaufwand in keinem Verhältnis zum Nutzen für den Gewässerschutz" stehe[16]).

Diese Begründung entbehrt nicht einer gewissen Pikanterie, waren es doch gerade die Unionsparteien, die in den Beratungen des Gesetzes auf Drängen der Industrie seine „Verwässerung" durchsetzten und damit genau den Zustand herbeiführten, den sie nunmehr als „unzweckmäßig und bürokratisch" kritisieren.

Der für den Umweltschutz verantwortliche Bundesinnenminister Baum kommt bei derart zweckentfremdeter Bürokratiekritik nicht umhin, festzustellen: „Dieser Vorstoß ist ein Beispiel dafür, wie sich Bürokratiekritik in Wirklichkeit auf ganz andere Ziele richtet. Er gilt nicht der Minimierung von

11) So der baden-württembergische Ministerpräsident Späth, in „Staatsanzeiger für Baden-Württemberg" v. 17. 3. 1979.
12) BDI, a.a.O.
13) So der Verbandsvorsitzende und Chef der DWK, Scheuten, in: „Stuttgarter Zeitung" v. 20. 3. 1979.
14) So der forschungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion in: „Stuttgarter Zeitung" v. 20. 3. 1979.
15) BDI, a.a.O.
16) So die CDU im baden-württembergischen Landtag, in: „Stuttgarter Zeitung" v. 19. 3. 1979.

Verwaltungsaufwand bei Gesetzesvollzug, sondern der Abschaffung eines ungeliebten Gesetzes."[17])

Es ließen sich bequem weitere Beispiele aus der Sozial-, Wettbewerbs- und Steuerpolitik nennen, die sämtlich dem hier angedeuteten Muster folgen: Forderungen der Privatwirtschaft nach Erweiterung ihrer Handlungsspielräume durch Beseitigung sozialstaatlich, umwelt- und verteilungspolitisch begründeter staatlicher Schranken werden von den konservativen Kräften aufgegriffen, in die populäre Form der Bürokratiekritik gegossen und als „bürgernahe Politik" verkauft. Es geht also nicht primär um den Abbau bürokratischer Reglementierung und Kontrolle des einzelnen Bürgers, insbesondere im Hinblick auf seine durch die Verfassung verbrieften demokratischen Rechte und Freiheiten, sondern um die Erweiterung der unternehmerischen Aktionsbasis zu Lasten von Gemeinwohl und abhängig Beschäftigten.

III

Trotz dieser, überwiegend an Interessen des Kapitals orientierten Ausrichtung ihrer Bürokratiekritik, ist es den konservativen Kräften nahezu unangefochten gelungen, das Thema „Bürokratisierung" zu besetzen und sich in der öffentlichen Meinung erfolgreich zu den Interessenvertretern der Bürger gegen die Bürokratie zu stilisieren. Die demokratische Bewegung, deren ureigenstes Anliegen traditionell der Kampf gegen Bürokratien jeglicher Art gewesen ist, muß dies als Herausforderung begreifen, den Etikettenschwindel konservativer „Entbürokratisierungsideologien" aufzuzeigen und zugleich demokratische und an den wahren Interessen und Bedürfnissen der Bürger orientierte Alternativen gegen die zunehmende Verbürokratisierung des gesellschaftlichen Lebens zu entwickeln und zu vertreten. Es geht in der Tat um die Alternative „Bürgerfreiheit oder Bürokratismus". Aber in anderem Sinne als es die Erfinder dieses Slogans uns weismachen wollen.

17) „Bulletin des Presse- und Informationsdienstes der Bundesregierung" 12/1979, S. 102.

Kritik und Antikritik

Zur aktuellen Diskussion über die Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung

Von Frank Deppe, Georg Fülberth und Jürgen Harrer

Die Debatte über das zuerst 1977 erschienene Buch „Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung"[1]) scheint sich nach einem Jahr heftiger Kontroversen und Polemiken erschöpft zu haben. Neue Gesichtspunkte der Kritik, Verteidigung und Interpretation sind kaum noch zu erwarten. Die wissenschaftliche Konferenz des DGB „Aus der Geschichte lernen – die Zukunft gestalten" (München, 11.–13. Oktober 1979) verdeutlichte (in durchaus ermutigender Weise) die Breite der wissenschaftlichen Meinungen, die in der Einheitsgewerkschaft zum Thema ihrer eigenen Geschichte und „Vorgeschichte" möglich (und notwendig) ist. Das Überwiegen integrationistischer Interpretationen sagt dabei selbst nur wenig über den DGB aus – mehr freilich über die Gewichtungen und Kräfteverhältnisse in der westdeutschen Geschichtswissenschaft, auf die auch die Gewerkschaften bei der Aneignung ihrer eigenen Geschichte zurückzugreifen haben, solange sie nicht über eigene wissenschaftliche Institutionen gerade auf diesem Felde verfügen können. Immerhin kamen bei der Münchener Konferenz auch Positionen zu Worte, denen es um die theoretische und praktische Herausarbeitung einer Politik autonomer, klassengewerkschaftlicher Interessenvertretung (in Geschichte und Gegenwart) geht.

Für die Gewerkschaftsbewegung der BRD gibt es – so hat die Münchener Konferenz des DGB gezeigt – kein einheitliches und ex kathedra festgelegtes Geschichtsbild der Gewerkschaften. Das schließt nicht aus, daß die verschiedenen Positionen und weltanschaulich-politischen Strömungen in der Einheitsgewerkschaft sich darüber auseinandersetzen, welche Geschichtsinterpretation richtig und welche falsch sei.

Als Herausgeber und Mitautoren des Buches „Geschichte der deutschen Gewerkschaften" haben wir im vergangenen Jahr intensiv an der Auseinandersetzung teilgenommen (wobei wir freilich unseren Gegnern, die – auch dann, wenn sie so gerne „von unten" argumentieren – ganz „von oben" kamen, oft nur die intellektuelle Ohnmacht des Arguments oder auch des Protestes entgegenzusetzen wußten). Die folgenden Bemerkungen sollen diese Auseinandersetzungen nicht an ihren Ausgangspunkt zurückführen. Sie verstehen sich

1) Vgl. Frank Deppe/Georg Fülberht/Jürgen Harrer (Hrsg.), Aktuelle Probleme der Geschichtsschreibung der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung, in: „Blätter" 4/1979, S. 488–498, und „Blätter" 5/1979, S. 569–596.

vielmehr als Nachtrag zu der ausführlichen Kritik von Helga Grebing an der „Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung"[2]).

Helga Grebing als „kritische Kritikerin" – das Dogma der Beliebigkeit

Helga Grebing hat mit ihrer Kritik an dem Buch „Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung" zweifellos die Debatte auf eine Ebene verlagert, auf der Kommunikation in der Form des wissenschaftlichen Meinungsstreites wieder möglich ist. In der Sache muß jedoch festgehalten werden, daß sie ihre gesamte Interpretation dieses Buches (von Details wird noch zu sprechen sein) an einer (von ihr selbst hineininterpretierten) These festmacht – einer These freilich, die dem Gegenstand der Kritik gleichsam „von außen" (d. h. von der Kritikerin selbst) zugetragen wird. Dem entspricht, daß die Kritikerin die Hauptfragestellung des Textes, den sie kritisiert, nur höchst fragmentarisch und gelegentlich zur Kenntnis nimmt.

Der Angelpunkt der Grebing'schen Kritik ist der: in der „Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung" würden durchgängig „revolutionäre Massen" einer „reformistischen Führung" gegenübergestellt. Und: Dies sei nicht nur geschichtlich falsch, sondern zugleich die Vergewaltigung der wirklichen Geschichte durch eine (dazu noch höchst vulgarisierte) Theorie: Die Verbiegung des Marxismus im Gewande des Leninismus.

Die Entgegensetzung „revolutionäre Massen" – „bremsende Führung" ist nun allerdings keineswegs eine These des Buchs – auch wenn nun einmal die Rolle der „Generalkommission" der Gewerkschaften in der Novemberrevolution (1918/19) sowie die von Friedrich Ebert nach der Niederschlagung des Kapp-Putsches nicht verschwiegen werden darf. Die Unterstellung dieses Leitmotivs kann also nur ein Ergebnis einer oberflächlichen Lektüre oder einer strukturellen Perzeptionsschranke sein. Für die ungenaue Lektüre sei nur angeführt, daß Helga Grebing behauptet: „Kein Wort findet sich über die Ergebnisse des Reichsrätekongresses Mitte Dezember 1918 in Berlin."[3]) Unsere „Geschichte" bemerkt zu diesem Thema: „Der 1. Reichsrätekongreß (16.–21. Dezember 1918) sprach sich auf Verlangen der SPD für Wahlen zur Nationalversammlung aus und gab seine Macht damit selbst preis."[4])

Nennen wir in diesem Zusammenhang noch ein weiteres Beispiel für den sorgfältigen Umgang mit Wörtern: Helga Grebing beschwert sich über die „Seite 168 (unseres Buches, der Verf.), wo die Wahlergebnisse zur Nationalversammlung 1919 nicht einmal erwähnt werden"[5]).

2) Helga Grebing, „Eine große sozialwissenschaftliche und pädagogische Leistung"? Bemerkungen zu dem Buch von Deppe/Fülberth/Harrer (Hrsg.), Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung, in: „Gewerkschaftliche Monatshefte", 4/1979, S. 204–225 (im folgenden zitiert als: GeMo); dies., Die Realität war eben anders, in: „Erziehung und Wissenschaft", 9/1979, S. 22–26 (im folgenden zitiert als: E & W).

3) Ebd., S. 213 f.

4) Frank Deppe/Georg Fülberth/Jürgen Harrer (Hrsg.), Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung, Köln 1978², S. 154.

5) Helga Grebing, in: „GeMo", S. 214, Anmerkung 14.

Tatsächlich vergleichen wir die Ergebnisse der Reichstagswahlen von 1920 mit denen des Jahres 1919. In einem hat Helga Grebing freilich recht: diese Passage findet sich nicht auf Seite 168, sondern auf Seite 169. Aber, vergessen wir nicht – zwei schwere Vorwürfe gegen die angeblich unsaubere Art der historischen Analyse (Vorwürfe, die natürlich auf den Leser, der weder Zeit noch Lust hat, diese sofort anhand des Originals nachzuprüfen, einen großen Eindruck machen!). Textanalysen – zumal dann, wenn sie mit dem Gestus des wertfreien Umfangs mit der geschichtlichen Wirklichkeit versehen sind – können in der Tat vernichtend sein. Sie können aber auch – Kraft der „List der Vernunft" – zum Bumerang werden, d. h. die Schlampigkeit der Kritik gibt sich als Ausdruck eines vorgefaßten Urteils, eines voreiligen politischen Schlags zu erkennen.

Nicht Reform und Revolution ist das zentrale Gegensatzpaar dieses Buches, sondern Sozialpartnerschaft und autonome Interessenvertretung. Gewerkschaftliche Autonomie kann sehr verschiedenartige Formen annehmen: Sie kann – in revolutionären Geschichtsperioden – revolutionär sein, sie umschließt aber auch ebenso Forderungen und Maßnahmen, die als Schritte der Verteidigung der Interessen der Lohnabhängigen sowie als Schritte einer demokratischen Gesellschaftsreform hart erkämpft werden müssen.

Richtig ist, daß wir vom Begriff der kapitalistischen Klassengesellschaft ausgehen. Dieser Begriff ist keine intellektuelle Erfindung, sondern der Sache selbst, der Struktur und Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaft immanent. Auf dieses Problem ist Helga Grebing erst eingegangen, nachdem wir selbst in der Zeitschrift der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft – im Zuge der Auseinandersetzung mit Gerhard Beier – unsere Prämissen und unseren Leitfaden in den Vordergrund gestellt haben[6]). Sie vermag darin nur einen „alte(n) Ladenhüter" zu erkennen[7]).

In einem geben wir ihr dabei recht: Der Industriekapitalismus mit den ihm eigenen Produktions- und Klassenverhältnissen ist tatsächlich ein alter „Ladenhüter". Marxistische Gesellschaftswissenschaftler haben – sofern sie ernst genommen werden wollen – sich niemals nur darauf reduziert, einige Marx'sche Formeln über Klassenverhältnisse, Klassenkampf und die „historische Mission" der Arbeiterklasse zu beschwören. Allerdings: in einem sind Marxisten besonders dogmatisch. Sie machen nicht gerne die Modeströmungen des bürgerlichen Wissenschaftsbetriebes mit, der sich darin berauscht und reproduziert, daß er – zumal in den sozialwissenschaftlichen Disziplinen – Theorien wie Kreationen der Pariser Haute Couture aufsaugt, deren Funktion darin besteht, weggeworfen zu werden, nachdem sich aller Augen auf den „dernier cri" gerichtet haben und die „Ware" einen gewissen Massenanklang gefunden hat.

6) Frank Deppe/Georg Fülberth/Jürgen Harrer/Witich Roßmann, Vorurteile führten die Feder, in: „E & W", 8-9/1979, S. 28 f.
7) Helga Grebing, in: „E & W", S. 23.

Daher wäre es besser gewesen, wenn Helga Grebing nachgewiesen hätte, was denn an dem „alten Ladenhüter" der materialistischen Klassenanalyse falsch sei. Wir können nachweisen, was an der Konzeption der „nivellierten Mittelstandsgesellschaft", der soziologischen Schichttheorie oder auch an der Industriegesellschafts-„Theorie" falsch ist – vor allem auch im Hinblick auf die Bestimmung der Rolle und der Aufgaben der Gewerkschaften in den hochentwickelten kapitalistischen Gesellschaften, gerade weil wir die Veränderungen in der inneren Struktur der Arbeiterklasse, in den Klassenbeziehungen insgesamt und im Verhältnis von Ökonomie und Politik ernst nehmen und weil wir diese Veränderung selbst als Ausdruck der widersprüchlichen Bewegung von Produktionsverhältnissen und Produktivkräften nachweisen können.

Zweifellos wäre mit Helga Grebing eine aufschlußreiche Diskussion darüber zu führen, ob Geschichtsforschung und -schreibung überhaupt ohne die Erarbeitung eines Gesellschaftsbegriffs möglich ist. Wir wollen ihr selbst nicht den industriegesellschaftlichen Ansatz ihres 1966 erschienenen Buches „Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung"[8]) entgegenhalten, da sie sich offenbar von diesem gelöst hat. Inzwischen scheint bei ihr – was sich sowohl in der Besprechung unseres Buches als auch in ihrer neueren Arbeit „Der Revisionismus"[9]) andeutet – eher eine Verlagerung hin zu einem Dogma der Beliebigkeit erfolgt zu sein. Dieses verzichtet nicht nur auf einen Gesellschaftsbegriff, sondern fürchtet diesen sogar als ein Hindernis für mögliche Denk- und Erfahrungsalternativen. Als Zielvorstellung ist allenfalls eine „*Idee* des Sozialismus von einer gerechten, humanen Gesellschaft"[10]), also ein ausschließlich ethisches Postulat, möglich.

Die Zurückweisung eines für die historische Forschung relevanten Gesellschaftsbegriffes führt so bei Helga Grebing dazu, daß Gesellschaft als ein kaum zu definierendes „Feld" mit Spielräumen, die ausgenutzt werden können, und mit Grenzen, die respektiert werden müssen, gefaßt wird. Geschichte biete an, „zu lernen, immer neue Handlungsspielräume zu erkennen und auch im engsten Rahmen Handlungsalternativen wahrzunehmen"[11]). Als eine gefährliche „Grenzverletzung" erscheint ihr in diesem Sinne der Streik der Gewerkschaft ÖTV im Jahre 1974: „Dieser erfolgreiche Kampf war aber einer der Anfänge vom Ende der Kanzlerschaft Willy Brandts und außerdem der Aufbruch zum Verteilungskampf innerhalb der Gewerkschaften angesichts der relativen Überprivilegierung des öffentlichen Dienstes, wenn man will: der Anfang des ‚Klassenkampfes nach innen'."[12])

Diese Wertung des ÖTV-Streiks 1974 werden die aktiven Kolleginnen und Kollegen, die diesen Arbeitskampf geführt haben, kaum zu teilen vermögen. Darüber hinaus werden sie sich darüber wundern, daß die „Grenzen der Ge-

8) Helga Grebing, Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Ein Überblick, München 1966.
9) Dies., Der Revisionismus. Von Bernstein bis zum „Prager Frühling", München 1977.
10) Ebd., S. 281.
11) Dies., „GeMo", S. 228; „E & W", S. 26.
12) „GeMo", S. 226.

sellschaft" hier vermittels eines beliebten sozialdemokratischen Kanzlers transparent gemacht werden. Die hier bei Helga Grebing offenkundige Neigung zu einer sozialpartnerschaftlichen Position (die sich zudem vom Standpunkt der Partei, d. h. der SPD, und nicht der gewerkschaftlichen Positionen aus bestimmt) wiederholt sich bei der Interpretation scheinbar trockener Statistiken. Nach der Meinung von Helga Grebing hätte bereits für die Zeit vor 1914 gezeigt werden können, „daß mit der Zunahme der Quantität und der Qualität der gewerkschaftlichen Organisierung der Streik als bevorzugtes Kampfmittel an Bedeutung verliert, andere Formen der Konfliktaustragung in den Vordergrund treten. Damit war der Streik vom revolutionären Kampfmittel in erster Linie zu einem Mittel in letzter Linie am Ende einer Skala von Arbeitskampfformen geworden, und der Arbeitskampf trug nicht mehr in jedem Fall den Charakter eines in der Tendenz revolutionären Klassenkampfes."[13]) Wir haben uns mit den Fakten, die Helga Grebing anführt, bereits im Jahre 1974 auseinandergesetzt[14]). Dabei sind wir freilich nicht zu sozialpartnerschaftlichen Schlußfolgerungen gelangt – also zu der These, daß sich die Methode der eher wirtschaftsfriedlichen Konfliktregulierung eben deshalb als allgemein richtiges Instrument gewerkschaftlicher Interessenvertretung erwiesen habe, weil sich die Gewerkschaften vor 1914 (auch sichtbar in der Haltung der Gewerkschaftsführungen in der „Massenstreikdebatte") gegen den Streik als Instrument des politischen und revolutionären Kampfes der Arbeiterbewegung zur Wehr gesetzt haben. Dem wäre zweierlei entgegenzuhalten: Erstens wurde gerade die Periode 1918/19 bis 1923 zu einer Periode außerordentlich intensiver Streikkämpfe. Die Behauptung der „Revisionisten" vor 1914 von der zunehmenden „Zivilisierung" der Klasenauseinandersetzungen war also falsch – und sie wurde auch nicht dadurch richtig, daß sich die „Revisionisten" nach 1918/19 für die Niederschlagung von politischen und gewerkschaftlichen Streikbewegungen zur Verfügung stellten. Zweitens jedoch kann man mit Helga Grebing darin übereinstimmen, daß streiklose Formen der Konfliktregulierung (auch über längere Zeiträume hinweg) zunehmen – dann zeigt sich aber (und gerade das will Helga Grebing nicht sehen!), daß die gewerkschafts- und gesellschaftspolitische Interessenvertretung nur unter der Voraussetzung erfolgreich sein kann, daß sie auf der Grundlage organisierter Kampf- und Streikbereitschaft beruht. Die Verwirklichung des Achtstundentages im Jahre 1918 war demnach nicht zuvorderst das Resultat der Verhandlungskunst eines Carl Legien. Sie entsprang vielmehr der Angst der Unternehmer vor der Gefahr, daß die beginnende Novemberrevolution die kapitalistische Grundordnung selbst angreifen könnte.

Es liegt uns übrigens völlig fern, den Streik als „revolutionäres Kampfmittel in erster Linie" zu sehen. Das mag die Illusion eines Teils der englischen Chartisten in den 30er und 40er Jahren des vergangenen Jahrhunderts und später

13) Ebd., S. 209.
14) Vgl. Georg Fülberth/Jürgen Harrer (Hrsg.), Die deutsche Sozialdemokratie 1890–1933, Darmstadt und Neuwied 1974, S. 47.

der Anarchosyndikalisten gewesen sein. Bei Marx und Engels ist diese Auffassung bereits überwunden – Rosa Luxemburgs Vorstellungen über den „Massenstreik" beziehen sich bekanntlich auf eine direkt revolutionäre Situation. Eher schon neigen Konservative dazu, in jedem Streik und in jedem Kampf um Reformen, der auf den Widerstand etablierter Herrschaftsinteressen stößt, die Gefahr einer Revolution zu erblicken.

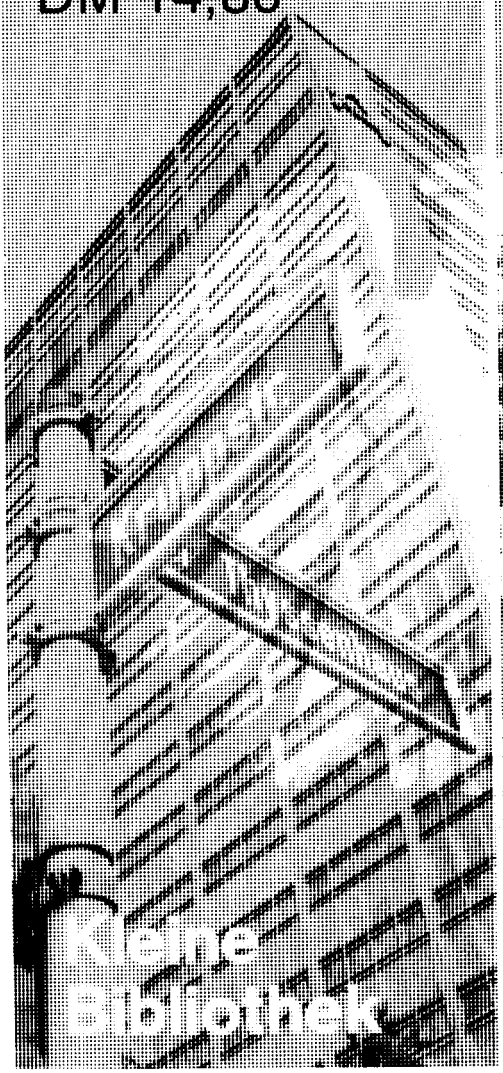
Helga Grebing möchte dagegen das Problem in den Vordergrund gerückt wissen, daß die Leitungen von Arbeiterparteien und Gewerkschaften ihre Mitgliederbasis überfordern bzw. sich ihnen gegenüber isolieren. Über eine Episode unmittelbar vor der Machtübertragung an Hitler und die Faschisten schreibt sie: „Der Demonstration der SA vor dem Karl-Liebknecht-Haus am 21. Januar 1933 folgt nur eine kleine Gegendemonstration."[15]) Das gilt ihr als Beleg für die Behauptung, daß die Arbeiterbewegung, auch die kommunistische, Anfang des Jahres 1933 überhaupt nicht mehr mobilisierungsfähig gewesen sei, noch nicht einmal für eine Gegenkundgebung gegen die Provokation der SA.

In der Diskussion dieser Frage sollte man sich tatsächlich vor jeder Kraftmeierei in acht nehmen. Die quantitative und politische Schwäche des antifaschistischen Widerstandes der deutschen Arbeiterbewegung, seine Isolierung von großen Teilen der Nation, wirft viele Fragen auf. Was aber die Gegendemonstration der KPD vom 25. Januar 1933 betrifft, so hat Helga Grebing hier offenbar die Quellen nicht genügend zur Kenntnis genommen. Ein rechtssozialdemokratischer und antikommunistischer Gewährsmann, Friedrich Stampfer, der Chefredakteur des „Vorwärts", schrieb am 26. Januar 1933 einen Leitartikel über diese Gegendemonstration. Darin heißt es: „Mein Beruf als Journalist hat mich gestern abend auf den Bülowplatz geführt. Ich gestehe, daß ich das dort Gesehene als ein Erlebnis empfunden habe. Auch das schärfste Urteil über die Politik der kommunistischen Führung kann nichts ändern an der Hochachtung, die diese Massen verdienen. Durch klingenden Frost und schneidenden Wind zogen sie in abgeschabten Mänteln, in dünnen Jakken, in zerrissenen Schuhen stundenlang. Zehntausende blasser Gesichter, aus denen die Not sprach, aus denen aber auch der Opfermut sprach für die Sache, die sie für die richtige halten. Aus ihren rauhen Stimmen klang der Haß, der tausendmal berechtigte Haß gegen eine Gesellschaftsordnung, die sie zu Not und Elend verdammt, der Protest, der tausendmal berechtigte Protest gegen den grotesken Wahnsinn, die schreiende Ungerechtigkeit unserer sozialen Zustände. – Der wäre kein Sozialist, der diesen Haß, diesen Protest nicht mitempfände! Man merkte, daß sie hier zuhause waren, Menschen der Not in den Quartieren der Not. Am letzten Sonntag war es die Invasion einer feindlichen Macht, die von zehntausend Bewaffneten geschützt war. Gestern war es das Bild eines freien Volkslebens."[16])

15) Helga Grebing, in: „GeMo", S. 216.
16) Friedrich Stampfer, Wieder Bülowplatz. Bemerkungen zu einer kommunistischen Demonstration, in: „Vorwärts" v. 26. 1. 1933.

U. Albrecht
F. Deppe
J. Huffschmid
u.a.

530 Seiten,
DM 14,80



Reihe
Bibliothek

Geschichte
der
Bundes-
republik
Beiträge

Pahl-
Rugenstein

Hier geht es also nicht nur um Quellentreue, so wichtig diese ist, sondern auch um einen politisch-historischen Argumentationszusammenhang, dem Helga Grebing ihre falsche Tatsachenbehauptung verfügbar macht.

Unsere Kritikerin würde es wahrscheinlich als eine Kränkung empfinden, auch heute noch der rechtssozialdemokratischen „Hausgeschichtsschreibung" zugerechnet zu werden. Sowohl in ihrer Kritik an dem Buch „Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung" als auch in einem Diskussionsbeitrag vor der Geschichtskonferenz des DGB in München finden sich sympathisierende Bezüge auf die 1931 – als linke Absplitterung von der SPD entstandene – „Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands" (SAP)[17]. Damit wird jedoch das „Prinzip Beliebigkeit" nicht überwunden; es wird – so scheint uns – in die Parteipolitik hinein verlängert. Welche politischen Orientierungen vermag die längst aufgelöste SAP für die Gegenwart zu vermitteln? Ihr historisches Erbe ist längst polarisiert. Mitglieder wie Willy Brandt und Otto Brenner gingen zur SPD, Max Seydewitz und Jakob Walcher (die von der KPD und KPO kamen) zur KPD und SED, andere arbeiteten als parteilose Sozialisten oder wurden (wie z. B. Fritz Lamm) Ende der 50er Jahre aus der SPD ausgeschlossen. Was also bleibt? Bei Helga Grebing ein Kokettieren, das freilich – wie wir gesehen haben – solide eingewebt ist in die Grundstruktur einer sozialpartnerschaftlichen Orientierung.

Darüber – auch über die Tragik bzw. das geschichtliche Dilemma der fehlenden Eigenständigkeit und Behauptungskraft linkssozialdemokratischer und linkssozialistischer Positionen in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung seit dem Ersten Weltkrieg (und dann vor allem auch in den 50er Jahren!) – soll und muß diskutiert werden, ohne schon im Vorfeld die altbekannten, lähmenden Ausgrenzungsmechanismen zu reproduzieren. Allerdings ist die Kritik von Helga Grebing davon nicht eben frei. Das zeigt sich nicht nur bei der Unterstellung der Schablone „revolutionäre Massen – reformistische Führung", bei dem zuweilen lockeren Umgang mit dem Text und mit den Quellen, sondern auch bei ihrer Behauptung, in unserem Buch herrsche für die Zeit nach 1945 eine DDR-Apologie vor. Diese Unterstellung führt dann logisch zu einer – fast triumphierend klingenden – Kritik: „Völlig unverständlich bleibt unter diesen Umständen, warum eigentlich überzeugte Sozialisten wie Wolfgang Abendroth damals dieses traute sozialistische Heim teils verließen, teils verlassen mußten."[18] (Sie meint die sowjetische Besatzungszone vor 1949.)

Diese von Helga Grebing rhetorisch gemeinte Frage wollen wir Wolfgang Abendroth selbst beantworten lassen – und vielleicht hätte unsere Kritikerin diese Frage auch unterlassen, wenn sie die Antwort aus Wolfgang Abendroths „Ein Leben in der Arbeiterbewegung" (1976) gekannt hätte: „Weshalb bist Du aus der sowjetischen Besatzungszone geflohen? Antwort: Ein Kurier des Ostbüros der SPD war verhaftet worden. Daß dieses Büro damals schon mehr

17) Vgl. Helga Grebing, in: „GeMo", S. 215 und S. 217.
18) Ebd., S. 219.

oder minder zur Agentur des amerikanischen Geheimdienstes abgesunken war, wußte ich nicht. Behauptungen in dieser Richtung, wie sie von der SED-Führung verbreitet wurden, hielt ich für die üblichen Propaganda-Übertreibungen, die jeden Fraktionskampf in der Arbeiterbewegung begleiten. Die Nachrichtensperre zwischen den Besatzungszonen hatte zur Folge, daß ich das Erlahmen des Klassenbewußtseins in der westdeutschen Arbeiterbewegung, das damals einsetzte, nicht richtig einschätzen konnte. Auch die inneren Rückschläge der englischen Labour-Party, der französischen SFIO und der italienischen Arbeiterbewegung unterschätzte ich; ich hoffte vielmehr, daß die Entwicklung der Klassenkämpfe in den Westzonen doch noch zu einer einheitlichen Lösung für Deutschland und am Ende zur Wiederherstellung einer einheitlichen Arbeiterpartei für Gesamtdeutschland führen würden. So wollte ich Lisa, meine Frau, unser Kind und auch mich nicht den überflüssigen Risiken einer Konfrontation mit dem sowjetischen Geheimdienst aussetzen, zumal ich den Konflikt nicht suchte."[19])

Diese Antwort mag neue Fragen aufwerfen, beleuchtet sie doch schlaglichtartig die schwierige Situation der Nachkriegsperiode und des „Kalten Krieges" auf deutschem Boden. Zugleich zeigt sie aber auch, daß der sorgfältige Umgang mit Quellen eine aufklärerische Funktion haben kann: Er beseitigt Vorurteile oder läßt diese gar nicht erst entstehen.

Helga Grebing beschränkt sich nicht auf eine Detailkritik des Buches. Sie verbindet diese mit der Konzeption eines methodischen Prinzips, das „verkrustete" Denkstrukturen – hier die des Marxismus – aufbrechen und politische Theorie sowie politisches Handeln der gesamten Fülle verfügbarer Daten und rational begründbaren und humanen Aktionsmöglichkeiten öffnen soll. Diese „Öffnung" wissenschaftlicher Analyse ist nicht neu. Sie bestimmt die Formulierung des Historischen Materialismus durch Marx und Engels in der Auseinandersetzung mit Hegel und seinen Schülern ebenso wie die Weiterentwicklung des Marxismus der II. Internationale etwa durch Hilferdings „Finanzkapital", Rosa Luxemburgs „Massenstreik"-Broschüre oder durch Lenins Versuch, die marxistische Gesellschafts-, Staats- und Parteitheorie unter den Bedingungen des Monopolkapitalismus neu zu formulieren. Für diese Ansätze der theoretischen (und auch für die Praxis wirksamen) Innovation ist mit Recht die Bezeichnung „Orthodoxie" verwendet worden[20]). Ganz anders hingegen versteht sich der Anspruch von Eduard Bernstein, erstarrte „Dogmen" durch eine radikale Fragehaltung zu ersetzen, den orthodoxen Marxismus aus den „Fallstricken der Hegel'schen Dialektik" zu befreien. Der „kritische Eklektizismus", zu dem sich Bernstein bekannte[21]), erweist sich daher

19) Wolfgang Abendroth, Ein Leben in der Arbeiterbewegung. Gespräche, aufgezeichnet und herausgegeben von Barbara Dietrich und Joachim Perels, Frankfurt/Main 1976, S. 204 f. Im Text dieser Ausgabe findet sich ein sinnentstellender Druckfehler: statt „Ostbüro" steht „Ortsbüro".

20) Vgl. dazu: Georg Lukacs, Was ist orthodoxer Marxismus? in: Ders., Geschichte und Klassenbewußtsein, Berlin 1923, S. 13 ff.

21) Vgl. Eduard Bernstein, Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie (1899), Bonn-Bad Godesberg 1977, S. 39.

letztlich als die Ersetzung eines vermeintlichen „Dogmensystems" durch ein Sammelsurium bürgerlicher Axiome und Dogmen, als – wie es Rosa Luxemburg formulierte – theoretischer Ausdruck einer „opportunistischen" Praxis[22]). Dieser „Eklektizismus" ist jenem „Dogma der Beliebtheit" verwandt, das wir in Helga Grebings Kritik nachweisen.

Weimarer Republik und Faschismus – unvermeidbare Feindbeziehungen in der Arbeiterbewegung?

Eine zentrale, unbewiesene These Helga Grebings ist die Behauptung von der notwendigen Todfeindschaft zwischen „Demokratischen Sozialisten" und Kommunisten. So erklärt sie, „die europäischen demokratischen Sozialisten" hätten sich schon 1917 (also vor der Gründung der KPD) „als Antikommunisten verstehen lernen" müssen[23]). Sie meint damit offenbar die Gegnerschaft des einstigen rechten Flügels der II. Internationale gegen die Oktoberrevolution. Dabei übersieht sie, daß – nicht nur in Deutschland, sondern auch in Italien, Frankreich und in anderen Ländern – ein großer Teil der Sozialisten (ganz gewiß diejenigen, die sich später in der von Helga Grebing so geschätzten SAP wiederfanden) auch dann, wenn sie sich nicht als „Bolschewisten" begriffen, die Oktoberrevolution mit Begeisterung und großen Hoffnungen beobachteten und unterstützten. Zumindest hier orientiert sich Helga Grebing an einer quasi-ontologischen Gegnerschaft von Nicht-Kommunisten und Kommunisten in der Arbeiterbewegung, die dann auch durch die Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung nach 1934 vielfach falsifiziert worden ist. Immerhin nennt sie für die Folgezeit einige Erfahrungsmomente, die antikommunistischen Reaktionen nicht nur bei der sozialdemokratischen Führung Anlaß gaben: die Sozialfaschismustheorie der KPD, das Verhalten der Kommunisten beim Volksentscheid in Preußen gegen die Regierung Braun, die Moskauer Prozesse. An ihrer Wirksamkeit und auch Ernsthaftigkeit kann überhaupt nicht gezweifelt werden. Nur – wer ein komplettes Bild von den Beziehungen innerhalb der Arbeiterbewegung gewinnen will, wird zumindest zwei weitere wichtige Erfahrungsbereiche nicht vernachlässigen dürfen:

Erstens: Die Rückwirkung der Sozialpartnerschaftspolitik auf kommunistische Arbeiter, die hier zu verkürzten und falschen, aber eben nicht voraussetzungslosen ultralinken Reaktionen getrieben wurden. Wer sich um die Wechselwirkungen von Reformismus, Massenwirksamkeit der „Sozialfaschismus"-These und schließlich wieder deren Einfluß auf den Antikommunismus in den Reihen der Sozialdemokratie nicht kümmern will, wird sich gerade von den Fragen abschneiden, welche in absehbarer Zeit die Geschichtsschreibung der Arbeiterbewegung für die Weimarer Zeit zu einem besonders interessanten Feld machen können.

22) Rosa Luxemburg, Sozialreform oder Revolution?, in: Dies., Politische Schriften I, herausgegeben von O. K. Flechtheim, Frankfurt/Wien 1966, S. 47 ff., bes. S. 128. Den philologischen Teil dieses Nachweises liefert Bo Gustafsson, Marxismus und Revisionismus. Eduard Bernsteins Kritik des Marxismus und ihre ideengeschichtlichen Voraussetzungen, 2 Bde., Frankfurt/M. 1972.
23) Helga Grebing, in: „E & W", S. 22.

Zweitens: Die sich seit spätestens Mitte der 30er Jahre in den Reihen der Arbeiterbewegung ausbreitende Erkenntnis von der Notwendigkeit einheitlichen Vorgehens gegen Faschismus und Kriegsgefahr. Sie fand ihren Niederschlag nicht nur im VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale, sondern immerhin auch im sozialdemokratischen Prager Manifest. Dabei kann gar nicht bestritten werden, daß diese Einsicht sich in den einzelnen Zweigen der Arbeiterbewegung verschieden intensiv durchgesetzt hat und insbesondere in den Leitungsgremien der deutschen Sozialdemokratie allenfalls eine Randexistenz führte. Immerhin wurde damit ein Thema angeschlagen, das gerade heute noch die relevantesten Strömungen der westeuropäischen Arbeiterbewegung intensiv beschäftigt: die Beziehung der notwendigen Einheit im Kampf für fundamentale gemeinsame Interessen zur notwendig fortbestehenden parteipolitischen Spaltung. Hier liegt bekanntlich ein Angelpunkt der Gewerkschaftsfrage. Auf der gleichen Ebene haben sich der Arbeiterbewegung in der Auseinandersetzung mit dem Faschismus nachgerade unverlierbare Einsichten aufgedrängt:

Der Faschismus wird durch einen Prozeß der stufenweisen politischen Rechtsentwicklung vorbereitet, die aus einer zugespitzten ökonomischen und politischen Krisensituation der spätkapitalistischen Gesellschaft erwächst. Sein Aufkommen ist durch Abwarten und Beschwichtigungsformeln nicht zu verhindern. Je später die Arbeiterbewegung den Anfängen des Faschismus entgegentritt, um so größere Anstrengungen sind notwendig, sich seiner zu erwehren. Ist der Faschismus erst einmal zur Macht gelangt, so bedarf es ungeheurer Opfer, ihn zu besiegen. Der unmittelbare Inhalt des antifaschistischen Kampfes besteht darin, die Lösung einer ökonomischen und politischen Krisensituation des kapitalistischen Systems auf Kosten der Lohnabhängigen und anderer werktätiger Bevölkerungsschichten zu verhindern. Ein solcher Kampf setzt in erster Linie das gemeinsame Handeln aller antifaschistischen Kräfte voraus; keine Kraft, die bereit ist, sich in die gemeinsame Abwehrfront einzureihen, darf ausgegrenzt werden. Die Aktionseinheit aller Antifaschisten ist deshalb möglich, weil sie über alle sonstigen Unterschiede, Vorbehalte, Streitigkeiten und Gegensätze hinweg ein elementares, gemeinsames Interesse verbindet: das Interesse am nackten Überleben. An dieser Einsicht und Notwendigkeit ist die Politik aller Strömungen der Arbeiterbewegung zu überprüfen.

Helga Grebing wird von diesem Problem allerdings nicht berührt, da sie ein Monopol des „Demokratischen Sozialismus" (der bei ihr zugleich ein antikommunistischer Sozialismus mit völlig unbestimmtem gesellschaftlichem Inhalt ist) auf rationale antifaschistische Praxis postuliert. Von da aus kann sie unsere Feststellung: „Als gewerkschaftlichen Widerstand wird man die Tätigkeit Leuschners indes nur schwerlich bezeichnen können", als Diffamierung eines Gewerkschafters, der im Kampf gegen den Faschismus sein Leben gegeben hat, interpretieren[24]). Nun lassen wir uns diesen Schuh nicht anzie-

24) Helga Grebing, in: „GeMo", S. 217.

hen[25]). Unsere Achtung vor dem Widerstandskämpfer Leuschner darf uns jedoch nicht davon abhalten, seine Auffassungen zu analysieren – genauso, wie wir auf die Darstellung des Widerstandes von RGO und KPD und auf eine Erörterung der Wirksamkeit antifaschistischer Strategien nicht verzichten können.

Hier kann die Frage nach einem spezifisch *gewerkschaftlichen* Widerstand gestellt werden. Wir schlagen folgende Definition vor: „In diesem Sinne kann unter ‚gewerkschaftlichem' Widerstand vornehmlich eine organisierte illegale Tätigkeit in den Betrieben verstanden werden, die darauf abzielte, die Belegschaften für die Entfaltung von kollektivem Druck zu gewinnen, auf diese Weise allmählich die Apathie der Arbeiterklasse wieder zu überwinden und als Perspektive schrittweise die Voraussetzungen zum Kampf um demokratische Rechte und schließlich zum Sturz des Faschismus vorbereiten zu helfen."[26])

In der wissenschaftlichen Literatur ist unbestritten, daß diese Konzeption eines „gewerkschaftlichen Widerstandes" von Wilhelm Leuschner abgelehnt wurde. Außerdem verwarf er jedes Zusammengehen mit kommunistischen wie auch sonstigen in den Betrieben, unter Soldaten oder in anderen Basisbereichen arbeitenden Widerstandsgruppen. Seine Konzeption des Widerstandes stellte gerade nicht auf ein Volksfrontbündnis ab. Er hielt die damit angesprochenen Perspektiven für unrealistisch und nicht wünschenswert.

Es geht aber nicht nur um die angebliche Diffamierung der Person Wilhelm Leuschners, mit der sich natürlich besonders gut Stimmung machen läßt. Helga Grebing hält die These, daß es „über die illegale Tätigkeit des Leuschner-Kreises hinaus realistische Widerstandsmöglichkeiten" gegeben habe, für „undifferenziert"[27]). Damit ist in der Tat der Kern der Auseinandersetzung in der Widerstandsfrage angesprochen: Was bedeuten „realistische Widerstandsmöglichkeiten"? Selbstverständlich bestand nach der Konsolidierung der faschistischen Diktatur im Frühjahr und Sommer 1933 keine unmittelbare Möglichkeit mehr, den Faschismus durch eine Massenerhebung zu stürzen. Der Widerstand mußte daher auf eine längere Perspektive angelegt sein. Er mußte davon ausgehen, daß der Sturz des Faschismus nicht in einem einzigen Anlauf möglich war, sondern nur als Ergebnis eines längeren Prozesses, in dessen Verlauf sich die inneren Widersprüche der faschistischen Diktatur zuspitzten, ihre Grundlagen zersetzten und die Aktionsmöglichkeiten der antifaschistischen Kräfte schrittweise verbesserten. Wollte man nicht einseitig auf außenpolitische Einwirkungen oder gar auf einen katastrophischen Krieg vertrauen, so kam es darauf an, dort präsent zu sein, wo nach wie

25) „An einem solchen Fehler hindert uns bereits der durch Wolfgang Abendroth anerzogene, nicht revidierbare Respekt vor allen antifaschistischen Widerstandskämpfern – ganz unabhängig von der politischen Richtung, die sie repräsentieren." Frank Deppe/Georg Fülberth/Jürgen Harrer/Witich Roßmann, Vorurteile führten die Feder, „E & W" 8/79, S. 28.

26) Frank Deppe/Georg Fülberth/Jürgen Harrer (Hrsg.), Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung, a.a.O., S. 235.

27) Helga Grebing, in: „GeMo", S. 217.

vor Konfliktpotentiale vorhanden waren und erfahren wurden. Das erforderte eine illegale Organisation, die mit äußerster Konspiration zu Werke ging, sich gleichwohl nicht selbstgenügsam auf sich zurückzog, sondern auf ein gewisses Maß an Außenwirkung angelegt war, ihren Schwerpunkt in der Arbeiterklasse suchte, also sich vor allem in den Betrieben verankern mußte sowie sich darum bemühte, die unmittelbaren wirtschaftlichen und sozialen Probleme aufzugreifen und diese mit der Aufklärung über die vom Faschismus ausgehende Kriegsgefahr zu verbinden. Diese Konzeption mußte das gemeinsame Handeln aller Antifaschisten einschließen. Sie wurde keineswegs nur von Kommunisten getragen. Gerade der gewerkschaftliche Widerstand war – und gerade dies wird in der „Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung" ausdrücklich hervorgehoben – das Feld, auf dem immer wieder auch die wechselseitigen Vorbehalte zwischen den Hauptströmungen der Arbeiterbewegung praktisch überwunden wurden. Helgra Grebings apodiktische Polarisierung von Kommunismus und Antikommunismus kann einem solchen Tatbestand allerdings ebensowenig gerecht werden wie – dies ist wenigstens unsere Meinung – den aktuellen Notwendigkeiten gewerkschaftlicher Politik sowie der Abwehr von Kriegsgefahr und von antidemokratischen Offensiven.

Immerhin: Über derart gegensätzliche Standpunkte läßt sich nach wie vor diskutieren. Der Dialog wird dort schwierig, wo unsere Rezensentin nur noch trickst. So moniert sie die angebliche „Unterstellung, die Gewerkschafter und die Sozialdemokraten im Exil hätten ‚die Rückkehr zu einem bürgerlich-parlamentarischen System' angestrebt, ‚das, wie schon in der Weimarer Republik, die Macht des Großkapitals nicht entscheidend antasten und somit diejenigen gewerkschaftlichen Kräfte schonen würde, welche die faschistische Diktatur getragen' "[28]) hatten. Sie will diese Aussage durch den Hinweis auf eine gemeinsame Entschließung der Union deutscher sozialistischer Organisationen und der Landesgruppe deutscher Gewerkschafter in Großbritannien vom Dezember 1941 widerlegen. Dabei verschweigt sie erstens, daß die von ihr zitierte Passage aus der „Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung" sich nachweislich nicht auf „*die* Gewerkschafter und *die* Sozialdemokraten im Exil" bezieht, sondern auf diejenigen Leitungsmitglieder der „Auslandsvertretung Deutscher Gewerkschaften" (ADG), welche der Konzeption Fritz Tarnows folgten. Sie verschweigt *zweitens,* daß wir der Tätigkeit der Landesgruppe deutscher Gewerkschafter in Großbritannien durchaus eine recht ausführliche Betrachtung widmen: Die Landesgruppe deutscher Gewerkschafter in Großbritannien hat sich von Anfang an in scharfer Form von der Politik, den Vorstellungen und vor allem vom Führungsanspruch Fritz Tarnows abgegrenzt. Gegen ihn setzte sich in der gewerkschaftlichen Emigration – vor allem in Großbritannien und Schweden – die Konzeption der Schaffung von Einheitsgewerkschaften durch. Diese sollten über tradierte parteipolitische und weltanschauliche Schranken hinweg die Zersplitterung durch Richtungsgewerkschaften aufheben und – wie die deutschen Gewerkschafter in Großbritannien formulierten – „ ‚auf der Basis des Klassenkamp-

28) Helga Grebing, in: „GeMo", S. 218.

fes' gegen den Kapitalismus und seinen ‚typischen imperialistischen Exponenten', den Nationalsozialismus"[29]), beruhen. Dem entsprach als gesellschaftspolitisches Programm das Konzept einer antifaschistisch-demokratischen Neuordnung, die durch tiefgreifende Strukturreformen – unter Führung der Arbeiterklasse und bei maßgeblicher Beteiligung der Gewerkschaften – verwirklicht werden sollte. Dazu gehörte in erster Linie die Forderung nach der endgültigen politischen und ökonomischen Entmachtung von Großkapital, Großgrundbesitz und Militarismus, die als die entscheidenden Stützen des Faschismus angesehen wurden.

Mit dem Hinweis auf diese Position führt Helga Grebing plötzlich eine Argumentation ins Feld, die sie im übrigen ja gerade für falsch hält. Sie sucht damit eine Kritik zu entkräften, die sich weder gegen die Landesgruppe deutscher Gewerkschafter in Großbritannien und die Union deutscher sozialistischer Organisationen noch gegen die Gesamtheit der emigrierten Gewerkschafter richtet, sondern allein gegen die Gesinnungsgenossen Tarnows.

Ein „geschlossenes und ausreichendes alternatives Angebot einer realitätsdeckenden Strategie" (Helga Grebing) für den DGB?[30])

Helga Grebing legt schon zu Beginn ihrer Auseinandersetzung mit dem entsprechenden Abschnitt den Maßstab ihrer Kritik fest: „Für Deppe gibt es nur zwei Welten: Die schöne, heile des östlichen realen Sozialismus und die schäbige, kaputte des westlichen Kapitalismus."[31]) Der Beweis für dieses – gewiß schaurige – „Leitmotiv" widerlegt sich selbst; denn Helga Grebing montiert einige Satzfragmente, die allerdings in einem völlig anderen Sinnzusammenhang stehen. Die erste Passage bezieht sich auf den Zusammenhang zwischen der „Zerstörung der nationalen Einheit Deutschlands" und der Tatsache, daß unter diesen Bedingungen „die alte, verhängnisvolle Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung . . . noch verstärkt wurde"[32]). Hier geht es also um den Einfluß des Kalten Krieges und der nationalen Frage auf die Gewerkschaftspolitik. Die zweite Passage behandelt die „starke Anziehungskraft" der prosperierenden BRD-Wirtschaft „auf die Bevölkerung der DDR"[33]) im Zusammenhang der Erklärung des sogenannten „Wirtschaftswunders" der 50er Jahre und der Erfolge „konservativer Integrationsstrategien". Die dritte Passage behandelt schließlich die „Wende" in den weltpolitischen Beziehungen vom Kalten Krieg zur Koexistenzpolitik, wie sie sich etwa seit der Mitte der 50er Jahre durchsetzt[34]).

29) Werner Röder, Die deutschen sozialistischen Exilgruppen in Großbritannien 1940–1945, Bonn-Bad Godesberg, 1973², S. 240 f.
30) In diesen Abschnitten sind aufgenommen einige Absätze aus dem Diskussionsbeitrag von Frank Deppe, Zur Diskussion um die Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung, in: „GeMo", 8/1979, S. 496 ff., bes. S. 505 ff.
31) Helga Grebing, in: „GeMo", S. 220.
32) Frank Deppe/Georg Fülberth/Jürgen Harrer (Hrsg.), Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung, a.a.O., S. 320.
33) Ebd., S. 350.
34) Ebd., S. 370/71.

Das Weltbild, das Helga Grebing dem Verfasser zuschreibt, ist gewiß von ergreifender Schlichtheit – nur, dieses „Zwei-Welten-Modell" ist aus den genannten Textpassagen ebenso wenig herauszulesen wie aus dem übrigen Text, der einen Systemvergleich Kapitalismus–Sozialismus, BRD–DDR, überhaupt nicht zum Gegenstand hat. Möglicherweise erscheint hier jedoch eine fundamentale Differenz zum Geschichts- und Gesellschaftsbild unserer Kritikerin: Wer den Angelpunkt der Nachkriegsgeschichte, „die fundamentale Diskreditierung der sozialistischen Positionen durch alle Varianten des Stalinismus" sowie „das Verständnis für die historisch ‚verschlungenen' Wege demokratisch-sozialistischer Positionen", verfehlt, der argumentiert auch „an den zentralen Problemen der gewerkschaftlichen Arbeit in den 50er und 60er Jahren vorbei"[35]).

So einfach ist das! Die Weltgeschichte ist auf den Punkt gebracht, auf den sie Helga Grebing gerne fixieren möchte. Wie aber sollte man dann die Entwicklung der kommunistischen Bewegung in Westeuropa nach 1945 überhaupt noch verstehen? Die Entwicklung der KPI und der KPF zu Massenparteien (und zwar zu den größten Parteien in der Arbeiterbewegung) bliebe ein Mysterium, waren diese Parteien doch (nach der Terminologie von Helga Grebing) durch und durch „stalinistisch". Will Helga Grebing etwa den „Kalten Krieg" – und darum geht es es zunächst einmal bei der Analyse der frühen 50er Jahre – als Ausdruck der „Diskreditierung des Sozialismus durch den Stalinismus" erklären? Wie wäre dann der Widerspruch aufzulösen, daß auf der einen Seite die „Angst vor der Bedrohung aus dem Osten", im Zentrum der herrschenden Politik der 50er Jahre gestanden hat und dabei tief in das Massenbewußtsein eingedrungen ist, daß aber auf der anderen Seite seit den Forschungen der amerikanischen „Revisionisten" (Horowitz, Kolko u. a.) bekannt ist, daß diese Manipulation mit der Angst die Verschleierung einer gezielten Strategie des „roll-back" gewesen ist?

Diese Fragen sind nur für denjenigen einfach zu beantworten, der nach wie vor in den Denkklischees des „Kalten Krieges" befangen ist. Gerade weil wir um die Komplexität der ökonomischen, politischen und ideologischen, der nationalen und der internationalen Prozesse wissen, behandeln wir den „Antikommunismus" nicht als ein „irrationales Phänomen"[36]). In ihm wirken – so unsere Konzeption – der Kalte Krieg und die „deutsche Frage", der wirtschaftliche Aufschwung nach 1950 und die negative Bewertung des „realen Sozialismus" im Bewußtsein der Bevölkerungsmehrheit zusammen und verbinden sich mit konservativen, allgemein antisozialistischen und antidemokratischen Denkformen, die während der Periode der Nazi-Diktatur und vor allem im Kriege sich verfestigt haben[37]).

---

35) Helga Grebing, in: „GeMo", S. 225.
36) Ebd., S. 221.
37) Vgl. dazu auch Frank Deppe, Gewerkschaftspolitik und Arbeiterbewußtsein in der Periode der Neugründung der westdeutschen Gewerkschaften nach 1945, in: Ders., Das Bewußtsein der Arbeiter, Köln 1971, S. 255 ff.; Frank Deppe, Autonomie und Integration, a.a.O., S. 82 ff.
38) Entfällt.

Damit ist auch das Problem der gewerkschaftlichen Handlungsbedingungen in elementarer Weise berührt. Unsere Analyse geht davon aus, daß diese nicht in erster Linie durch die „verschlungenen Wege demokratisch-sozialistischer Positionen" zu erschließen sind. Auch die Betrachtung der sozialökonomischen und innenpolitischen Prozesse greift hier noch zu kurz, sofern nicht die Wirkungen des „inneren und äußeren kalten Krieges" in diese Analyse mit einbezogen werden.

Helga Grebing stellt fest: „Vor allem aber wird von Deppe der Eindruck erweckt, bzw. seine Darstellung erweckt den Eindruck, daß die integrationistische Position in den 50er und 60er Jahren die herrschende in den Gewerkschaften gewesen ist.[39]) Diese Interpretation ist unzutreffend – unmißverständlich wird (auch bei denjenigen Textpassagen, die von Helga Grebing als Belege angeführt werden) auf den Konflikt zweier Hauptströmungen eingegangen. Die Leitthese dieses Kapitels lautet, daß sich die Position des „Integrationismus" nach dem Scheitern der „Neuordnungsinitiativen" zwar verstärkte, daß es ihr aber nicht gelungen ist, gegenüber der Position des „radikalen Reformismus" zur herrschenden zu werden.

Daß Helga Grebing aufgrund ihres selektiven Interpretationsverfahrens hier neue Mißverständnisse produziert, wird auch bei der Diskussion über die gewerkschaftlichen Programme deutlich: in bezug auf das Münchener Programm von 1949 greift sie lediglich die Kritik an einer Formulierung von Hans Limmer (das „Münchener Programm als Basis einer sozialistischen Ordnung") auf, verschweigt aber, daß zuvor dieses Programm als ein „Reformprogramm mit antikapitalistischen Elementen" und als ein „antifaschistisches Programm" bewertet wurde, verschweigt auch, daß sich die Kritik von unserer Seite an der Konzeption der „Gleichberechtigung von Kapital und Arbeit" festmacht. Das Grundsatzprogramm von 1963 wird von Helga Grebing „ganz eindeutig (als) das Programm eines gewerkschaftlichen Pragmatismus" und als eine „Anpassung an den Weg der SPD nach Godesberg" qualifiziert[40]). Diese Bewertung ist nach unserer Meinung falsch; denn in diesem Programm (vor allem in der Präambel; im Protokoll des 63er Programmkongresses ist die kontroverse Diskussion dazu nachzulesen) wird auch eine grundsätzliche Kritik der „kapitalistischen Wirtschaftsordnung" formuliert und mit der Forderung nach einer „Umgestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft" verbunden.

Schließlich wird zum Schluß noch ein Beispiel für den verbohrten Dogmatismus des Verfassers angeführt. Er übersehe „die exemplarische Bedeutung des Metallarbeiterstreiks 1963 in Baden-Württemberg"; denn hier sei es um den „Einstieg in die 40-Stunden-Woche", um den Beginn der „Humanisierung der Arbeit" gegangen[41]). Hier unterliegt unsere Kritikerin nun wiederum einem bedauerlichen Irrtum. Im Mittelpunkt dieses Streiks stand die achtprozentige Lohnforderung der IG Metall; seine überregionale Bedeutung lag gerade dar-

39) Helga Grebing, in: „GeMo", S. 222.
40) Ebd., S. 223.
41) Ebd., S. 224/225.

in, daß die Bundesregierung zum ersten Mal lohnpolitische Vorgaben gemacht hatte und daß die Unternehmer eine Lohnpause gefordert hatten[42]). Daß im Verhandlungsergebnis auch das „fristgerechte Inkrafttreten der nächsten Stufe der Arbeitszeitverkürzung" festgehalten wurde, war für den Arbeitskampf selbst von sekundärer Bedeutung; denn diese Vereinbarungen waren auf zentraler Ebene getroffen worden.

In ihrer siegesgewissen Euphorie unterläuft Helga Grebing jedoch gleich noch ein zweiter Fehler. Sie behauptet, für uns sei „Humanisierung der Arbeit" ebenso wie „Verbesserung der Lebensqualität" nur ein Schlagwort – triumphierend fügt sie hinzu: „So denken eben dogmatisch Vergewisserte an den Bedürfnissen derjenigen vorbei, die sie überzeugen sollen."[43]) Hier nun spekuliert sie – ganz unwissenschaftlich – darauf, daß der Leser ihres Aufsatzes die „Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung" nicht kennt; denn dort wird gerade auf den Seiten 432–438 die Bedeutung des gewerkschaftlichen Kampfes um die „Humanisierung der Arbeitswelt" herausgearbeitet. Nicht ein abschätziges Wort findet sich dort über die gewerkschaftlichen Forderungen zur Humanisierung der Arbeit. Im Gegenteil: Der Kampf gegen Arbeitsplatzvernichtung und Rationalisierung, gegen Arbeitsintensivierung, für die Verbesserung der beruflichen Bildung und Qualifikation, für die Minderung von seelischen und körperlichen Belastungen am Arbeitsplatz wird als ein wichtiges gewerkschaftliches Betätigungsfeld charakterisiert, das gleichrangig neben der Tarifpolitik (im engeren Sinne) zu gelten hat. Helga Grebing reagiert offenbar besonders empfindlich, wenn die sozialliberale Regierung kritisiert wird; denn die von ihr inkriminierte Textpassage weist darauf hin, daß die Maßnahmen der Regierung auf diesem Felde, die sogar genannt werden, „weit hinter den gewerkschaftlichen Vorstellungen und Forderungen zurückblieben". An dieser Wahrheit ist nun einmal nicht zu rütteln – auch nicht durch die vollständige Entstellung des Textes.

Kommen wir noch einmal zu den Grundfragen der Auseinandersetzung zurück. Helga Grebing entdeckt auch in diesen Abschnitten des Buches das immer „gleiche Interpretationsmuster: die Gewerkschaften = die Gewerkschaftsführung haben ‚Macht', die sie gar nicht gehabt oder die erst als existenz ausgewiesen werden müßte, aufgegeben, auf sie verzichtet"[44]). Hier macht sich wiederum jenes Vereinfachungsverfahren in der Interpretation geltend, das gelegentlich wichtige inhaltliche Probleme in ihr Gegenteil verkehrt. In den sozialen und politischen Auseinandersetzungen zwischen Kapital und Arbeit ist die Macht kein Dominostein, der je nach subjektivem Ermessen hin und her geschoben wird. Sie ist vielmehr eingebunden in den Gesamtkomplex des ökonomischen, politischen und ideologischen Kräfteverhältnisses, der objektiven und subjektiven Bedingungen dieser Auseinandersetzungen.

42) Vgl. Frank Deppe/Georg Fülberth/Jürgen Harrer (Hrsg.), Geschichte . . ., a.a.O., S. 394; vgl. dort auch den Hinweis auf die einschlägige wissenschaftliche Literatur.
43) Helga Grebing, in: „GeMo", S. 225.
44) Ebd., S. 224.

Mit ihrer Generalthese suggeriert Helga Grebing, wir bewegten uns ständig auf dem schlüpfrigen Boden der „Verratsthese". Was aber beinhaltet unsere Analyse der Gesellschafts- und Gewerkschaftsgeschichte seit etwa 1950 tatsächlich? Wir sind keineswegs so borniert, eine „revolutionäre Situation" oder auch eine unmittelbare „Vorbildwirkung des realen Sozialismus" zu unterstellen, um dann den Gewerkschaftsführungen die Schuld an der „gescheiterten Neuordnung" zuzuschieben. Vielmehr geben wir sehr präzise die Bedingungen an, die die Politik der Gewerkschaften wie der gesamten Arbeiterbewegung erschwert haben: die Konstellation des Kalten Krieges und des Ost-West-Konfliktes, die durch die Spaltung Deutschlands ein besonderes Gewicht erhält, der ökonomische Aufschwung, die Veränderungen in den Lebensbedingungen der Lohnabhängigen und in der inneren Struktur der Arbeiterklasse und schließlich die Reflexion und Verarbeitung dieser Prozesse im Arbeiterbewußtsein. Ausdrücklich werden H. Beermann (DGB) und O. Brenner (IG Metall) zitiert, die es 1956 als Hauptaufgabe betrachteten, „aus der *Defensive*, aus der Erstarrung herauszukommen, in die die Gewerkschaftspolitik durch den Vormarsch der Reaktion geraten war"[45]). Von hier aus werden die beiden Hauptströmungen in den DGB-Gewerkschaften dieser Periode abgeleitet: auf der einen Seite die Konzeption des „Integrationismus", die die Gewerkschaften als „Ordnungsfaktoren" der bestehenden sozialökonomischen und politischen Verhältnisse definiert und auf dem Wege des sozialpartnerschaftlichen Konsensus die Arbeits- und Lebensbedingungen der Lohnabhängigen verbessern will; auf der anderen Seite die Konzeption des „gewerkschaftlichen Radikalismus", der die Gewerkschaften als „Gegenmacht" in einer kapitalistischen Klassengesellschaft definiert und die nicht nur für eine beständige Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Lohnabhängigen, sondern auch für eine Veränderung der Gesellschaft durch demokratische Reformen eintritt.

Die Unterstellung von der gleichsam unbeschränkten Macht der Gewerkschaftsführungen erweist sich mithin als ein Grebing'sches Phantasiegebilde. Will man diese Mystifikation dechiffrieren, so wird man Helga Grebings Vorstellung über die Machtverhältnisse etwas genauer unter die Lupe nehmen müssen, die sich insbesondere in ihren kritischen Bemerkungen zum Schlußkapitel des Buches andeuten. Hier beklagt sie die „Eindimensionalität", die dadurch zustandekomme, „daß nur sehr oberflächlich die gesellschaftlichen Macht- und die politischen Kräfteverhältnisse in der Bundesrepublik nach 1966 analysiert werden und das dünne Eis, auf dem Reformpolitik in allerkleinsten Schritten vorangebracht werden konnte, dem Leser überhaupt nicht

45) Vgl. Frank Deppe/Georg Fülberth/Jürgen Harrer (Hrsg.), Geschichte . . ., a.a.O., S. 365/366.

kenntlich gemacht wird"[46]). Helga Grebing scheint dazu zu tendieren, eine – fast die gesamte Gewerkschaftsgeschichte umgreifende – Machtlosigkeit der Gewerkschaften zu konstatieren, gegebene Machtverhältnisse als strukturelles Defizit einer fehlenden Massenbasis zu hypostasieren, zumal dann, wenn „es kein geschlossenes und ausreichendes alternatives Angebot einer realitätsdeckenden gewerkschaftlichen Strategie" gibt[47]). Daher entdeckt sie bei uns die Verantwortungslosigkeit, „. . . womöglich nur Minderheiten von Arbeitern in einen diffusen Radikalismus hinein(zu)treiben, der die Gewerkschaften in ihrer Handlungsfähigkeit behindert, ganz abgesehen von der indirekten Hilfeleistung für den Gegner."[48])

Wir haben in der Tat nicht die Absicht, uns auf das „dünne Eis" eines kontemplativen Geschichtsagnostizismus zu begeben und damit dieser Logik der „historisch ‚verschlungene(n) Wege' demokratisch-sozialistischer Positionen" zu folgen. Ebenso wenig wollen wir den Gewerkschaften „von außen" die Orientierung an einem abstrakten Modell sozialistischer bzw. „revolutionärer" Veränderung vorgeben. Wir konzentrieren uns auf die von und in den Gewerkschaften selbst entwickelten Programme und Strategien der Interessenvertretung und der gesellschaftlichen Strukturreformen. Nicht wir haben im Jahre 1978 knapp 500 000 Lohnabhängige in Streiks „hineingetrieben" – und diese Kämpfe haben weder die Handlungsfähigkeit der Gewerkschaften behindert, noch dem Gegner indirekte Dienste geleistet, ganz im Gegenteil! Die Streikaktionen des Jahres 1978 bestätigen vielmehr die grundlegenden Aussagen und Bewertungen unseres Schlußkapitels: daß nämlich unter den Bedingungen anhaltender kapitalistischer Krisenprozesse die Polarisierung von Kapital und Arbeit sich verstärkt, daß Kämpfe und die Entwicklung gewerkschaftlicher Kampffähigkeit notwendig sind, um den Strategien der Arbeitsplatzvernichtung durch Rationalisierung und des Lohnabbaus die solidarische, gewerkschaftliche Gegenmacht entgegenzustellen. Das sind die wirklichen Probleme, die in der „Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung" abgehandelt werden – und nicht das gequälte Intellektuellengeplänkel über die Frage, ob denn nun die Basis oder die Führung an den Nie-

46) Helga Grebing, in: „GeMo", S. 226. Zuvor beklagt sie sich darüber, daß der Anspruch, in diesem letzten Kapitel „einige *wesentliche* Aspekte der gesellschafts- und gewerkschaftspolitischen Entwicklung" zu behandeln, nicht begründet wird. In diesem Kapitel wird dargestellt: 1. Der Krisenprozeß und die gewerkschaftlichen Kampfbedingungen; 2. Die gewerkschaftliche Lohnpolitik und die Kämpfe der Lohnabhängigen; 3. Der Kampf um die „Humanisierung der Arbeitswelt"; 4. Arbeits- und Tarifrecht; 5. Die Gewerkschaften und die Reformpolitik; 6. *Organisation* und Programm des DGB. Das sind in der Tat die wesentlichen Aspekte, die sich aus der Entwicklung der Gewerkschaftspolitik selbst (und nicht aus der Sicht der sozialliberalen Regierung) ergeben. Ein wesentlicher Gesichtspunkt wurde dabei ausgelassen: der ganze Komplex der internationalen Gewerkschaftspolitik (EGB, IBFG, *Multinationale Konzerne*, *Politik in der EG*, Rolle des DGB in Ländern der „Dritten Welt", Eingriffe in Portugal und Spanien, Ost-West-Beziehungen und anderes mehr. Diese Lücke ist Helga Grebing freilich nicht aufgefallen.

47) Ebd., S. 223.

48) Ebd., S. 227. An dieser Stelle mokiert sie sich zugleich über den „hausgebackenen (Forderungs-)Katalog am Schluß der ‚Geschichte' ". Dabei entgeht ihr, daß zuvor auf gut 50 Seiten (vgl. Anmerkung 46) die gewerkschaftlichen Forderungen der letzten Jahre – auf dem Gebiete der Tarifpolitik, des Arbeitsrechtes, der Wirtschaftspolitik sowie der gesellschaftspolitischen Gesetzgebung – ausführlich dargestellt und diskutiert worden sind.

derlagen der Arbeiterbewegung schuld gewesen sei. Daß allerdings beim Stahlarbeiterstreik 1978/79 die Mehrzahl der Streikenden außerordentlich unzufrieden mit der Politik ihrer Führung gewesen ist (was sich vor allem im Urabstimmungsergebnis ausgedrückt hat!), ist ebenfalls keine Erfindung von „dogmatisch Vergewisserten", die „an den Bedürfnissen derjenigen vorbei (denken), die sie überzeugen wollen" (Helga Grebing), sondern ein in der Wirklichkeit existierendes Problem. Diese Probleme auf dem Boden der gewerkschaftlichen Programmatik und Politik zu lösen, dazu ist der Geschichtsagnostizismus, aus dem heraus die Kritik an unserer Position abgeleitet wird, in der Tat schlecht geeignet.

Die Entwicklung gewerkschaftlicher Macht (und das zeigen besonders die Auseinandersetzungen der jüngsten Zeit) und damit auch die Veränderung bestehender Machtverhältnisse ist kein voluntaristischer Vorgang, der sich in der Abgeschlossenheit von Vorstandssitzungen vollzieht. Sie realisiert sich vermittelt durch Erfahrungen, Bewußtseinsprozesse, Kämpfe – und: vermittelt durch die Fähigkeit der Organisationen der Arbeiterbewegung (damit auch ihrer Führungsgruppen), solche Lernprozesse und Kampferfahrungen zu organisieren. Insofern verschleiert die beständige Beschwörung von Machtverhältnissen, die für die Gewerkschaftsbewegung ungünstig sind, ein wesentliches Problem: daß nämlich deren Veränderung – neben der Entwicklung der objektiven Gesellschaftswidersprüche, die auch in die Alltagserfahrung der Betroffenen eingehen – immer auch durch die Organisierung, die Erziehungsarbeit, die Entwicklung des Bewußtseins und der Kampffähigkeit in der Arbeiterbewegung erreicht werden muß. Und genau unter diesem Gesichtspunkt wird es immer wieder notwendig sein, vom gewerkschaftlichen Standpunkt her kritisch und selbstkritisch die Politik der Gewerkschaften zu überprüfen[49]).

49) Zum Problem der Entwicklung der Voraussetzungen gewerkschaftlicher Kampfformen und Aktionsfähigkeit vgl. neuerdings Willi Dzielak u. a., Organisationspolitische Voraussetzungen gewerkschaftlicher Arbeitskampffähigkeit, in: „GeMo", 11/1979, S. 680 ff., hier S. 689/90.

Medienkritik

FAMILIENKINO

In seiner allerfrühesten Kindheit war das Kino Familienkino. Von den ersten Filmen, die die Brüder Lumière in Paris im Jahre 1895 vorführten, waren die meisten Darstellungen der Familienglücks der Pioniere selbst: Das Baby beim Frühstück, die Familie beim Sonntagsausflug, die Partie Skat, alles Ausdruck dafür, daß man es zu etwas gebracht hatte. Weil die Lumières Fabrikanten waren, gehörten dazu auch die am Feierabend aus der Fabrik strömenden Arbeiter.

Die Pioniere taten noch, was die Filmindustrie später nur noch zu tun behaupten würde: sie bildeten das Leben ab, „wie es ist", ohne Prätention und überprüfbar, realistisch, wenn auch zur Idylle neigend. Unter den Bedingungen des durchkommerzialisierten Kinos ist solch ungezwungener Zugang zur Selbstdarstellung im neuen Medium bald nur noch den Amateuren möglich. Auf sie setzt Robert Flaherty schon 1929 seine Hoffnung, wenn er sagt: „Der Amateur arbeitet aus Liebhaberei, seine Augen sind sehend, und sein Herz ist unbeschwert von kommerziellen Erwägungen. Deshalb kann er dem Wesen der Sache machmal näher rücken als jene, die davon leben müssen."

„Familienkino" nennen die Redakteure vom WDR das Ergebnis einer umfassenden Sammelarbeit, eine Anthologie von Ausschnitten aus erhalten gebliebenen Amateurfilmen seit den zwanziger Jahren, ausgestrahlt in einigen dritten Programmen als Serie, die noch bis in den Februar hinein sonntags abends laufen wird. Die einzelnen Folgen, chronologisch geordnet, erlauben einen Einblick in eine *alternative* Nutzung des Filmmediums, für die das Prinzip der „caméra-crayon" schon immer geläufig war, auch wenn einige Seiten ab und zu mit der *Filmkunst* entlehnten Schnörkeln geschmückt sind. In meist optimistischer Zuwendung nahmen die Amateure ihre Umwelt wahr und auf, übten damit eine kommunikative Tätigkeit aus, bei der sich die Kreativität am Mitmenschen bewähren mußte, den man aufnahm. Indem man ihm vorführte, was einen bewegte, mußte man sich überlegen, was ihn bewegen könnte. Und in diesem Sinn war der Liebhaber-Film, solange seine Autoren nicht den kommerziellen Mustern nacheiferten, weder sterile Selbstschau noch Flucht in allgegenwärtige, anerkannte, nichtssagende Ideologeme. Vorwiegend gemeinsame Erlebnisse, Wanderpartien, Strandspiele, Betriebsausflüge, die den Alltag einen Augenblick aufhebende Erfahrung der Kollektivität wurde der filmischen Aufzeichnung für würdig erachtet: „Und mein Mann sagte, sie sollten sich bewegen, nicht so steif sein, und da umarmten sie sich, tanzten . . ." So kommentiert eine Beteiligte die jahrzehntealten Aufnahmen.

Natürlich blieb die Unbefangenheit, die wahre Verhältnisse zum Vorschein bringt und Bestimmungen des Mediums erahnen läßt, nicht stets erhalten, natürlich fließt im Amateurfilm nicht ein reines Quellchen unvermischter „zweiter Kultur" – noch jede Stilvariation des bürgerlichen Films hat, wenn sie materiell realisierbar war, in irgendeiner verkümmerten Form die Preisträger der offiziellen Wettbewerbe erreicht. So gibt es einen kontinuierlichen Reflex der Geschichte der „Filmkunst", mit einigen Jahren Abstand, auch im Amateurfilm, vor allem da, wo sich seiner der traditionsreiche, stets anpassungsbereite „Bund deutscher Filmamateure" annimmt – eine der wenigen Organisationen, die im Faschismus nicht verboten wurde, sondern blühte: auch dies Informationen aus der Senderreihe.

Eine Sendereihe übrigens, die mit wechselndem Geschick versucht, die ziemlich zufällig zusammengesuchten Schätze aufzubereiten. Die beste Methode dabei ist immer noch der von den Autoren oder Beteiligten spontan gegebene Kommentar, während die Klaviermusikunterlegungen eine fatale Tendenz zeigen, die Bilder etablierten Stummfilm-Kunstvorstellungen anzupassen. Sie assoziieren zu sehr den anonymen Pianisten im anonymen öffentlichen Kinosaal, der zumeist die ärmlichen Histörchen mit der Aura höherer Kunst zu versehen hatte. Ein kaum je eingelöster Anspruch, über den sich jene Freunde und Bekannten der Filmenden Amateure auf ihre Art lustig machen, die, plötzlich in die Rolle von Schauspielern versetzt, Faxen machen und damit das tun, was die richtigen Schauspieler vor der Kameras des Genies oft auch tun müssen: verrückt spielen.

Günter Giesenfeld

Arbeitszeit und Beschäftigung

(Wirtschafts- und sozialstatistische Daten)

Die Arbeitslosigkeit als soziales Hauptproblem ist in den letzten zwei Jahren zunehmend an den Rand der öffentlichen Diskussion gedrängt worden. Es hat ein gezielt geförderter Gewöhnungsprozeß eingesetzt, das Ergebnis der offiziellen Verharmlosungsstrategie. Zwar kann es nicht überraschen, wenn der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT), Otto Wolff von Amerongen, behauptet: „Die achtziger Jahre werden nicht mehr durch Arbeitslosigkeit, sondern durch einen Mangel an Arbeitskräften gekennzeichnet sein" („Handelsblatt" v. 22. 10. 1979). Denn für die Unternehmer gibt es immer einen „Mangel an qualifizierten, praxisorientierten Arbeitskräften" (ebd.), ganz unabhängig von der Höhe der Arbeitslosenzahlen. Erstaunlicher ist es da schon, wenn der Bundesfinanzminister Hans Matthöfer (SPD) die Meinung äußert, „die Bundesrepublik mit einer Arbeitslosenziffer von 880 000 im 1979er Jahresdurchschnitt (nähere sich) dem Zustand der Vollbeschäftigung" („Handelsblatt" v. 13. 12. 1979). Diese Zahl ist nämlich noch fast doppelt so hoch wie die registrierte Arbeitslosigkeit im Jahre 1967, dem Tiefpunkt der Krise von 1966/67. Damals wurde die Zahl von 460 000 Arbeitslosen im Jahresdurchschnitt immerhin als besorgniserregend erkannt. Offensichtlich hat das Tempo des „Gewöhnungsprozesses" die Entwicklung der Arbeitslosenzahl überholt.

Tatsächlich zeigt ein Blick auf die Arbeitsmarktbilanz von 1979, daß für optimistische Prognosen heute eher noch weniger Anlaß besteht als 1975. In diesem Krisenjahr wurden 1 074 000 Arbeitslose registriert. Nach vier Jahren einer mehr oder weniger zögernden Konjunkturbelebung, im Jahr eines konjunkturellen Wachstumshöhepunktes – das Bruttosozialprodukt (BSP) ist 1979 um gut 4 % angestiegen – vor einer schon jetzt erkennbaren Konjukturabschwächung, werden immer noch 880 000 Arbeitslose registriert, also nur knapp 200 000 weniger als im schlimmsten Krisenjahr der Bundesrepublik: dies beweist lediglich, daß auch in konjukturellen Spitzenjahren ein kräftiger Abbau der Arbeitslosigkeit nicht mehr erwartet werden kann. Es beweist – was zumindest 1975 erst eine Vermutung war – daß die Arbeitslosigkeit ohne gezielte beschäftigungspolitische Maßnahmen zu einer Dauererscheinung auch im kommenden Jahrzehnt werden wird.

Die nebenstehende Tabelle 1 macht deutlich, wie wenig die konjunkturelle Belebung die Arbeitsmarktsituation beeinflußt hat.

Berücksichtigt man auch die „Stille Reserve", so ist die Arbeitslosigkeit im Jahre 1979 nur um 145 000 oder knapp 10 % niedriger gewesen als im Krisenjahr 1975.

Die Notwendigkeit gezielter beschäftigungspolitischer Maßnahmen ist also unabweisbar, will man sich nicht mit der Dauerarbeitslosigkeit weiterhin abfinden. Inzwischen hat die wissenschaftliche Diskussion so weit Fortschritte gemacht, daß der Zusammenhang zwischen Arbeitszeit und Beschäftigung bzw. Arbeitslosigkeit noch wesentlich klarer ist als noch vor einigen Jahren. Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), eine wissenschaftliche Einrichtung der Bundesanstalt für Arbeit (einen Überblick über dessen Arbeit gibt ein Aufsatz in „Marxistische Studien – Jahrbuch des IMSF", 2/1979, Frankfurt/M.), hat sich in der Vergangenheit mit dieser Problematik intensiv befaßt und zahlreiche Untersuchungen durchgeführt. Einen Überblick über die Ergebnisse gibt Heft 3/1979 der „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung".

Tabelle 1
Auslastung des Arbeitsvolumens[1])

	Erwerbs-personen	*Erwerbs-tätige*	*Registrierte Arbeitslose*	*Stille Reserve*	*Auslastungs-grad in %*[2])	*Auslastungs-grad in %*[3])
1960	*26 398*	*26 080*	*271*	*47*	*98,8*	*96,1*
1965	*26 916*	*26 769*	*147*	*0*	*99,5*	*97,6*
1967	*26 539*	*25 817*	*459*	*263*	*97,3*	*95,1*
1970	*26 719*	*26 570*	*149*	*0*	*99,4*	*98,3*
1973	*27 077*	*26 648*	*273*	*156*	*98,4*	*96,0*
1974	*26 943*	*26 115*	*582*	*206*	*97,1*	*94,1*
1975	*26 820*	*25 266*	*1 074*	*480*	*94,2*	*90,8*
1976	*26 654*	*25 033*	*1 060*	*561*	*93,9*	*90,8*
1977	*26 632*	*24 993*	*1 030*	*609*	*93,8*	*90,6*
1978	*26 717*	*25 160*	*993*	*564*	*94,2*	*90,6*
1979[4])	*26 851*	*25 442*	*880*	*529*	*94,8*	*91,1*

1) In 1000.
2) Anteil der Erwerbstätigen an den Erwerbspersonen.
3) Anteil der geleisteten Arbeitsstunden am Arbeitspotential in Stunden.
4) Schätzung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung.
Quelle: „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung", 3/1979, S. 401.

Interessant ist zunächst ein Rückblick auf die Entwicklung seit 1960. Sieht man einmal von Schwankungen der Arbeitszeit infolge von konjunkturellen Faktoren ab – Kurzarbeit, Überstunden, Teilzeitarbeit, Krankenstand –, dann ist der Trend zur Arbeitszeitverkürzung als Ergebnis der Verkürzung der tariflichen Arbeitszeiten unübersehbar. Zwischen 1960 und 1979 ist die tarifliche Jahresarbeitszeit der abhängig Beschäftigten um 15 % gesunken, von 2124 Jahresarbeitsstunden auf 1797 Stunden, jährlich also um 0,8 %. Dabei ist das Jahr 1973 als Einschnitt zu werten: Zwischen 1960 und 1973 ging die tarifliche Arbeitszeit um jährlich 0,9 % zurück (in der Krise 1965 bis 1967 sogar um 1,1 %), zwischen 1973 und 1979 aber nur um 0,6 %. Vor allem seit 1975 hat sich das Rückgangstempo weiter verlangsamt, zwischen 1975 und 1977 lag es nur noch bei 0,4 %. Dabei entfallen mehr als zwei Drittel der tariflichen Arbeitszeitverkürzungen auf die Verkürzung der Wochenarbeitszeit. Die Verlangsamung im Tempo der Arbeitszeitverkürzung seit 1973 ist hauptsächlich auf die Stagnation der tariflichen Wochenarbeitszeit zurückzuführen. Die 40-Stunden-Woche war schon Anfang der 70er Jahre weitgehend realisiert, seither sind keine wesentlichen Fortschritte gemacht worden. Bisher ist es den Unternehmern mit wenigen Ausnahmen gelungen, die 40 Stunden als „Verteidigungslinie" zu halten. Sowohl für die weitere Verbesserung der Arbeitsbedingungen als auch für die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt muß daher die Durchbrechung dieses „Dogmas" der Unternehmer als entscheidend erachtet werden.

Nun wird gegen die Arbeitszeitverkürzung als beschäftigungspolitisches Instrument – auch die Veränderung der Arbeitsbedingungen erfordert Arbeitszeitverkürzungen – eine Reihe von Argumenten vorgebracht. So wird einerseits behauptet, die Unternehmer würden auf kürzere Wochenarbeitszeit mit mehr Überstunden reagieren. Dies konnte in der Vergangenheit nicht festgestellt werden, lediglich kurzfristig waren solche Reaktionen zu verzeichnen. Ein „Verzicht auf Produktion" als Folge von Arbeitszeitverkürzungen war überhaupt nicht zu registrieren. Ausschlaggebend ist der Umfang der Nachfrage, weshalb auch die Frage des Lohnausgleichs bei Arbeitszeitverkürzungen, den das IAB vernachlässigt, eine große Bedeutung hat. Das wichtigste Argument gegen Arbeitszeitverkürzungen aber ist die Behauptung, diese würden durch einen Anstieg der Arbeitsproduktivität wieder ausgeglichen. Hier kommt das IAB im Ergebnis der Untersuchungen zu der Feststellung, daß ein Zusammenhang zwischen Arbeitszeit und Arbeitsproduktivität, bezogen auf die Arbeitstunde, nicht festzustellen ist. Auch eine kräftige Senkung der Zahl der geleisteten Arbeitsstunden, wie es vor allem im Krisenperioden der Fall war, hat die Produktivität je Arbeitsstunde kaum berührt. Das IAB meint daher, „daß technischer Fortschritt und Ka-

pitalintensivierung sich weitgehend unabhängig von der Arbeitszeitentwicklung" vollziehen, so daß eine Arbeitszeitverkürzung keineswegs – wie von Unternehmerseite behauptet – zum größten Teil durch eine Steigerung der Arbeitsproduktivität aufgefangen werden kann. (ebd., S. 386) Immerhin nimmt das IAB noch an, daß 35 % der verkürzten Arbeitszeit durch mehr Arbeitsproduktivität ausgeglichen werden, 65 % aber würden sich in Form von zusätzlichem Arbeitskräftebedarf, d. h. von Neueinstellungen niederschlagen. Auf Grundlage dieser Annahmen entwirft das IAB zwei Alternativrechnungen. Dabei geht es davon aus, daß die Wachstumsrate des BSP bis 1985 bei etwa 3,5 jährlich liegen wird – eine sicher eher optimistische Annahme. In der „Variante I" wird nun angenommen, daß das Tempo der Arbeitszeitverkürzung etwa wie bisher verläuft, (0,7 % jährlich) daß also über die bisher festgelegten Zielsetzungen hinaus keine zusätzlichen arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen getroffen werden. In der „Variante II" wird angenommen, daß die jährliche tarifliche Arbeitszeit bis 1985 um jahresdurchschnittlich etwa 2 % zurückgeht, wobei dies auf verschiedene Formen der Verkürzung zurückzuführen wäre. Für die tarifliche Wochenarbeitszeit ist dabei bis 1985 ein Rückgang auf 38 Wochenstunden angenommen. In der untenstehenden Tabelle werden die Ergebnisse der beiden Projektionen dargestellt, wobei nochmals betont werden muß, daß es sich hierbei um eine hinsichtlich der Wachstumsperspektiven eher optimischtische Annahme handelt. Es geht dabei also nicht etwa um eine Prognose der Arbeitsmarktentwicklung schlechthin, sondern lediglich um eine Analyse der Wirkung arbeitszeitverkürzender Maßnahmen bei einer bestimmten angenommenen Entwicklung der Gesamtwirtschaft.

Tabelle 2
Alternativen der Arbeitsmarktpolitik bis 1985

	Variante I	*Variante II*
Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts[1])	*+3,5*	*+3,5*
Produktivität je Erwerbstätigen[2])	*+4,3*	*+4,5*
Jahresarbeitszeit je Erwerbstätigen[3])	*–0,7*	*–2,2*
Arbeitslose 1985 insgesamt	*400 000*	*2 600 000*
darunter:		
Registrierte Arbeitslose	*250 000*	*1 600 000*
Stille Reserve	*150 000*	*1 000 000*

1) Zwischen 1978 und 1985 in %, jahresdurchschnittlich.
2) Jahresdurchschnittliche Zuwachsrate zwischen 1978 und 1985 in %.
3) Jahresdurchschnittliche Rückgangsrate zwischen 1978 und 1985 in %.
Quelle: „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung", a.a.O. S. 393.

Unter den angenommen Wachstumsbedingungen würde eine Fortsetzung der bisherigen Arbeitszeitpolitik – wie es auch die Bundesregierung anstrebt – zu einem Anstieg der Arbeitslosigkeit auf tatsächliche 2,6 Millionen und registrierte 1,6 Millionen im Jahre 1985 führen. Selbst eine zusätzliche Beschäftigungspolitik im IAB angenommenen Umfang würde einen „Arbeitslosensockel" von 400 000 übriglassen, der nur wenig niedriger wäre als im Krisenjahr 1967 – also kann auch hier nicht mehr von „Vollbeschäftigung" gesprochen werden.

Anzumerken bleibt schließlich, daß z. B. das Westberliner „Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung" (DIW), eines der fünf großen bürgerlichen Wirtschaftsforschungsinstitute der Bundesrepublik, eine Wachstumsrate von 3,5 % nur dann für erreichbar hält, wenn die allgemeine Konjunktur- und Wirtschaftspolitik wieder auf einen expansiven Kurs geht, wenn zusätzliche Konjunkturprogramme verabschiedet werden und die Bundesbank ihre Hochzinspolitik lockert. Bei einer Fortsetzung der gegenwärtig betriebenen Wirtschaftspolitik dagegen kann demnach nur noch mit einem jahresdurchschnittlichen Wachstum von 2,5 % gerechnet werden. Dieser Prognose zufolge (Vgl. „DIW-Wochenbericht", 13/1979) wird bei einer Fortsetzung der gegenwärtig betriebenen allgemeinen Wirtschaftspolitik – die Arbeitszeit wird weiterhin nur um knapp 1 % jährlich zurückgehen – die Arbeitslosenzahl bis 1985 auf insgesamt 3,4 Mio. zunehmen, wobei etwa 2 Millionen registrierte Arbeitslose angenommen werden. Wird auf eine expansive Wirtschaftspolitik umgeschaltet – dabei soll die Arbeitszeit allerdings nur um 1,4 % jährlich zurückgehen – dann sind 1985 immerhin noch 1,5 Millionen Arbeitslose zu erwarten, davon 800 000 registriert. Von Vollbeschäftigung kann bei diesen Annahmen also noch weniger die Rede sein als bei der IAB-Rechnung. Zwar muß angemerkt werden, daß die Zahlen selbst nicht allzu ernst genommen werden dürfen. Es handelt sich immer nur um Modellrechnungen, die lediglich Tendenzen wiedergeben können. Doch auch wenn man dies berücksichtigt, ergibt sich klar: nur durch die Kombination einer aktiven Konjukturpolitik der öffentlichen Hand mit einer gezielten Politik der Arbeitszeitverkürzung kann es gelingen, den Umfang der Arbeitslosigkeit deutlich unter den heutigen Stand zu drücken.

Jörg Goldberg

Kleine Bibliothek Politik · Wissenschaft · Zukunft

Neuerscheinungen (Auswahl)

150 *Hund/Preiß (Hg.)* Die Unbescheidenen. Betriebsrätinnen erzählen.
134 S. DM 12,80

152 *Doormann (Hg.)* Kinder in der Bundesrepublik. Materialien, Initiativen, Alternativen.
2. Auflage, 277 S. DM 14,80

166 *Kade* Die deutsche Herausforderung. „Modell Deutschland" für Europa?
255 S. DM 12,80

168 *Blank* Die deutschen Kriegsgefangenen in der UdSSR. Fotos und Abb.
240 S. DM 14,80

169 *Billstein (Hg.)* Das andere Köln. Demokratische Traditionen seit der Französischen Revolution. Dokumente und Abb.
510 S. DM 14,80

170 *Albrecht/Deppe/Huffschmid u. a.* Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Beiträge.
530 S. DM 14,80

171 *Kuhrig/Speigner (Hg.)* Wie emanzipiert sind die Frauen in der DDR? Beruf, Bildung, Familie.
376 S. DM 14,80

Pahl-Rugenstein

Dokumente zum Zeitgeschehen

Kommuniqué der Sondersitzung der Außen- und Verteidigungsminister der NATO am 12. Dezember 1979 in Brüssel

(Wortlaut)

1. Die Außen- und Verteidigungsminister trafen am 12. Dezember 1979 in Brüssel zu einer Sondersitzung zusammen.

2. Die Minister verwiesen auf das Gipfeltreffen vom Mai 1978, bei dem die Regierungen ihre politische Entschlossenheit zum Ausdruck brachten, der Herausforderung zu begegnen, die der fortdauernde intensive militärische Aufwuchs auf seiten des Warschauer Pakts für ihre Sicherheit darstellt.

3. Im Laufe der Jahre hat der Warschauer Pakt ein großes und ständig weiterwachsendes Potential von Nuklearsystemen entwickelt, das Westeuropa unmittelbar bedroht und eine strategische Bedeutung für das Bündnis in Europa hat. Diese Lage hat sich innerhalb der letzten Jahre in besonderem Maße durch die sowjetischen Entscheidungen verschärft, Programme zur substantiellen Modernisierung und Verstärkung ihrer weitreichenden Nuklearsysteme durchzuführen. Insbesondere hat die Sowjetunion die SS 20-Rakete dislozíert, die durch größere Treffgenauigkeit, Beweglichkeit und Reichweite sowie durch die Ausrüstung mit Mehrfachsprengköpfen eine bedeutende Verbesserung gegenüber früheren Systemen darstellt, und sie hat den „Backfire-Bomber" eingeführt, der wesentlich leistungsfähiger ist als andere sowjetische Flugzeuge, die bisher für kontinentalstrategische Aufgaben vorgesehen waren. Während die Sowjetunion in diesem Zeitraum ihre Überlegenheit bei den nuklearen Mittelstreckensystemen (LRTNF) sowohl qualitativ als auch quantitativ ausgebaut hat, ist das entsprechende Potential des Westens auf demselben Stand geblieben. Darüber hinaus veralten diese westlichen Systeme, werden zunehmend verwundbarer und umfassen zudem keine landgestützten LRTNF-Raketensysteme.

4. Gleichzeitig hat die Sowjetunion auch ihre Nuklearsysteme kürzerer Reichweite modernisiert und vermehrt und die Qualität ihrer konventionellen Streitkräfte insgesamt bedeutend verbessert. Diese Entwicklungen fanden vor dem Hintergrund des wachsenden Potentials der Sowjetunion im interkontinentalstrategischen Bereich und der Herstellung der Parität mit den Vereinigten Staaten auf diesem Gebiet statt.

5. Diese Entwicklungen haben im Bündnis ernste Besorgnis hervorgerufen, da – falls sie fortdauern sollten – die sowjetische Überlegenheit bei den Mittelstreckenwaffen die bei den interkontinentalen strategischen Systemen erzielte Stabilität aushöhlen könnte. Durch diese Entwicklungen könnte auch die Glaubwürdigkeit der Abschreckungsstrategie des Bündnisses dadurch in Zweifel gezogen werden, daß die Lücke im Spektrum der dem Bündnis zur Verfügung stehenden nuklearen Reaktionen auf eine Aggression stärker akzentuiert würde.

6. Die Minister stellten fest, daß diese jüngsten Entwicklungen konkrete Maßnahmen des Bündnisses erfordern, wenn die NATO-Strategie der flexiblen Reaktion glaubwürdig bleiben soll. Nach intensiven Beratungen auch über alternative Ansätze und deren Wert und nach Kenntnisnahme der Haltung bestimmter Bündnispartner kamen die Minister überein, daß dem Gesamtinteresse der Allianz am besten dadurch entsprochen wird, daß die zwei parallelen und sich ergänzenden Ansätze: LRTNF-Modernisierung und -Rüstungskontrolle verfolgt werden.

7. Die Minister haben daher beschlossen, das LRTNF-Potential der NATO durch die Dislozierung von amerikanischen bodengestützten Systemen in Europa zu modernisieren. Diese Systeme umfassen 108 Abschlußvorrichtungen für Pershing II, welche die derzeitigen amerikanischen „Pershing I a" ersetzen werden, und 464 bodengestützte Marschflugkörper (GLCM). Sämtliche

Systeme sind jeweils mit nur einem Gefechtskopf ausgestattet. Alle Staaten, die zur Zeit an der integrierten Verteidigungsstruktur beteiligt sind, werden an diesem Programm teilnehmen. Die Raketen werden in ausgewählten Ländern stationiert, und bestimmte Nebenkosten werden im Rahmen von bestehenden Finanzierungsvereinbarungen der NATO gemeinsam getragen werden. Das Programm wird die Bedeutung nuklearer Waffen für die NATO nicht erhöhen. In diesem Zusammenhang kamen die Minister überein, daß als integraler Bestandteil der TNF-Modernisierung so bald wie möglich 1000 amerikanische nukleare Gefechtsköpfe aus Europa abgezogen werden. Weiterhin beschlossen die Minister, daß die 572 LRTNF-Gefechtsköpfe innerhalb dieses verminderten Bestands untergebracht werden sollen. Dies impliziert notwendigerweise eine Gewichtsverlagerung mit der Folge, daß die Zahl der Gefechtsköpfe von Trägersystemen anderer Typen und kürzerer Reichweite abnimmt. Zusätzlich haben die Minister mit Befriedigung zur Kenntnis genommen, daß die Nukleare Planungsgruppe (NPG) eine genaue Untersuchung vornimmt über Art, Umfang und Grundlage der sich aus der LRTNF-Diskozierung ergebenden Anpassungen und ihrer möglichen Auswirkungen auf die Ausgewogenheit von Aufgaben und Systemen im gesamten nuklearen Arsenal der NATO. Diese Untersuchung wird Grundlage eines substantiellen Berichts an die Minister der NPG im Herbst 1980 sein.

8. Die Minister messen der Rüstungskontrolle als Beitrag zu einem stabileren militärischen Kräfteverhältnis zwischen Ost und West und zur Förderung des Entspannungsprozesses eine große Bedeutung bei. Dies spiegelt sich wider in einem breit angelegten Spektrum von Initiativen, die im Bündnis geprüft werden mit dem Ziel, die Weiterentwicklung von Rüstungskontrolle und Entspannung in den achtziger Jahren zu fördern. Die Minister betrachten die Rüstungskontrolle als integralen Bestandteil der Bemühungen des Bündnisses, die unverminderte Sicherheit seiner Mitgliedstaaten zu gewährleisten und die strategische Lage zwischen Ost und West auf einem beiderseits niedrigeren Rüstungsniveau stabiler, vorhersehbarer und beherrschbarer zu gestalten. In dieser Hinsicht begrüßen sie den Beitrag, den der SALT II-Vertrag zur Erreichung dieser Ziele leistet.

9. Die Minister sind der Auffassung, daß auf der Grundlage des mit SALT II erreichten und unter Berücksichtigung der die NATO beunruhigenden Vergrößerung des sowjetischen LRTNF-Potentials nun auch bestimmte amerikanische und sowjetische LRTNF in die Bemühungen einbezogen werden sollten, durch Rüstungskontrolle ein stabileres umfassendes Gleichgewicht bei geringeren Beständen an Nuklearwaffen auf beiden Seiten zu erzielen. Dies würde frühere westliche Vorschläge und die erst kürzlich geäußerte Bereitschaft des sowjetischen Staatspräsidenten Breschnew aufnehmen, solche sowjetische und amerikanische Systeme in Rüstungskontrollverhandlungen einzubeziehen. Die Minister unterstützen voll die als Ergebnis von Beratungen im Bündnis getroffene Entscheidung der Vereinigten Staaten, über Begrenzungen der LRTNF zu verhandeln und der Sowjetunion vorzuschlagen, so bald wie möglich Verhandlungen auf der Grundlage der folgenden Leitlinien aufzunehmen, die das Ergebnis intensiver Konsultationen innerhalb des Bündnisses sind:

a) Jede künftige Begrenzung amerikanischer Systeme, die in erster Linie für den Einsatz als LRTNF bestimmt sind, soll von einer entsprechenden Begrenzung sowjetischer LRTNF begleitet sein.

b) Über Begrenzungen von amerikanischen und sowjetischen LRTNF soll Schritt für Schritt bilateral im Rahmen von SALT III verhandelt werden.

c) Das unmittelbare Ziel dieser Verhandlungen soll die Vereinbarung von Begrenzungen für amerikanische und sowjetische landgestützte LRTNF-Raketensysteme sein.

d) Jede vereinbarte Begrenzung dieser Systeme muß mit dem Grundsatz der Gleichheit zwischen beiden Seiten vereinbar sein. Die Begrenzungen sollen daher in einer Form vereinbart werden, die de jure Gleichheit sowohl für die Obergrenzen als auch für die daraus resultierenden Rechte festlegt.

e) Jede vereinbarte Begrenzung muß angemessen verifizierbar sein.

10. Angesichts der besonderen Bedeutung dieser Verhandlungen für die Sicherheit des Bündnisses insgesamt wird zur Unterstützung der amerikanischen Verhandlungsbemühungen ein besonderes, hochrangiges Konsultationsgremium innerhalb des Bündnisses gebildet. Dieses Gremium wird die Verhandlungen kontinuierlich begleiten und den Außen- und Verteidigungsmi-

nistern berichten. Die Minister werden die Entwicklung dieser und anderer Rüstungskontrollverhandlungen bei ihren halbjährlichen Konferenzen bewerten.

11. Die Minister haben sich zu diesen beiden parallel laufenden und komplementären Vorgehensweisen entschlossen, um einen durch den sowjetischen TNF-Aufwuchs verursachten Rüstungswettlauf in Europa abzuwenden, dabei jedoch die Funktionsfähigkeit der Abschreckungs- und Verteidigungsstrategie der NATO weiterhin zu erhalten und damit die Sicherheit ihrer Mitgliedstaaten weiterhin zu gewährleisten.

a) Ein Modernisierungsbeschluß, einschließlich einer verbindlichen Festlegung auf Dislozierungen, ist erforderlich, um den Abschreckungs- und Verteidigungsbedürfnissen der NATO gerecht zu werden, um in glaubwürdiger Weise auf die einseitigen TNF-Dislozierungen der Sowjetunion zu reagieren und um das Fundament für ernsthafte Verhandlungen über TNF zu schaffen.
b) Erfolgreiche Rüstungskontrolle, die den sowjetischen Aufwuchs begrenzt, kann die Sicherheit des Bündnisses stärken, den Umfang des TNF-Bedarfs der NATO beeinflussen und im Einklang mit der grundlegenden NATO-Politik von Abschreckung, Verteidigung und Entspannung – wie sie im Harmel-Bericht niedergelegt wurde – Stabilität und Entspannung in Europa fördern. Der TNF-Bedarf der NATO wird im Licht konkreter Verhandlungsergebnisse geprüft werden.

Kommuniqué der Tagung des Komitees der Minister für Auswärtige Angelegenheiten der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand am 5. und 6. Dezember 1979 in Berlin (DDR)

(Wortlaut)

Am 5. und 6. Dezember 1979 fand in Berlin eine Tagung des Komitees der Minister für Auswärtige Angelegenheiten der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand statt.

An der Tagung nahmen teil: Der Minister für Auswärtige Angelegenheiten der Volksrepublik Bulgarien, Petyr Mladenow, der Minister für Auswärtige Angelegenheiten der Ungarischen Volksrepublik, Frigyes Puja, der Minister für Auswärtige Angelegenheiten der Deutschen Demokratischen Republik, Oskar Fischer, der Minister für Auswärtige Angelegenheiten der Volksrepublik Polen, Emil Wojtaszek, der Minister für Auswärtige Angelegenheiten der Sozialistischen Republik Rumänien, Stefan Andrej, der Minister für Auswärtige Angelegenheiten der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, Andrej Gromyko, der Minister für Auswärtige Angelegenheiten der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik, Bohuslav Chnoupek.

Die Minister führten einen Meinungsaustausch zu aktuellen internationalen Problemen. Besondere Aufmerksamkeit widmeten sie der militärischen Entspannung und Abrüstung in Europa als Schlüsselfrage des Kampfes um die Festigung des europäischen Friedens und der Sicherheit. In Anbetracht der großen Rolle und Bedeutung des Madrider Treffens von Vertretern der Teilnehmerstaaten der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa für die weitere Verbesserung der Lage auf dem Kontinent tauschten die Minister ausführlich ihre Auffassungen zur Vorbereitung und erfolgreichen Durchführung dieses Treffens aus.

1. Die Minister bekräftigten erneut die Entschlossenheit und den Willen ihrer Staaten, gemeinsam mit anderen Ländern und allen Friedenskräften beharrlich für die Vertiefung und Festigung der Entspannung zu wirken und sich für die Verwirklichung der Vorschläge einzusetzen, die in der Deklaration der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages am 23. November 1978 in Moskau unterbreitet wurden.

Im Zusammenhang mit der Aufgabe, die Entspannung zu festigen, unterstrichen die Minister die große Bedeutung der Unterzeichnung des Vertrages zwischen der UdSSR und den USA über die Begrenzung der strategischen Offensivwaffen (SALT II) im Juni dieses Jahres. Übereinstimmend wurde zum Ausdruck gebracht, daß das Inkrafttreten dieses Vertrages zur Festigung der internationalen Sicherheit beitragen und günstigere Bedingungen für weitere Schritte zur Einstellung des Wettrüsten und zur Abrüstung, auch auf dem europäischen Kontinent, schaffen wird.

Die auf der Tagung vertretenen Staaten sprechen sich dafür aus, daß nach dem Inkrafttreten des SALT II-Vertrages unverzüglich Verhandlungen über eine weitere Begrenzung und wesentliche Reduzierung der strategischen Waffen (SALT III) aufgenommen werden.

Die Minister hoben erneut hervor, daß die Zügelung des Wettrüstens und der Übergang zu praktischen Abrüstungsmaßnahmen, besonders auf nuklearem Gebiet, unaufschiebbar sind. Die diesbezüglichen Vorschläge der auf der Tagung vertretenen Staaten bleiben in Kraft und verlangen ihre umgehende Verwirklichung.

2. Im Verlauf des Meinungsaustausches über die Lage in Europa erklärten die Minister im Namen ihrer Staaten einmütig, daß die Fragen der militärischen Entspannung auf dem europäischen Kontinent gegenwärtig besonders an Aktualität und Dringlichkeit gewinnen. Alle europäischen Völker, alle Völker der Welt sind an effektiven Maßnahmen zur Lösung dieser Fragen interessiert. Davon hängt in vielerlei Hinsicht die Perspektive der weiteren Entwicklung des internationalen Entspannungsprozesses ab.

Die auf der Tagung vertretenen Staaten sind der Auffassung, daß die neuen Initiativen der Sowjetunion, die sie kürzlich nach Konsultationen mit den anderen Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages in voller Übereinstimmung mit der Moskauer Deklaration des Politischen Beratenden Ausschusses vom 23. November 1978, mit den Interessen und dringlichen Erfordernissen der Festigung der Sicherheit in Europa und in der gesamten Welt ergriffen hat, ein außerordentlich bedeutsamer Beitrag sind, um diese Probleme zu lösen. Diese Initiativen sind Ausdruck der zutiefst friedliebenden Politik der sozialistischen Länder. Sie sind berufen, die Verringerung der militärischen Konfrontation und die Einstellung des Wettrüstens in Europa, darunter auf dem Gebiet der nuklearen Raketenwaffen mittlerer Reichweite, zu fördern und dem Abschluß wichtiger Vereinbarungen über militärische Aspekte der europäischen Sicherheit nachhaltige Impulse zu geben.

3. Mit um so größerer Besorgnis stellen die auf der Tagung vertretenen Staaten fest, daß in der NATO die Ausarbeitung gefährlicher Pläne zur weiteren Verstärkung des Wettrüstens in Europa, vor allem zur Stationierung neuer Arten nuklearer Raketenwaffen mittlerer Reichweite der USA auf dem Territorium Westeuropas, fortgesetzt und sogar forciert wird, um die militärische Überlegenheit über die sozialistischen Länder zu erlangen. Die Verwirklichung dieser Pläne würde der Sicherheit der sozialistischen wie auch der anderen Länder Europas schaden sowie den Zielen und dem Wesen der Entspannungspolitik zuwiderlaufen.

Ausgehend von den Lebensinteressen der europäischen Völker, den Interessen des Friedens auf dem europäischen Kontinent, rufen die Minister im Namen ihrer Staaten die Regierungen der Mitgliedsländer des Nordatlantischen Bündnisses auf, die in Europa bestehende Lage unter Berücksichtigung der konstruktiven, friedensfördernden Schritte der Staaten des Warschauer Vertrages erneut zu prüfen und jegliche Handlungen zu unterlassen, die die Situation auf dem Kontinent komplizieren würden.

In diesem Fall können entsprechend den Vorschlägen, die Leonid Breschnew in seiner Rede am 6. Oktober dieses Jahres in Berlin unterbreitete, unverzüglich sachliche Verhandlungen über Fragen im Zusammenhang mit Kernwaffenträgern mittlerer Reichweite aufgenommen werden. Diese Vorschläge haben die Aufmerksamkeit breiter Kreise in Europa und weit über seine Grenzen hinaus gefunden. Die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages sind zutiefst davon überzeugt: je eher die von ihnen vorgeschlagenen Verhandlungen begonnen werden, desto besser.

Zugleich halten es die auf der Tagung vertretenen Staaten für wichtig, daß keine Handlungen unternommen werden, die die Lage komplizieren und ein Hindernis für Verhandlungen darstellen könnten. In diesem Zusammenhang erklärten die Teilnehmer der Tagung, daß die Annahme eines Beschlusses über die Produktion und die Stationierung neuer Arten amerikanischer nuklearer Raketenwaffen mittlerer Reichweite in Westeuropa und die Verwirklichung dieses Beschlusses die Grundlage für Verhandlungen zerstören würden. Das wäre ein Versuch der NATO, Verhandlungen von der Position der Stärke zu führen, was für die Staaten des Warschauer Vertrages grundsätzlich unannehmbar ist. Darüber müssen sich die Regierungen der NATO-Länder im klaren sein.

Die Minister bringen die Hoffnung zum Ausdruck, daß die NATO-Länder den Aufruf der sozialistischen Staaten, keine weiteren Kernwaffen in Europa zu stationieren, und den Vorschlag, Verhandlungen aufzunehmen, positiv beantworten. Sie bekräftigen erneut die Überzeugung ihrer Staaten, daß das Kräftegleichgewicht auf dem europäischen Kontinent nicht durch eine Verstärkung der Streitkräfte und Rüstungen und eine weitere Verschärfung des Wettrüstens, sondern nur durch dessen Einstellung, durch die Verminderung der militärischen Konfrontation, den entschlossenen Übergang zu konkreten Maßnahmen der Abrüstung, vor allem auf nuklearem Gebiet, aufrechterhalten werden kann und muß. Jener Staat, jene Regierung, die in entgegengesetzter Richtung handelt, würde eine schwere Verantwortung gegenüber der Menschheit auf sich laden.

4. Bei der Erörterung der praktischen Wege zur Vereinbarung von Maßnahmen der militärischen Entspannung tauschten die Minister Informationen aus über Kontakte und Konsultationen ihrer Länder mit anderen Teilnehmerstaaten der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa zum Budapester Vorschlag der Länder des Warschauer Vertrages vom 15. Mai 1979, eine gesamteuropäische Konferenz auf politischer Ebene einzuberufen.

Die Minister gelangten zu dem Schluß, daß das Interesse an einer Konferenz zur Erörterung der Fragen der militärischen Entspannung und der Abrüstung auf dem europäischen Kontinent überall in Europa wächst und der entsprechende Vorschlag der sozialistischen Länder ebenso wie die Vorschläge einiger anderer Staaten Gegenstand einer ernsthaften Prüfung geworden sind. In dem Wunsche, unverzüglich zu einer gemeinsamen Auffassung über jenen Komplex von Fragen, den die Konferenz erörtern und lösen könnte, sowie über die Art und Weise ihrer Vorbereitung und Durchführung zu gelangen, halten es die auf der Tagung vertretenen Staaten für zweckmäßig, bereits in diesem Stadium ihre Überlegungen zu unterbreiten.

Sie sind der Meinung, daß auf der Konferenz über militärische Entspannung und Abrüstung sowohl vertrauensbildende Maßnahmen zwischen den Staaten in Europa als auch Schritte, die auf die Verringerung der Konzentration und die Reduzierung der Streitkräfte und Rüstungen auf dem Kontinent gerichtet sind, behandelt werden könnten.

Es wird zweckmäßig sein, etappenweise die entsprechenden Fragen zu erörtern und konkrete Festlegungen zu vereinbaren. Dabei sollte mit einfacheren Maßnahmen begonnen werden, um dann Schritt für Schritt zu größeren und tiefgreifenderen überzugehen. Die Arbeit der Konferenz muß so organisiert sein, daß von Etappe zu Etappe ein kontinuierlicher Fortschritt auf dem Gebiet der vertrauensbildenden Maßnahmen, der Verminderung der militärischen Konfrontation, der Verringerung der Konzentration und der Reduzierung von Streitkräften und Rüstungen sowie anderer Abrüstungsmaßnahmen gesichert ist. Dabei werden Fortschritte auf dem einen Gebiet mehr Möglichkeiten für Erfolge auf anderen Gebieten schaffen.

Die erste Etappe der Konferenz zu Fragen der militärischen Entspannung und Abrüstung in Europa sollte sich auf vertrauensbildende Maßnahmen konzentrieren. Zur Entwicklung solcher Maßnahmen, die in Übereinstimmung mit der Schlußakte der gesamteuropäischen Konferenz bereits verwirklicht werden, sowie zu deren Ergänzung sind die auf der Tagung vertretenen Staaten bereit, folgendes zu vereinbaren:

größere militärische Manöver, die in dem durch die Schlußakte bestimmten Gebiet durchgeführt werden, nicht ab 25 000 Mann, sondern ab 20 000 Mann, und nicht 21 Tage, sondern einen Monat vorher anzukündigen;

Bewegungen der Landstreitkräfte in dem gleichen Gebiet in einer Größenordnung ab 20 000 Mann anzukündigen;

größere Manöver der Luftstreitkräfte in diesem Gebiet anzukündigen;

größere Manöver der Seestreitkräfte in der Nähe der Territorialgewässer anderer Teilnehmerstaaten der gesamteuropäischen Konferenz anzukündigen;

die Ausmaße der militärischen Manöver auf 40 000–50 000 Mann zu begrenzen.

Sie sind bereit, auch andere Vorschläge über vertrauensbildende Maßnahmen zu prüfen.

In der Absicht, daß die Ziele der Konferenz wirksam erreicht werden, sind sie auch bereit, mit anderen Teilnehmerstaaten der gesamteuropäischen Konferenz die Art und Weise sowie die Reihenfolge zu vereinbaren, in der in den jeweiligen Etappen der Konferenz die konkreten Vorschläge über Maßnahmen zur Verringerung der militärischen Konfrontation und zur Abrüstung, die von ihren Teilnehmern unterbreitet wurden oder werden, zu erörtern sind.

Nach Meinung der auf der Tagung vertretenen Staaten werden die materiellen Maßnahmen der militärischen Entspannung und der Abrüstung um so effektiver und weitreichender sein, je konkreter sie mit politischen und vertragsrechtlichen Schritten zur Verminderung der Gefahr der Entfesselung eines Krieges, zur Stärkung der Sicherheitsgarantien für die Staaten verbunden werden. Das gilt sowohl im globalen als auch im europäischen Maßstab. Dieses Ziel verfolgt der Vorschlag der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages, zwischen allen Teilnehmerstaaten der gesamteuropäischen Konferenz einen Vertrag abzuschließen, als erste gegeneinander weder nukleare noch konventionelle Waffen anzuwenden. Sie sind für die Annahme und Verwirklichung aller Maßnahmen und Vereinbarungen, die darauf gerichtet sind, das politische und juristische Fundament für die Einhaltung des Prinzips der Nichtanwendung oder Nichtandrohung von Gewalt in Europa zu festigen.

Die Teilnehmer der Tagung äußerten auch die Auffassung, daß den gleichen Zielen die Verwirklichung des Vorschlags der sozialistischen Länder dienen würde, daß die NATO-Länder und die Staaten des Warschauer Vertrages den Kreis der Mitglieder beider Bündnisse nicht erweitern. Sie betonten die unveränderte Bereitschaft der auf der Tagung vertretenen Staaten zur gleichzeitigen Auflösung der Organisation des Warschauer Vertrages und des NATO-Paktes sowie zur Abschaffung ihrer Militärorganisationen als ersten Schritt, wobei mit einer beiderseitigen Reduzierung der militärischen Aktivitäten begonnen werden sollte.

Die konkreten Vorschläge für politische und vertragsrechtliche Schritte zur Verringerung der Gefahr der Entfesselung eines Krieges sollten ebenfalls auf der Konferenz zu Fragen der militärischen Entspannung und Abrüstung in Europa erörtert werden, und zwar in der Art und Weise sowie der Reihenfolge, die zwischen ihren Teilnehmern vereinbart werden.

Ausgehend von den prinzipiellen Bestimmungen der Moskauer Deklaration des Politischen Beratenden Ausschusses vom 23. November 1978, stellen die Teilnehmer der Tagung fest, daß die von ihnen vorgeschlagene Konferenz zu Fragen der militärischen Entspannung und Abrüstung in Europa berufen ist, ein wesentlicher Teil und eine wichtige Richtung der Entwicklung des gesamteuropäischen Prozesses zu werden, der mit der Konferenz von Helsinki begonnen wurde. Ihr Erfolg wäre ein großer Beitrag zur Lösung der in der Schlußakte gestellten Aufgabe, die Entspannung zu einem sowohl kontinuierlichen als auch immer lebensfähigeren, allseitigen und umfassenden Prozeß zu machen und zur Festigung der Sicherheit und des Friedens in Europa beizutragen.

Was die praktische Vorbereitung der Konferenz zu Fragen der militärischen Entspannung und Abrüstung in Europa betrifft, vertreten die Teilnehmer der Tagung die Auffassung, daß eine solche Vorbereitung im Zusammenhang mit anderen konkreten Maßnahmen des gesamteuropäischen Prozesses erfolgen sollte, von denen eine das bevorstehende Madrider Treffen von Vertretern der Teilnehmerstaaten der gesamteuropäischen Konferenz sein wird. Sie sind der Ansicht,

daß Konsultationen zwischen allen Teilnehmerstaaten der gesamteuropäischen Konferenz eine wesentliche Rolle spielen müssen, um eine allgemeine Zustimmung zur Einberufung der Konferenz und ihrer Vorbereitung herbeizuführen. Entsprechende Konsultationen auf bilateraler Grundlage sollten auf Grund der Erfahrungen bei der Vorbereitung der gesamteuropäischen Konferenz anschließend in multilaterale Konsultationen übergeleitet werden. Nach Überzeugung der Tagungsteilnehmer sollte das möglichst bald geschehen und ein multilaterales vorbereitendes Arbeitstreffen in der ersten Hälfte des Jahres 1980 einberufen werden.

Die Empfehlungen zu den wesentlichen Fragen der Organisation der Konferenz, einschließlich der Tagesordnung für ihre erste Etappe, könnten als Ergebnis dieser Vorbereitungsarbeit auf dem Madrider Treffen der Teilnehmerstaaten der gesamteuropäischen Konferenz erörtert werden, um endgültige Beschlüsse über die Einberufung und die Art und Weise der Durchführung der Konferenz zu fassen.

Die auf der Tagung vertretenen Länder rufen alle Teilnehmerstaaten der gesamteuropäischen Konferenz auf, diese Überlegungen über Ziele, Inhalt sowie Art und Weise der Arbeit der Konferenz zu Fragen der militärischen Entspannung und Abrüstung in Europa und ihre Vorbereitung aufmerksam zu prüfen und darauf positiv zu reagieren, um mit der Abstimmung dieser Fragen beginnen zu können. Damit würde ein neuer, realer Schritt zur Festigung des gegenseitigen Vertrauens, der Sicherheit und des Friedens in Europa getan.

5. Die Teilnehmer der Tagung bekräftigen erneut das Interesse ihrer Staaten an einem Erfolg der Wiener Verhandlungen über die Reduzierung der Streitkräfte und Rüstungen in Mitteleuropa sowie ihre Bereitschaft, dazu beizutragen, in diesen Verhandlungen Vereinbarungen sowohl zu konkreten Schritten der Reduzierung der Streitkräfte und Rüstungen als auch zu damit zusammenhängenden Maßnahmen zu erreichen.

Die von den Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages in den Wiener Verhandlungen unterbreiteten Initiativen, die auf eine Annäherung der Positionen der Seiten in den substantiellen Fragen gerichtet sind, haben bedeutend die Möglichkeiten vergrößert, eine Vereinbarung zu erzielen. Der Beschluß der Sowjetunion über die einseitige Reduzierung der zahlenmäßigen Stärke der sowjetischen Streitkräfte und Rüstungen in Mitteleuropa schafft eine neue Voraussetzung, um bei den Wiener Verhandlungen voranzukommen. Ein solches Voranschreiten erfordert von den westlichen Verhandlungsteilnehmern politischen Willen und die Bereitschaft, einen realen Beitrag zu leisten, um die militärischen Spannungen in Mitteleuropa zu mindern und eine Vereinbarung zu erreichen.

6. Während des Meinungs- und Informationsaustausches über die Vorbereitung des Madrider Treffens von Vertretern der Teilnehmerstaaten der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa bekräftigten die Minister erneut die Bedeutung, die ihre Staaten der Weiterentwicklung des mit der gesamteuropäischen Konferenz begonnenen Prozesses in Richtung der Entspannung, der Festigung der Sicherheit und der Entwicklung der Zusammenarbeit auf dem europäischen Kontinent beimessen. Das Treffen in Madrid ist berufen, zur Bereicherung des gesamteuropäischen Dialogs beizutragen und der Verwirklichung der Schlußakte von Helsinki als einheitliches Ganzes neue Impulse zu verleihen.

Die auf der Tagung vertretenen Staaten werden entsprechend der Moskauer Deklaration des Politischen Beratenden Ausschusses danach streben, daß das Madrider Treffen die Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa praktisch voranbringt. Sie sind der Ansicht, daß dieses Treffen dazu beitragen muß, Vereinbarungen über die militärischen Aspekte der europäischen Sicherheit zu erzielen, entsprechende effektive Maßnahmen zu ergreifen und insbesondere eine Konferenz zu Fragen der militärischen Entspannung und Abrüstung in Europa einzuberufen. Wichtig ist auch, daß das Treffen die Annahme von Maßnahmen zur Entwicklung eines breiten und ungehinderten Handelsaustausches, der ökonomischen und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit in Übereinstimmung mit den Bestimmungen der Schlußakte von Helsinki zwischen allen Teilnehmerstaaten der gesamteuropäischen Konferenz fördert. Wesentlich ist ebenfalls, daß es einen Beitrag zum weiteren Ausbau der Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Kultur, der Wissenschaft, der Bildung, der Kunst und anderen humanitären Bereichen leistet.

Die Teilnehmer der Tagung unterstrichen die Notwendigkeit, die Vorbereitung des Madrider Treffens zu intensivieren. Sie bekräftigten erneut die Bereitschaft ihrer Länder, zu diesem Zweck auch weiterhin bilaterale und multilaterale Konsultationen mit allen Teilnehmerstaaten der gesamteuropäischen Konferenz durchzuführen. Sie gehen davon aus, daß es wichtig wäre, im Verlaufe dieser Konsultationen noch vor Beginn des Treffens eine Übereinstimmung darüber herbeizuführen, zu welchen konkreten Fragen der betreffenden Abschnitte der Schlußakte weitere praktische Schritte unternommen werden können. Das müssen Fragen sein, an deren Lösung alle Teilnehmerstaaten der gesamteuropäischen Konferenz interessiert sind und deren Erörterung neue Möglichkeiten für die Erweiterung der Zusammenarbeit und die Verbesserung des politischen Klimas auf dem europäischen Kontinent erschließen würde.

Die Minister brachten die Meinung zum Ausdruck, daß im Verlaufe der genannten Konsultationen eine gemeinsame Auffassung auch zur Frage der Ebene der Vertretung der Staaten auf dem Madrider Treffen erreicht werden kann. Dabei sollte dessen Bedeutung für die Festigung der Entspannung, für die Annahme eines Beschlusses zur Einberufung einer Konferenz über militärische Entspannung und Abrüstung in Europa und für die Verbesserung der Lage auf dem Kontinent berücksichtigt werden.

Die Teilnehmer der Tagung äußerten die Hoffnung, daß eine sorgfältige Vorbereitung des Madrider Treffens und seine Durchführung in einer sachlichen und konstruktiven Atmosphäre ermöglichen werden, auf diesem Treffen bei der Verwirklichung der Prinzipien und Bestimmungen der Schlußakte von Helsinki einen spürbaren Schritt nach vorn zu tun.

Die Minisster brachten die Besorgnis ihrer Staaten über die fortwährenden, sich sogar verstärkenden Versuche reaktionärer Kräfte zum Ausdruck, dem Prozeß der Vertiefung und Erweiterung der Entspannung entgegenzuwirken, Mißtrauen und Feindschaft unter den Völkern zu säen sowie die Zusammenarbeit und Verständigung zwischen den Staaten zu untergraben. Für die Entwicklung der gegenseitigen Achtung und der Freundschaft zwischen den Völkern ist es erforderlich, daß alle Staaten die strikte Verpflichtung übernehmen, zur Verbreitung wahrheitsgemäßer Informationen über das Leben der Völker beizutragen und auf ihrem Territorium keine Aktivitäten zuzulassen, die gegen andere Staaten und auf die Einmischung in deren innere Angelegenheiten gerichtet sind.

Die Minister bekräftigten die unerschütterliche Entschlossenheit ihrer Länder, ihre Beziehungen zu allen Teilnehmerstaaten der gesamteuropäischen Konferenz wie auch zu allen anderen Ländern der Welt auf der Grundlage der Prinzipien für die zwischenstaatlichen Beziehungen zu gestalten, die in der Schlußakte auf höchster Ebene verkündet wurden. Sie rufen alle Staaten auf, in ihren internationalen Beziehungen diesem, den Interessen aller Völker entsprechenden Kurs zu folgen.

Auf der Tagung des Komitees der Minister für Auswärtige Angelegenheiten fand ein Meinungsaustausch im Zusammenhang mit dem bevorstehenden 25. Jahrestag des Warschauer Vertrages über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand statt.

Die Minister unterstrichen, daß dieser Jahrestag im Geiste der Freundschaft, der Zusammenarbeit, der Einheit und Geschlossenheit ihrer Staaten, im Zeichen des Kampfes für die Vertiefung der Entspannung, für die Einstellung des Wettrüstens und den Übergang zur Abrüstung, für die Festigung des Friedens und der Sicherheit in Europa, im Zeichen des aktiven und konstruktiven Wirkens der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages für die Lösung der internationalen Probleme und für die Entwicklung gleichberechtigter und freundschaftlicher Beziehungen zwischen den Staaten zum Wohle aller Völker begangen werden wird.

Im Zusammenhang mit dem 25. Jahrestag des Warschauer Vertrages wurden auf der Tagung Empfehlungen angenommen, die den Regierungen der Teilnehmerstaaten des Vertrages unterbreitet werden.

Die Tagung des Komitees der Minister für Auswärtige Angelegenheiten verlief in einer Atmosphäre kameradschaftlicher Zusammenarbeit und brüderlicher Freundschaft.

Aufruf des Komitees für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit vom 17. Dezember 1979: „Den NATO-Beschluß nicht verwirklichen – Das Wettrüsten beenden"

(Wortlaut)

Wir rufen zum Widerstand.

Gegen das Interesse der Völker hat sich die NATO für eine verschärfte Aufrüstung mit neuartigen amerikanischen Mittelstreckenraketen in Europa entschieden. Das Angebot der Sowjetunion zu alsbaldigen Verhandlungen mit dem Westen wurde nicht beachtet. Diese große Chance wurde vertan. Das ist ein schwarzer Tag im Bemühen um Entspannung und Abrüstung auf unserem Kontinent.

Mit dem Plan, unser Land und das Territorium unserer Nachbarn zu Abschußrampen weitreichender amerikanischer Atomraketen zu machen, wird eine äußerst gefährliche Wende in der militär-strategischen Entwicklung Europas eingeleitet. Mit diesen Raketen soll eine militärische Überlegenheit erzielt und ein europäisch begrenzter Atomkrieg ermöglicht werden.

35 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges ist es wieder denkbar, daß von deutschem Boden ein neuer Krieg ausgehen könnte, ein atomares Inferno, in dem unser Volk als erstes vernichtet werden würde.

Das ist keine Politik der Sicherheit, sondern eine Strategie des Selbstmords. Dieser Kurs der NATO führt Europa in eine der schwersten Krisen der Nachkriegszeit. Er geht ab vom Weg der Entspannung und den Vereinbarungen der gesamteuropäischen Konferenz von Helsinki. Er erzeugt erneut Konfrontation und Mißtrauen. Er treibt zu einem Wettrüsten in nie gekanntem Ausmaß und muß das militärische Gleichgewicht untergraben, das im SALT II-Abkommen zwischen den USA und der UdSSR vereinbart wurde. Zukünftige Abrüstungsverhandlungen werden damit unerträglich belastet. Denn Verhandlungen, die nach NATO-Vorstellungen aus einer Positon der militärischen Überlegenheit und nicht auf der Grundlage der Gleichheit geführt werden sollen, tragen nicht zur Beendigung, sondern zur Verschärfung des Wettrüstens bei. Solche Angebote dienen einzig der Rechtfertigung der eigenen Hochrüstung. Die Risiken und Kosten dieser Politik soll unser Volk tragen.

Unter dem Beifall der CDU/CSU hat die Bundesregierung in völliger Irreführung der Öffentlichkeit und entgegen allen Mahnungen und Warnungen diesen Beschluß gemeinsam mit der Regierung der USA durchgedrückt. Sie hat sich gegen ihren Auftrag gestellt, Schaden vom deutschen Volk abzuwenden. Mehr denn je hängt damit die Erhaltung des Friedens und die Zukunft unseres Landes vom aktiven Engagement seiner Bürger ab. An der Nahtstelle von Ost und West gibt es für uns keine Alternative zu Entspannung, Zusammenarbeit und Abrüstung. Es gilt daher, Widerstand zu leisten gegen eine gefährliche Politik der militärischen Stärke.

Wir fordern:
Die NATO-Beschlüsse dürfen nicht verwirklicht, die Atomraketen nicht in Westeuropa stationiert werden.

Handeln wir daher gemeinsam, gemeinsam auch mit den Friedensbewegungen in unseren Nachbarländern. Wie gegen die Neutronenbombe müssen auch Erfolge im Kampf gegen Mittelstreckenraketen möglich sein.

Brief der „Frankfurter Rundschau" an das Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit vom 31. Dezember 1979

(Wortlaut)

Sehr geehrter Herr Matthiessen,

Mit Ihrem Schreiben vom 21. Dezember 1979 übermittelten Sie uns einen Text*), der als Anzeige erscheinen soll. Wir teilen Ihnen hierzu mit, daß die Behandlung politisch brisanter Themen der Redaktion vorbehalten ist und der Anzeigenteil hierfür nicht geeignet ist.

Ein Abdruck als Anzeige ist nicht möglich.

Freundliche Grüße

Ihre
FRANKFURTER RUNDSCHAU
Anzeigenleitung

gez. Wagner

„Frauen für den Frieden – Frauen gegen Wettrüsten" Appell sozialdemokratischer Frauen vom 3. Dezember 1979

(Wortlaut)

Eine friedliche Zukunft für Kinder und Enkel zu sichern, ist ein uraltes Streben der Menschheit.

Die sozialdemokratischen Frauen haben in der Vergangenheit alle Bemühungen, Frieden zu sichern, aktiv unterstützt.

In der gegenwärtigen Lage erklären sie sich solidarisch mit allen Kräften der Vernunft in Ost und West, in den hochentwickelten Staaten und den Ländern der Dritten Welt.

Die sozialdemokratischen Frauen sind in der Überzeugung, daß Friedenspolitik sich gründen muß auf

- Gewaltverzicht,
- friedliche Konfliktregelung,
- Interessenausgleich und Zusammenarbeit und
- Anerkennung der Sicherheitsbedürfnisse aller Beteiligten.

Diese Prinzipien prägen die Entspannungspolitik, entworfen und vertreten von Willy Brandt, Helmut Schmidt, Herbert Wehner und Egon Bahr.

Die sozialdemokratischen Frauen sind stolz auf diesen eigenständigen Beitrag der deutschen Sozialdemokraten zur Friedenssicherung. Sie unterstützen das Engagement vieler Bürgerinnen und Bürger in der Bundesrepublik und in Europa gegen die Neutronenbombe, weltweites Wettrüsten und Anhäufung militärischer Rüstungen auf europäischem Boden. Sie teilen den deutlichen Wunsch nach Sicherheit, Frieden und Abrüstung.

*) Gemeint ist der vorstehend dokumentierte Aufruf: „Den NATO-Beschluß nicht verwirklichen – Das Wettrüsten beenden", d. Red.

Der spürbaren und tiefen Betroffenheit über das weitere Anwachsen der Rüstungspotentiale durch eine neue Runde nuklearen Wettrüstens – trotz aktiver Ansätze zur Rüstungskontrolle – muß von den politisch Verantwortlichen Rechnung getragen werden. Das Angebot der UdSSR, Truppen zu vermindern und Waffen aus der DDR abzuziehen, eröffnet dazu neue Möglichkeiten.

Die sozialdemokratischen Frauen fordern die Bundesregierung auf, nicht nur diese Vorschläge ernsthaft und eingehend zu prüfen, sondern in Übereinstimmung mit den Verbündeten Verhandlungen zu beginnen, mit dem Ziel

- eine neue Runde des Wettrüstens und
- die Gefahr des Selbstmordes

der europäischen Völker durch neue Waffen auszuschließen.

Dieses Ziel kann nur erreicht werden durch

- Stopp weiterer nuklearer Aufrüstung und
- Abbau nuklearer Rüstung mit dem Ziel, ein Gleichgewicht herzustellen,
- Gleichgewicht konventioneller Waffen,
- gegenseitige Manöverbeobachtung.

Die sozialdemokratischen Frauen fordern alle Bürgerinnen und Bürger auf, gegen die Produktion neuer Mittelstreckenraketen und deren Stationierung in der Bundesrepublik und Europa zu protestieren.

Wir bitten Sie, mit Ihrer Unterschrift diese Forderung zu bekräftigen. Die Unterschriftensammlung wird am 8. März 1980, dem Frauenfriedenstag, von der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (ASF) Bundeskanzler Helmut Schmidt und Verteidigungsminister Hans Apel übergeben.

Erstunterzeichner

Uschi Pausch-Gruber, MdL (Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (AsF) in Bayern) – Lilo Seibel, MdL (Vorsitzende der AsF, Bezirk Franken) –Sigrid Skarpelis-Sperk (Vorsitzende der AsF, Bezirk Südbayern) – Lina Bucher (Vorsitzende der AsF, Bezirk Niederbayern/Oberpfalz) – Ria Burke, MdL – Christa Herrer, MdL – Dr. Monika Hornig-Sutter, MdL – Hedda Jungfer, MdL – Carmen König, MdL – Christa Meier, MdL (stellvertretende Vorsitzende der bayerischen SPD) – Dr. Helmut Rothemund (Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion) – Dr. Jürgen Böddrich (stellvertretender Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion) – Karl-Heinz Hiersemann, MdL (stellvertredender Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion) – Xaver Wolf, MdL (stellvertretender Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion) – Dr. Peter Paul Gantzer (Beauftragter der Fraktion für Bundeswehrfragen) – Karl-Theodor Engelhardt, MdL – Dietmar Franzke, MdL – Kurt Gebhardt, MdL – Franz Götz, MdL – Horst Heinrich, MdL – Willi Kaiser, MdL – Franz Kick, MdL – Sepp Klasen, MdL – Hans Kolo, MdL – Rolf Langenberger, MdL – Hans Werner Loew, MdL – Rainer Messerer, MdL – Karl-Heinz Müller, MdL – Hans Günter Naumann, MdL – Walter Schlosser, MdL – Joachim Schmolcke, MdL – Otto Schumann, MdL – Volker v. Truchseß, MdL – Klaus Warnecke, MdL – Günter Wirth, MdL – Walter Engelhardt, MdL – Hermann Niedermeier, MdL – Hilmar Schmitt, MdL – Otto Werner, MdL – Dietmar Zierer, MdL – Uwe Lambinus, MdB – Dieter Lattmann, MdB – Dr. Rudolf Schöfberger, MdB – Elisabeth Endres, (Schriftstellerin) – Bernt Engelmann (Schriftsteller) – Angelika Mechtel (Schriftstellerin) – Luise Rinser (Schriftstellerin – Jürgen Heckel (Gewerkschaftssekretär) – Ulrike Mascher (Betriebsrat, stv. Vorsitzende der SPD München) – Ingeborg Steinlandt (Betriebsrat) – Jürgen Vahlberg (Mitglied des Bezirksvorstandes der SPD Südbayern)

Meldung des Informationsdienstes der Firma Dr. Karl Thomae GmbH „thomae telex" vom 7. November 1979 über Drogenabhängigkeit unter US-Soldaten und Raketenspezialisten in der BRD

(Wortlaut)

Der amerikanische Kongreß hat eine Umfrage veröffentlicht, nach der *fast die Hälfte der zwischen Flensburg und Berchtesgaden stationierten US-Soldaten gelegentlich oder regelmäßig Drogen zu sich nehmen.* Wörtliches Zitat: „Gemäß dieser Untersuchung meinte die gleiche Quote der Befragten, *im Ernstfall wegen Drogenabhängigkeit nicht mehr einsatzfähig zu sein*". Besonders erschreckend sei – so heißt es weiter –, daß zahlreiche US-Soldaten auf Raketenbasen mit Nuklearwaffen oft sogar während des Dienstes unter Drogen stehen. Der 25jährige Sergeant Donald Meyer hat nach diesem Bericht zugegeben: *„Manchmal handhabten die Spezialisten Atomsprengköpfe, während sie high waren!"* Innerhalb eines Jahres mußten 3650 Angehörige des US-Militärpersonals mit Zugang zu Atomwaffen wegen Rauschgift, Alkohol und Disziplinlosigkeit versetzt werden.

Rede von Prof. Dr. Walter Jens auf dem Parteitag der SPD vom 3. bis 7. Dezember 1979 in Berlin (West)

(Wortlaut)

Auf dem Bundesparteitag der SPD, der vom 3. bis 7. Dezember 1979 in Westberlin stattfand, hat Professor Walter Jens für die Sozialdemokratische Wählerinitiative einen bemerkenswerten und vielbeachteten Redebeitrag gehalten. Obwohl oder gerade weil die Beschlüsse des SPD-Parteitages den in dieser Rede geäußerten Erwartungen und Argumenten im Hinblick auf die Raketenentscheidung der NATO und andere wichtige Fragen diametral zuwiderlaufen, bleibt der Berliner Beitrag von Walter Jens – den wir nachstehend im Wortlaut dokumentieren – ein über den Tag hinaus sehr nachdenklich stimmendes Zeitdokument. D. Red.

Herr Vorsitzender, lieber und verehrter Willy Brandt, meine Damen und Herren, liebe Freunde:

„Der liebe Gott", so war's vor Jahresfrist zu vernehmen, „ist kein Sozialist, denn er hat die Menschen ungleich geschaffen, und deshalb hat es auch keinen Sinn, von Chancengleichheit zu reden . . . Die Menschen sind nun einmal ungleich, die einen sind gescheit, die anderen sind weniger gescheit." Nein, das ist kein Zitat aus dem 19. Jahrhundert; hier hämmert kein wilhelminischer Pfarrer den Plebejern draußen vor dem Kirchentor den altvertrauten Herrschafts-Satz ein „God made them high or Lowly all ordered their estate" („Hoch oder niedrig schuf sie Gott, und

gab jedwedem seinen Stand"); hier redet – offenbar aus genauer Kenntnis des lieben Gottes und seiner Gedanken heraus – der Kanzlerkandidat der CDU/CSU; hier sieht sich, im Kampf gegen die „roten Systemveränderer", die „wie Ratten aus ihren Löchern herauskommen", Ungleichheit, im Sinne des „so ist das nun mal", zum Weltprinzip erklärt, zur Ordnung verbürgenden Formel – womit sich, dank eines ex cathedra bavarica ergangenen Machtspruchs, neben bürgerlichen Liberalen auch ein Großteil christlicher Sozialreformer von einer Stunde zur anderen in Nagetiere verwandelt . . . all jene, die – weit entfernt von Gleichmacherei! – seit Rousseaus Zeiten darauf bestehen, daß jedermann die gleiche Chance haben müsse, ungleich zu werden.

Zurücknahme der Aufklärung und ihrer bis heute nicht realisierten Gleichheitsappelle heißt die Wahl-Parole der Rechten, Widerruf aller Reformen, die darauf abzielen, das zweite Prinzip der bürgerlichen Revolution endlich in seine Alltagsrechte zu setzen: Darum – unter der Devise: „Was ist, das ist gut, und was alt ist, das ist auch bewährt" – der Kampf gegen die Gesamtschule und die Unterscheidung zwischen einem Elternrecht, das schwarz und gut und einem anderen, das rot und böse ist; darum die unverhohlene Entschlossenheit, der überwältigenden Mehrheit unseres Volkes, die man von der Teilhabe an kultureller Betätigung ausschließt, ein Privatfernsehen vorzusetzen, das zu einer Volksverdummung ohnegleichen führen wird: TV à la „Bild" als die Gesamtschule der Nation! – mitgeschaffen – auch das muß gesagt sein – wider Willen von jenen Grünen, die mehr Lebensqualität für alle erstreben und nun, in gespenstischer Umkehr ihrer Intentionen, den Profit der Wenigen fördern. Ausgerechnet diejenigen, für die der NDR eintrat, die ehrenwerten Rebellen, haben durch ihre Stimmabgabe mit dafür gesorgt, daß er zerschlagen wird. Das pure Gegenteil des Erstrebten erreicht: bedenkt, im Blick auf die Wahl, diese politische Lektion, Freunde der Grünen! Bedenkt, mit welchem Zynismus die gleichen Kräfte, die sich gestern anklagend über die Hessischen Rahmenrichtlinien ergingen und mit nimmermüdem Elan für den „Faust" und die „Jungfrau von Orleans" stritten, heute für den kulturellen Ausverkauf plädieren (ein Geschäft das eine und das andere!), für den Ramsch am Boulevard und jenes auf personality-shows eingeschworene Kommerzfernsehen, dem, ich bin dessen sicher, viele Schriftsteller in diesem Land (und nicht die schlechtesten) ebenso entschlossen wie einst dem Adenauer-Fernsehen ihre Mitarbeit versagen werden: Ihr, Sozialdemokraten, könnt in diesem Punkt auf uns zählen.

Und ihr könnt auch dort auf uns zählen, wo es gilt, in nüchtern-rationaler Kritik ein Pseudo-Wertsystem zu entlarven, das sich jüngst auf dem CSU-Parteitag als kleinbürgerlich verworrene Ideologie offenbarte.

Mit der kulturrevolutionären Umwälzung müsse jetzt Schluß sein, bedeutete der Vorsitzende Strauß den Delegierten und verlegte China trotzig an den Rhein, der Umwertung aller Werte (jetzt ein Salto von Mao zu Nietzsche!) sei nun genug, Wahrhaftigkeit (!) und Gewissenhaftigkeit, Leistung und Disziplin dürften nicht länger mehr abgetan werden – „ganz zu schweigen von religiös und ethisch begründeten Werten." (Wahrhaftigkeit, man hört es mit Staunen, ist demnach kein moralischer Wert.)

Angesichts solchen Aberwitzes wird es begreiflich, warum gewisse Leute mit aller Gewalt eine andere – und bessere! – Schule verhindern möchten: eine Schule, in der beispielsweise gelehrt wird, daß Worte wie „Disziplin", „Anstand" und „Familiensinn" oder was immer einer, scheinbar „ewige Werte" beschwörend, anführen mag, ohne konkreten Bezug nicht das Geringste bedeuten. Von „Anstand" und „Disziplin", von „Sauberkeit" und „Pünktlichkeit" haben auch Goebbels und Himmler gesprochen, von „Familiensinn" die Anwälte autoritärer Herrschaftsstrukturen. Die Worte als solche, leerformelgleich und beliebig verwendbar, sind zunächst einmal Macht-Instrumente – wie sehr, das beweist der Begriff „freiheitlich-demokratische Grundordnung", der heute für viele eher als Droh-Formel denn als Hoffnungs-Partikel erscheint und damit jene nicht nur Recht, sondern Gerechtigkeit versprechende Magna Charta dieser Republik, das Grundgesetz, aus dem Blick gerückt hat, von dem Adolf Arndt sagte, es beschreibe eine „offene" Verfassung, die nur im eigenverantwortlichen Selbertun der Bürger Wirklichkeit werde und keineswegs in Demuts-Haltung vor machtgeschützter Autorität.

In einem Augenblick, da die Grundrechte des einzelnen in diesem Land gefährdet sind wie niemals zuvor seit der Befreiung von nationalsozialistischer Herrschaft: gefährdet durch die Folgen offener und geheimer Zensur und durch bürokratische Einschüchterung (ein „Kursbuch" im Ge-

päck an der Grenze, ein Amnesty-international-Plakat im Spind, ein Marx-Zitat in der Klausur, ein aufmüpfiges Gedicht im Lesebuch – einerlei, ob von Grass oder Goethe, eine Annonce zugunsten eines entlassenen Kollegen in der örtlichen Zeitung: wie leicht verstößt heute einer gegen jene FDGO, die für einen Großteil der kritischen Generation längst zu einer Panzerfaust des Staats geworden ist) ... in einem solchen Augenblick kommt alles darauf an, die Grund- und Freiheitsrechte nicht nur defensiv: den Blick nach rechts gewandt, zu schützen, sondern sie, in entschiedenem Gegenentwurf zu den restriktiven Auslegungen der Konservativen, zu erweitern und damit der obrigkeit-verordneten FDGO wieder den Geist einer Verfassung zu geben, deren Qualität sich nach dem Engagement, dem nostra res agitur der Bürger, bemißt: Ja, das ist unser Staat.

Um dies zu erreichen, ist zweierlei nötig: Zum ersten die Aufhebung aller Gesetze, Vorschriften und Verordnungen, die, erlassen, um den Staat und seine Bürger vor den Feinden der Verfassung zu schützen, in den letzten Jahren dazu geführt haben, daß, in reaktionärer Gebots-Exegese, der Staat und die Verfassung als Feinde der Bürger erschienen.

Erweiterung der bürgerlichen Freiheitsrechte, Rückbesinnung auf ein Grundgesetz, das eher einlädt als befiehlt und, statt Gehorsam zu verlangen, Fragen aufwirft und Möglichkeiten skizziert: Das ist das eine. Das andere: Die Realisierung der Überlegung, daß es Demokratie, Volks-Herrschaft im eigentlichen Wort-Sinn, erst dann gibt, wenn die durch den liberalen Staat gewährleisteten Freiheitsrechte soziale Wirklichkeit werden; wenn der Rechtsstaat, gut hegelianisch, im Sozialstaat aufgehoben wird: dort wo er seine eigentliche Intention erfüllt, die Gesellschaft der Freien und Gleichen zu schaffen.

Gelingt diese Transformation nicht, bleibt der Zentralbereich, jenes Gebiet der Ökonomie, als eine Art von Feudal-Relikt erhalten, dessen Herrscher uns einreden möchten, die Wirtschaft sei so wenig zu demokratisieren „wie die Schulen, die Kasernen und die Zuchthäuser" (ein Vergleich, in der Tat, der für sich selbst spricht!), dann, dies hat der sozialdemokratische Staatsrechtslehrer der ersten Republik, Hermann Heller, gezeigt, „verzichtet man um der Erhaltung wirtschaftlich privilegierter Gruppen willen am Ende auf Rechtsstaat und Demokratie."

Vergessen wir nicht, daß – ungeachtet aller materiellen und humanen Errungenschaften – wir auch heute noch zugleich in zwei Jahrhunderten leben: In der – freiheitlich gefährdeten – Rechtsgemeinschaft unserer Zeit und, jenseits des Fabriktores, im hierarchisch gegliederten Feudalstaat, wo befohlen und gehorcht wird und die bürgerlichen Freiheiten den Charakter einer gewährten Gnade gewinnen: in einem Bezirk, wo nicht nur die großen Begriffe, sondern auch die ihnen nachgeordneten Worte sich umzukehren beginnen: „Leistung" – man muß einen Metallarbeiter reden hören: „Was leiste ich denn schon von morgens bis abends?", um zu erkennen, daß „Leistung", ohne konkreten Bezug, so gut eine Leerformel wie „Anstand" und „Wahrhaftigkeit" ist. Was, freiwillig gegeben, Selbstverwirklichung des Menschen in einer humanen Gesellschaft verbürgt, erweist sich, abverlangt, berechnet und unter Gewinn-Aspekt beliebig quantifizierbar, als Wertbegriff einer vordemokratischen Sozietät – einer Gesellschaft, in der so anno 1931 die päpstliche Enzyklika Quadragesimo Anno, „die wirtschaftliche Diktatur in den Händen jener wenigen liegt, die den Blutkreislauf des Ganzen", will heißen: den Geldfluß „derart beherrschen, daß gegen ihren Willen niemand atmen kann."

Das nenne ich mir Kampfansage, die sich übernehmen läßt: wenn auch nicht mit der Entschiedenheit jenes Johannes XXIII. formuliert, der sich, mit Strauß und Zimmermann und Biedenkopf verglichen, anno 79 wie ein roter Freischärler aus den Abruzzen ausnimmt, so doch immerhin schärfer als das Godesberger Programm. Grund genug also für die Verfechter der These, daß allein die Verwandlung des bürgerlich-liberalen Rechtsstaats in eine soziale Demokratie die Dreiheits-Formel der Französischen Revolution realisiert. Grund genug, um sich, man kann es nicht oft genug sagen, weniger verschämt als bisher, vielmehr mit der gelassenen Verve, die das gute Gewissen eingibt, zu seiner Position bekennen: „Wie?" fragt man, „Sie sind Sozialist?" – Antwort: „Ja, was denn sonst? Sie nicht? Dann muß ich für Sie beten, Bruder."

So und nicht anders hätte z. B. einer sprechen können, der große Theologe Karl Barth, den man, von befreundeter Seite, im Jahre 1933 bat, er möge doch, aus Tarnungsgründen, seine Mitgliedschaft in der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands beenden. Aber Barth winkte ab: Nein,

das täte er nicht, er hinge nun einmal an seinem „armen kleinen Mitgliedsbuch" . . . und was die Partei angehe, so könne er sich nicht von ihr trennen, weil sie die Partei der Arbeiter sei (pardon! „Arbeiterklasse" sagt Barth), dazu die Partei, die Demokratie in Deutschland verbürge und schließlich – die Partei des Nicht-Militarismus, will heißen: eine Vereinigung, die, in ihrer langen Geschichte, ein Gut höher als allle anderen eingeschätzt habe: den Frieden.

Ich denke, wir haben Grund, uns gerade jetzt der Sätze Karl Barths zu erinnern – in einem Moment, wo uns die Evangelische Kirche der DDR und mit ihr, in dramatischem Appell, diejenigen, die uns in zweifacher Weise die Nächsten sind, ermahnen: Wir möchten, um des Friedens und der Versöhnung willen, keine Beschlüsse mittragen, die allzuleicht, von mächtigen Lobbies weiterverfolgt, auf Kosten der Wehrlosen gehen.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Karl Barths Partei der Kleinen, denen man die entscheidende, ein Leben in Selbstbestimmung und Solidarität verbürgende soziale Gleichheit bis heute versagt . . . diese Partei, die darum kämpft: so wie sie um die Freiheit der Produzierenden kämpft, der Millionen, die vor Ort kooperieren. Diese Partei wird, eingedenk ihrer Geschichte, das eine und das andere, Freiheit und Gleichheit, nur dann verwirklichen – dann aber gewiß! –, wenn sie die dritte Formel der Französischen Revolution: Brüderlichkeit im Zeichen des zu bewahrenden Friedens, zu ihrem Ersten Programmpunkt erhebt.

In Sachen der Menschen-Rechte – vor dem Gesetz und in der Arbeit – die erste zu sein, macht einer Partei hohe Ehre. In Sachen Rüstung die letzte zu sein, macht ihre größere, weil sie, in Erfüllung sozialdemokratischer Tradition, der zur Feiertags-Ideologie von Konservativen heruntergekommenen Hinterlassenschaft der Aufklärung den Charakter einer Politikums gibt und den Rahmen aufzeigt, in dem Menschenrechte realisiert werden können. Und darum scheint es mir konsequent und recht zu sein, wenn die Partei in der Frage der Rüstungsbeschlüsse zuerst an jene denkt, die sich der von oben erzwungenen Unterzeichnung des Breschnew-Papiers verweigerten und uns – eben deshalb! – aus eigenem Antrieb um so inständiger mahnen, wir möchten als Patrioten und Anwälte des Friedens zugleich unsere und ihre Rechte vertreten: ohne Wenn und Aber und ohne Einerseits-Andererseits – möchten sie vertreten im Sinne eines geheimen gesamtdeutschen Auftrags und nicht mit den Interpreten vermeintlicher Zugzwänge und schon gar nicht mit jener militanten Rechten marschieren, die, kaum steht da die Version noch schrecklicherer, noch grauenhafterer Waffen am Horizont, unter der Tucholsky-Devise „Gewehre rechts, Gewehre links, das Christkind in der Mitten" mit vorlauter Verwegenheit ihr dröhnendes Ja signalisiert: Aber klar doch! Und zwar sofort! Und auf deutschem Boden natürlich!

Beides zusammen, der Kampf für die sozialen und politischen Grundrechte des Menschen und für den Frieden, gibt, denke ich, der Partei, die für die andere und bessere Geschichte unseres Landes einsteht, die Geschichte der Besiegten, aber nicht Vergessenen, die Geschichte der Aufrechten, deren Namen kein Lesebuch nennt, die Geschichte der Opfer, die man, von Kenntnis so weit entfernt wie von Humanität, jüngst ihren Henkern gleichstellen wollte, die Geschichte der Emigranten, die, heute durch die deutsche Unfähigkeit zu trauern verketzert, damals der Welt bewiesen haben, daß das Deutschland Bebels eines und das Deutschland Hitlers ein anderes ist. Beides zusammen gibt der Sozialdemokratie jene verläßliche Humanität und Glaubwürdigkeit, die Thomas Mann meinte, als er die These vertrat: Allein „in der Gestalt des Sozialismus", anders nicht, finde Demokratie heute ihre eigentliche: „ihre moralische Existenz".

So, liebe Freunde, hat einmal ein deutscher Bürger gesprochen – ein Bürger, dessen Erbe, das Vermächtnis der Kunst und Philosophie, wir gegen den Ansturm derer verteidigen werden, die angetreten sind, Aufklärung: Befreiung aus der Unmündigkeit und Emanzipation des Gewissens, zu widerrufen.

„Tut nichts, der Jude wird verbrannt" hieß es einst, „Ratten und Schmeißfliegen" werden Anwälte der Vernunft heute genannt. Doch keine Angst deshalb: die Stimme der Teufelsaustreiber ist heiser geworden, der Irrationalismus, mit seinem Phrasen-Wirrwarr, entlarvt sich selber Tag für Tag mehr: Während in Sonthofen auf Angst und Emotion und die dunklen Kräfte des Unbewußten gesetzt wird, den Kollektivrausch und die blinde Aggression, erklären wir mit Lessing – und wissen, was wir tun, wenn wir als *unsere* Parole „Nathan, den Weisen", zitieren: „Doch nun kam die Vernunft allmählich wieder."

Artikel der „Prawda" vom 31. Dezember 1979 zu den Ereignissen in Afghanistan

(Wortlaut)

Bei Redaktionsschluß erreichen uns die ersten Nachrichten und Materialien zu den jüngsten Ereignissen in Afghanistan. Eine ausführliche Analyse der Zusammenhänge ist für die nächste Ausgabe der „Blätter" in Vorbereitung. Ohne ihr vorgreifen zu wollen, möchten wir angesichts des augenfälligen Mißverhältnisses zwischen ausufernden „Kalten-Kriegs"-Spielen einerseits und andererseits mangelnder Information über die Haltung der sowjetischen und afghanischen Seite in den herrschenden Medien den nachstehenden – vielkommentierten aber wenig zitierten – Artikel der „Prawda" und die Erklärung der afghanischen Regierung vom 28. Dezember 1979 über den Einsatz sowjetischer Truppen im Wortlaut dokumentieren. D. Red.

In den letzten Tagen haben sich im Leben des afghanischen Volkes wichtige Ereignisse vollzogen.

Angesichts der imperialistischen Einmischung in die inneren Angelegenheiten des demokratischen Afghanistan, einer Einmischung, deren Ausmaß und Formen sogar die Existenz der Republik bedrohten, riefen das Zentralkomitee der Demokratischen Volkspartei und die Regierung der Demokratischen Republik Afghanistan die Bevölkerung des Landes auf, sich entschlossen zum Schutz der Errungenschaften der April-Revolution zu erheben. Sie schließen alle fortschrittlichen nationalen Kräfte im Namen der Konsolidierung eines neuen, freien und unabhängigen Afghanistan zusammen.

Der Abbruch des Alten und der Aufbau des Fortschrittlichen ist immer ein schwieriger, komplizierter Prozeß. Er ist um so schwieriger, als der Widerstand, den der Revolution die innere Reaktion und diejenigen Kräfte, die ihre Macht und ihre Vorrechte verlieren, entgegensetzen, durch die Einmischung der äußeren Reaktion ergänzt wird, sobald der Imperialismus versucht, den Augenblick zu nutzen, um die Grenzen seiner Herrschaft auszudehnen, ein anderes Volk niederzukämpfen und zu unterwerfen. Voll und ganz, ja doppelt richtig ist das in Anwendung auf das heutige Afghanistan.

Eines der ältesten Länder Zentralasiens blieb bis in die jüngste Zeit eines der rückständigsten. Es schien, als ob das Leben dort im Mittelalter erstarrt und das Volk zu einem elenden Dahinvegetieren verdammt sei. Die Feudalen hielten Gericht und bestraften die Menschen nach eigenem Gutdünken. Damit es ewig so wäre, kultivierten sie den Obskurantismus, erlegten den Massen ein knechtendes Joch auf, unterdrückten jeden Versuch, in die Dunkelheit der Rechtlosigkeit und der Willkür einen Funken Licht hineinzubringen. Zu dieser morschen Ordnung sagte das afghanische Volk im April 1978 sein „Nein". Die Werktätigen des Landes nahmen dessen Geschicke in ihre Hände.

Das Leben erforderte tiefgreifende Umgestaltungen in Stadt und Land, einen Umbau der Klassen- und Stammesverhältnisse, der sozialökonomischen Basis der afghanischen Gesellschaft, eine Durchsetzung, nicht aber eine formelle Verkündung der Prinzipien der Unabhängigkeit und Souveränität, des Dienstes an den nationalen Interessen Afghanistans schlechthin. Ohne solche Umgestaltungen war weder an eine wahre Volksherrschaft noch an einen Wohlstand des Volkes zu denken.

Die April-Revolution wurde von den fortschrittlichen Kräften der afghanischen Gesellschaft geleitet und verwirklicht, die in der Demokratischen Volkspartei vereinigt waren, den Kräften, die grausamsten Verfolgungen des königlichen Regimes und Repressalien unter Daud-Schah ausgesetzt waren. Die April-Revolution wurde mit minimalen Opfern durchgeführt. Diese Tatsache zeugt nicht nur davon, daß das frühere Regime sich überlebt hatte, sondern auch davon, daß das Programm der Demokratischen Volkspartei den breitesten Massen nah und verständlich war, die die Revolution als ihr ureigenstes Anliegen unterstützen.

Die Feinde des demokratischen Afghanistan sahen ein, daß jeder Schritt beim Aufbau des neuen Lebens, bei der Befreiung des Landes von den Fesseln der Unterdrückung die Hoffnungen auf eine Restaurierung der verlorengegangenen Positionen immer illusorischer machte. Die äußeren imperialistischen Kräfte gingen ein direktes Komplott mit den inneren konterrevolutionären Kräften ein. Sowohl die einen als auch die anderen nahmen die Geburt der demokratischen Republik mit unverhohlener Feindschaft auf und machten kein Hehl aus ihrer Absicht, alles zu tun, um Afghanistan von dem von ihm gewählten Weg abzubringen.

Die innere Konterrevolution und die ausländische Reaktion wiegten sich in der Hoffnung, daß die April-Revolution den Schlägen nicht gewachsen sein würde, denen sie ausgesetzt war. Sie waren davon derart überzeugt, daß sie bereits Monat und Tag nannten, da sie im Triumphzug in Kabul einziehen würden. Sie machten mitunter nicht einmal ein Geheimnis aus der Vorbereitung von Banditen-Überfällen auf die eine oder andere Region. Denn die Reaktionäre genossen im Grunde eine uneingeschränkte Unterstützung der imperialistischen Kreise der USA, der Pekinger Führer und der Regierungen einiger anderer Länder, von denen die konterrevolutionären Banden im Überfluß Waffen, Munition und Geld erhielten.

Auf dem Territorium Pakistans sind zahlreiche Zentren entstanden, die formell als Flüchtlingslager bezeichnet werden. Dort werden bewaffnete Formationen ausgebildet, die nach Afghanistan eingeschleust werden. Dort warten sie ab und werden nach Überfällen auf afghanische Ortschaften, Verbindungswege und sonstige Objekte umgegliedert.

Unter den Ausbildern dieser Formationen befinden sich Mitarbeiter amerikanischer Geheimdienste, chinesische Spezialisten für sogenannte Partisanenoperationen und sogar „Fachleute" für Wühlarbeit aus Ägypten.

Es gibt einen eindeutigen Zusammenhang zwischen den Reisen amerikanischer Emissäre nach Pakistan, ihrem Besuch in einzelnen Gebieten Afghanistans und den Aktivitäten der Kräfte der Rebellen. Kein Zufall war, daß die Meuterei in Herat, der die afghanische Reaktion, Washington und Peking besondere Bedeutung beimaßen, unmittelbar danach begann, als einer der Anführer der afghanischen Konterrevolutionäre im US-Außenministerium empfangen worden war. Es gibt Informationen über die Versuche amerikanischer Vertreter, von der Führung Pakistans die Zustimmung zu einer noch umfassenderen Nutzung seines Territoriums zum Einschleusen bewaffneter Formationen in Afghanistan zu erzwingen. Von Pakistan wurde eine noch breitere Teilnahme an den aggressiven Aktionen gegen Afghanistan verlangt.

Man braucht nicht besonders scharfsinnig zu sein, um die Motive für die Aktionen der USA zu erkennen. In Washington gibt es Politiker, die beharrlich einen Ersatz für Positionen suchen, die infolge des Sturzes des Schah-Regimes im Iran verlorengegangen sind. Der berüchtigte „strategische Bogen, den die Amerikaner seit Jahrzehnten in der Nähe der Südgrenzen der Sowjetunion aufbauten, wies Lücken auf. Um diese Lücken zu schließen, möchte manch einer das afghanische Volk und gleichzeitig auch die Völker anderer Länder dieser Region zur völligen Unterwerfung zwingen.

Die durch nichts gerechtfertigte Einmischung der imperialistischen Kräfte in die inneren Angelegenheiten Afghanistans, die ständigen bewaffneten Invasionen von außen, darunter das Einschleusen ausländischer Söldner nach Afghanistan, beschworen für das Land eine große Gefahr herauf. In den Jahren 1978–1979 richtete die afghanische Regierung an die Sowjetunion wiederholt die Bitte um Unterstützung, darunter um eine militärische Unterstützung, um die bewaffnete Einmischung der imperialistischen Kräfte abzuwehren.

Die Sowjetunion nahm an, daß sich die imperialistischen Kräfte von der Unumkehrbarkeit der Änderungen in Afghanistan überzeugen, sich in einem bestimmten Rahmen halten und den Realitäten Rechnung tragen würden. Zugleich verhehlte unser Land nicht, daß es die Verwandlung Afghanistans in ein Aufmarschgebiet für die Vorbereitung einer imperialistischen Aggression gegen die Sowjetunion nicht zulassen werde. Unwiderruflich vorbei sind die Zeiten, wo Afghanistan als Stützpunkt für Basmatschenbanden diente, die Raubüberfälle auf mittelasiatische Sowjet republiken unternahmen.

Die Feinde stellten jedoch den bewaffneten Kampf gegen das afghanische Volk nicht ein. Die imperialistische Einmischung nahm Ausmaße und Formen an, die für das Volk Afghanistans immer gefährlicher wurden.

Die äußere imperialistische Reaktion unternahm und unternimmt ununterbrochen Anstrengungen, um die Organe der Staatsmacht auszuhölen und um auch die Reihen der Demokratischen Volkspartei Afghanistans zu desorganisieren.

Die Reaktion hat einen Handlanger für die Verwirklichung ihrer volksfeindlichen Absichten in der Leitung des demokratischen Afghanistan selbst gefunden. Das war Hafizullah Amin. Durch Betrug und Intrigen riß er die Haupthebel der Staatsleitung an sich, stürzte dann den legitimen Präsidenten Nur Taraki und vernichtete ihn physisch. Durch seine verbrecherischen Handlungen, durch grobe Verletzungen der Gesetzlichkeit und Rechtsordnung, durch Grausamkeit und Amtsmißbrauch brachte er die Idale der April-Revolution in Verruf und höhlte sie aus.

Die Hände Amins sind mit dem Blut vieler Vertreter des arbeitsamen afghanischen Volkes, Parteifunktionäre, verdienter Militärs, moslemischer Geistlicher und anderer ehrlicher Bürger besudelt. Amin hat sich in der Tat mit den Feinden der April-Revolution verbündet.

Unter den Bedingungen, da die Einmischung von außen und der von Amin im Lande entfaltete Terror eine reale Gefahr für die demokratische Ordnung heraufbeschworen hatten, fanden sich in Afghanistan patriotische Kräfte, die sich nicht nur gegen eine Aggression von außen, sondern auch gegen Usurpatoren erhoben. Mit Unterstützung seitens des Volkes beseitigten sie Amin. Im Lande ist die revolutionäre Gesetzlichkeit und Rechtsordnung wiederhergestellt worden. Die Demokratische Vokspartei und der Staat richten ihre Anstrengungen auf die Verteidigung der Errungenschaften der April-Revolution, der Souveränität, der Unabhängigkeit und der nationalen Würde Afghanistans.

Unter den entstandenen Umständen wandte sich die Regierung Afganistans erneut an die Sowjetunion mit der dringenden Bitte, ihr sofortige Hilfe und Beistand im Kampf gegen die äußere Aggression zu erweisen.

Die Sowjetunion beschloß, dieser Bitte nachzukommen und ein begrenztes sowjetisches Truppenkontingent nach Afghanistan zu entsenden, das ausschließlich zur Unterstützung bei der Abwehr einer bewaffneten Einmischung von außen eingesetzt werden soll. Sobald die Ursache, die die Notwendigkeit dieser Aktion bedingt hat, entfällt, wird das sowjetische Kontingent aus Afghanistan wieder vollständig abgezogen.

Bei diesem Beschluß ging die Sowjetunion von der Gemeinsamkeit der Interessen Afghanistans und unseres Landes in den Fragen der Sicherheit, die im Vertrag über Freundschaft, gute Nachbarschaft und Zusammenarbeit von 1978 fixiert sind*), von den Interessen der Erhaltung des Friedens in diesem Raum aus.

In Artikel 4 des sowjetisch-afghanischen Vertrages heißt es: „Die Hohen Vertragsschließenden Seiten werden, im Geiste der Tradition der Freundschaft und guten Nachbarschaft wie auch der UNO-Charta handelnd, sich beraten und mit Einverständnis beider Seiten entsprechende Maßnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit, Unabhängigkeit und territorialen Integrität beider Länder ergreifen. Im Interesse der Festigung der Verteidigungsfähigkeit der Hohen Vertragschließenden Seiten werden sie fortfahren, ihre Zusammenarbeit auf militärischem Gebiet zu entwickeln."

Die Bitte der afghanischen Führung und die positive Reaktion der Sowjetunion ergeben sich auch aus den Bestimmungen des Artikels 51 der Charta der Organisation der Vereinten Nationen, der das unveräußerliche Recht der Staaten auf kollektive und individuelle Selbstverteidigung zum Zwecke der Zurückweisung einer Aggression und der Wiederherstellung des Friedens vorsieht.

Die Hirngespinste über eine „Okkupation Afghanistans durch sowjetische Truppen", über eine Mitbeteiligung des sowjetischen Militärpersonals an den inneren Geschehnissen in diesem Lan-

*) Vgl. den Wortlaut des Vertrages in „Blätter" 5/1979, S. 637/638.

de, über eine „Einmischung der Sowjetunion in die inneren Angelegenheiten, die eine Gefahr für den Weltfrieden schafft", die in diesen Tagen von den imperialistischen Massenmedien verbreitet werden, haben mit der Wirklichkeit nichts gemein. Dazu lassen sie aber die wahren Absichten einiger Kreise, in erster Linie in Übersee, erkennen, die der Sache des Kampfes der Völker für Freiheit und Unabhängigkeit feindlich gesinnt sind.

Die sowjetisch-afghanischen Beziehungen blicken auf eine lange Geschichte zurück, und die Völker unserer beiden Nachbarländer haben allen Grund dazu, auf die zwischen ihnen bestehende Freundschaft Wert zu legen und ihre engen, auf gegenseitiger Achtung, auf Gleichberechtigung und Zusammenarbeit beruhenden Beziehungen zu achten.

Die Sowjetunion erwies und erweist Afghanistan eine vielfältige wirtschaftliche, wissenschaftlich-technische und andere Hilfe. Sie trägt zur Lösung der komplizierten Probleme bei, denen das Volk auf seinem Wege begegnet, das mit dem Aufbau einer neuen Gesellschaft begonnen hat. Afghanistan nicht die Hilfe zu erweisen, um die es jetzt ersucht hat, würde bedeuten, die gesamten Erfahrungen unserer guten und ehrlichen Zusammenarbeit mit diesem Lande durchzustreichen, Afghanistan Auge in Auge mit den imperialistischen Kräften zu lassen, die beabsichtigen, das afghanische Volk der Möglichkeit zu berauben, seine Rechte und seine Freiheit in vollem Maße zu genießen.

Die sowjetische Hilfe und Unterstützung für Afghanistan richten sich gegen keine seiner Nachbarländer, die auch unsere Nachbarn sind. Die Sowjetunion ist daran interessiert, mit ihnen normale Freundschaftsbeziehungen zu unterhalten, die auf den Prinzipien der Gleichberechtigung, der gegenseitigen Achtung und Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten beruhen. Die Interessen auch dieser Länder werden desto mehr gewinnen, je schneller den Umtrieben jener Kräfte ein Ende gesetzt wird, die ihre Politik ebenso wie bisher auf die Fortsetzung der Auseinandersetzungen und das Provozieren neuer Konflikte und darauf orientieren, Völker und Staaten gegeneinander geraten zu lassen, je schneller der Frieden in diesem Raum hergestellt wird.

Erklärung der Regierung der Demokratischen Republik Afghanistan vom 28. Dezember 1979

Radio Kabul verbreitete am 28. 12. 1979 eine Erklärung der Regierung der Demokratischen Republik Afghanistan. Darin heißt es laut ADN:

„Die Regierung der Demokratischen Republik Afghanistan hat sich unter Berücksichtigung der fortgesetzten und sich ausweitenden Einmischung und Provokationen äußerer Feinde Afghanistans und mit dem Ziel der Verteidigung der Errungenschaften der Aprilrevolution, der territorialen Integrität, nationalen Unabhängigkeit und der Aufrechterhaltung von Frieden und Sicherheit sowie unter Zugrundelegung des Vertrags über Freundschaft, gute Nachbarschaft und Zusammenarbeit vom 5. Dezember 1978 an die UdSSR mit der dringenden Bitte gewandt, schnell politische, moralische und ökonomische Hilfe einschließlich militärischer Hilfe, um die die Regierung der Demokratischen Republik Afghanistan die Regierung der Sowjetunion zuvor mehrmals ersucht hatte, zu erweisen.

Die Regierung der Sowjetunion kam der Bitte der afghanischen Seite nach."

Die Ergebnisse der Landtagswahlen in der Bundesrepublik und in Berlin (West) im Jahre 1979*)

Wahl zum Abgeordnetenhaus von Berlin (West) (18. März 1979)[1])

Wahlberechtigte:	1 533 728
Wahlbeteiligung:	1 310 553 = 85,4 %
Ungültig:	24 723 = *) **)
Gültig:	1 284 596 **)
Zahl der Abgeordneten:	135

	Stimmen**)	Prozent	Mandate
CDU	570 174	44,4	63
SPD	548 060	42,7	61
FDP	103 609	8,1	11
SEW	13 744	1,1	–
KBW	1 367	0,1	–
AL	47 642	3,7	–
KPD/ML***)	–	–	–

*) Prozentanteil nicht ausgewiesen.
**) Die Angaben beziehen sich auf die Zweitstimmen, nach denen die Verteilung der Mandate im Abgeordnetenhaus erfolgt.
***) Der Wahlbewerber erhielt 25 Erststimmen (= 0,0 %).

Quelle: Amtsblatt für Berlin, 29 Jg., Nr. 23; Abgeordnetenhaus von Berlin. 8. Wahlperiode (1979–1983). Berlin 1979, S. 140.

Wahl zum Landtag von Rheinland-Pfalz (18. März 1979)[2])

Wahlberechtigte:	2 717 051
Wahlbeteiligung:	2 211 862 = 81,4 %
Ungültig:	27 322 = 1,2 %
Gültig:	2 184 540
Zahl der Abgeordneten	100

	Stimmen	Prozent	Mandate
CDU	1 094 480	50,1	51
SPD	923 965	42,3	43
FDP	139 248	6,4	6
NPD	14 915	0,7	–
DKP	9 024	0,4	–
EAP	630	0,0	–
KBW	2 278	0,1	–

Quelle: Staatskanzlei Rheinland-Pfalz (Pressestelle)

*) Letzte Übersicht: Die Ergebnisse der Landtagswahlen in der Bundesrepublik im Jahre 1978; vgl. „Blätter", 1/1979, S. 125–128.
1) Vgl. das Ergebnis der Wahl zum Abgeordnetenhaus von Berlin (West) vom 2. März 1975 in „Blätter", 1/1976, S. 113.
2) Vgl. das Ergebnis der Wahl zum Landtag von Rheinland-Pfalz vom 9. März 1975 in „Blätter", 1/1976, S. 113.

Wahl zum Landtag von Schleswig-Holstein (29. April 1979)[3])

Wahlberechtigte:	1 893 242	
Wahlbeteiligung:	1 576 769 =	83,3 %
Ungültig:	7 936 =	0,5 %
Gültig:	1 568 833	
Zahl der Abgeordneten:	73	

	Stimmen	Prozent	Mandate
CDU	757 664	48,3	37
SPD	653 982	41,7	31
FDP	90 131	5,7	4
SSW	22 293	1,4	1*)
NPD	2 825	0,2	–
DKP	3 123	0,2	–
Grüne Liste	38 009	2,4	–
KBW	806	0,1	–

*) Für den Südschleswigschen Wählerverband, die Partei der dänischen Minderheit, gilt die Fünf-Prozent-Klausel nicht.

Quelle: Statistische Berichte des Statistischen Landesamtes Schleswig-Holstein (-B VII 2 – 5/79 –).

Wahl zur Bürgerschaft von Bremen (7. Oktober 1979)[4])

Wahlberechtigte:	521 416	
Wahlbeteiligung:	409 144 =	78,5 %
Ungültig:	2 233 =	0,6
Gültig:	406 911	
Zahl der Abgeordneten:	100	

	Stimmen	Prozent	Mandate
SPD	201 129	49,4	52
CDU	129 985	31,9	33
FDP	43 730	10,8	11
AL	5 516	1,4	–
Bremer Grüne Liste	20 909	5,1	4
DKP	3 340	0,8	–
EAP	167	0,0	–
KBW	533	0,1	–
NPD	1 602	0,4	–

Quelle: Amtsblatt der Freien Hansestadt Bremen, Nr. 80/1979.

3) Vgl. das Ergebnis der Wahl zum Landtag von Schleswig-Hostein vom 13. April 1975 in „Blätter", 1/1976, S. 113–114.

4) Vgl. das Ergebnis der Wahl zur Bremischen Bürgerschaft vom 28. September 1975 in „Blätter", 1/1976, S. 115.

AL= Alternative Liste für Demokratie und Umweltschutz / CDU= Christlich Demokratische Union Deutschlands / DKP= Deutsche Kommunistische Partei /EAP= Europäische Arbeiterpartei / FDP= Freie Demokratische Partei / KBW= Kommunistischer Bund Westdeutschland / KPD/ML= Kommunistische Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten / NPD= Nationaldemokratische Partei Deutschlands / SEW= Sozialistische Einheitspartei West-Berlins / SPD= Sozialdemokratische Partei Deutschland / SSW= Südschleswigscher Wählerverband.

Autoren dieses Heftes

Bernd GREINER, geb. 1952 in Pirmasens, Studium der Amerikanistik, Geschichte und Politik an den Universitäten Marburg und Frankfurt/M., Studienjahr in den USA, z. Z. Promotion über die Außenpolitik der USA • • • *Alfred HORNÉ*, geb. 1928 in Frankfurt/M., Studium der Philosophie, Theologie und Politik, seit 1963 Leiter der sozialpolitischen Redaktion beim Bayerischen Rundfunk, seit 1979 Vorsitzender der RFFU, Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen • • • *Rainer FALK*, geb. 1952 in Edenkoben/Pfalz, Studium der Soziologie, Politologie, Geschichte und Pädagogik an den Universitäten Heidelberg und Marburg, Mitglied der Redaktion des „Antiimperialistischen Informationsbulletins (AIB)", Zeitschriftenveröffentlichungen • • • *Dr. Wolfgang BITTNER*, geb. 1941 in Gleiwitz, Studium der Rechtswissenschaft, Soziologie und Philosophie, lebt als freier Schriftsteller in Göttingen; literarische, publizistische und wissenschaftliche Veröffentlichungen, u. a. „Der Aufsteiger oder ein Versuch zu leben", Roman, Köln 1978, „Alles in Ordnung", Satiren, Köln 1979 • • • *Leonid SAMJATIN*, Leiter der Abteilung des Zentralkomitees der KPdSU für internationale Information • • • *Kurt STEINHAUS*, geb. 1938 in Stettin, Studium der Politik, Soziologie und Ökonomie, Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. • • • *Adalbert KRIMS*, geb. 1948 in Freistadt/Oberösterreich, 1967–69 hauptamtlich im kirchlichen Dienst, seitdem Mitarbeiter am Wiener Institut für Entwicklungsfragen, Vorsitzender der „Aktion Kritisches Christentum", lebt als Journalist in Wien. • • • *Georg HERDE*, geb. 1919 in Neiße/Oberschlesien, Herausgeber der Zeitschrift „Neue Kommentare", zahlreiche Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. • • • *Klaus HEKKING*, geb. 1950 in Berlin, Jurist; Veröffentlichungen zu Rechtsproblemen. • • • *Dr. Frank DEPPE*, geb. 1941, Professor für wissenschaftliche Politik an der Universität Marburg; zahlreiche Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. • • • *Dr. Georg FÜLBERTH*, geb. 1939 in Darmstadt, Professor für wissenschaftliche Politik am Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der Philipps-Universität Marburg, Mitglied des Bundesvorstandes des „Bundes demokratischer Wissenschaftler" (BdWi); Buch-, Funk- und Zeitschriftenveröffentlichungen. • • • *Dr. Jürgen HARRER*, geb. 1944 in Stuttgart, bis 1978 Dozent für Wissenschaftliche Politik an der Universität Marburg, seitdem Berufsverbot

---

Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" werden herausgegeben von Prof. Dr. Wilfried Frhr. v. Bredow, Prof. Dr. Helga Deppe-Wolfinger, Prof. Dr. Jörg Huffschmid, Prof. Dr. Urs Jaeggi, Prof. Dr. Gerhard Kade, Prof. Dr. Reinhard Kühnl, Dr. Jutta Menschik, Dr. Reinhard Opitz, Manfred Pahl-Rugenstein, Senatspräsident a. D. Dr. Hermann Rauschning, Prof. Dr. Helmut Ridder, Prof. Dr. Fritz Strassmann, Prof. Dr. Gerhard Stuby. Redaktion: Karl D. Bredthauer, Paul B. Neuhöffer, Johannes Weidenheim; verantwortlich für den Inhalt: Johannes L. Schmidt. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber und der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion. Redaktionsanschrift: Gottesweg 54, 5000 Köln 51, Telefon 36 40 54.
Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" erscheinen einmal im Monat. Sie sind direkt vom Verlag, durch die Post und durch jede Buchhandlung zu beziehen. Der Abonnementspreis beträgt DM 4,00 (Studenten, Schüler, Wehrpflicht- und Zivildienstleistende DM 3,50), zuzüglich DM 0,50 Versandgebühr. Das Einzelheft kostet DM 5,50. Abonnementsrechnungen sind innerhalb von zwei Wochen nach ihrer Ausstellung zu begleichen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn nicht bis zum 30. September des laufenden Jahres eine Kündigung zum Jahresende beim Verlag eingegangen ist. Änderungen der Anschrift sind dem Verlag unverzüglich bekanntzugeben. Der Auslandsabonnementspreis beträgt einschl. Versandgebühr (ohne Luftpostzuschläge) sfrs 52,–; öS 420,–; hfl 63,–; bfrs 925,–; FF 132,–; £ 15,–; Lit 28 000,–; dkr 180,–; nkr 168,–; skr 136,–; yen 7 800,–; $ 36,–. Erhebliche Wechselkursänderungen berechtigen den Verlag zur Angleichung der Umrechnungsbeträge. Die Abonnementsauslieferung in andere Währungsgebiete erfolgt nach den geltenden Verrechnungsbestimmungen. Anschrift von Verlag und Vertrieb: Pahl-Rugenstein Verlag, Gottesweg 54, 5000 Köln 51, Telefon 36 40 51. Konten: Postscheckamt Köln 65 14-503 und Deutsche Bank Köln. Satz: Neo-Satz W. Geilenberg KG, 5030 Hürth-Efferen. Druck: Plambeck & Co., Neuss. Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Köln.
ISSN 0006–4416

G 1800 EX

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt (1/80)

Pahl-Rugenstein Verlag
Gottesweg 54
5000 Köln 51

0864
25366

Preisliste für Sonde

Von allen in der Zeitschrift „Blätter für deutsche und internationale Politik" veröffentlichten Beiträgen können Sonderdrucke bezogen werden. Bestellungen sind bis 30 Tage nach dem Erscheinungstermin jeder Ausgabe beim Pahl-Rugenstein Verlag, Gottesweg 54, 5000 Köln 51, möglich. Die in der untenstehenden Tabelle aufgeführten Preise verstehen sich inclusive MWSt, zuzüglich Versandkosten.

	100 Exempl.	250 Exempl.	500 Exempl.	750 Exempl.	1000 Exempl.	2000 Exempl.	3000 Exempl.	4000 Exempl.
4 Seiten	87,–	106,–	124,–	154,–	169,–	220,–	264,–	306,–
8 Seiten	138,–	166,–	201,–	234,–	255,–	340,–	405,–	468,–
12 Seiten	214,–	244,–	288,–	320,–	358,–	442,–	513,–	590,–
16 Seiten	290,–	320,–	368,–	405,–	451,–	542,–	636,–	732,–
20 Seiten	365,–	396,–	442,–	490,–	520,–	654,–	765,–	906,–
24 Seiten	405,–	448,–	504,–	556,–	598,–	756,–	889,–	1110,–
28 Seiten	460,–	504,–	564,–	632,–	682,–	816,–	1004,–	1232,–
32 Seiten	512,–	555,–	619,–	684,–	735,–	878,–	1120,–	1372,–
36 Seiten	541,–	592,–	652,–	706,–	748,–	985,–	1232,–	1455,–
40 Seiten	564,–	612,–	676,–	740,–	785,–	1039,–	1310,–	1508,–

Autoren dieses Heftes

Bernd GREINER, geb. 1952 in Pirmasens, Studium der Amerikanistik, Geschichte und Politik an den Universitäten Marburg und Frankfurt/M., Studienjahr in den USA, z. Z. Promotion über die Außenpolitik der USA • • • *Alfred HORNÉ*, geb. 1928 in Frankfurt/M., Studium der Philosophie, Theologie und Politik, seit 1963 Leiter der sozialpolitischen Redaktion beim Bayerischen Rundfunk, seit 1979 Vorsitzender der RFFU, Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen • • • *Rainer FALK*, geb. 1952 in Edenkoben/Pfalz, Studium der Soziologie, Politologie, Geschichte und Pädagogik an den Universitäten Heidelberg und Marburg, Mitglied der Redaktion des „Antiimperialistischen Informationsbulletins (AIB)", Zeitschriftenveröffentlichungen • • • *Dr. Wolfgang BITTNER*, geb. 1941 in Gleiwitz, Studium der Rechtswissenschaft, Soziologie und Philosophie, lebt als freier Schriftsteller in Göttingen; literarische, publizistische und wissenschaftliche Veröffentlichungen, u. a. „Der Aufsteiger oder ein Versuch zu leben", Roman, Köln 1978, „Alles in Ordnung", Satiren, Köln 1979 • • • *Leonid SAMJATIN*, Leiter der Abteilung des Zentralkomitees der KPdSU für internationale Information • • • *Kurt STEINHAUS*, geb. 1938 in Stettin, Studium der Politik, Soziologie und Ökonomie, Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. • • • *Adalbert KRIMS*, geb. 1948 in Freistadt/Oberösterreich, 1967–69 hauptamtlich im kirchlichen Dienst, seitdem Mitarbeiter am Wiener Institut für Entwicklungsfragen, Vorsitzender der „Aktion Kritisches Christentum", lebt als Journalist in Wien. • • • *Georg HERDE*, geb. 1919 in Neiße/Oberschlesien, Herausgeber der Zeitschrift „Neue Kommentare", zahlreiche Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. • • • *Klaus HEKKING*, geb. 1950 in Berlin, Jurist; Veröffentlichungen zu Rechtsproblemen. • • • *Dr. Frank DEPPE*, geb. 1941, Professor für wissenschaftliche Politik an der Universität Marburg; zahlreiche Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. • • • *Dr. Georg FÜLBERTH*, geb. 1939 in Darmstadt, Professor für wissenschaftliche Politik am Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der Philipps-Universität Marburg, Mitglied des Bundesvorstandes des „Bundes demokratischer Wissenschaftler" (BdWi); Buch-, Funk- und Zeitschriftenveröffentlichungen. • • • *Dr. Jürgen HARRER*, geb. 1944 in Stuttgart, bis 1978 Dozent für Wissenschaftliche Politik an der Universität Marburg, seitdem Berufsverbot

---

Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" werden herausgegeben von Prof. Dr. Wilfried Frhr. v. Bredow, Prof. Dr. Helga Deppe-Wolfinger, Prof. Dr. Jörg Huffschmid, Prof. Dr. Urs Jaeggi, Prof. Dr. Gerhard Kade, Prof. Dr. Reinhard Kühnl, Dr. Jutta Menschik, Dr. Reinhard Opitz, Manfred Pahl-Rugenstein, Senatspräsident a. D. Dr. Hermann Rauschning, Prof. Dr. Helmut Ridder, Prof. Dr. Fritz Strassmann, Prof. Dr. Gerhard Stuby. Redaktion: Karl D. Bredthauer, Paul B. Neuhöffer, Johannes Weidenheim; verantwortlich für den Inhalt: Johannes L. Schmidt. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber und der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion. Redaktionsanschrift: Gottesweg 54, 5000 Köln 51, Telefon 36 40 54.
Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" erscheinen einmal im Monat. Sie sind direkt vom Verlag, durch die Post und durch jede Buchhandlung zu beziehen. Der Abonnementspreis beträgt DM 4,00 (Studenten, Schüler, Wehrpflicht- und Zivildienstleistende DM 3,50), zuzüglich DM 0,50 Versandgebühr. Das Einzelheft kostet DM 5,50. Abonnementsrechnungen sind innerhalb von zwei Wochen nach ihrer Ausstellung zu begleichen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn nicht bis zum 30. September des laufenden Jahres eine Kündigung zum Jahresende beim Verlag eingegangen ist. Änderungen der Anschrift sind dem Verlag unverzüglich bekanntzugeben. Der Auslandsabonnementspreis beträgt einschl. Versandgebühr (ohne Luftpostzuschläge) sfrs 52,–; öS 420,–; hfl 63,–; bfrs 925,–; FF 132,–; £ 15,–; Lit 28 000,–; dkr 180,–; nkr 168,–; skr 136,–; yen 7 800,–; $ 36,–. Erhebliche Wechselkursänderungen berechtigen den Verlag zur Angleichung der Umrechnungsbeträge. Die Abonnementsauslieferung in andere Währungsgebiete erfolgt nach den geltenden Verrechnungsbestimmungen. Anschrift von Verlag und Vertrieb: Pahl-Rugenstein Verlag, Gottesweg 54, 5000 Köln 51, Telefon 36 40 51. Konten: Postscheckamt Köln 65 14-503 und Deutsche Bank Köln. Satz: Neo-Satz W. Geilenberg KG, 5030 Hürth-Efferen. Druck: Plambeck & Co., Neuss. Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Köln.
ISSN 0006–4416